

C H R O N I K

der Ereignisse

1995 - 1997

BAND 2

Sammlung der Beiträge zum aktuellen Geschehen aus
dem ANTIFA-INFO

(1.1.1995 bis 31.12.1997)

1995

Anfang Jänner 1995: In Deutschland gibt es innerhalb der FDP heftige Debatten über den weiteren Kurs. Der Berliner Funktionär Alexander von Stahl bemüht sich um einen Kurs „rechts von der CDU“, also eine Art Jörg-Haider-Verschnitt. Von der Mehrheit der führenden Parteifunktionäre wird ein solcher Stellungswechsel aber scharf zurückgewiesen. In der Tradition der FDP hat es aber durchaus vergleichbare Phasen gegeben. In den Sechzigerjahren unter Erich Mende nahm die Partei jedenfalls sehr weit rechts angelegte Positionen ein, ohne allerdings populistisch zu sein.

2.Jänner 1995: Der Landesobmann der burgenländischen NOTWEHRGEMEINSCHAFT DER BAUERN, Robert Dürr, wird zur Verbüßung einer Ersatzarreststrafe von 70 Tagen für eine nichtbezahlte Geldstrafe wegen Verleumdung festgenommen. Der ehemalige FP-Funktionär hat unlängst in einer burgenländischen Zeitung den Antifaschismus als *Verbrechen schlechthin* bezeichnet.

2.Jänner 1995: Der Oberliberale des STANDARDS, Peter M. Lingers, setzt sich für eine NATO-Mitgliedschaft Österreichs ein. Eine *gute Außenpolitik* bestünde darin, den NATO-Beitritt zum außenpolitischen Ziel zu machen, trotz Haiders Engagements in dieselbe Richtung. Bei der konfusen Politik unseres Herrn Bundeskanzlers kann ja wohl damit gerechnet werden, daß sich in dieser Frage Mock und Haider durchsetzen werden. Neutralität? Ah geh zua!

3.Jänner 1995: Als "ersten Schritt" in Sachen Abbau der Politikerprivilegien kündigt Haider eine Verpflichtung für FP-Mandatäre an, monatlich nicht mehr als 60.000 Schilling netto zu kassieren.

3.Jänner 1995: Gegen eine parlamentarische Zusammenarbeit von ÖVP und FPÖ, gegen einen Koalitionswechsel und gegen Neuwahlen spricht sich ÖVP-Klubchef Khol aus. Haiders Angebot eine ÖVP-Regierung aus "Fachleuten" zu unterstützen wird von der VP-Generalsekretärin Korosec abgelehnt.

3.Jänner 1995: Der öö. Verein der Parkinsonkranken wählt Alois Mock zum "Mann des Jahres", weil er trotz seiner Krankheit weiterhin als Außenminister arbeitet. Daß er allerdings seine Krankheit weiter leugnet, stößt auf Unverständnis: „...*darum bitte ich Sie, sehr verehrter Dr. Mock, lüften Sie Ihr Geheimnis, welches schon lange keines mehr ist.*“

6.Jänner 1995: Einem Krebsleiden erliegt der Vorsitzende der KOMMUNISTISCHEN PARTEI SÜDAFRIKAS, Joe Slovo. Er stammte aus dem jüdischen Ghetto in Litauen und war als unermüdlicher Kämpfer gegen die Apartheid einer der von den weißen Rassisten meistgehaßten Gegner.

6.Jänner 1995: Nur noch 684 Flüchtlinge erhielten 1994 in Österreich politisches Asyl, 1993 waren es noch 1.193 gewesen, auch die Anerkennungsquote ist von 7,8 auf 7,6% zurückgegangen. Da sich das Innenministerium auf den Standpunkt stellt, Österreich so praktisch von lauter "*sicheren Drittländern*" umgeben, könnte theoretisch eigentlich überhaupt niemand mehr in Österreich um Asyl ansuchen.

9.Jänner 1995: Haider wird konkret: kein FPÖ-Funktionär soll aus öffentlichen Mitteln mehr als das 5fache des österreichischen Durchschnittsnettoeinkommens von derzeit 12.800.- Schilling beziehen. Daher soll es ab 64.000.- S "freiwillig" heißen: "*rien ne va plus*".

10.Jänner 1995: Der FPÖ-Abgeordnete im Kärntner Landtag, Arthur Traußnig, erhält vom Verfassungsgerichtshof Recht: Seine Karenzierung als Bezirkshauptmann wird aufgehoben, er darf künftig als Abgeordneter und als BH-Hauptmann gleichzeitig tätig sein. Aber wahrscheinlich muß er jetzt auch mehr abliefern: Über die angeordneten 64.000.- S kommt er dadurch wohl deutlich...

10.Jänner 1995: In Salzburg wird bei einer Gerichtsverhandlung folgender Fall bekannt: Ein SS-Untersturmführer (=Leutnant) aus dem KZ Theresienstadt lebte mit falschem Papieren mit seiner Frau zusammen, die ihren Gatten 1952 für "tot" erklären ließ und seither die Kriegerwitwenpension bezog.

11.Jänner 1995: Mock weiß, wer Buseks Nachfolger als ÖVP-Chef werden könnte. Er schlägt Höchtl, Pröll, Ditz oder Molterer dafür vor. Die von ihm erhoffte VP-FP-Koalition (wohl eher FP-VP) könnte damit vielleicht schneller Wirklichkeit werden.

12.Jänner 1995: Kritik am geplanten Auschwitz-Gedenken. Jüdische Organisationen kritisieren die unzureichenden Vorbereitungen.

12.Jänner 1995: Höchstleistung des Innenministers in einer Beantwortung einer Parlamentsanfrage der GRÜNEN: Zum Vorfall im Kirchweger-Haus vom September 1994 ¹ meint Löschnak, die journalistischen

¹ 22.September 1994: Die Fremdenpolizei sucht im Ernst-Kirchweger-Haus in Wien-Favoriten nach abzuschleppenden Ausländern. Dabei wird der bekannte antifaschistische Journalist Wolfgang Purtscheller von der Polizei erheblich mißhandelt und muß mit Seitenbandriß ins Spital eingeliefert werden, nachdem ihm zuerst im Wachzimmer ärztliche Hilfe und die Verständigung seines Anwaltes verweigert worden war. Die Polizei beschlagnahmt auch

Unterlagen des damals verletzten und festgenommenen Wolfgang Purtscheller seien wegen des "*Verdacht des Mittäterschaft an der Vorbereitung eines Verbrechens durch Sprengmittel*" beschlagnahmt worden. Purtscheller hatte über den Klagenfurter Bombenanschlag recherchiert und deshalb diesbezügliche Notizen in seiner Unterlagen. Also wieder eine Glanzleistung unserer Staatsschützer...

12.Jänner 1995: Zehn steirische SP-Abgeordnete regen in einer SPÖ-Klausur die Einführung einer "Solidar-Abgabe" für Besserverdienende an. Rund 200.000 Personen wären davon betroffen (ab 55.000 S Monatseinkommen) und müßten zwischen 220.- und 4300.- Schilling mehr Steuern zahlen. Nach den Reaktionen zu urteilen geht deswegen freilich die Welt unter, wenn einer mit 55.000.-S Monatseinkommen, 220.- S mehr Steuern zahlt.²

13.Jänner 1995: Nach Angaben des Verfassungsschutzes von Schleswig-Holstein ist in Deutschland eine bundesweite rechtsextremistische Terrorszene im Aufbau. Aus Resignation über den Rückgang des Einflusses von Rechtsparteien bei demokratischen Wahlen (die REPUBLIKANER z.B. scheiterten in letzter Zeit bei allen Wahlen), nehmen terroristische Bestrebungen zu.

13.Jänner 1995: Als "*nicht nützlich*" bezeichnet Nationalratspräsident Neisser die von Mock ausgelöste Obmanndebatte in der ÖVP.

14./15.Jänner 1995: Letzter Parteitag der FPÖ in Linz. Haider verordnet der Partei eine Namensänderung. An die Stelle der FPÖ treten "DIE FREIHEITLICHEN". Seine Pläne werden akzeptiert, lediglich die Bezeichnung "Info-Card" für informationssuchende Sympathisanten wird ihm von den Delegierten gestrichen. Sie wird treudeutsch "Info-Karte" heißen müssen. Zur neuen Parteilinie sagt der Vorsitzende: „*Was haben uns Ideologien im 20. Jahrhundert gebracht? Totalitäre Katastrophen! Wir brauchen keine Ideologie, wir brauchen Werte.*“ Nunja, vielleicht hat es im 20. Jahrhundert auch Ideologien gegeben, die keine Katastrophen gebracht haben, aber solche sind im FPÖ-Kreis möglicherweise dann doch nicht so bekannt. Der tiefere Sinn dürfte jedoch darin liegen, daß sich die Partei, pardon die freiheitliche Bewegung ohne festgeschriebene Programmatik noch leichter an die jeweils aktuellen Bedürfnisse des Obmannes anpassen läßt. „*Wir brauchen Werte, wo die moralische Rückhaltlosigkeit überwunden wird. Ziel muß es sein, die Parasiten, Glücksritter und Abkassierer in die Schranken zu weisen.*“ Für Parteimandatare wird eine "freiwillige" Einkommensbeschränkung auf netto 60.000 Schilling festgelegt, übersteigende Einkommen sollen an eine Sozialfond abgeführt werden. Ein Schachzug, der sicherlich nicht unklug ist und aus Politikverdrossenheit und Ärger über hohe Einkünfte wahlmäßig bestimmt Gewinn ziehen wird.

17.Jänner 1995: Der Vorhabensbericht zur Briefbombenserie vom Dezember 1993 ist endlich fertig. Die Staatsanwaltschaft will gegen Peter Binder und Franz Radl junior nach §3f des Verbotsgesetzes³ Anklage erheben. Der deutsche Neonazi Bendix Wendt, der im Dezember in Berlin wegen Trunkenheit am Steuer festgenommen wurde, erwies sich als aussagefreudig. Er belastete Peter Binder als möglichen Bombenbastler.

17.Jänner 1995: In Deutschland beginnt der Prozeß gegen vier Neonazis, die in einer Broschüre "Der Einblick" rund 250 deutsche Antifaschisten aufgelistet hatten und unter dem Motto "Wir wehren uns" zu Straftaten aufriefen. Ein Österreicher mit dem Tarnnamen "Heinrich Berger" war an der Erstellung der Anti-Antifa-Broschüre beteiligt. Die deutschen Behörden beklagen sich, daß es den österreichischen Kollegen am nötigen Eifer der Lüftung der Identität dieses "Berger" mangelt, der auch am Ochsenberger-Blatt "SIEG" mitarbeitete.

18.Jänner 1995: Peter Pilz übermittelt der Wiener Staatsanwaltschaft eine Sachverhaltsdarstellung im Zusammenhang mit dem Verlag "Volkstum" des Wiener FPÖ-Gemeinderates Kowarik. In diesem Verlag sind Publikationen erschienen, die im Verdacht der Leugnung und Verharmlosung der Verbrechen des Nationalsozialismus stehen. So beschreibt ein ehemaliger NSDAP-Kreishauptstellenleiter im Buch *Rebellen für Thule*, Juden als von einem *unbezähmbaren Erwerbstrieb* besessen, als in einem *erheblich*

seine journalistischen Unterlagen und verweigert die Herausgabe. Zwei Afrikaner wandern in Schub- bzw. U-Haft. Der eine obwohl er vom Verwaltungsgerichtshof Verfahrenshilfe im Verfahren wegen des verhängten Aufenthaltsverbotes bekommen hat.

² Diese 220.- S entsprechen etwa der im Zuge der Budgetsanierung tatsächliche erfolgten Erhöhung des Pensionsbeitrages eines jüngeren Briefträgers oder Schulwartes, der allerdings nicht 55000.-, sondern nur rund 15.000.- S Monatsbezug hat, aber da hört man natürlich keinen Aufschrei...

³ Wer einen Mord, einen Raub, eine Brandstiftung oder eine strafbare Handlung nach den §126, 173 oder 176 StGB als Mittel der Betätigung in nationalsozialistischem Sinn versucht oder vollbringt, wird mit Freiheitsstrafe von zehn bis zwanzig Jahren, bei besonderer Gefährlichkeit des Täters oder der Betätigung auch mit lebenslanger Freiheitsstrafe bestraft.

höheren Maße zu geistigen und nervösen Erkrankungen veranlagt, die Holocaust-Opfer von sechs Millionen, sei eine einem Tabu unterworfenene *Symbolzahl*, auch der *Weltherrschaftsanspruch* darf nicht fehlen. Kowarik verteidigt sich damit, daß die kritisierten Bücher erschienen seien, bevor er Geschäftsführer des Verlages wurde. FP-Obmann Pankowicz drängt seinen Parteifreund dazu, den Verlag stillzulegen oder zu verkaufen.

18.Jänner 1995: Die GRÜNEN verlangen eine Überprüfung der Parteienfinanzierung. Die FREIHEITLICHEN hätten als FPÖ bei den Wahlen kandidiert und erhielten als FPÖ die Parteienförderung. Es sei zu prüfen, ob diese Mittel auch der nunmehr installierten sog. Bürgerbewegung "DIE FREIHEITLICHEN" zustünden.

18.Jänner 1995: Für Busek wird es in der ÖVP nicht leichter, nach einer Umfrage wird er nur noch von der Hälfte seiner Funktionäre unterstützt. Als mögliche Busek-Nachfolger werden Höchtel, Pröll, Ditz, Molterer, Weingartner, Khol, Bartenstein, Fasslabend und Mock (!) genannt.

19./20.Jänner 1995: Symposium in Wien, "*Die Wahrnehmung von Auschwitz von 1945 bis 1955*". Erst seit 1985 (als der Kriegsverbrecher Walter Reder "heimgeholt" wurde und der Debatte über den "Pflichterfüller" Waldheim) wurde auch der Holocaust in Österreich zum Thema, auch die Schulbücher wären jetzt zumeist sachlich richtig. Lange Zeit seien in Österreich Opfer und Täter gleichermaßen tabuisiert worden. Den Gipfel der Verdrängung habe man bei den Geschworenenprozessen in der Siebzigerjahren durch entsprechende Freisprüche erreicht. Erst durch den Generationswechsel sei eine Konfrontation mit der Vergangenheit möglich geworden. Die Forderung nach der Errichtung eines Mahnmales für die Sinti und Roma im ehemaligen KZ Mauthausen ist immer noch offen.

Zweite Jännerhälfte 1995: Doch nicht ganz problemlos läuft die F-Kampagne (die Chronikleser müssen leider auch mit der neuen Parteienabkürzung "F" für die "FREIHEITLICHEN" belästigt werden). Die Obergrenze von 60.000 Schilling gilt nur für Mandatar-Einkünfte und Bezüge aus dem öffentlichen Dienst und öffentlichen Unternehmen. Das heißt, daß z.B. Partik-Pablé und Höbinger-Lehrer zur Kasse gebeten werden, Bärenthal-Besitzer hingegen die Bärenthal-Einkünfte nicht einzurechnen brauchen. Zumindest vorerst schaut es nicht ganz so aus als würden alle F-ler das "Armutsgelübde" ablegen.

22.Jänner 1995: Der Beitritt zur "NATO-Partnerschaft für den Frieden" sei keine Hintertür zu einem österreichischen NATO-Beitritt, sagt Bundeskanzler Vranitzky. Was dann? Die Vordertür?

22.Jänner 1995: Trotz gegenteiliger Vereinbarung nach langen Verhandlungen (im Zusammenhang mit der Absiedlung einer Niederlassung des Karmeliterinnenordens) zwischen der katholischen Kirche und jüdischen Organisationen steht am Gelände des ehemaligen Vernichtungslagers Auschwitz immer noch ein acht Meter hohes Kreuz. Der New Yorker Rabbi Abraham Weiss kündigt Demonstrationen an.

23.Jänner 1995: Zwei Jahre nach der Lichtermeerdemonstration muß eine negative Bilanz gezogen werden. SOS-MITMENSCH fordert eine umfassende Menschenrechtspolitik und statt des Sparpaketes einen neuen Solidarpakt. Das LIBERALE FORM bezeichnet die damalige Demo als "Initialzündung" für seine Gründung und fordert Änderungen im Aufenthaltsgesetz.

24.Jänner 1995: Die katholische Kirche in Deutschland bekennt sich zur Mitschuld am Holocaust, die antijüdische Einstellung in der Kirche habe dazu geführt, daß nicht genügend Widerstand gegen den Antisemitismus geleistet wurde. Der Antisemitismus ist eine Sünde gegen Gott und die Menschheit, wo sich unter Christen eine antijüdische Haltung kundtut, besteht Pflicht zum Widerstand. Die deutschen Bischöfe bitten das jüdische Volk „*dieses Wort der Umkehr und des Erneuerungswillens zu hören.*“

24.Jänner 1995: Die freiheitliche Wiener Gemeinderätin Ingrid Kariotis tritt aus den F aus. Begründung: „*In einer Partei, die Rechtsradikalismus duldet, deckt und sogar fördert, habe ich nichts mehr verloren.*“ Die Mandatarin war am 23.1. als Bezirksvorsitzende von Wien-Alsergrund abgewählt und durch einen weiter rechts stehenden Obmann ersetzt worden.

24.Jänner 1995: Haider ist gegen die in der SPÖ erhobene Forderung nach der Einführung einer "Solidarabgabe". Vermutlich müßte er eine solche selbst auch entrichten. Und irgendwo muß schließlich sein "Einsatz für den Kleinen Mann" ja wohl eine Grenze haben...

25.Jänner 1995: Der Landesvorsitzende des BUNDES SOZIALDEMOKRATISCHER FREIHEITSKÄMPFER im Burgenland, legt seine Funktion aus "parteiinternen Gründen" zurück. In seinem Bemühen um die Anbringung von zwei Gedenktafeln für NS-Opfer sah er sich von LH Stix nicht entsprechend unterstützt.

25.Jänner 1995: Ein Bericht im Magazin NEWS bringt ein versuchtes Bundesheerprovisionsgeschäft ans Tageslicht. Ein abgehörtes Gespräch zwischen SP-Zentralsekretär Marizzi und VP-Wehrsprecher Kraft handelte von Parteiprovisionen für Flugzeug- und Hubschrauberkäufe, die der Ehemann der Umweltministerin Maria Rauch-Kallat, der "Graf" (Anmerkung: "Grafen" gibt es in Österreich seit 1918 keine mehr) Alfons Mensdorff-Pouilly angeboten hatte. Kraft tritt gleich zurück, Marizzi, dem man eigentlich nur vor-

werfen kann, er habe reichlich naiv gehandelt, tut dies einige Tage später.

Die Umweltministerin erzählt der ungläubig staunenden Öffentlichkeit, die von ihr arrangierten Zusammenkünfte zwischen dem Kommandanten der österreichischen Bundesheerflieger, dem Verteidigungsminister und ihrem Gatten hätten nicht Waffenkäufe zum Thema gehabt, sondern wären rein private Geselligkeiten gewesen. Was es nicht alles für Sachen gibt auf der Welt...

27.Jänner 1995: Um nicht auch Waldheim einladen zu müssen, beschließt die UNO keinen der ehemaligen UNO-Generalsekretäre und UNO-Präsidenten zum Jubiläum "50 Jahre Vereinte Nationen" einzuladen. Daß Waldheim durch einen von ihm verkündeten Verzicht auf die Teilnahme ein Signal hätte setzen können, kam ihm wohl nicht in den Sinn.

27.Jänner 1995: Fünfzigster Jahrestag der Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz. Die geladenen Staats- und Regierungschefs und Friedensnobelpreisträger veröffentlichen einen "APPELL AN DIE VÖLKER DER WELT" (siehe Titelblatt dieses ANTIFA-INFOs).

Mit Appellen und gemeinsamen Gebeten jüdischer, christlicher und muslimischer Geistlicher wurde der Opfer und der Befreiung gedacht. Österreich war durch Bundespräsident Klestil vertreten, der folgende Erklärung abgab:

„Auschwitz bleibt - als konkreter Ort und als Symbol des Bösen - ein ewiger Aufschrei der Weltgeschichte. Uns Österreicher berührt das grauenvolle Geschehen von damals doppelt: Hier starben auch tausende - vor allem jüdische - Österreicher als Opfer der größten aller Verbrechen, die der Mensch dem Menschen zugefügt hat - und hier quälten und folterten auch Österreicher. Mit der Gleichzeitigkeit dieser Trauer und dieser Schande müssen wir leben. Und beides - das unermessliche Leid und die grenzenlose Brutalität - muß als Erinnerung in uns lebendig bleiben. Denn auch nach Auschwitz hat sich nichts an der Verführbarkeit und der Gefährdung des Menschen geändert. Der Kampf gegen die Schatten von gestern ist nie gewonnen - und braucht viele Helfer!“

Symptomatisch, daß diese Erklärung in den österreichischen Medien fast nicht beachtet und nirgends vollständig veröffentlicht wird.

Wenige hundert Meter vom ehemaligen KZ entfernt wurde "Juden raus" auf eine Mauer geschmiert...

28./29.Jänner 1995: Die italienischen Neofaschisten wollen keine Faschisten mehr sein. Auf einem Parteitag nennen sie sich in ALEANZA NAZIONALE (AN) um. Im beschlossenen neuen Parteistatut heißt es jetzt überraschend: „Der Antifaschismus ist ein grundlegendes Element der italienischen Demokratie.“ Der Vorsitzende der neuen Partei, Gianfranco Fini, erhält große Mehrheiten für seine Kursänderungen. Die Mussolini-Enkelin Allesandra relativiert allerdings: „Mein Großvater hätte auch bei der AN mitgemacht.“

In einem Interview mit dem STANDARD sagt das Mitglied der neuen AN-Führung, Parlamentsvizepräsident La Russa über die österreichischen Freiheitlichen: „...meines Wissens nach sind sie eher mit der deutschen extremen Rechten zu vergleichen und wir haben es bekanntlich abgelehnt, bei der europäischen Rechten mitzutun, nur damit wir nicht mit denen zusammensein müssen. Österreich hätte eine moderne demokratische Rechte verdient, aber bis dahin ist es wohl noch ein weiter Weg.“

1.Februar 1995: Die Schweizer Regierung solle sich bei den Menschen jüdischen Glaubens für die Einführung des "Judenstempels" im Jahre 1938 entschuldigen, fordert eine sozialdemokratische Parlamentsinitiative.

1.Februar 1995: Staatsmännisch gibt sich Jörg Haider: Er bietet der Regierung eine "Sanierungspartnerschaft" an. SP-Zentralsekretär Cap sagt dazu, Haider habe ausreichend Gelegenheit, das Stabilitätsprogramm der Regierung auf parlamentarischer Ebene zu unterstützen.

1.Februar 1995: Die Anklagen zur ersten Briefbombenserie werden an Binder und Radl zugestellt. Alexander Wolfart wird gleichzeitig nach Verbotsgesetz §3a, aber nicht wegen der Briefbomben angeklagt. Staatsanwalt Fasching nennt als Motiv: „Die Briefbombenattentate sollten gleichsam eine »Hommage« an Gottfried Küssel darstellen und dabei nach dem Vorsatz der Genannten jene Personen bzw. Vertreter jener Institutionen in sehr empfindlicher Weise treffen und allenfalls sogar töten, welche von der rechtsradikalen Szene, und hier vor allem von seiten der VAPO, für eine »volksfeindliche Bevölkerungspolitik« verantwortlich gemacht werden.“ Ein monatelanger Prozeß ist zu erwarten.

2.Februar 1995: Der Film über die "Mühlviertler Hasenjagd" von Andreas Gruber *Vor lauter Feigheit gibt es kein Erbarmen* kommt anlässlich des 50. Jahrestages des Ausbruches mehrerer hundert sowjetischer KZ-Häftlinge aus dem KZ Mauthausen in die Kinos.

2.Februar 1995: Nach dem er den Film über die *Mühlviertler Hasenjagd* gesehen hat, sagt In-

nenminister Löschnak, die Botschaft des Filmes richte sich auch an die Angehörigen der Exekutive, die Ereignisse vom Februar 1945 hätten gezeigt, daß viele Gendarmen der Aufforderung der SS nicht gefolgt seien. Er wünscht sich, die Exekutivbeamten würden erkennen, welches Maß an krimineller Energie vom Nationalsozialismus freigesetzt worden ist. Vermutlich wäre auch wünschenswert, wenn die Exekutive erkennte, wieviel kriminelle Energie die Neonazis "freisetzen" können..

Anfang Februar 1995: Führende deutsche Naziblätter betrachten die österreichische Briefbombenserie als "erfolgreiche Aktion". Die HNG-Nachrichten (HNG = Hilfgemeinschaft für nationale politische Gefangene) rufen auf: „*die erfolgreiche Aktion der 10 des vergangenen Jahres aus traurigem Anlaß fortzusetzen.*“ Das neue Motto: „*Aktion - Elf Jahre Haft*“ (für Gottfried Küssel). In einem Leserbrief schreibt der in Salzburg einsitzende Günther Reinhaller „*Es kristallisieren sich interessante Zukunftsperspektiven für die FPÖ von Haider heraus. Wenn sich bei den Wahlen in der Mega-BRD heute doch nur Ähnliches bewegen würde.*“

3.Februar 1995: Nach dem Willen der freiheitlichen "Volksgruppensprechers", dem Kärntner Landtagsabgeordneten Fritz Schretter, soll bei der 75-Jahre-Feier der Kärntner Volksabstimmung „*kein slowenisches Wort fallen*“.

3.Februar 1995: 21 Mitgliedstaaten des Europarates haben bisher die Konvention zum Schutze nationaler Minderheiten unterzeichnet. Diese Konvention enthält (neben einem Diskriminierungsverbot) Grundsätze über den Schutz der Sprache, der Religion, der kulturellen Autonomie von Minderheiten. Auch Österreich gehört zu den Unterzeichnern.

4.Februar 1995: In den Nachstunden explodiert in Oberwart im Burgenland eine Bombe. Vier Roma werden auf der Stelle getötet.

5.Februar 1995: Die Medien verkünden: Beim Versuch eine Tafel mit der Aufschrift *Roma zurück nach Indien* in die Luft zu sprengen, seien vier Roma ums Leben gekommen. Die Polizei durchsucht mit einem Großaufgebot die Häuser der Toten.

6.Februar 1995: Das Innenministerium gibt bekannt: In Oberwart sind durch eine Sprengfalle vier Männer ermordet worden. Der 40jährige Josef Simon, der 27jährige Peter Sarközi, der 22jährige Karl und der 18jährige Erwin Horvath.

Nunmehr wird die zuerst so eifrig verbreitete "Unfallversion" zurückgezogen. Interessant wäre in diesem Zusammenhang, wer bei den Ermittlungen auf die Schnapsidee gekommen ist, die Opfer hätten das bloß 150cm hohe Schild "in die Luft sprengen" wollen. Dieses hätte sich, wenn es eine bloße rechtsextremistische "Meinungskundmachung" gewesen wäre, einfacher beseitigen lassen. Die Idee einer "Sprengung" durch die Roma konnte wohl nur jemand haben, der entsprechende rassistische Vorurteile hat. Ganz am Anfang soll die Polizei sogar vermutet haben, die vier Toten seien Opfer einer Fehde mittels Pumpguns geworden..

6.Februar 1995: In der burgenländischen Gemeinde Stinatz detoniert eine weitere Bombe. Dem 28jährige Erich Preissler wird dadurch die rechte Hand zerfetzt. Ein Bekennerschreiben der von der ersten Bombenserie sattem bekannten BAJUWARISCHEN BEFREIUNGSARMEE wird in einer Bushaltestelle gefunden. Die „*Clans der Schifkowitzs, Grandits, Stoisits, Resetarits und Janisch*“ werden darin bedroht.

Innenminister Löschnak spricht von „*ethnischen Hintergründen*“ der Anschläge. Diesmal kommt also die *Rotlichtszene* nicht in Verdacht.

Die Erklärungen der politischen Funktionäre wiederzugeben, ersparen wir uns hier. Klar, daß der Anschlag von allen verurteilt wird, aber „*Roma, zurück nach Indien*“, das war ja im Grunde genommen nicht nur die Aufschrift auf der Tafel der Sprengfalle, das ist österreichische Volkstümlichkeit. Die bestehenden Ausländergesetze in unserem Lande machen schließlich auch eine Solidarisierung mit den österreichischen Minderheiten schwieriger als ihre Ausgrenzung, gegen diese Ausgrenzung hat man seit 1945 außer Sonntagsreden und der erzwungenen Festschreibung der Minderheitenrechte im Staatsvertrag genaugenommen wirklich nichts unternommen. Man erinnere sich beispielsweise an die gröhrenden Nazibanden, die 1972 in Kärnten die zweisprachigen Ortstafeln niederrissen. Was war damals der Effekt? Landeshauptmann Simma, der die Aufstellung initiiert hatte, mußte gehen, der nazistische "Volkszorn" blieb straffrei.

Der Innenminister, der vor nicht gar zu langer Zeit, die rechte Szene "*fest Im Griff*" zu haben behauptete, ist sich jetzt dessen nicht mehr so sicher. Die Nazis agieren jetzt nämlich (überraschenderweise?) aus dem Untergrund.

Dazu hatte man schon 1992 aufgerufen, die VORDERSTE FRONT, Blatt des NATIONALDEMOKRATISCHEN HOCHSCHULBUNDES in Deutschland forderte damals für die "*Deutsche Frage in Österreich*" u.a.:...konspiratives Arbeiten im Untergrund, keine Bekanntmachung von Aktivisten, außer von füh-

renden Kadern, Organisation nach dem Zellenprinzip, Aufnahme nach längerem Auslese- und Beobachtungsprozeß, auf die "Einbindung der Basis" soll verzichtet werden, statt dessen sollte man lieber versuchen, diese als Fraktion in den zahlreich vorhandenen Vorfeldorganisationen des nationalen Lagers zu etablieren, um sie so zu radikalieren, ausgewählte, nicht stapo-bekannte Leute könnten in die FPÖ eindringen. Motto: „*Den Staat aus der Reserve zu locken, gehört somit zu den wichtigsten Aufgabenbereichen der nationalistischen Organisation.*“

6.Februar 1995: 81jährig stirbt in Wien Mira Lobe. Aus einer wohlhabenden jüdischen Familie in Niederschlesien stammend, ließ sie sich nach der Rückkehr aus dem Exil in Wien als Kinderbuchautorin nieder. Euer Chronist hat in den Fünfzigerjahren auch mit ihren Geschichten das Lesen gelernt und aus diesen Geschichten, die von Susi Weigel kongenial illustriert wurden, vielleicht jenes Maß an Toleranz und Solidarität auf den Lebensweg mitbekommen, für das er jetzt noch gut Verwendung hat...

8.Februar 1995: Parlamentsdebatte zum Naziterror. Haider bietet einen unglaublich zynischen Redebeitrag. Der Obmann der Partei, die bei den Wahlen der letzten Jahre mittels geschürter Fremdenangst gezielt auf Stimmenfang ging, äußerte: *“Denn das Nichtintegrieren einer ethnischen Minderheit, die schon einmal vor 50 Jahren fast vernichtet wurde in den Straflagern des Nationalsozialismus, sie wieder auszusiedeln und auszugrenzen, hängt damit zusammen, daß man den Willen, den man hier bekundet, in der praktischen Politik gar nicht einbringt.”*

Abgesehen von den "Straflagern" (siehe unten): Inhaltlich hat er ganz sicher nicht unrecht mit dieser Aussage. Die Versäumnisse der letzten 50 Jahre auf diesem Gebiet ermöglichen ihm sogar zu rechts-extremen Terroranschlägen, populistische Aussagen! Aber er hat keinerlei Recht sie zu machen!

Mit dem "Straflagern" ist ihm allerdings das passiert, was man gelegentlich in der Stadt über einen Zuwanderer vom Land sagt, wenn er in eine ländliche Ausdrucksweise verfällt: Da hat ihn der Bauer hinaufgetreten.

Bei Haider war es nicht der Bauer, sondern der Nazi. Das mit den "Straflagern" ist seine Vater- und Muttersprache, er wird eben von Kind auf schon gehört haben, daß der Hitler die Gauner und Verbrecher (die *Parasiten, Glücksritter und Abkassierer?*) zum Schutze der ordentlichen, braven und arbeit-samen Bürger ins KZ sperren hat lassen. Damit dieses *Gesindel* dort (im Steinbruch oder so) einmal richtig das Arbeiten lernte.

Glück hat Haider, daß eine dumme (weil mißverständliche Bemerkung) der SP-Abgeordneten Mertel ihm eine Ablenkungsmöglichkeit bietet. Mit einer Lüge über einen angeblichen Attentatsversuch im Jahre 1992 (ein leerer, nach Haider geworfener Zuckerstreuer wird F-seitig zu einer Unkrautsalzbombe) versucht man sich selbst als bedroht durch politische Attentate darzustellen. Die SP-Mandatarin bezeichnete das Werfen von Gegenständen als *"auch eine Möglichkeit"* und wird von den Freiheitlichen deswegen zum Rücktritt aufgefordert.

9.Februar 1995: Der F-Obmann des Burgenlandes, Wolfgang Rauter, enttarnt die Hintergründe des Oberwarter Mordanschlages: Die Mitschuld daran läge bei linken Aktivisten, die die Freiheitlichen ins rechte Ecke drängten und damit rechtsextreme Gewalttäter provozierten.

9.Februar 1995: In den NEWS erscheint ein ausführlicher Bericht über die Oberwarter Morde und die Hintergründe. Die Chronik-Leser werden um Verständnis ersucht, daß aus Platzgründen eine Wiedergabe hier nicht möglich ist.

10.Februar 1995: Der Mühlviertler, der dem Kärntner Verleger Wieser letzten Herbst Drohbriefe schickte, erhält eine Haftstrafe von zwölf Monaten, elf davon bedingt. Es handelte sich bei diesem Täter um einen "Trittbrettfahrer", der nicht der organisierten rechtsextremen Szene angehörte, sondern seine Taten aus persönlichen psychischen Problemen verübte.

10.Februar 1995: Österreich tritt der "NATO-Partnerschaft für den Frieden bei. Selbstverständlich unter Wahrung der Neutralität.

10.Februar 1995: Bisher hatte sich die steirische Gemeinde Leibnitz geweigert, die Ehrenbürgerschaft für Adolf Hitler aufzuheben, man erklärte sie kurzerhand für durch Hitlers Tod automatisch erloschen (was natürlich Quatsch ist, eine Ehrenbürgerschaft ist eine Auszeichnung wie eine Ordensverleihung). Nun wird auf Antrag eines SP-Gemeinderates diese Ehrenbürgerschaft endlich aberkannt.

10.Februar 1995: In den Niederlanden ehrt das dortige Mauthausenkomitee den österreichischen Sozialdemokraten Carl Gröger, der 1938 nach Holland emigriert war. Dort wurde er 1941 nach der Besetzung des Landes durch Großdeutschland zur Wehrmacht eingezogen, schloß sich aber einer Widerstandsgruppe an und leitete 1943 den Anschlag auf das Amsterdamer Hauptmeldeamt, wodurch die dortige Kartei vernichtet und die Suche der Nazis nach Juden und Emigranten erschwert wurde. Rund 10.000 Verfolgte entkamen in den Untergrund, wovon die Hälfte unentdeckt blieb. Die Gruppe Grögers

flog im April 1943 auf, alle Mitglieder wurden am 1.7.1943 erschossen. Bei den Gedenkfeiern anlässlich Grögers 77. Geburtstag sagte die Vorsitzende des niederländischen Mauthausenkomitees, Mirjam Ohrlinger: „Bei der Erwähnung des Namens Österreich denke ich lieber an Carl Gröger als an Jörg Haider.“

11.Februar 1995: Begräbnis der Mordopfer in Oberwart. Das schlechte Gewissen scheint die Politiker (außer den Freiheitlichen) in Scharen zu den Verabschiedungen zu drängen. Vranitzky nimmt wegen eines Staatsbesuches in Kanada nicht teil, er hat bereits vorher einen Kondolenzbesuch bei den Hinterbliebenen abgestattet und sich entsetzt über die schlechten Lebensverhältnisse in der Romasiedlung gezeigt. Auch wenn die vor 5.000 Teilnehmern gehaltenen Trauerreden zum Teil echte Betroffenheit beinhaltet haben mögen, österreichisches Verhalten zum Rechtsextremismus zeigt sich selbst hier von seiner negativen Seite. Die übliche Antifa-Sonntagsrede von Nationalratspräsident Fischer löst Zuhörerproteste aus. Das veranlaßte andere Redner zur Forderung nach "Toleranz": Politische Forderungen als Konsequenz des Bombenterrors waren unerwünscht.

11.Februar 1995: Per Großbildschirmübertragung nimmt der bayrische CSU-Boß Stoiber am Linzer ÖVP-Parteitag teil. Er empfiehlt dem Ratzenböck-Nachfolger Pühringer: „Auf Dauer darf es rechts von der ÖVP keine Partei geben.“

11./12.Februar 1995: Bei seinem Staatsbesuch in Kanada äußert sich Kanzler Vranitzky zu den Anschlägen im Burgenland. Er sagt u.a.: „Wir brauchen mehr Zusammengehörigkeitsgefühl, um die schlimme Entwicklung abzuwenden“, er werde sich persönlich dafür einsetzen, Österreich müsse sich als die multikulturelle Gesellschaft begreifen, die sie schon seit Jahrhunderten sei.

11./12.Februar 1995: In der norwegischen Hauptstadt Oslo werden 73 Rechtsextreme festgenommen, die Gewalttaten gegen einer antirassistische Kundgebung begingen.

11./12.Februar 1995: Wien ist da anders. Auf dem Morzinplatz findet von Samstag auf Sonntag eine Mahnwache zu den Mordanschlägen statt. Skinheads stören zweimal die Veranstaltung, treten Kerzen aus und rufen rassistische Parolen. Die Polizei ignoriert die rechtsextremistischen Provokationen und reagiert nicht auf telephonische Hilferufe. Der Mahnwache Polizeischutz beizustellen, hatte man überhaupt für überflüssig betrachtet.

12.Februar 1995: 61 Jahre sind seit dem Februaraufstand des Jahres 1934 vergangen. Die Gedenkfeiern am 12. und 13.2. gehen unbeachtet von der Öffentlichkeit über die Bühne.

12.Februar 1995: Die Polizei spricht von 850 Hinweisen, die bisher zu den Anschlägen eingegangen sind.

13.Februar 1995: Erste Hausdurchsuchungen bei Verdächtigen bringen außer Massen an rechts-extremem Propagandamaterial keine Ergebnisse. Die Auswertung des am Klebeband am Sockel der Sprengfalle gefundenen Fingerabdrucks verläuft negativ. Der Historiker Gustav Spann siedelt die Verfasser des Bekennerschreibens im "Dunstkreis der Burschenschaften" an. Mehrere amtsbekannte Rechtsextremisten sollen dem Phantombild ähnlich schauen, unter anderem der in den Achtzigerjahren in Österreich bereits wegen Bombenanschlägen verurteilte Deutsche Ekkehard Weil.

13.Februar 1995: Im STANDARD erscheint ein Kommentar von Dr. Stephan Schulmeister unter dem Titel "Dr. Jörg Haider und die Toten von Oberwart". Durch Arbeitslosigkeit und Wohnungsnot haben sich die Lebensverhältnisse vieler Menschen verschlechtert, dies bedeutet mehr als je zuvor einen "Kampf" gegen Mitbewerber und das können auch "Fremde" sein. Die Öffnung des Eisernen Vorhangs und der Krieg in Exjugoslawien verunsichern viele Menschen, in Verbindung mit der Verschlechterung der Lebensverhältnisse steigt das Bedürfnis nach "Sündenböcken". Obwohl am Arbeits- und Wohnungsmarkt meistens gar kein direktes Konkurrenzverhältnis mit Ausländern besteht, kann das Gefühl von Österreichern, zu kurz zu kommen, leicht gegen "die Ausländer" gerichtet werden. Haider nutzt den Rechtfertigungszwang der "Altparteien" (die reale Probleme und Mißstände verniedlichen) nicht dazu, konkrete Problemlösungen vorzuschlagen, sondern stellt gesellschaftliche Prozesse als Kämpfe zwischen den von ihm angesprochenen "Guten" und ihren "bösen" oder "fremden" Gegnern dar. Dadurch lenkt er von konkreten sozialen Ursachen ab. Der Ausländerbegriff Haiders ist rassistisch gefärbt, er meint damit nicht deutsche, amerikanische oder schwedische Manager oder Studenten, sondern Mitbewohner mit dunklerem Teint und schwarzem Haar aus Ost- oder Südeuropa, die uns überfremden, wenn nicht gar "umzuvolken" drohen. Kein europäischer Politiker mit einem vergleichbar hohen Stimmenanteil hat mit solcher Konsequenz Minderheiten- und Ausländerfeindlichkeit zum Vehikel seiner Politik gemacht. Das trug zur Bildung des Nährbodens bei, auf dem die Planung und Durchführung von mörderischen Anschlägen gedeiht.

13./14./15.Februar 1995: Burgtheaterdirektor Peymann kritisiert im Fernsehen die Ermittlungstätigkeit der Polizei, er meint durch die vorerst gegen die Opfer erfolgten Ermittlungstätigkeiten der Polizei hätten die wirklichen Täter einen Vorsprung erhalten. Anlaß für Sozialminister Hesoun, Peymann wüst zu

beschimpfen. Er spricht von einer "Beleidigung der Republik" (dürfte sowas Ähnliches sein wie seinerzeit eine "Majestätsbeleidigung") und meint der Theaterdirektor hätte noch keinen Handgriff für das Gesamtwohl geleistet. Peymann solle das Land verlassen.

Minister Scholten und auch andere Politiker versuchen den tobenden Hesoun über das Recht auf freie Meinungsäußerung aufzuklären.

13. Februar 1995: Die Polizei ermittelt gegen unbekannte "Schmierer". In der burgenländischen Gemeinde Oberschützen steht auf Privatgrund immer noch ein im NS-Stil errichtetes "Denkmal", das 1938 zur Verherrlichung des Anschlusses an Deutschland erbaut worden war. Jetzt hat jemand „Rassismus tötet“ draufgesprayt. Dagegen muß jetzt selbstverständlich die Obrigkeit ermittelnd eingreifen.

14. Februar 1995: Nach dem Tod des Grazer Zahnarztes Egon Sabukoschek am 13.2. werden die Ermittlungen wegen Kriegsverbrechen beendet. Sabukoschek stand im Verdacht als "Judenkommissar" in Belgrad rund 100 Juden zur Erschießung "selektiert" zu haben. Simon Wiesenthal hatte 1992 den Fall ins Rollen gebracht. Drei Jahre waren (wie üblich) zu kurz für ein Ergebnis..

14. Februar 1995: Ins Schwitzen gerät wieder einmal der Wiener Polizeipräsident Bögl. Hatte man zuerst versucht, die nazistischen Störaktionen der Mahnwache von Samstag auf Sonntag in Wien zu bagatellisieren und zu behaupten, man hätte a) keinen telephonischen Hilferufe erhalten und b) beim Einschreiten keinen Tatbestand festgestellt, so muß doch "Fehlverhalten" zugeben werden. Ein Polizist wird von seinem Arbeitsplatz am Polizeinotruf abgezogen. Die Skinsheads werden innerhalb zweier Tage von der Polizei doch noch ausgeforscht, zum Teil festgenommen, zum Teil auf freiem Fuß angezeigt.

Die Diskussion über rechtsextremistische Strömungen bei der Polizei bringt eine ganze Serie von einschlägigen Geschehnissen ans Tageslicht: "Forsche" Beamte mit Kurzhaarschnitt bei der Alarmabteilung wurden kurzfristig von dort abgezogen, Ex-Stapo-Chef Hochenbichler verzierte seine Wohnung mit einem Hitlerbild, ein ehemaliger FPÖ-Bezirksrat hatte rechtsextreme Schriften in seinem Spind, ein anderer Beamter hielt private Schulungen gegen "Linksterrorismus" ab. Ein Hauptmann veranstaltete einschlägige Liederabende, bei einer Weihnachtsfeier stimmte eine Polizistengruppe in einem Wiener Lokal Nazilieder an und schritt mit Hitlergruß durch die Gaststätte. Veranstaltungen von als rechtsextrem bekannten Organisationen wurden auch in den letzten Jahren immer wieder bereits "vorbeugend" gegen Antifa-Proteste mit Polizeischutz versehen.

Bögl spricht von "einem Prozent brauner Schafe" bei der Polizei und kündigt Maßnahmen gegen diese an.

14. Februar 1995: Besonders spaßig gab sich die Matura-Zeitung einer Klasse der HTL Vöcklabruck. Frauenwitze und Reime über sozialschmarotzende Gastarbeiter paßten wunderbar zu einem Inserat der schlagenden Pennälerburschenschaft "Florian Geyer", die zu einer Männergemeinschaft mit Idealen und Zielen, wie etwa der Pflege der deutschen Volks- und Kulturgemeinschaft einlud. Der Schuldirektor schrieb ein Vorwort für das Machwerk. Als jetzt die Staatsanwaltschaft ermittelt, gibt man sich ahnungslos, zerknirscht und hat es selbstverständlich gar nicht so gemeint. Landesschulratspräsident Riedl ist schockiert.

Gar nicht so gemeint war auch vermutlich bei einem Faschingsumzug am 11.2., den passenderweise der Welser Bürgermeister Bregartner als Zuseher bestaunte, der Ausruf des Umzugskommentators, die mitmarschierende "Zigeunerkapelle" nicht mit Bomben zu bewerfen. Das ist halt der österreichische Frohsinn!

14. Februar 1995: Die Bombenanschläge rufen entsprechende "Witzvögel" auf den Plan. In Salzburg werden siebzehn Bombenattrappen entdeckt und sichergestellt. Am 10.2. war an das Bundesbüro der Grünen eine Attrappe geschickt worden, am 14.2. wurde in Wien am Lueger-Platz eine solche in einer Telefonzelle aufgefunden.

Mitte Februar 1995: Der Verbandsvorsitzende der SJ, Karl Delfs, verlangt die Einsetzung eines Parteischiedsgerichtes gegen den Welser Bürgermeister Bregartner, gefordert wird wegen des Verhaltens an den "braunen Flecken" ein Parteiausschluß. Neben geringer Zustimmung (ÖGB-Frauenchefin Schmidleithner, SP-Freiheitskämpferobmann Pepper) gibt es heftige Ablehnung. In Wels drohen die SP-Gemeinderäte sogar bei einem Parteiausschluß Bregarners mit kollektivem Parteiaustritt. Auch auf Landesebene gibt es Solidarität mit dem Welser Freund der "braunen Flecken". Ist ja auch unerhört, den verdienten Sozialdemokraten, der sich so viele Verdienste um die Sozialdemokratie erworben hat, so böseartig zu attackieren. Die Überraschung, die in dem Fall eintritt, kommt nicht von der SPÖ, sondern von der SS-Kameradschaft IV: Diese verzichtet auf eine Neuaufstellung ihrer Gedenktafel in der Sigmarkapelle. Die SS-Kameraden scheinen also mehr Gespür für die Situation zu haben als die Sozialdemokraten. Der Kameradenobmann labert im Rundfunk herum, seine SSler seien genauso Soldaten gewesen wie alle anderen.

Aber immerhin ein gesamtösterreichischer Fortschritt darf verzeichnet werden: Wenn schon keine Jägerstätterstraße in Braunau, dann auch keine SS-Gedenktafel in Wels. Das offizielle Oberösterreich kann sich somit durch die einsichtige Mithilfe der SSler auf eine "neutrale" Position stellen: Man ist nicht für den Antifaschismus, aber auch nicht für den Nationalsozialismus. Keine schlechte Leistung - 50 Jahre nach Hitlers Ende. Bis 2045 schafft man vielleicht sogar irgendwo ein Jägerstätterdenkmal..

15.Februar 1995: Mit einer Verspätung von über einem Jahr taucht ein weiterer Bekennerbrief auf, nach der ersten Briefbombenserie vom Dezember 1993 von einer "Kampfereinheit Graf Ernst Rüdiger von Starhemberg" an den Generaldirektor für Öffentliche Sicherheit, Sika und an Bürgermeister Zilk, geschrieben. Zilks Kopie wurde (ohne den Wiener Bürgermeister in Kenntnis zu setzen) an das Innenministerium weitergeleitet. Im Schreiben ist von "Knallfröschen zum Krambambulicocktail" die Rede, angeblich hätte man noch 40 Briefbomben vorrätig. Wenn der Brief jetzt nicht Medien zugespielt worden wäre, unsere Terrorbekämpfer hätten uns wohl auch weiterhin vorm Inhalt der Botschaft geschützt.

15.Februar 1995: Ein verdächtiges Fahrzeug (weißer Golf mit St. Veiter Kennzeichen) wird in Linz gestellt. Der Lenker entpuppt sich nicht als Bombenleger.

16.Februar 1995: Vranitzky spricht den Ministern Hesoun und Löschnak sein volles Vertrauen aus.

Hesoun erhält für seine Peymann-Attacke Beifall von ÖAAB-Obmann Höchtl und den Freiheitlichen.

16.Februar 1995: Im Wiener HAUS DER INDUSTRIE wird das "Simon-Wiesenthal-Haus"-Projekt vorgestellt. Potente Paten werden gesucht, die in Tel Aviv die Errichtung eines Therapiezentrums für KZ-Überlebende mitfinanzieren. Bisher hat die israelische Organisation AMCHA vier solche Zentren für die heute noch lebenden etwa 300.000 KZ-Überlebenden eingerichtet.

16.Februar 1995: Bekannt wird, daß ein aufmerksamer Präsenzdienner in einem Wiener Offizierskasino eine (als SPÖ-Informationsschrift getarnte) rechtsextreme Hetzschrift entdeckt hat. „*Diese Republik heißt Niederlage*“, ist darin zu lesen, der Staatsvertrag ist ein "Schandvertrag", eine Verhaftungs- und Bspitzelungswelle walle durch das Land. Rasch bemüht man sich um die Einsammlung in den Kasernen.

16.Februar 1995: Das Europäische Parlament verurteilt aus Anlaß der Anschläge im Burgenland „*nachdrücklich jede Aktion, die Ausdruck von Fremdenhaß ist.*“ Die im Beschluß geäußerte Kritik an Österreich wird durch Abänderungsanträge von SP und VP-Mandataren entschärft, vor allem wollte man eine Passage über die Mitverantwortung Österreichs an den Nazigreueln gestrichen haben.

16.Februar 1995: Unter das Motto "O 95 - demokratisch widerstehen" stellt SOS-Mitmensch die neuen Ziele der Menschenrechtsbewegung. Es wird zu einer erweiterten Plattform für „*wehrhafte Demokratie und Solidarität*“ aufgerufen. Am 18.3. ist im Wiener Rathaus eine Veranstaltung *Republik der Solidarität* geplant.

16.Februar 1995: In der Steiermark wird endlich die Subvention für die AULA gestoppt. Den Stop der staatlichen Geldmittel hatte zwar vor einiger Zeit schon die SPÖ gefordert, als dann aber bekannt wurde, daß das rechte Monatsblatt im SP-nahen Leykam-Verlag gedruckt wird, war man wieder ganz still. Ein Artikel in einer Vorjahrnummer („*Die Zigeuner sind ein Indien entstammendes Wandervolk, Ehrlichkeit zählt nicht zu den Glanzseiten des Volkes (...) sie ziehen stehend und betrügend durchs Land (.) sie werden Lumpenpack genannt.*“ veranlaßt nun sogar den zuständigen F-Landesrat Schmid zur Geldsperre. Haider hatte sich schon zum Wochenbeginn von „*dieser Geisteshaltung*“ distanziert.

17.Februar 1995: In einem STANDARD-Kommentar schreibt Michael Scharang u.a.: „*...In Ländern ohne faschistische Vergangenheit hat Populismus vor allem Unterhaltungswert. Bei uns kommt ein politischer Wert hinzu. Und was für einer. Die Tradition des Rechtspopulismus will, daß der Unzufriedene sich nicht zur Wehr setzt, sondern einen Wehrlosen sucht, an dem er seine Wut auslassen kann. Die Bewegung, die dabei notgedrungen entsteht, nennt man Volks- und Bürgerbewegung. Ihr Ursprung und ihr Ziel sind Vernichtung, was sie antreibt ist der Wahn, wenn erst einmal alles zerstört sei, würden die Dinge sich schon zum Besseren wenden.*“

16.Februar 1995: Sicherheitsdirektor Sika erklärt, man habe den Bekennerbrief vom Dezember 1993 nicht veröffentlicht, um keine "Hysterie zu erzeugen". Interessant die Antwort von Löschnak auf den Vorwurf, warum man nicht V-Männer in der rechten Szene installiert habe. Der Innenminister ist nicht für solche Spitzelmethoden. Seinerzeit als die STAPO ihre Daseinsberechtigung fast ausschließlich aus der Überwachung der linken Szene ableitete, war man nicht so engherzig. Wie aus verschiedenen anlässlich der seinerzeitigen STAPO-Akteneinschau bekannt gewordenen Spitzelakten ersichtlich war, hatte man in des Linksradikalismus verdächtigen Organisationen durchaus Spitzel sitzen, die brav an ihre Führungsoffiziere meldeten, der oder die habe auf der oder der organisationsinternen Sitzung diese oder jene Meinung geäußert.

Wozu man wieder einmal folgendes anmerken könnte: Linksradikalismus und Rechtsextremismus unterscheiden sich grundsätzlich in Österreich schon verfassungsmäßig dadurch, daß die KPÖ als Mitbegründerin der Zweiten Republik in der Gründungsurkunde vom April 1945 steht und die rechtsextremistischen Organisationen ihre rechtliche Heimstatt im NS-Verbotsgesetz haben.

16.Februar 1995: Nach dem gesuchten blauen Autokennzeichen aus St. Veit fragt zehn Tage nach dem Attentat ein Journalist bei der zuständigen Bezirkshauptmannschaft an. Dort sind 220 solche Tafeln ausgegeben worden. Die Polizei hatte sich bis zu diesem Zeitpunkt noch überhaupt nicht danach erkundigt. Noch ein weiteres Ermittlungs-Highlight dringt an die Öffentlichkeit: Die Salzburger Bombenattrappen wurden zum Teil so geborgen, daß mögliche Täterfingerspuren verwischt und dafür polizeiliche draufgetappt wurden

16.Februar 1995: Das beantragte Parteiausschlußverfahren gegen das Wiener F-Mitglied Böhm-Ermolli dauert an. Gegen ihn wurde in einer parteiinternen Auseinandersetzung der Vorwurf erhoben, Hitler als "großen Staatsmann" bezeichnet zu haben.

17.Februar 1995: In einem Purtscheller-Artikel im STANDARD wird auf eine weitere Instruktion aus Nazi-Kreisen hingewiesen. Unter dem Pseudonym "Hans Westmar" ⁴ wurde ein "Handbuch Kommando Werwolf" verfaßt und verbreitet, in welchem zur Bildung von "schlafenden Zellen" aufgerufen wird. Auch im US-amerikanischen "NS-Kampfzettel" (die Nazis sind in den USA nicht verboten) werden Beiträge des "Hans Westmar" veröffentlicht. Die Arbeit mittels "schlafender Zellen" soll die ostmärkische NSDAP vor Spitzeln beschützen. Laut Purtscheller haben sich in den letzten Jahren etliche früher sehr aktive Rechtsextremisten zurückgezogen, auf mindestens zwei davon passe das Täterprofil zu den Anschlüssen im Burgenland.

17.Februar 1995: Die Polizei bezweifelt die Echtheit des über ein Jahr geheimgehaltenen Bekennerbriefes.

17.Februar 1995: Die rechtsseitige Sehschwäche der Polizei wird vom Vorsitzenden der Gewerkschaftssektion Sicherheitswache, Franz Pail, bestritten. In OÖ., der Steiermark und Wien werden innerhalb der Polizei "Plattformen gegen Rechtsextremismus" errichtet.

Vor kurzem wurde in Wien auf der Rossauer Polizeidienststelle festgestellt, daß dort die Zeitschrift "Fakten", herausgegeben von den "Kritischen Demokraten" des Horst Jakob Rosenkranz ⁵, aufliegt. Eine entsprechende Untersuchung wurde von den freiheitlichen Personalvertretern kritisiert: Die "Fakten" seien überall frei erhältlich und in keiner Weise nach dem Verbotsgesetz, nach dem Mediengesetz oder anderen Rechtsvorschriften verboten.

17.Februar 1995: Der Oberwarther Bürgermeister verspricht konkrete Unterstützung für die Roma. Besonderes Augenmerk soll vor allem auf die Bildung und Ausbildung der Roma-Kinder gelegt werden. Bisher wurden sie in der Regel in die Sonderschule abgeschoben.

17.Februar 1995: SP-Geschäftsführer Cap verkündet: Fall Bregartner beendet. Nach dem Verzicht auf die neuerliche Anbringung der Tafel (die SS-Kameradschaft IV hat „im Interesse des Bürgermeisters und der Stadt“ darauf verzichtet!!!!) erwartet er, daß die SJ den Antrag auf Einberufung des Schiedsgerichtes zurückzieht. Die Forderung, die Etzold-Turnhalle umzubenennen, wird von Bregartner weiterhin abgelehnt, das Gebäude sei Eigentum des ÖTB, die Stadt daher nicht dafür zuständig. Daß der Turnerbund heuer 520.000 Schilling Subvention erhält, hat er dabei wohl ganz vergessen. Den deutschen Turnern würde bestimmt schnell ein neuer Hallenname einfallen, wenn der Geldhahn nicht gar so heftig geöffnet wäre..

17.Februar 1995: Innenminister Löschnak sieht in den Problemen mit den Nazis in Österreich keinen Grund für den Rücktritt. „Ich kann das Schiff nicht verlassen“, erklärt er. Braver Kapitän, wartet er, bis das Schiff gesunken ist?

19.Februar 1995: Die Chefin des LIBERALEN FORUMS, Schmidt, erwartet den Rücktritt Löschnaks, da er die Entwicklung der rechtsextremen Szene falsch eingeschätzt habe.

19.Februar 1995: Wahlen im deutschen Bundesland Hessen: Die SPD verliert 2 Sitze, die CDU einen, die Grünen gewinnen 3, die FDP bleibt im Landtag, die rot-grüne Koalition kann fortgesetzt werden.

20.Februar 1995: Die Schwarzen wissen wohl auch nicht mehr genau, wie sie den rechten Rand abdecken sollen. In Salzburg jedenfalls stellt die ÖVP den ehemaligen Fernsehkomiker Karl Habsburg als Spitzenkandidaten für die Wahlen ins Europaparlament auf.

⁴ "Hans Westmar" war der Titel eines mißglückten NS-Propagandafilmes über den SA-Mann Horst Wessel, der dann mit umgetauftem Titelhelden in die Kinos kam.

⁵ vgl. Handbuch des österr.Rechtsextremismus, Seite 153ff

20. Februar 1995: Die SJOÖ folgt der Empfehlung Caps und läßt den Parteiausschlußantrag gegen Bregartner ruhen.

20. Februar 1995: Die SP-Abgeordnete Mertel entschuldigt sich für ihren Zwischenruf "*wäre eine Möglichkeit - aus Ihrer Sicht*", mit dem sie den Versuch der Freiheitlichen, den Wurf eines Zuckerstreuers nach Haider als Terroranschlag zu deuten, ironisieren wollte.

20. Februar 1995: Pech für Franz Radl junior. Nachdem die Anklage gegen ihn und Binder rechtskräftig ist, fällt ihm krankheitshalber sein Anwalt Herbert Schaller aus. Er muß einen neuen Verteidiger nehmen.

21. Februar 1995: Bekannt wird, daß im niederösterreichischen St. Andrä-Wördern vier Mitglieder einer Neonazi-Gruppe ("Wördener Nordsturm") ausgehoben wurden. Militärische Übungen im Walde, Hakenkreuzschmierereien und Besitz von NS-Materialien werden ihnen vorgehalten. Anzeige auf freiem Fuß. Gefordert wurde von der Gruppe u.a.: Ausländerstopp, Inhaftierung aller Kommunisten, FP-Alleinregierung.

21. Februar 1995: Jetzt weiß es auch der Mock. Er hat die Parkinsonsche Schüttellähmung. Was jeder schon die längste Zeit von weitem sah, der Außenminister ließ sich nun auch davon überzeugen, es sind doch nicht die Bandscheiben. In den Ruhestand will er erst 1998 treten.

21. Februar 1995: Entscheidende Schritte zur auch formalen Abschaffung der österreichischen Neutralität: Vranitzky sagt, man werde mit Rußland keine Erklärung abgeben, die auf Staatsvertrag und Neutralität bezug hat. Klestil erklärt die Neutralität für ein unbrauchbares Sicherheitsmittel und verlangt den offiziellen Einstieg Österreichs in den EU-Militärpakt.

22. Februar 1995: Der SPÖ-Parteivorstand beschließt überraschend eine Resolution in der "*mit Genugtuung zur Kenntnis*" genommen wird, daß die SS-Tafel in der Welser Sigmar-Kapelle entfernt wurde. Gleichzeitig wird gefordert, die Etzold-Turnhalle und die Kernstockstraße umzubenennen. Zu Kernstock richtet sich die Umbenennungsforderung auch an die anderen Gemeinden mit solchen Verkehrsflächenbezeichnungen. In OÖ. sind dies Ansfelden und Traun.

Der Obmann des Welser ÖTB erklärt sich in einem Interview mit den OÖNachrichten sogleich zu einer Neubenennung der Turnhalle bereit und sagt sogar, daß er ohnedies schon länger für eine Änderung gewesen wäre, der ÖTB hatte wegen der Diskussion über die "Braunen Flecken" erheblich an Mitgliedern eingebüßt. Man könnte so fast den Eindruck gewinnen, die Benamung nach dem Nazi-Funktionär Etzold sei hauptsächlich deswegen aufrecht geblieben, weil Bürgermeister Bregartner dies wollte.

Im Fall Kernstockstraße ist Bregartner weiterhin gegen eine Umbenennung. Ins Schwitzen kommt er, weil sowohl in Ansfelden als auch in Traun relativ rasch Umbenennungen in die Wege geleitet werden. In Ansfelden stimmen einem Dringlichkeitsantrag der Sozialdemokraten alle Fraktionen, also auch die FREIHEITLICHEN, zu. In Traun sind SPÖ, ÖVP und LISTE TRAUN für die Namensänderung, die FREIHEITLICHEN sind dagegen mit der interessanten Begründung, daß den Kernstock heute ohnedies kein Mensch mehr kenne.

Daher ein bißchen Erinnerung an dessen "dichterisches Werk": *Steirische Holzer holzt mir gut, mit Büchsenkolben die Serbenbrut! Steirische Jäger trifft mir glatt, den russischen Zottelbären aufs Blatt! Steirische Winzer preßt mir fein, aus Welschlandfrüchten blutroten Wein.* Oder: *"Das Hakenkreuz im weißen Feld, auf feuerrotem Grund, hat uns mit stolzem Mut beseelt, es schlägt in unserer Runde. Kein Herz, das feig die Treue bricht. Wir fürchten Tod und Teufel nicht! Mit uns ist Gott im Bunde!*

22. Februar 1995: In Graz nennen die GRÜNEN eine Straße um. Sie entfernen die Tafel "Robert Hohlbaum Allee" und deponieren sie am Bürgermeisteramt. Hohlbaum war einer der schriftstellerischen Hitlerbejubler gewesen. Als neuer Straßename wird "David Herzog Allee" (nach dem ehemaligen Landesrabbiner) angebracht. Nachdem die SPÖ ohnedies bereits eine Änderung des Straßennamens vorgesehen hatte, bleibt die Tafel gleich hängen.

22. Februar 1995: Kanzler Vranitzky weist die Aussage von Klestil zurück, die Neutralität sei überholt und zwecklos.

24. Februar 1995: Der zum "Menschenrechtsexperten" hochgejubelte ÖVP-Politiker Felix Ermacora stirbt. Er war zuletzt durch die Übernahme der Leitung des Kameradschaftsbundes, einer Rede am Innsbrucker Burschenschaftlertreffen und der Kritik des NS-Verbotsgesetzes unangenehm aufgefallen.

25./26. Februar 1995: In Italien und Frankreich finden Großdemonstrationen gegen Rassismus und Ausländerfeindlichkeit und gegen den Rechtsextremismus statt.

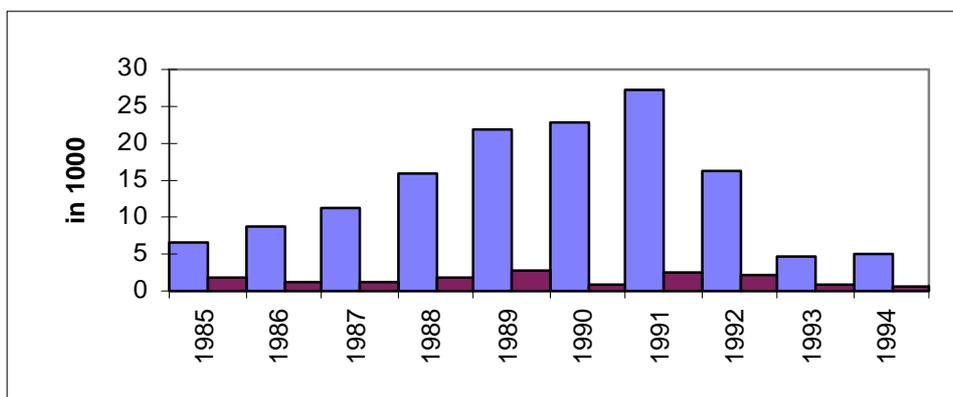
26. Februar 1995: Der dänische Premier Rasmussen sagt, die österreichische Neutralitätsdebatte hätte "zu früh" begonnen, die Aufgabe oder Beibehaltung der Neutralität würde von der EU "selbstverständ-

lich" akzeptiert. Aber, liebe EU, keine Angst, unsere Arschkriecher passen sich nicht nur rechtzeitig, sondern sicher vorzeitig an alles an, was vielleicht irgendwann gefordert werden könnte.

28. Februar 1995: Klestil und Vranitzky sind gegen die Festschreibung des Staatsvertrages mit Rußland. Bisher war der Staatsvertrag das Grundlagendokument der österreichischen Unabhängigkeit ("Österreich ist frei"), plötzlich ist er eine Einschränkung der Souveränität. Die Lüge, daß Österreich "das erste Opfer" des Nationalsozialismus gewesen sei, bleibt weiterhin Staatsdoktrin, denn schließlich sind Staatsvertrag und die auf dem "Moskauer Memorandum" beruhende Neutralität der rechtliche Ausdruck davon, daß Österreich nicht nur Opfer, sondern eben auch Mittäter war. Wenn Memorandum und Staatsvertrag jetzt für veraltet erklärt werden, dann ist auch die Mitverantwortung am Nationalsozialismus veraltet.

Ende Februar 1995: Obwohl eine große Anzahl von Hinweisen vorliegt, daß in den Mord am schwedischen Ministerpräsidenten Palme am 28.2.1986 rechtsextremistische Polizeikreise verwickelt sein könnten (so hielten sich während des Mordes rund 30 Polizisten in Tatortnähe auf, die dort eigentlich nichts zu suchen hatten), weigern sich die zuständigen Fahnder nach wie vor, der "Polizeispur" nachzugehen, von einem Komplott könne keine Rede sein, als Täter sucht man einen "verwirrten Einzelgänger". Das kommt auch einem Österreicher sehr bekannt vor: Auch die rechtsextremistischen Gewalttäter hierzulande erklärte man gerne zu "verwirrten Einzeltätern".

Anfang März 1995: Die Anzahl der Asylwerber in Österreich ist mit Fall des "Eisernen Vorhangs" stark gestiegen und durch die restriktivere Einwanderungspolitik im Anschluß stark gesunken. Das untenstehende Diagramm zeigt jeweils die Anzahl der Bewerber und die anerkannten Asylanten, 1994 waren es nur noch 700, da Österreich sich jetzt als von lauter "sicheren Drittländern" umgeben definiert. Eine Auffassung, die von der UN-Flüchtlingskommission nicht geteilt wird.



1. März 1995: Haider hält seine traditionelle Aschermittwochrede vor 1.300 lieben Freunden in Ried im Innkreis. Er gibt es ihnen wieder, den Bonzen, Parasiten und Schmarotzern, den Arbeitslosen und den Ausländern und verabreicht den braven und fleißigen Arbeitern, Bauern, Hausfrauen und Pensionisten Schmeicheleinheiten.

Gleichzeitig findet in Ried auch wieder der "Kulturpolitische Aschermittwoch" statt, dort geht es um ein Gegengewicht zu jenen, "die mit Wortbomben echte Bomben provozieren". Der Kabarettist und Lehrer Christian Schacherreiter trägt seine Gedanken zur Schulbildung vor: "Erziehung zu Toleranz, verständnisvollen Umgang mit dem Fremden, zu Antifaschismus und Europabewußtsein im Geist der Aufklärung, das alles gehört zum Konsens einer demokratischen Schulpolitik, getragen von allen Parteien außer den Freiheitlichen. Haider riskiert die Auflösung des Konsens durch Haß, Intoleranz, menschenverachtende Propaganda und Demagogie."

2. März 1995: Jelzin sagt seinen Staatsbesuch anlässlich des 50. Jahrestages der Wiedererstehung Österreichs ab.

4. März 1995: Der Welser Bürgermeister verbietet die Veranstaltung eines Skinheadkonzertes, das anlässlich des Hitlergeburtstages stattfinden hätte sollen.

5. März 1995: Die Landwirtschaftskammerwahl in NÖ. bringt eine klare Absage an die FREIHEITLICHEN. Der ÖVP-Bauernbund erhält 86% der Stimmen, auf die freiheitlichen Bauern entfallen nur 8%.

5. März 1995: Bei den Wahlen in Estland siegt das gemäßigt konservative Bündnis der Koalitionspartei und der Bauernunion mit 42 der 101 Sitze. Auf die bisherige stärkste Partei der manchesterliberalen Vaterlandsallianz entfallen statt 29 nur noch sieben Sitze. Von der russischen Minderheit im Lande, die ungefähr 30% der Bevölkerung ausmacht, sind nur 50.000 wahlberechtigt, sie erreichen sechs Mandate.

Die liberale Reformpartei erhält 19 Mandate.

6.März 1995: Die STAPO beschlagnahmt die Bezieherlisten der Monatszeitschrift AULA. Die Täterprofile zu den Anschlägen haben zur Vermutung geführt, daß sich die Täter unter den Abonnenten dieser weit rechtsaußen angesiedelten Zeitschrift befinden könnten. Zahlreiche Bezieher werden in der Folge (allerdings bisher ergebnislos) einvernommen.

6.März 1995: Benefizkonzert für die Bombenopfer von Oberwart in Wien.

7.März 1995: Das Innenministerium legt zu den Bombenanschlägen ein Täterprofil von drei Personen vor. Der Bombenbauer soll 50 bis 55 Jahre alt sein und entsprechendes Wissen in Elektronik und Chemie besitzen, ein phantasiebegabter, penibler Bastler sein, der Bombenleger ist 20 bis 40 Jahre alt und ca. 175cm groß, schlank und hat dunkles Haar, der Urheber dürfte etwa 60 Jahre alt sein, über eine ausgezeichnete Bildung verfügen, in juristischem Bereich und im Behördenwesen vertraut sein, über eine gewählte Ausdrucksweise verfügen, geltungssüchtig, eitel und überheblich sein. Er hat ausgezeichnete Kenntnisse über Kärntner Verhältnisse.

Allerdings bringen großangelegte Planquadratfahndungsaktionen trotz des Einsatzes von 30.000 Exekutivbeamten keinen Erfolg. In Deutschland wird der Neonazi Peter Naumann festgenommen, der wiederholt als möglicher Mittäter der Briefbombenserie genannt worden war.

7.März 1995: Der internationale Festakt zum 50. Jahrestag der Errichtung der 2.Republik wird abgesagt, die Begegnung der Präsidenten der Staatsvertragsstaaten in Wien sei nicht mehr aktuell.

8.März 1995: Haider gibt sich wieder einmal staatsmännisch. Man müsse wachsam bleiben, die Demokratie sei in Gefahr. Die Bombenanschläge hätten wahrscheinlich einen rechtsextremen Hintergrund, aber um dem Terror zu begegnen, müsse man beide Augen offenhalten. Die F brauche Stimmzettel, keinen Sprengstoff, man werde umso ruhiger, je aggressiver die Gegner würden, selbst sieht er sich als *Opfer der Hetzjagd gegen Andersdenkende*. Wie sehr er "anders denkt" zeigt er mit der Aussage, daß das Benefizkonzert in Wien vom 6.3. eine "*Stimmungsmache für den sozialistischen Bürgermeister*" gewesen sei, mit "Staatskünstlern", die sich vom *gemeinsamen Wollen des Volkes* entfernt hätten.

Erste Märzhälfte 1995: Im Zuge der Fahndung nach den Bombenattentätern werden Neonazinester ausgehoben. In Gänserndorf, Straßhof und Wels werden Hausdurchsuchungen durchgeführt, Schlagwaffen und NS-Materialien sichergestellt, drei Personen festgenommen, mehrere auf freiem Fuß angezeigt.

Erste Märzhälfte 1995: Die rechtsextremistische NATIONALE FRONT in Tschechien will bei den Parlamentswahlen antreten und "*mit den Übeln der Wendezeit aufräumen*", das sagt der Parteiohmann Sisák auf einer Kundgebung vor hunderten Skinheads im südmährischen Hodonín. Als die Skins grölen, "*Zigeuner ins Gas*", findet dies die Polizei für keinen Anlaß zum Eingreifen.

12.März 1995: Der Grenzübergang zwischen Ungarn und Österreich in Nickelsdorf dient zu einem Probegalopp für das Schengner Abkommen, nach dem geplanten Beitritt Österreichs müßten 1460 km EU-Außengrenzen durch entsprechend strenge Grenzkontrollen dichtgemacht werden.

Vielleicht war es doch ein übereilter Schritt seinerzeit den "EISERNEN VORHANG" wegzureißen. Man hätte ihn kaufen sollen! Aber dazumal war ja der Mock so schnell mit seiner Zwickzange und hat diese Fremdenschutzanlage voller Übereifer vorsätzlich ruiniert. Jetzt brauchen wir eine neue, europaweite Übereinkunft, die wieder ein ordentliches und einheitliches Vorgehen der zivilisierten Völker abzusichern hilft: AUSLÄNDER RAUS!

13.März 1995: Haider kritisiert den von Vranitzky beim UNO-Sozialgipfel in Kopenhagen verkündeten Verzicht auf die Rückzahlung von einer Milliarde Schulden durch drei der ärmsten Entwicklungsländer. Der Kanzler äußert darauf, Haiders Populismus werde immer primitiver.⁶

13.März 1995: US-Diplomaten bezeichnen die Äußerung des stellvertretenden amerikanischen Außenministers Holbrooke, man werde im Herbst allen Teilnehmern der Partnerschaft für den Frieden, den NATO-Beitritt anbieten, als "Mißverständnis". Da werden der Klestil, der Mock und der Haider traurig sein!

14.März 1995: Nach der Abweisung der Klage eines Sudetendeutschen gegen die Enteignung durch

⁶ Ob das nicht das Erfolgsgeheimnis ist? Hitler hat schließlich nicht mit Unrecht in MEIN KAMPF geschrieben: "*Jede Propaganda hat volkstümlich zu sein und ihr geistiges Niveau einzustellen auf die Aufnahmefähigkeit des Beschränktesten unter denen, an die sie sich zu richten gedenkt.*"

das "Benes-Dekret Nr.108" von 1945 durch das oberste tschechische Gericht, beabsichtigt der Kläger sich an den europäischen Gerichtshof für Menschenrechte in Straßburg zu wenden.

15.März 1995: Auf dem Obersalzberg in Berchtesgarden soll eine "Bedenkstätte" errichtet werden. Hitler hatte dort seinen zeitweisen Regierungssitz eingerichtet. Der Berchtesgardner Fremdenverkehr richtete sich seit Jahrzehnten besonders auf Alt- und Neonazis ein. Zwar wurden die Überreste des Hitlerwohnstätte beseitigt, aber auch heute zieht ständig ein dichter Strom von Nationalsozialisten pilgernd auf den Berg, auf dem ihr "Führer" wirkte.

15.März 1995: Veranstaltung der Burschenschaftler an der Grazer Uni. Acht schlagende Burschenschaften laden zum Thema "Die neuen Völkerwanderungen" ein.

16.März 1995: Die von der deutschen Regierung angeordneten Abschiebung von Kurden wird von den SPD-regierten Bundesländern abgelehnt, man bietet dort weiterhin Asyl.

17.März 1995: Der US-Bundesstaat Mississippi schafft die Sklaverei ab. 1865 hatte man nämlich als einziger der damaligen Bundesstaaten die Sklaverei nicht aufgehoben. Der ehemalige rechtsextremistische Gouverneur von Alabama, George Wallace bereute seine frühere rassistische Haltung, nahm an einer Messe in einer afroamerikanischen Kirche teil, bat um Verzeihung und sang "*We shall overcome*" mit.

17.März 1995: Der Südtiroler Altlandeshauptmann Magnago warnt vor der Gefahr von rechts. Er fürchte nicht die Linken, die seien nicht nationalistisch und chauvinistisch eingestellt, aber in den Südtiroler Städten gäbe es eine starke Präsenz der Neofaschisten, weil Mussolini seinerzeit seine treuesten Mitstreiter in den Norden geschickt hätte und jetzt deren Nachkommen hier agierten.

18./19.März 1995: Parteitag der FREIHEITLICHEN in Wien. Rainer Pawkowicz wird mit 93% der Delegiertenstimmen in seinem Amt bestätigt. In Anspielung auf Haider's Ziel, 1998 Kanzler zu werden, erhält er ein Autonummernschild für die Wiener Gemeinderatswahlen 1996:

In seiner Rede spricht er die üblichen F-Themen an und beschwert sich darüber, daß in Los Angeles im MUSEUM OF TOLERANCE neben einer Darstellung des Holocaust und verschiedener Diktatoren auch ein Bild Jörg Haider's ausgehängt sei.

19.März 1995: Gemeinderatswahlen in Niederösterreich. Die ÖVP verliert deutlich, zum Teil allerdings an ihr nahestehende Namenslisten, die SPÖ büßt ebenfalls Stimmen ein, die F gewinnen allerdings weniger als zu befürchten war, sie erreichen samt nahestehender Namenslisten nur 8,25% der Stimmen, gegenüber 12,1% bei den Landtagswahlen 1993.

19.März 1995: Wahlen in Finnland, die Sozialdemokraten verbessern sich von 22 auf 28%, die Zentrumsparterie fällt von 22 auf 20%, die Konservativen verlieren auch 1,5%, der Linksverband (vormals KP) steigt um 1% auf gut 11%, die Bauernparterie verliert enorm von fast 5 auf nur noch gut 1%, mit knapp 3% zieht eine neue "Fortschrittspartei" ins Parlament ein.

20.März 1995: Die Kritik am STAPO-Chef Kessler und am Wiener Polizeipräsidenten Bögl führt zu Konsequenzen. Der Innenminister beruft Kessler ab und schickt Bögl in die Pension.

20.März 1995: Beginn des Prozesses gegen den "Kameradschaftsführer" Hans Jörg Schimanek jun. RichterIn ist wie im Küssel-Verfahren Klothilde Eckbrecht. Der Angeklagte weiß, daß er kaum mit einem Freispruch rechnen können und ist daher vorsichtshalber teigeständig. Er bemüht sich jedoch, seine Funktion in der rechtsextremistischen Szene herunterzuspielen, vor allem will er in der VAPO Küssels keine Rolle gespielt haben. Mit den Wehrsportübungen seiner Bande, wollte er "*aus den Leuten brave deutsche Jungs machen.*"

März 1995: Ex-ÖGB-Präsident, Ex-Innenminister, Ex-Parteivorsitzender (DFP, DEMOKRATISCH-FORTSCHRITTLICHE PARTEI) Franz Olah veröffentlicht seine Memoiren, die auszugsweise in der KRONENZEITUNG abgedruckt werden. Allerdings ist darinnen nichts über seine Rolle bei der Finanzierung dieser Zeitung mittels ÖGB-Geldern zu finden. Dafür rühmt er sich seiner Rolle, 1950 einen kommunistischen "Putschversuch" niedergeschlagen zu haben. Wobei er aber nicht richtig zu erklären vermag, wie die KPÖ mit damals 5% Wähleranteil gegen die westlichen Besatzungsmächte "putschen" hätte wollen. Falls es damals die Absicht Stalins gewesen wäre, in der sowjetischen Besatzungszone einen Staat a la DDR ("Österreichische Demokratische Republik" ?) zu errichten, darf lebhaft bezweifelt werden, daß dies durch Olah's von den Amerikanern ausgerüstete Prügelgarden verhindert hätte werden können. Zu seiner mutmaßliche Zusammenarbeit mit dem US-Geheimdienst bis in die Sechzigerjahre ("Cladio") schweigt er natürlich ebenfalls. Memoiren, die sich also hauptsächlich durch Verschweigen auszeichnen.

21.März 1995: Der öö. Geschäftsführer von SOS-Mitmensch, Günter Ecker, kritisiert die Abschiebepaxis in Oberösterreich. Asylwerber, die einen ablehnenden Bescheid erhielten, würden sofort

in Schubhaft genommen, hätten also keine Chance ihr Berufungsverfahren entsprechend vorzubereiten.

22.März 1995: Schimanek gibt sich weiterhin vorsichtig geständig. Gaubeauftragter der VAPO für Niederösterreich will er nicht gewesen sein, das Hakenkreuz habe er verehrt, aber nur als altes germanisches Sonnensymbol, sein Bekenntnis, Nationalsozialist zu sein, setzt er nicht mit dem Nationalsozialismus in Verbindung, "national" bedeute "Großdeutschland", "sozialistisch" stehe für "Kameradschaft". Die Gaskammern von Auschwitz hält er nicht für Attrappen, aber es gäbe Widersprüche, die aufgezeigt werden sollten.

22.März 1995: An der Wiener Uni verpassen Vertreter der "Plattform gegen Rechtsextremismus an den Universitäten" dem "Siegfriedskopf" einen Sauschädel. Obwohl die Entfernung des umstrittenen Denkmals schon 1990 beschlossen worden war, hat man bisher noch keinen "neuen Platz" dafür gefunden..

22.März 1995: Der bisher geständige Haupttäter des Brandanschlages von Solingen 1993, bei dem fünf Türkinnen ums Leben kamen, widerruft bei der Verhandlung sein Geständnis und entlastet vor allem seine Mitangeklagten.

23.März 1995: Ehrenringverleihung an Simon Wiesenthal durch die Stadt Linz. Die FREIHEITLICHEN sind dagegen (nona!). Begründung: Wiesenthal, der nach 1945 lange in Linz lebte, habe für eine Ehrenringverleihung zu wenig Bezug zur öö. Landeshauptstadt.

23.März 1995: Die Türkei beginnt eine Invasion des Nordiraks. Die Stützpunkte der Kurden in diesem Bereich sollen erobert und zerstört werden. Die *Europäische Union*, deren Mitglied die Türkei gerne werden will, ist offenbar nach wie vor weder in der Lage, noch überhaupt willens, die türkische Regierung zu Verhandlungen mit ihren ethnischen Minderheiten zu zwingen. Lediglich Deutschland stellt als Reaktion die Waffenlieferungen ein.

24.März 1995: Wir in Oberösterreich reden gerne von diversen "braunen Flecken". Wenn man mit Dingen in anderen Bundesländern konfrontiert wird, kann man fast glauben, wir hätten ohnedies keine Probleme. In Rechnitz im Burgenland haben am 24. März 1945 die NS-Honoratioren ein Fest veranstaltet, dieses zwischendurch rasch verlassen und 180 kranke jüdische Zwangsarbeiter erschossen und dann weitergesoffen. Als nach dem Krieg deswegen Ermittlungen eingeleitet wurden und sich ein Ortsbewohner bereit erklärte, über die Mordbeteiligten auszusagen, wurde er ebenfalls umgebracht und sein Haus niedergebrannt. Den Behörden wurde dann ein zweiter Zeuge bekannt, eines der Opfer des Massakers hatte überlebt und sollte nun die Mörder identifizieren. Auf der Fahrt zur Aussage wurde auch er erschossen. Bis heute schweigen alle Mitwisser im Dorf eisern, selbst die Lage des Massengrabes konnte bisher nicht eruiert werden. Zum 50. Jahrestag des Massenmordes wird in Oberwart das Stück "*März. Der 24.*" von Peter Wagner uraufgeführt.

Zweite Märzhälfte 1995: Das Erinnerungsvermögen der meisten Zeugen im Schimanekprozeß ist beklagenswert. Man erinnert sich bestenfalls an Sonnwendfeiern und nervend langweilige Küssel-Reden oder entschlägt sich vorsichtshalber der Aussage. Die Richterin spricht von *frühreifen Alzheimern* und droht mit Strafen.

26.März 1995: Gemeinderatswahlen in der Steiermark (ausgenommen Graz). Die ÖVP sinkt von 44,3 auf 42%, die SPÖ von 40,6 auf 38,3%, die F steigen von 8,5 auf 11,3%, die GRÜNEN gewinnen 0,5% dazu (jetzt 2 Prozent). Wie auch in Niederösterreich scheinen die potentiellen Haider-Wähler jetzt langsam zu begreifen, daß bei Kommunalwahlen nicht der Jörgl selber kandidiert. In Kapfenberg erreicht der ehemalige AK-Chef Rechberger mit einer eigenen Liste auf Anhieb 5 Sitze.

26.März 1995: In Rechnitz wird ein Gedenkstein für die 180 im März 1945 ermordeten Juden enthüllt.

27.März 1995: Walter Köhler wird von der Anklage, den jüdischen Friedhof in Eisenstadt Ende Oktober 1992 geschändet zu haben, freigesprochen. Wegen NS-Wiederbetätigung erhält er zwei Jahre bedingt. Die Beweislage zur Friedhofsschändung war äußerst dünn und beruhte hauptsächlich auf Aussagen anderer Neonazis, die Köhler als "Verräter" sahen.

27.März 1995: In Triptis (Thüringen) wird ein Treffen von rund 500 Skinheads zerschlagen. Bei Hausdurchsuchungen werden Waffen sichergestellt. Dreißig Ermittlungsverfahren werden eingeleitet.

28.März 1995: In der Schweiz hatte 1938/39 der Polizeihauptmann Paul Grüninger an die 3000 Juden aus Wien und anderen Orten entgegen den bestehenden Schweizer Einreisebestimmungen ins Land gelassen. Er wurde deswegen entlassen und verurteilt. Grüninger starb 1972, erst 1994 wurde sein Verhalten anerkannt, aber bis heute ist er nicht voll rehabilitiert worden. Eine Initiative verlangt dies zum 50. Jahrestag des Zusammenbruchs Deutschlands endlich durchzuführen.

29.März 1995: Turbulenzen an der medizinischen Fakultät der Uni Wien. Auf den Vorschlag, dem 1938 vertriebenen Psychoanalytiker Rudolf Eckstein, das Ehrendoktorat zu verleihen, sagt Institutsvorstand Spieckermann, dann müßte man sich den Vorwurf gefallen lassen, einen "Renommierjuden" zu suchen.

30.März 1995: Das Asylgesetz soll geändert werden, das Innenministerium stellt eine Expertengruppe zusammen.

31.März 1995: Unerwartet hohe Haftstrafe für Hans Jörg Schimanek junior im NS-Wiederbetätigungsprozeß. 15 Jahre Haft lautet das Urteil in erster Instanz. Der Angeklagte legt Nichtigkeitsbeschwerde ein, er hatte mit sieben Jahren gerechnet, auch der Staatsanwalt hatte eine geringere Strafe erwartet. Wie man später hört, waren vor allem die Geschworenen für eine hohe Strafe, weil sie sich vom frechen Lügen der Zeugen aus Schimaneks Wehrsportgruppe provoziert sahen. Von einem *eindeutigen Fehlurteil* spricht Schimanek senior und von einer *unmenschlichen medialen Vorverurteilungskampagne*, die auch von seiner F-Zugehörigkeit beeinflusst worden sei.

31.März 1995: Anlässlich des 30. Todestages von Ernst Kirchwegger, der 1965 bei einer antifaschistischen Kundgebung vom Neonazi Günther Kümel erschlagen worden war, findet in Wien unter dem Motto *Kein Vergeben - kein Vergessen* eine Demonstration statt.

März 1995: Größten Eifer legt die Polizei bei der Aufklärung des ruchlosen Anschlages auf das NS-Anschlußdenkmal in Oberschützen (Bgl.) an den Tag. Das auf Privatgrund stehende Nazi-Relikt war nach den Oberwarter Morden mit antifaschistischen Parolen besprüht worden. Sachschaden 3000.- Schilling. Hausdurchsuchungen und zahlreiche Vorladungen von "Verdächtigen" werden inszeniert. Endlich sind die Kieberer wieder in ihrem Element. „*Wenn Sie so weiter leugnen, geht es Ihnen wie dem Schimanek*“, keift ein burgenländischer Kriminalist eine Wiener Schülerin an. 15 Jahre für das Aufsprühen antifaschistischer Parolen, das gefiele Euch, ihr Arschlöcher! Und sage wieder einmal der Innenminister oder ein Polizeichef, die Polizei sei rechts nicht blind. Das linke Auge hält man jedenfalls weit offen. Ein Anschlußdenkmal besudeln, ins KZ mit den Verbrechern!

Ende März 1995: Eine Expertenkommission legt Vorschläge zur Verbesserung der Mauthausner KZ-Gedenkstätte vor. Die Präsentationsformen sollen aktualisiert, nachträgliche bauliche Veränderungen entsprechend deutlich gekennzeichnet und das pädagogische Betreuungsangebot verbessert werden.

März/April 1995: Zwar hat das Thema Groër nichts mit den Thematiken des ANTIFA-INFOs zu tun, aber Verbindungen gibt es doch: Die KRONENZEITUNG versuchte die ganze Zeit, sich als Meinungsmanipulator zu profilieren. Man ist zu 100% auf der Groër-Linie und dabei bischöflicher als die meisten Bischöfe und päpstlicher als der Papst. Der Kolumnist Trost verstieg sich sogar zur Behauptung, die *Jagdgesellschaft* habe Groër als Ersatz für Waldheim genommen. Bisher sind unter den veröffentlichten Leserbriefen lediglich zwei Groër-Kritiker aufgeschienen, sonst gab es nur fundamentalistisches Geschrei. Groër-Verteidiger Krenn ist bekanntlich unter dem Namen CHRISTIANUS der Sonntagsprediger der KRONE - die Front Krenn-Dichand (diesmal ohne Haider) hat sich aber mit ihrer Agitation nicht durchgesetzt, weder der Vatikan, noch die Bischöfe haben auf die Groër-Verteidiger gehört. Der Versuch, die öffentliche Meinung in eine bestimmte Richtung zu drängen, ist mißlungen, in einem anderen Fall war man aber erfolgreich: Der Abschluß von VP-Obmann Busek ist dem Kleinformat gelungen.

1.April 1995: Die Ausstrahlung in der Sendung AKTENZEICHEN XY bringt keine wesentlichen Hinweise zu den Bombenanschlägen von Oberwart und Stinatz.

2.April 1995: Gemeinderatswahlen in Vorarlberg. Die SPÖ erleidet starke Verluste, die ÖVP baut die Mehrheit aus, die F werden zweitstärkste Gruppierung.

2.April 1995: Ein Teil der Regierung wird ausgetauscht. Statt Lacina, wird Andreas Staribacher Finanzminister, statt Hesoun, Franz Hums Sozialminister, statt Dohnal, Helga Konrad Frauenministerin, statt Einem, Karl Schlögl Beamtenstaatssekretär und, als für uns wichtigste Änderung, statt Löschnak, Caspar Einem Innenminister. Dadurch bleibt uns Löschnak auch als Redner bei der Mauthausner Befreiungsfeier erspart. Wer wird jetzt Haiders bester Mann in der Regierung?

3.April 1995: Der Kärntner LH Zernatto bekräftigt seine Einladung an die Kärntner Slowenen, an der Feier zur 75. Wiederkehr der Volksabstimmung am 10.10. teilzunehmen, ein Teil der Feier soll in slowenischer Sprache gestaltet werden.

5.April 1995: ÖVP, SPÖ und das Liberale Forum fordern den Rücktritt des niederösterreichischen freihheitlichen Landesrates Schimanek sen. Seine Parteifreunde stellen sich hinter den Vater des verurteilten Neonazis, obwohl der Landesrat sogar die Verfassungsmäßigkeit des NS-Verbotsgesetz angezweifelt hatte. In einem bei der Verhandlung gegen den Junior verlesenen Brief hatte der Senior geschrieben: „Du hast kein Verbrechen begangen, auch wenn man das aus einem wohl einzigartigen Verfassungsgesetz herauslesen will“ und bei einer Pressekonferenz am 5.4. sagt er: „Daß gewisse Inhalte des Verbotsgesetzes verfassungswidrig sind, darf man doch feststellen“. Was für eine Verfassung hätte er wohl gerne??

5.April 1995: Meinungsumfrage: Zur Zeit liegt die SPÖ bei 32% (35% bei den NRW), die F könnten mit 26% (22,5%) rechnen, die ÖVP erhalte nur noch 22% (27,7%), die GRÜNEN stiegen von ca. 7,5 auf

11%, die Liberalen von 6 auf 8%. Das Schöne an dieser Wählerverteilung: Eine blauschwarze Koalition wäre mit 48% (NRW: knapp über 50%) nicht möglich, SPÖ, GRÜNE und das LIBERALE FORUM könnten hingegen eine Mandatsmehrheit erreichen.

7.April 1995: Die Aula beklagt sich über die „ansatzweise Destabilisierung des Dritten Lagers“, weil durch die Ermittlungen zu den Bombenanschlägen (siehe 6.3.), die Zeitschrift in die Nähe des Bombenterrors gerückt würde. Dieser würde zum Vorwand für Gesinnungsterror. Vorsichtshalber distanziert man sich aber vom Beitrag von Nikolaus Preradovich in einer Vorjahrsnummer. („Die Zigeuner sind ein Indien entstammendes Wandervolk, Ehrlichkeit zählt nicht zu den Glanzseiten des Volkes (..) sie ziehen stehend und betrügend durchs Land (..) sie werden Lumpenpack genannt..“)

Nicht fehlen darf aber die Vermutung, der "*linke Tugendterror*" wolle den Verdacht bewußt gegen das deutschbewußt-freiheitliche Lager richten, die Linke stecke vielleicht selbst zumindest hinter den Bekennerrbriefen.

Mitte April 1995: Über 100 junge Angehörige von 18 europäischen Volksgruppen treffen sich vom 8.-14.4. in Klagenfurt zu einer Tagung zum Thema "*Grenzen zwischen Nationalismus und nationalem Bewußtsein*". Gastgeber sind die Kärntner Slowenen. Erörtert soll auch die politische Vertretung von Minderheiten in den gesetzgebenden Körperschaften werden (Ausnahme der Minderheit von vorhandenen Sperrklauseln).

Erste Aprilhälfte 1995: Zu einem rätselhaften Mord in Ried im Innkreis taucht auch der Verdacht auf, der Ermordete könnte das Opfer einer Verwechslung geworden sein und der Anschlag könnte dem Antifa-Journalisten Purtscheller gegolten haben, der sich zu diesem Zeitpunkt in der Nähe des Tatortes aufhielt. In der Folge wird von den Ermittlungsbehörden diese Variante als wenig wahrscheinlich betrachtet.

11.April 1995: Der Fonds für Opfer des Nationalsozialismus soll noch vor dem Sommer eingerichtet werden, sagt Bundeskanzler Vranitzky. Naja, jetzt leben nicht mehr viele der NS-Opfer, da kann man ihnen ja helfen und nach 50 Jahren den lieben und gütigen Weihnachtsmann spielen. Braves Österreich!

13.April 1995: Das KLAGENFURTER ENSEMBLE will heuer zu den 75-Jahr-Feiern der Kärntner Volksabstimmung mit der Aufführung von zwei kritischen Stücken einen Kontrapunkt setzen. Kulturreferent Ausserwinkler (SPÖ) lehnt die Unterstützung dieser Kulturprojekte ab.

13.April 1995: Wegen des Brandanschlages im März 1994 auf die Lübecker Synagoge werden die vier angeklagten Skinheads zu Haftstrafen bis viereinhalb Jahren verurteilt. Der Anschlag war seit der Nazizeit der erste in Deutschland, der sich gegen ein jüdisches Gotteshaus richtete. Die Angeklagten versuchten sich als ahnungslos darzustellen. Was eine Synagoge sei, hätten sie nicht gewußt.

April 1995: Aus der BRD werden an Wiener Geschichtslehrer Nazipamphlete mit dem Titel "*Simon Wiesenthal, Geständnis vor meinem Tod*" ausgeschickt, in denen der Holocaust geleugnet wird.

April 1995: Der z.Z. wegen NS-Wiederbetätigung einsitzende Walter Ochensberger kündigt an, nach seiner Haftentlassung wieder publizistisch tätig sein zu wollen. Der ehemalige SIEG-Herausgeber will zwei Periodika veröffentlichen. Kann man gespannt sein, ob es danach bald wieder Ermittlungsverfahren wegen Verstöße gegen das Verbotsgesetz geben wird.

17.April 1995: Haider "entwaffnet" den Bundesadler. Auf der Einladung zum Vortrag "50 Jahre Zweite Republik" sind Sichel und Hammer aus den Adlerkrallen verschwunden. Die Stadtmauern-Krone am Adlerkopf, als Symbol für die Bourgeoisie, blieb natürlich erhalten.

18.April 1995: Eine Autobombe explodiert in Oklahoma City vor einem öffentlichen Gebäude und fordert 167 Todesopfer. Zuerst wird vermutet, es habe sich um einen Anschlag arabischer Terroristen gehandelt, dann werden jedoch sehr rasch Täter aus amerikanischen Rechtsextremistenkreisen ermittelt.

18.April 1995: Der Erfolg der KRONENZEITUNG in ihrem Krieg gegen VP-Obmann Busek war kein vollständiger. Zwar hat man es geschafft, den deklarierten Haider-Gegner aus seiner Funktion wegzuhuschen, der nun von der VP-Wahlvorschlagskommission aufgestellte Wolfgang Schüssel war aber der Wunsch kandidat von Busek, erkennbar allein schon dadurch, daß dieser immer erklärte, er werde sich bei einer Kandidatur Schüssels nicht zur neuerlichen Obmannwahl stellen.

18.April 1995: Nach der Aufhebung des Urteiles durch den OGH wird der Gründer der Welser Neonazi-Gruppe *Neue Junge Richtung* in einem neuen Prozeß wegen Wiederbetätigung wieder zu einer bedingten Haftstrafe von achtzehn Monaten verurteilt.

18.April 1995: Ebenfalls bedingte Strafen gibt es in Klagenfurt in einem Wiederbetätigungsprozeß: A. Thierry erhält zwei Jahre, H. Schatzmayr fünfzehn Monate. Den Angeklagten wurde die Verherrlichung der Waffen-SS in einem Flugblatt zur Last gelegt.

18. April 1995: Die LEBENSHILFE und 25 andere Organisationen fordern, daß endlich auch die Opfer von Euthanasie und Zwangssterilisation als NS-Opfer anerkannt werden.

19. April 1995: Der deutsche Verfassungsschutz stuft erstmals die REPUBLIKANER als rechtsextreme, verfassungsfeindliche Organisation ein.

19. April 1995: Von einem "Europa der Vaterländer" spricht Haider in einem Vortrag in Wien. Bei den Freiheitlichen habe nach dem Ergebnis der EU-Abstimmung ein gewisses Umdenken eingesetzt, die FPÖ sei schon in den Fünfzigerjahren eine Europapartei gewesen. Österreich solle im Kontext zum Habsburgerreich eine aktive Nachbarschaftspolitik betreiben. Haider spricht sich auch wieder für einen raschen NATO-Beitritt Österreichs aus.

20. April 1995: Eine Antifa-Demo in Wien wird von Neonazis mit Rufen "*Mauthausen wartet!*" gestört. Überraschend greift die Exekutive dagegen ein.

20. April 1995: In Ebergassing bei Wien werden bei einem abgelegenen Strommasten zwei Leichen gefunden. Sie werden als Gregor Thaler und Peter Konicek, zwei Aktivisten der Wiener "Autonomen" identifiziert. Allem Anschein nach sind sie schon am 11.4. bei dem Versuch, den Masten mit Unkraut-salzbomben zu sprengen, ums Leben gekommen.

Das war genau das, was die Rechten gebraucht haben. Endlich hat man einen "linksextremistischen Terror", den man zur großen Staatskrise aufblasen kann.

22./23. April 1995: Die ÖVP wählt Wolfgang Schüssel zum neuen Obmann. Das wirklich Erfreuliche im Gefolge des Führungswechsels ist die Ablöse von Alois Mock als Außenminister.

23. April 1995: Regionalwahlen in Italien. Im ersten Durchgang zeichnet sich bereits eine deutliche Niederlage von Berlusconi ab. Lediglich in sechs Regionen ist das Rechtsbündnis die stärkere Gruppierung.

23. April 1995: Erster Durchgang der Präsidentschaftswahlen in Frankreich: Stimmenstärkster Kandidat wird der Sozialist Jospin (23,2%) vor den gegeneinander angetretenen Neogaullisten Chirac (20,5) und Balladur (18,5). Der Rechtsextremist Le Pen erreicht 15,3%, der KP-Chef Hue 8,7, die Trotzkinistin Laguille 5,4, der Nationalist Villiers 4,8 und die Grüne Voynet 3,4%.

25. April 1995: Haider ist in seinem Element. Er deckt ein "linkes Terrornetz" auf: Dieses "Netz" umfaßt die SPÖ, die KPÖ, die GRÜNEN, SOS-Mitmensch, das DÖW, den Journalisten Purtscheller, den ORF, den STANDARD, Innenminister Einem, Minister Scholten, das Kirchwegger-Haus usw. Man kann sich damit ungefähr ausmalen, wer alles von einem "linken" Verbotsgesetz, das Haider nun fordert, mitbetroffen wäre.

25. April 1995: Die Freiheitlichen geben bekannt, nicht an der Festsitzung des Wiener Landtages am 27.4. teilzunehmen. Begründung: Man habe Franz Olah nicht dazu eingeladen. Verständlich, daß die Freiheitlichen den Finanzier ihres Zentralorgans hofieren. Die Anwesenheit von Dr. Neugebauer vom DÖW paßt den F selbstredend auch nicht. Schließlich hat das DOKUMENTATIONSARCHIV immer wieder Querverbindung der Freiheitlichen zum Rechtsextremismus aufgezeigt.

26. April 1995: Am Heldenplatz findet zum 50. Jahrestag der Unabhängigkeitserklärung eine große Kulturveranstaltung statt, zu der trotz des Regenwetters zehntausende Menschen kommen. Als Redner tritt auch der vom Iran mit Mord bedrohte Autor Salman Rushdie auf. (Turrinis Ansprache "*Liebe Mörder!*" ist weiter vorne in diesem ANTIFA-INFO wiedergegeben). Haider hetzt selbstverständlich gegen die Veranstaltung. Er werde nicht an einer Kundgebung teilnehmen, wo die Kommunisten und Terroristenfreunde Turrini und Jelinek auftreten. Den Organisator der Kundgebung, Andre Heller, beschuldigt er, den Tod seines Vaters gefeiert zu haben, weil dieser ein Nazikollaborateur gewesen sei. Eine Verleumdung, die Haider offenbar einem Flugblatt des verurteilten Neonazis Honsik entnommen hat.

26. April 1995: Gegen die Teilnahme von slowenischen Organisationen zur Feier 75 Jahre Kärntner Volksabstimmung, spricht sich der freiheitliche Volksgruppensprecher Schretter aus.

27. April 1995: Jahrestag der Gründung der Zweiten Republik durch die Vertreter von ÖVP, SPÖ und KPÖ. National- und Bundesrat halten eine Festsitzung ab.

27. April 1995: Der Welser ÖTB überlegt es sich: Die Etzold-Halle wird doch nicht umbenannt. Für die Zeit nach Bregartner wird man sich um entsprechende Sponsoren-Mittel bemühen. Man rechnet also damit, daß dann der überreich sprudelnde öffentliche Geldhahn zugedreht wird.

27. April 1995: Aus undurchsichtigen Quellen beschafft sich die Polizei zwei Spendenbelege: Innenminister Einem hat einmal 5.000 Schilling für eine Druckmaschine und einmal 1.000 Schilling für einen Prozeß mit Haider an das Anarcho-Blatt TATBlatt gespendet.

Die Rechten und Rechtsextremen haben damit wieder ein Empörungsobjekt, das nun zielstrebig aufge-

baut wird. Der unbedarfte Beobachter könnte fast den Eindruck erlangen, das TATBlatt habe den Anschlagversuch in Ebergassing angeordnet oder organisiert und Einem habe Geld zum Ankauf von Sprengstoff gespendet.

In der Folge wird von Haider der Rücktritt des Innenministers gefordert, dem sich auch Teile der ÖVP anschließen.

Haider läuft rundherum Amok: Einems Pressesprecherin sei wegen Gewalttätigkeit zur Zeit der "Arena-Bewegung" in Wien mit dem Gesetz in Konflikt geraten (sie war damals zwölf), „*die Herren Pelinka und Purtscheller werden auf die Schüler losgelassen*“, da sei es im SED-Staat nicht anders zugegangen (zum Scholten-Erlaß über NS-Aufklärung durch Gastreferenten in den Schulen).

29. April 1995: Meinungsumfrageergebnis: Angehörige welcher Volksgruppe wollen die Österreicher lieber nicht als Nachbarn. Es "siegen" die "Zigeuner" (45%), vor den Serben (44%), am 3. Platz die Türken mit 42%, gefolgt von Rumänen (35%), Kroaten (33%), Polen (29%), Slowenen (27%), Juden (26%), Deutschen (10%).

5% der befragten Österreicher halten es für möglich, daß die Ausrottung der Juden durch die Nazis gar nicht stattgefunden hat, unter den F-Anhängern sind dies 17%, 27% meinen, daß Juden zuviel Einfluß auf das Weltgeschehen hätten (Freiheitliche: 41%). Der Aussage, "die Juden nutzen den nationalsozialistischen Holocaust für eigene Absichten aus", stimmen 28% zu (F: 41%, ÖVP: 33%, SPÖ: 26%, Grüne: 24%, LF: 14%). Der Antisemitismus hat also in unserem Lande nach wie vor eine Massenbasis.

Als das "erste Opfer Hitlers" sehen Österreich 28%, während 29% meinen, Österreich sei als Mittäter auch mitverantwortlich gewesen.

29. April 1995: In Offenhausen tagt der Dichterstein-Verein. Die Behörden schafften es nicht, gegen diese rechtsextremistische Ansammlung entsprechende Maßnahmen zu setzen. Die Exekutive ist in ihrem Element: Wie Teilnehmer der antifaschistischen Protestdemonstration berichten, wurden sie von der Gendarmerie genauestens kontrolliert. Nazi-Parolen, von Zuschauern ("*Die gehören nach Mauthausen*" - "*Für die gehört das Gas auch wieder aufgedreht*" etc.) samt Hitler-Grüßen serviert, sind für die Exekutive jedoch kein Handlungsanlaß. Alte Traditionen bleiben also aufrecht.

30. April 1995: Fernsehdebatte "ZUR SACHE": Groß- und Breitmaul Haider geht dabei sitzend k.o. Peter Pilz und Caspar Einem zeigen, daß man dem F-Chef durchaus beikommen kann. Pilz weist nach, daß die Freiheitlichen jahrelang der Presseförderung für das TATBlatt zugestimmt haben. Nach dieser TV-Sendung kann der von den Freiheitlichen und der KRONENZEITUNG versuchte Einem-Sturz als gescheitert abgehakt werden. Für das Dichand-Blatt die zweite große Niederlage im Frühjahr, schließlich war auch die Pro-Groër-Kampagne für die Katz' gewesen.

Anfang Mai 1995: Die Karriere eines Honorarprofessors an der Salzburger Uni findet ein jähes Ende. Der deutsche Literaturwissenschaftler Hans Schwerte entpuppt sich als der SS-Hauptsturmführer Hans Ernst Schneider, der nach 1945 mit falschen Papieren ein "neues Leben" begann. Der heute 85jährige hatte sich als eher linksliberaler Literaturwissenschaftler einen Namen gemacht, zuletzt verfaßte er eine kritische Arbeit über das "völkische Gedankengut im Heimatroman" - während der NS-Zeit war er auf dem Gebiet der volkstumsideologischen Propaganda tätig und soll für Konzentrationslager medizinische Gerätschaften für Menschenversuche beschafft haben.

1. Mai 1995: Auf einer Kundgebung in einem Bierzelt in Salzburg sagt Haider, Minister Einem sei ein Sicherheitsrisiko für die Republik, als "Erziehungsmittel" bietet er auch dem Innenminister eine "*g'sunde Watsch'n*" an. Was von einer Dritten Republik a la Haider zu erwarten wäre, tut er mit der Forderung nach einem Verbotsgesetz gegen Linke kund. „*Auch die linke, menschenverachtende Gesinnung und den linken Völkermord in der ganzen Welt unter Bann zu stellen.*“

1. Mai 1995: In Paris stoßen Skinheads während einer Kundgebung der rechtsextremen NATIONEN FRONT Le Pens, einen Marokkaner in die Seine. Der Mann ertrinkt.

2. Mai 1995: Schimanek senior wird der Aufforderung der nö. Regierung zum Rücktritt nicht folgen.

3. Mai 1995: Die Polizei weist die Behauptung der Freiheitlichen zurück, Einem hätte versucht, die Ermittlungen zum Attentat in Ebergassing zu behindern. Angekündigte "Beweise" bleiben die F ohnedies schuldig.

4. Mai 1995: In einem NEWS-Interview beschuldigt Haider Einem der "Konspiration mit Verfassungsbrechern". Für den F-Chef ist also die Herausgabe eines Anarchoblattes ein Verfassungsbruch. Daß die österreichische Bundesverfassung allein und ausschließlich nationalsozialistische politische Betätigung verbietet, jedwede andere (soweit sie nicht gegen allgemeine Strafgesetze verstößt) erlaubt, spielt für Haider keine Rolle. In seiner DRITTEN REPUBLIK wäre das sicherlich sowieso anders. Weiter vergleicht er dann die Spenden an das TATBlatt mit einer Spende „*damit Küssel seine Prozeßkosten*

hereinbringt“ und verteidigt sich gegen die Frage des NEWS-Journalisten über Haiders Naheverhältnis zur rechtsextremen Szene mit „*Mir könnte es nicht passieren, daß ich als Minister einen rechtskräftig verurteilten Rechtsextremisten subventioniere*“, was zwei Fragen, die der Befrager ungeschickterweise nicht stellt, offenläßt: Wann hat Einem für irgendwelche verurteilte Extremisten gespendet? Und hat Haider, weil er das *"rechtskräftig verurteilt"* so betont, vielleicht an rechtskräftig NICHT verurteilte Rechtsextremisten gespendet? Wozu nochmals bekräftigt werden muß: Der Linksradikalismus ist in Österreich in keiner Weise verboten, ein Vergleich zwischen RECHTS und LINKS also von der Verfassungslage her schon unzulässig!

4.Mai 1995: Wegen der Unterstützung der Forderung nach einem Rücktritt von Einem gerät der Vorsitzende der *Gewerkschaft Öffentlicher Dienst*, Siegfried Dohr, selber unter Beschuß.

Unterhaltsam ist wieder einmal der "Staberl" in der KRONENZEITUNG. Man kann jede Wette eingehen, daß Herr Nimmerrichter über linkslinken terroristischen Chaotenbolschewismus wettern täte, maße sich irgendwo ein Betriebsrat an, die Zusammensetzung der Geschäftsführung eines Privatbetriebes bestimmen zu wollen. Wenn hingegen freiheitliche und schwarze Personalvertreter anordnen wollen, wer ihr Chef ist, dann ist das eine ganz klare demokratische Entscheidung, der man gefälligst nachkommen sollte. Alle Macht den Sowjets, wenn sie auf der Staberl & Haider-Linie sind?

4.Mai 1995: Bei Hausdurchsuchungen in der BRD im Rhein-Neckar-Raum beschlagnahmt die Polizei bei sieben Rechtsextremisten NS-Propagandamaterial, sowie Gewehre und Pistolen.

4.Mai 1995: Der Schweizer Außenminister Cotti gesteht ein, daß auch sein Land in die Barbarei der NS-Zeit verstrickt war. Auf Anregung von Schweizer (!) Behörden hatten die Nazis den berüchtigten "Judenstempel" in den Pässen angebracht. Flüchtlinge wurden an der Grenze zurückgewiesen.

5.Mai 1995: Wieder einmal plagt Jörg Haider der Wortschatz der Nazizeit: Er wirft den GRÜNEN "Wehrkraftzersetzung" vor.

6.Mai 1995: In Klagenfurt wird eine Ausstellung über ein Stück tabuisierte Kärntner Geschichte, das vergessene KZ am Loibl (Außenstelle des KZ Mauthausen) eröffnet. Initiiert wurde diese durch Prof. Peter Gstettner vom MAUTHAUSEN-AKTIV KÄRNTEN/KOROŠKA. Vorgeführt wird auf dieser Ausstellung unter anderem auch ein Interview mit dem Lagerarzt der KZ-Außenstelle, in welchem er sagt, „*Es wurde niemand ohne Grund liquidiert*“. Dr. Sigbert Ramsauer lebte bis zu seinem Tode als ehrbarer Bürger in Klagenfurt. Fast könnte man dazu sagen: Ein österreichisches Schicksal.

6./7.Mai 1995: Auf die Synagoge in Lübeck wird neuerlich ein Brandanschlag ausgeführt, ein Nebengebäude wird in Brand gesteckt, das Feuer kann aber rasch gelöscht werden. Im Frühjahr 1994 war bereits ein Anschlag verübt worden.

In Berlin-Treptow (ehemals Ostberlin) werden über hundert Gräber von NS-Opfern geschändet und die Grabsteine umgeworfen.

In Österreich gibt es in Gunskirchen Nazi-Schmierereien: Hakenkreuze, Davidsterne und antisemitische Parolen.

Die Nazis feiern also den Jahrestag ihrer Niederlage auf ihre typische Weise.

7.Mai 1995: Das zentrale Gedenken in Österreich findet auf der Befreiungsfeier im ehemaligen KZ Mauthausen statt. Rund 30.000 Menschen, so viele wie noch nie, nehmen daran teil. Von der SPÖ ist die gesamte Regierungsmannschaft erschienen, die ÖVP gibt es billig: Nur Landwirtschaftsminister Molterer wurde entsandt.

Der Appellplatz des ehemaligen KZs faßt die einziehenden Delegationen nicht. Aus allen Staaten, die seinerzeit Opfer zu beklagen hatten, kommen ehemalige Häftlinge, Angehörige und junge Antifaschisten. Im KZ Mauthausen und seinen 49 Nebenlagern waren über 200.000 Menschen inhaftiert, 105.000 davon wurden ermordet oder kamen in den Schrecken der Lager um.

Die Teilnehmer werden vom MAUTHAUSEN-AKTIV-Sprecher LA Helmut Edelmayr begrüßt. Es folgen Ansprachen von Simon Wiesenthal, Col. Richard Seibel (Mauthausenbefreier), Josef Hammelmann (Internat. Mauthausenkomitee), Landeshauptmann Josef Pühringer, Innenminister Einem (siehe Seite 3 in diesem ANTIFA-Info) und Bundeskanzler Vranitzky. Abgeschlossen wird die Veranstaltung durch die MAUTHAUSENKANTATE von Mikis Theodorakis.

Ursprünglich wäre Bundespräsident Klestil als Hauptredner vorgesehen gewesen, da er aber an den Gedenkfeiern in London teilnahm, hielt er seine Rede bereits am 6.5. in Hartheim. Auch in den ehemaligen KZ-Außenlagern werden entsprechende Gedenkveranstaltungen durchgeführt.

(Hinweis: Vom MAUTHAUSEN-AKTIV wurde ein umfangreicher Pressespiegel samt den wichtigsten Redetexten aufgelegt. Interessenten können diesen bei Kollegen Albert Langanke, Volksgartenstr.40, 4020

Linz, anfordern.)

April/Mai 1995: In der BRD gibt es zum 50. Jahrestag des Kriegsendes wieder Diskussionen: Der Aufruf "8.MAI 1945 - GEGEN DAS VERGESSEN" stellt die nach Kriegsende erfolgte Vertreibung der Volksdeutschen in den Vordergrund, man möchte offenkundig hauptsächlich Opfer und nicht Täter sein.

7.Mai 1995: Die Teilnahme an der Kranzniederlegung am Mahnmal der Opfer für ein freies Österreich in Klagenfurt verweigert der freiheitliche Landeshauptmannstellvertreter Karl Heinz Grassner, weil es sich bei den Widerstandskämpfern "*teilweise um Feinde Kärntens*" gehandelt habe.

Die Politiker der anderen Parteien sind empört. Warum eigentlich? Eine Kranzniederlegung durch freiheitliche Politiker wäre ja ohnedies keine Ehre für die Widerstandskämpfer!

Oder könnten wir uns vorstellen, daß Haider und seine Gesinnungsfreunde an der Befreiungsfeier in Mauthausen teilnahmen? Darauf haben wir wohl alle sehr gerne verzichtet!

7.Mai 1995: Linksruck in Italien bei den Stichwahlen für die Provinzial- und Kommunalparlamente. In 45 von 54 Provinzen siegt das Mitte-Links-Bündnis.

7.Mai 1995: Bei den Präsidentenwahlen in Frankreich gewinnt der rechte Kandidat Jacques Chirac mit 52,7%.

7./8.Mai 1995: Fünfzig Jahre seit Ende des fürchterlichsten Krieges in der Menschheitsgeschichte. In ganz Europa finden entsprechende Gedenkfeiern statt. Die österreichische Bundesregierung veranstaltet einen Sonderministerrat.

8.Mai 1995: Dänemark beschließt den amerikanischen Naziführer Gary Lauck in die BRD auszuliefern. Lauck ist der Chef der berüchtigten NSDAP/AO. Die Nazis sind in den USA eine legale Partei.

8.Mai 1995: Innenminister Einem sagt dem PROJEKT GEDENKDIENTST die weitere Unterstützung für seine Auslandsprojekte in den verschiedenen Gedenkstätten zu.

8.Mai 1995: Die Grüne Bildungswerkstatt veranstaltet in Wien eine Podiumsdiskussion mit dem Titel "Streit um die Republik". Teilnehmer: Josef Cap, Madeleine Petrovic, Martin Zumtobel, Armin Thurnher und Andreas Mölzer. Dieser ist angesichts von 400 Zuhörern, die, aller Voraussicht nach, keine F-Anhänger sein dürften, recht vorsichtig und liefert eine "schmuseweiche" Ausgabe der "Dritten Republik". Hauptthema der Debatte ist aber die österreichische Mediensituation. Die Hälfte der Österreicher liest die KRONENZEITUNG, dadurch wird der politische Diskurs weitgehend vom Boulevard bestimmt, eine neue politische Streitkultur sei zu etablieren.

8.Mai 1995: Die SPÖ lehnt ein Angebot der Kärntner F zum Sturz von LH Zernatto (ÖVP) ab.

9.Mai 1995: Der schwarze Clubchef Andreas Khol will die parlamentarische Zusammenarbeit mit den GRÜNEN einfrieren. Er spricht davon, daß zwei Parteien außerhalb des "Verfassungsbogens" stünden, rechts die F, links die GRÜNEN. Woher er diesen "Verfassungsbogen" hat, sagt er nicht dazu: Die österreichische Verfassung grenzt, wie hier schon mehrfach betont wurde, nur nach rechts, in Richtung Nationalsozialismus ab. Wenn Khol eine Abneigung gegen die GRÜNEN hat, ist das seine Sache, aber sich dazu auf die österreichische Verfassung zu berufen, ist eine unverschämte Frechheit.

9.Mai 1995: Peter Pilz sagt, die Staatspolizei habe die "TATBlatt-Spendenaffäre" lanciert, um den neuen Innenminister zu stürzen.

Anfang Mai 1995: In Krems-Stein waren zum Gedenken an 386 kurz vor Kriegsende von SS und Wehrmacht ermordete politische Häftlingen 386 Kreuze aufgestellt worden. Rund hundert dieser Kreuze werden umgestoßen oder zertreten.

10.Mai 1995: VP-Obmann Schüssel kritisiert die "*F-Vernetzung mit dem rechten Gewaltbereich*". Von Teilen der SPÖ und der GRÜNEN gäbe es "*keine Berührungsängste zur gewaltbereiten linken Anarchoszene*". Er fordert eine "*glasklare Trennungslinie*" zu den politischen Extremisten. Selber hat die ÖVP aber immer noch das Bild des rechtsextremistischen klerikalfaschistischen Diktators Dollfuß im Parlamentsklub hängen. Wie wäre es? Vielleicht könnte man das einmal abräumen? Aber rein verfassungsmäßig-formal ist die Dollfuß-Ideologie ja nicht verboten, darum reicht die jüngste Khol'sche Erfindung, der "Verfassungsbogen" in diesem Falle wahrscheinlich nicht so weit: Dollfuß gutttt, Pilz bööööse!

10.Mai 1995: Umfrageergebnis zur kroatischen Minderheit im Burgenland. Vier von zehn sprechen mit ihren Kindern nur noch deutsch, nur 45% mit ihrem Partner kroatisch. Nach der letzten Volkszählung gibt es rund 19.000 Angehörige der Volksgruppe im Burgenland.

11.Mai 1995: Die GRÜNEN lehnen ein von der ÖVP gefordertes Vermummungsverbot bei Demonstrationen ab. Undichte Polizeistellen, die den Rechtsextremisten als Informationsquelle dienen, würden

dann Personaldaten über Linke noch schneller in falsche Hände geraten lassen.

11.Mai 1995: Der tschechische Präsident Havel weigert sich ein Gesetz zu unterschreiben, das ehemalige Widerstandskämpfer gegen das NS-Regime, die später in der KP Karriere machten, von einer Entschädigungszahlung ausschliesse.

12.Mai 1995: Der Zentrallausschuß der Sicherheitswache (entspricht etwa einem Zentralbetriebsrat) fordert mit den Stimmen der Freiheitlichen und der Schwarzen den Rücktritt von Innenminister Einem.

12.Mai 1995: Paul Grosz, der Präsident der Israelitischen Kultusgemeinden in Österreich, äußert sich negativ über den geplanten Wiedergutmachungsfonds für NS-Opfer. Manche Formulierungen sehr demütig oder beleidigend, ein Rechtsanspruch ist nicht vorgesehen.

14.Mai 1995: Der Zentrallausschuß der Gendarmerie kritisiert seine Kollegen von der Sicherheitswache, die Rücktrittsforderung an den Innenminister stünde ihnen nicht zu, man werde sich an der Hetzkampagne gegen Einem nicht beteiligen (im Gendarmeriezentrallausschuß haben die christlichen Gewerkschaftern die Mehrheit).

14.Mai 1995: Eine neuartige Weltsicht vertritt der freiheitliche Nationalrat Pretterebner. Der Nationalsozialismus sei eine linke Bewegung gewesen, die Briefbombenattentäter daher keine Rechtsextremen.

14.Mai 1995: Wahlen in der BRD. In Nordrhein-Westfalen fällt die SPD von 50 auf 46%, die CDU steigt um 1% auf knapp 38, die GRÜNEN verdoppeln sich auf 10% und die FDP scheitert wieder einmal an der 5%-Klausel. In Bremen verliert die SPD über 5% (jetzt 33,4), die CDU gewinnt knapp 2% (32,6), die GRÜNEN erreichen 13,1%, eine SPD-Absplitterung ("Arbeit für Bremen") zieht mit 10,7 in den Landtag, die FDP scheitert auch hier. Die PDS versucht sich auch in Westdeutschland und erreicht die Hälfte des Notwendigen (2,5%). Rechtsextremisten bleiben erfolglos.

15.Mai 1995: Eine Kreisky-Gedenktafel wird in Wien-Simmering am Haus des ehemaligen Polizeikommissariates montiert. Kreisky war dort 1933 inhaftiert.

16.Mai 1995: Die Regierung in Prag beschließt ein schärferes Vorgehen gegen rassistische Straftäter, nachdem ein 42jähriger Roma von Skinheads mit Baseballschlägern erschlagen worden war. Eine Gesetzesänderung soll für rassistisch motivierte Taten einen höheren Strafrahmen vorsehen.

17.Mai 1995: In einem STANDARD-Interview bezeichnet der steiermärkische Landeshauptmann Krainer F-Führer Haider als *"eine Reformkraft im Lande"*.

17.Mai 1995: Nach einem Teilgeständnis werden in Steyr die beiden Drahtzieher der VAPO in Linz zu zwei Jahren ($\frac{3}{4}$ davon bedingt) und einem Jahr (bedingt) verurteilt.

17.Mai 1995: Das LIBERALE FORUM möchte vom Außenminister wissen, warum die österreichische Botschaft in den USA, Haider auf dessem US-Besuch als *"Chairman of the Austrian Liberal Party"* angekündigt habe.

Ein Problem ist es tatsächlich, "Die Freiheitlichen" auf englisch zu übersetzen, vielleicht "The Freedomers" ? Mit "liberal" hat man aber sicher in jeder Hinsicht falsch übersetzt.

Während seines USA-Aufenthaltes gibt sich Haider besonders kritisch und verkündet den erstaunten Amerikanern, aus welch schrecklichem Land er komme. Die auswärtige Österreichbeschimpfung dürfte ihm aber nicht allzu gut bekommen. Wahrscheinlich lieben es nicht einmal seine Anhänger sehr, wenn Österreich im Ausland ausgerichtet wird.

17.Mai 1995: Anlässlich einer Wiederverleihung der österreichischen Staatsbürgerschaft an einen Emigranten sagt Bundespräsident Klestil: *„Es ist auch für mich bedrückend, wie lange das wiedererstandene, demokratische Österreich gebraucht hat, um jene seiner jüdischen Mitbürger, die ihre Heimat verlassen mußten, ganz offiziell wieder zur Rückkehr einzuladen“.*

17.Mai 1995: Die SPÖ verlangt nach dem Krainer-Interview eine klare Stellungnahme der ÖVP zu Haider.

17./18.Mai 1995: Wahlen in die österreichische Hochschülerschaft. Die ÖVP-nahe AG verliert 3 Sitze (jetzt 28), der VSStÖ 2 (7), die GRÜNEN gewinnen 3 (10), das LIBERALE STUDENTENFORUM zieht auf Anhieb mit 6 Mandataren ins Studentenparlament, die FREIHEITLICHEN bleiben trotz massiven Wahleinsatzes bei zwei Sitzen sitzen und werden von den Kommunisten eingeholt.

Mitte Mai 1995: Der österreichische NS-Kriegsverbrecher Brunner (verantwortlich für Massendeportationen), der nach 1945 in den Nahen Osten flüchtete, soll jetzt in Argentinien leben. Für diese "Übersiedlung" soll ihm nach deutschen Presseberichten, von der österreichischen Botschaft in Kairo ein Paß ausgestellt worden sein, was vom Außenamt bestritten wird.

Mitte Mai 1995: Die Steiermark ist anders. Dort ist nicht nur Haider eine *Reformkraft*, auch die Förderung rechtsextremer Publikationen eine ständig beachtete Regierungstätigkeit. In der neuen Nummer der NEUEN ORDNUNG prangt ein ganzseitiges Inserat des Landes.

Mai 1995: Der Autor Pfeifenberger, der im freiheitlichen JAHRBUCH 1995 den Beitrag *"Internationalismus gegen Nationalismus"* veröffentlichte (siehe **ANTIFA-INFO** Nr. 62, Seite 23f), verklagt den Journalisten Karl Pfeifer, weil dieser in der Zeitung der Israelitischen Kultusgemeinde einen Beitrag über das F-Jahrbuch mit *"Freiheitliches Jahrbuch mit (Neo)Nazi-Tönen"* betitelt hatte. Man kann auf diesen Prozeß gespannt sein.

19.Mai 1995: Bestürzt zeigt sich Caritaspräsident Schüller über die Weigerung der ÖVP, die Ausländergesetze nachzubessern.

21.Mai 1995: Anderer Meinung als Krainer ist VP-Klubchef Khol. Haider und sein Vize Stadler haben „weder Handschlagqualität noch Mäßigung“, sagt er in der ORF-Pressestunde.

23.Mai 1995: In Berlin wird der berüchtigte Rechtsextremist Arnulf Priem wegen Bildung einer bewaffneten Gruppe und diverser anderer einschlägiger Delikte zu einer Haftstrafe von dreieinhalb Jahren verurteilt.

28.Mai 1995: Der Politikwissenschaftler Peter Pulzer von der Universität Oxford über Jörg Haider: „Ja, er ist gefährlich und die jetzige F in der Regierung wäre eine katastrophale Entwicklung. Ich vergleiche Haider mit Fini. Diese Leute schüren unter dem Deckmantel liberaler Forderungen alte Reflexe. Sie sind dadurch gefährlicher als Neonazis, deren Biotope überschaubar und abgrenzbar sind.“

29.Mai 1995: Das Gesetz über den geplanten Opferfonds passiert den Verfassungsausschuß des Nationalrates, die erhobenen Einwände gegen die Vorlage finden keine Berücksichtigung.

30.Mai 1995: In Chile wird Manuel Contreras, der Geheimdienstchef aus der Zeit der faschistischen Pinochet-Diktatur, vom Höchstgericht wegen Anstiftung zum Mord zu sieben Jahren Haft verurteilt. Ein Offizier erhält sechs Jahre. Das ist das erste rechtskräftige Urteil für Verbrechen der Pinochet-Junta.

1.Juni 1995: Der Nationalrat beschließt die Errichtung eines Fonds, der Leistungen an Personen, die vom NS-System aus politischen Gründen, aus Gründen der Abstammung, der Religion, der Nationalität, der sexuellen Orientierung, aufgrund eines Gesundheitsschadens oder wegen des Vorwurfes der Asozialität verfolgt wurden, erbringen soll. Liberale und Grüne kritisieren, daß kein Rechtsanspruch auf Leistungen besteht, die F brachten einen Abänderungsantrag ein, sie wollten alle "Altösterreicher" (d.h. die nach 1945 aus ehemaligen Gebieten der Monarchie vertriebenen Volksdeutschen) berücksichtigt wissen.

3.Juni 1995: In seinem Haus in Scharthen scheidet Professor Ernest Borneman freiwillig aus dem Leben. Als Romanautor, Filmer, Psychologe und vor allem Sexualwissenschaftler hatte er sich einen Namen gemacht. In der Nazizeit wurde er wegen seiner Weigerung, Militärdienst zu leisten, ausgebürgert (er studierte in Cambridge) und war sein ganzes Leben auch ein engagierter Antifaschist.

3.-6.Juni 1995: In Rumänien tauchen Brief- und Paketbombenattrappen aus Österreich auf. Führende Vertreter der ungarischen und deutschen Minderheiten erhalten diese in Graz und Innsbruck aufgegebenen Sendungen, die funktionstüchtig konstruiert sind, denen aber kein Sprengstoff beigefügt ist. Als Täter werden rumänische Nationalisten vermutet, eine Verbindung zu österreichischen Rechtsextremisten gilt als unwahrscheinlich.

4.Juni 1995: Beim ersten Durchgang der Gemeinderats- und Bürgermeisterwahlen in Südtirol konnte die Südtiroler Volkspartei ihre Positionen weitgehend behaupten. In Bozen erreicht der Kandidat der Alleanza Nazionale rund 30%.

4./5.Juni 1995: Rund 100.000 Teilnehmer beim Treffen der Sudetendeutschen in München. Überraschend überwiegen die moderaten Töne. Man will eine symbolische Wiedergutmachung und die Anerkennung der Vertreibung als Unrecht.

6.Juni 1995: Von Abschiebung bedrohte Asylsuchende sollen als letzten Ausweg vor Haft, Folter und Tod, Kirchenasyl erhalten, erklären die Caritas und die Plattform "Mitmensch".

6.Juni 1995: Erika Weinzierl feiert ihren 70. Geburtstag. Die Zeitgeschichtsforscherin hat sich verdientmaßen unter den Antifaschisten einen guten Namen gemacht. Die innenpolitische Situation beobachtet sie mit großer Sorge.

7.Juni 1995: Vranitzky will die SPÖ nicht in einen "rot-grünen Karzer" gehen lassen. Wahrscheinlich gefällt es ihm im rot-schwarzen so gut. Klubchef Kostelka stellt ebenfalls die GRÜNEN außerhalb des Khol'schen "Verfassungsbogens".

7.Juni 1995: Bei einem Vortrag in Wien sagt der Genetiker der Stanford-Universität, Luca Cavalli-Sforza u.a.: „Aus unserem genetischen Wissen ist es unmöglich, irgendeine Menschengruppe als Rasse zu definieren, zwischen Gruppen gibt es nur ganz kleine und graduelle Übergänge. Auf die Idee von Rassen ist man nur gekommen, weil die Menschen auf ihrer Außenseite anders aussehen, der eine ist schwarz, der andere weiß. Im Inneren, in den Genen, haben wir viel kleinere Unterschiede gefunden.“

8.Juni 1995: Innenminister Einem erklärt glaubhaft, daß er den flüchtigen dritten mutmaßlichen Attentäter von Ebergassing, den Sohn eines Funktionärs der PLO-Splittergruppe "Demokratische Volksfront zur Befreiung Palästinas" nicht persönlich kennt, wie ihm ein Gerücht unterstellt hatte.

9.Juni 1995: Forderung des ÖGB und des SPÖ-Klubs nach einem Mindestlohn für illegal beschäftigte Ausländer: „Wenn ein Unternehmer derzeit bei der Einstellung von Schwarzarbeitern erwischt wird, zahlt er in der Regel eine geringe Strafe. Wird er jedoch angehalten, dem Arbeiter den gesetzlichen Mindestlohn zu zahlen, verschwindet der Anreiz zur Einstellung billiger Arbeitskräfte.“ Von den einschlägigen Kreisen wird dieses Ansinnen sogleich als Aufforderung an Ausländer verstanden, illegal nach Österreich zu kommen.

8.Juni 1995: Der Verteidiger des mutmaßlichen Neonazis Binder erhält einen 28seitigen Bekennerbrief der "Salzburger Eidgenossenschaft", in dem Details über die Briefbombenserien angegeben sind. Eine Anzahl von Personen, die im Brief erwähnt werden, erhalten von der STAPO keine Information darüber. Unter diesen Personen ist die farbige TV-Moderatorin Arabella Kiesbauer.

9.Juni 1995: Neue Briefbombenserie. In Linz erleidet die Mitinhaberin eines Partnervermittlungsbüros, das auf Ausländerinnen spezialisiert ist, schwere Verletzungen an der linken Hand, in München wird eine Mitarbeiterin von Frau Kiesbauer beim Öffnen einer Briefbombe erheblich verletzt.

11.Juni 1995: Innenminister Einem, Landeshauptmann Zernatto und der slowenische Präsident Kucan nehmen an Gedenkfeiern mit Gedenktafelenthüllungen an den Orten der Außenstellen des Konzentrationslagers Mauthausen am Loibltunnel (Loibl-Nord und Loibl-Süd) teil. Von den 1200 eingesetzten Häftlingen (hauptsächlich Franzosen) starben Hunderte.

11.Juni 1995: Außertourliche Gemeinderatswahl in Schwanenstadt. Die ÖVP hält ihre Sitze und die absolute Mehrheit, SPÖ und PUM (Partei für Umweltschutz und Menschlichkeit) gewinnen je ein Mandat auf Kosten der FREIHEITLICHEN, die von vier auf zwei Sitze halbiert werden. Es gibt also auch gute Nachrichten über freiheitliche Wahlergebnisse.

11.Juni 1995: Der SPÖ-Abgeordnete Guggenberger sagt, ein NATO-Beitritt Österreichs würde Kosten von 50 Milliarden verursachen. Die NATO-Befürworter sollen sagen, wie sie einen Beitritt finanzieren wollen. Bekanntlich sind ja die Freiheitlichen massiv für die Eingliederung Österreichs in die NATO.

11.Juni 1995: "Zur Sache": Das Thema der TV-Sendung ist die Bilanz ein Jahr nach der EU-Abstimmung. Die Euphorie ist verfliegen, die Österreicher sind sehr skeptisch geworden, Haider und Zeitungsherausgeber Kurt Falk präsentieren sich als wilde Attackierer, Brigitte Ederer ist tödlich schwach, EU-Kommissar Fischler etwas besser. Der Diskussion fehlen sowohl grundsätzliche Gegner als auch Befürworter, die fundiert über das Thema sprechen können. So gibt es nur Geplärr einerseits und Hilflosigkeit andererseits.

13.Juni 1995: Eine weitere Briefbombe explodiert in Lübeck, BRD. Sie war an den Vizebürgermeister Szameit (SPD) adressiert und verletzte den öffnenden Geschäftsführer der SPD-Fraktion schwer. Die Lübecker SPD hatte sich nach dem zweiten Anschlag auf die Lübecker Synagoge besonders gegen Ausländerfeindlichkeit und Neofaschismus engagiert.

13.Juni 1995: In Österreich wird intensiv nach einem roten PKW aus Hartberg (Stmk.) gefahndet, dessen Lenker am 12.6. dabei in Wiener Neustadt beobachtet worden war, wie er mit Gummihandschuhen einen Brief in einen Briefkasten werfen wollte. In der Folge meldet sich allerdings dieser Mann und kann die Polizei überzeugen, daß er einen anonymen Brief zu einem privaten Konflikt in den Briefkasten werfen wollte.

14.Juni 1995: Der Innenminister sagt über die Briefbombenattentäter: „Es handelt sich hier nicht um typische Neonazis, da sie kein großdeutsches Reich anstreben. Diese Menschen sind eine sektenhafte Kleingruppe mit fundamentalistischen, fremdenfeindlichen Akzenten.“ Der Haupttäter wird als „extrem national, deutschösterreichisch orientiert, antisemitisch, und ausländerfeindlich“ definiert.

15.Juni 1995: Sachen gibt es. In Wien beantragten die Freiheitlichen, dem Psychiater und Logotherapeuten Viktor Frankl, die Ehrenbürgerschaft zu verleihen. Frankl war als Jude im KZ, seine Familie wurde dort ermordet. Seit einigen Jahren hat er überraschenderweise gute Kontakte zu Jörg Haider und der FPÖ. Wohl aus diesem Grund war die Wiener SPÖ gegen die Verleihung der Ehrenbürgerschaft, man wollte ihm bloß einen Orden verleihen.

Jetzt hat man es sich in der SPÖ doch anders überlegt und beantragt die Ehrenbürgerschaft für Frankl und für Simon Wiesenthal. Wodurch die F wieder ins Schwitzen kommen. Sie sind für das ihnen genehme NS-Opfer Frankl, aber gegen Wiesenthal. Begründung: Im Wiesenthal-Center in Los Angeles ist Jörg Haider in der Diktatoren-Galerie ausgestellt.

15.Juni 1995: Die Hinterbliebenen der Opfer des Massakers während der olympischen Spiele 1972 in München (palästinensische Terroristen ermordeten elf israelische Olympiateilnehmer) wollen jetzt die BRD wegen schuldhafter Verletzung ihrer Pflichten auf Schadenersatz klagen.

16.Juni 1995: Auch innerhalb des Polizeiapparates werden Ermittlungen zu den Bombenserien geführt. Im Bekennerbrief wird nämlich auf ein Gutachten des Polizeipsychologen Müller hingewiesen. Den Medien war aber nirgendwo zu entnehmen, daß Müller ein Gutachten zu den früheren Bekennerbriefen verfaßt hatte.

Für die Ergreifung der Briefbombenattentäter wird eine Belohnung von 10 Millionen Schilling ausgelobt.

Mai/Juni 1995: Die Umbenennung des Kernstockweges in Traun kommt zu einem auch die Anrainer befriedigenden Ende. Statt nach dem militant-deutschnationalen "Dichter" Kernstock wird die Straße jetzt nach dem in Traun immer noch überaus beliebten Altbürgermeister Franz Hannl benannt werden. Außer für einige freiheitliche Fanatiker ist das eine für alle akzeptable Lösung.

Auch in Ansfelden wurde die Umbenennung inzwischen durchgeführt, dort heißt der KERNSTOCK jetzt ANZENGRUBER. Soweit die zwei positiv zu würdigenden Beispiele, Applaus, bitte vor den Vorhang!

Aus Wels hört man keine Neuigkeiten. Der dortige Bürgermeister Bregartner (SPÖ?) bleibt dem Hakenkreuzlieddichter treu bis in den Tod (oder zumindest bis zur Pensionierung).

14.Juni 1995: Auf einer Kundgebung von SOS-Mitmensch in Wien wird eine Kettenbriefaktion vorgestellt. Ein Brief gegen Bombenterror und Ausländerfeindlichkeit soll von den Empfängern jeweils dreifach weiterverbreitet werden.

17.Juni 1995: Ein in der INTERNATIONAL HERALD TRIBUNE veröffentlichter Artikel von Flora Lewis verweist auf die fragwürdige Rolle Österreichs zum Jugoslawienkonflikt. Ab 1986 hätten sich österreichische Politiker und Organisationen für die Entwicklung stark gemacht, die zum Zusammenbruch Jugoslawiens und zum Krieg geführt habe, speziell Mock durch seine Unterstützung für Kroatiens Unabhängigkeit.

Eine Ansicht, die auch im ANTIFA-INFO immer wieder vertreten wurde: Die Förderung der Anerkennung der Unabhängigkeit Sloweniens und Kroatiens hat nicht nur diese neuen Staaten entstehen lassen, sondern auch mitgeholfen, Minderheitenkonflikte und nationalistische Spannungen in offene Gewalt überzuführen.

18.Juni 1995: Der Öffentlichkeit wird bekannt, daß auch der alte Schimanek einen schon am 29.5. aufgegebenen Brief der BAJUWARISCHEN BEFREIUNGSARMEE bekommen hat. Schimanek sen. wird darin "beraten", wie er seinem Sohn helfen könne. Der F-Politiker reagiert sehr sauer: Er war im Brief mittels einer Morddrohung angehalten worden, das Schreiben nicht an die Polizei weiterzugeben.

Sicherheitsdirektor Sika meint, daß die Briefbombenserie nicht aus dem Bereich der landläufigen Naziszene komme, diese habe man gut unter Beobachtung, 25 Neonazis seien außerdem zur Zeit in Haft. Die Terroristen entstammten anderen Schichten.

18.Juni 1995: Zweiter Durchgang der Kommunalwahlen in Frankreich. Die rechtsextreme NATIONALE FRONT Le Pens erreicht in drei Städten die Position des Bürgermeisters.

18.Juni 1995: In Südtirol stellt nach dem zweiten Bürgermeisterwahldurchgang die SÜDTIROLER VOLKSPARTEI 108 der 116 Bürgermeister. In Bozen erreicht eine Koalition aus neun Parteien gegen die Rechten eine Mehrheit von knapp 55%.

18.Juni 1995: In der TV-Sendung ZUR SACHE spricht Barbara Coudenhove-Kalergi von „*ähnlichen Zielen in der Ausländerpolitik*“ in der KRONENZEITUNG und bei den Briefbombenbekennerschreibern. Die KRONENZEITUNG ist zutiefst empört und Informationsintendant Nagiller hält es für angebracht, sich schriftlich dafür zu entschuldigen. Liest Nagiller überhaupt die KRONENZEITUNG, speziell den Staberl und den Wolf Martin?

19.Juni 1995: Wie "sorgfältig" die Polizei arbeitet, wird durch ein weiteres Beispiel gezeigt. Der Klagenfurter Universitätsprofessor Mayerthaler hatte die Behörden auf einen "wilden Rassisten", einen Ingenieur aus Klagenfurt, hingewiesen, der an einem Ostalpenraum-Symposium teilgenommen hatte. Mayerthaler verwies auf den Zusammenhang zwischen Salzburg und den Bajuwaren, der auf diesem Symposium dargestellt worden sei. Die STAPO kümmert sich um die Aussagen des Professors erst als dieser deren Untätigkeit öffentlich rügt.

19.Juni 1995: Der im Sommer 1994 durch den Bombenanschlag auf eine zweisprachige Klagenfurter Schule schwer verletzte Polizist Theodor Kelz tritt mit zwei Armprothesen seinen Dienst wieder an.

20.Juni 1995: Innenminister Einem wird in Zukunft eine andere Abteilung mit der Warnung bedrohter Personen vor Bombenanschlägen beauftragen, nachdem die bisher zuständigen Stellen dieser Aufgabe trotz ausdrücklicher Weisung unzureichend nachgekommen sind. Warum er trotzdem keine disziplinarischen Maßnahmen setzen will, begründet er nicht.

Die GRÜNEN äußern, daß die bisherigen Pannen nicht nur auf Unfähigkeit zurückzuführen sein können, sondern daß in der STAPO "offenbar aktiv" blockiert werde. So wurden auch Drohbriefe kriminaltechnisch nicht behandelt, ein ganzer Ordner mit derartigen Schreiben an die GRÜNEN ist überhaupt verschwunden.

20.Juni 1995: Gegen Lauschangriff und Rasterfahndung spricht sich Nationalratspräsident Heinz Fischer aus.

21.Juni 1995: 1994 sind von rund 3.000 Asylanträgen nur 683 genehmigt worden.

22.Juni 1995: Fortsetzung einer Groteske. Gegen Alfred Hrdlicka soll nun tatsächlich ein Disziplinarverfahren eingeleitet werden. Mit seiner Attacke auf Biermann vergangenen Dezember habe der Bildhauer möglicherweise dem "Ansehen der Hochschule geschadet".

22.Juni 1995: Kundgebung von SOS-Mitmensch gegen die neue Bombenterrorserie in Linz.

24.Juni 1995: Im Schloß Hartheim findet eine Gedenkfeier in der "Mörderschule der Nazis" statt. Der Massenmord mittels Vergasung wurde seinerzeit dort an Behinderten perfektioniert. Zeitzeugen berichten vom Geruch nach verbranntem Fleisch, von in die Donau gekippter Asche, von Knochenresten am Donauufer und von einer NS-"Aufklärungsversammlung", in der die Anrainer mit der Todesstrafe bedroht wurden, sollten sie weiterhin "Lügengerüchte" verbreiten, der Gestank der Leichenverbrennungen wurde als aus einer Altöldestillation stammend erklärt.

Zweite Junihälfte 1995: Das Unterrichtsministerium überweist jährlich einen Millionenbetrag (zuletzt 16 Millionen) an die LITERARISCHE VERWERTUNGSGESELLSCHAFT, die eine Art Sozialfonds darstellt, aus dem u.a. auch Pensionen für Schriftsteller ausbezahlt werden. So erhielt auch der 74jährige H.C. Artmann Zahlungen aus dem Fonds, die früher als steuerfrei angesehen wurden, seit 1992 aber rückwirkend zu versteuern sind. Artmann hatte dadurch plötzlich eine Steuerschuld von über 300.000 Schilling, die der Autor, der ja kein schwerverdienender Bestsellerschreiber war, nicht begleichen konnte. Er erhielt daher eine entsprechende Subvention des Unterrichtsministeriums.

Nachdem H.C. Artmann eher kein den FREIHEITLICHEN nahestehender Autor ist, war er deswegen als Angriffsziel für Haider sehr gut geeignet. *Unfaßbarer Skandal, Schindluder mit Steuergeldern, eine Freunderlgruppe von Künstlern werde einfach aus heiterem Himmel steuerfrei gestellt, das finanzielle Ausmaß dieses Privilegienskandals solle bekanntgegeben werden.*

27.Juni 1995: Der Beschluß über die Aufforderung der Polizeipersonalvertretung an Innenminister Einem, er solle zurücktreten, wird von der Personalvertretungsaufsichtskommission aufgehoben, er war wegen gesetzeswidrig.

28.Juni 1995: Eine Studie über NS-Gedankengut unter Schülern ortet in Wien besonders in den Hauptschulen braune Propaganda und ausländerfeindliche Einstellungen.

30.Juni 1995: Den Khol'schen "Verfassungsbogen" (siehe letztes ANTIFA-Info) übt die JUNGE ÖVP in der Praxis: Mit einem Veto verhindert man die Aufnahme der GRÜNALTERNATIVEN JUGEND in den Bundesjugendring. Früher waren es die Kommunisten, die aus diesem Gremium ausgeschlossen blieben, jetzt unterstellt man den GRÜNEN Gewaltbereitschaft und praktiziert auf diese Weise eine Art Verbotsgesetz gegen LINKS. Der Bundesjugendring ist nicht nur ein Zusammenschluß von Jugendorganisationen, sondern auch ein gut dotierter Subventionsempfänger.

30.Juni 1995: Haider startet eine neue Kampagne. Nach US-Vorbild bietet er *einen "Vertrag mit Österreich"* an, der das Regierungsprogramm der FREIHEITLICHEN enthalten soll.

30.Juni 1995: Die große Anzahl der Unterschriften für das Kirchenvolksbegehren beunruhigt Bischof Krenn. Zwar tröstet er sich damit, daß 90% der Katholiken NICHT unterschrieben hätten, aber die Unterschreiber belehrt er sehr eigenartig: „Das Volk ist irrtumsanfällig.“ Es habe schon einmal, bei der Abstimmung über den Anschluß an Hitlerdeutschland in sehr großer Mehrheit geirrt.

Krenn muß es ja wissen. Sein Vater war schließlich NSDAP-Ortsgruppenleiter und damit Fachmann für demokratische Abstimmungen anno 1938. Die Bischöfe haben damals mit "Heil Hitler" zum Abstimmen mit JA aufgerufen. Daß vielleicht die Durchführung der Abstimmung nicht ganz den demokratischen

Gepflogenheiten entsprochen haben könnte, diese Ansicht war dem Krenn nicht zu entlocken.

Zweite Junihälfte 1995: Die nö. FREIHEITLICHEN können nicht umhin, eine ihrer Kandidatinnen aus der "Bewegung" auszuschließen. In Wahlaussendungen für die Lehrpersonalvertretungswahlen hatte eine Lehrerin im NS-Stil die deutsche Kriegsschuld abgestritten und die üblichen neonazistischen Reinwaschungswaschmittel verbreitet. SP-Bundesgeschäftsführer Cap fordert am 30.6. die Entlassung der NS-Propagandistin aus dem Schuldienst. Worauf man wieder risikolos hoch wetten könnte, daß eine solche Entlassung nicht erfolgen wird.

4.Juli 1995: In Graz soll ein 15 Personen starker, gewählter Ausländerbeirat eingerichtet werden. Die FREIHEITLICHEN sind natürlich dagegen. Eine ihrer Befürchtungen: Auch in Graz lebende Deutsche seien Ausländer und diese fühlten sich dann in einem solchen Beirat nicht vertreten.

6.Juli 1995: In Berlin beginnt ein Prozeß gegen Bela Ewald Althans, einem der bekanntesten deutschen Neonazis. Im Film "*Beruf: Neonazi*" hatte er den Holocaust bestritten. Vor Gericht behauptet er nun, schon 1990 aus der NS-Szene ausgestiegen zu sein.

6.Juli 1995: In Wien konstituiert sich der NS-Opferfonds, der vorerst mit 500 Millionen Schilling dotiert ist.

6.Juli 1995: Die Menschenrechts- und Gefangenenhilfeorganisation AMNESTY INTERNATIONAL kritisiert in ihrer ihrem Jahresbericht die österreichische Asylpraxis: „*Österreich schiebt abgewiesene Asylsuchende auch in Staaten ab, die die Menschenrechte systematisch verletzen, wie Iran, Irak, Türkei, das ehemalige Jugoslawien oder China*“.

6.Juli 1995: Die freiheitliche Abgeordnete Höbinger-Lehrer äußert sich in einer Justizausschußsitzung mit antisemitischer Ausdrucksweise. Nach verschiedenen Zitierungen hat sie sinngemäß geäußert, zur Frage der Novellierung der Homosexuellengesetzgebung, nicht "wie ein Jude handeln" zu wollen.

Erste Julihälfte 1995: Vermehrt wird in Berlin Kritik an der Form des geplanten Holocaust-Denkmal geübt. Auf einem Denkmal in der Form einer riesigen Grabplatte, sollen die Namen der ermordeten Juden eingraviert werden. Da aber bei weitem nicht alle Namen der Ermordeten (z.B. der aus der Sowjetunion) überhaupt erfaßt sind, sei dies praktisch undurchführbar.

7.Juli 1995: In Deutschland geht, laut Verfassungsschutzbericht, die rechtsextreme Gefahr wieder einmal zurück. Dafür stellt der Linksextremismus eine "schlimme Bedrohung" der inneren Sicherheit dar. Die "Intellektualisierung" im rechtsextremistischen Bereich ("Neue Rechte") kann angeblich "nicht eindeutig" dem Rechtsextremismus zugeordnet werden. Der Übergangsbereich vom offenen Rechtsextremismus zum rechten Konservativismus läßt also scheinbar den Rechtsextremismus verschwinden.

10.Juli 1995: Im Zusammenhang mit Solidaritätserklärungen von Schriftstellerkollegen mit Artmann schäumt ein bedeutender Poet in der KRONENZEITUNG folgendermaßen:

In den Wind gereimt

Der Club der geist'gen Landesverräter,
die Väter linker Attentäter,
die Jelinek-Turrini-Gilde,
die heben nun auf ihre Schilde
den Artmann, Nestor der Poeten,
weil ihn die Haider-Leute schmähten.
Sonst hätten s' ihn beinah vergessen,
doch jetzt geht's um das Jörgl-Fressen!
Aus diesem Grunde kam der Beste
nun endlich auch zu seinem Feste.

Wolf Martin

Also, wenn ich einer von diesem Club der geistigen Landesverräter wäre, ich täte klagen..

12.Juli 1995: Anzeige der SOZIALISTISCHEN JUGEND gegen den Turnerbund wegen Verwendung der vier F der Deutschen Jahn-Turner (*frisch-fromm-fröhlich-frei*) in Hakenkreuzform. Laut Auskunft des Innenministeriums ist jedwede Form der Hakenkreuzdarstellung verboten (Verstoß gegen das Abzeichengesetz). In Ried im Innkreis findet am folgenden Wochenende ein ÖTB-Turnfest statt.

Der TURNERBUND protestiert natürlich dagegen und spricht von Verleumdung, es sei eine grobe Fälschung der Geschichte, das Turnersymbol mit der NSDAP-Ideologie in Verbindung zu bringen. Wahr-

scheinlich ist es dann auch überhaupt nicht wahr, was der Historiker F.L. Carsten über den DEUTSCHEN TURNERBUND der Dreißigerjahre schrieb⁷: „An vielen Orten konnten die Wehrzüge des Turnerbundes kaum von den SA-Einheiten unterschieden werden“. Nach einer Vereinbarung habe man die NSDAP-Turner in den Turnerbund geschickt, „so gelang es den Nationalsozialisten, die einheitlichste, schlagkräftigste nationale Gruppe in Österreich (...) für sich zu gewinnen.“ Ganz bestimmt war es auch nach dem Krieg bloß eine Serie von Zufällen, daß bei den Neugründungen des nunmehr ÖSTERREICHISCHEN TURNERBUNDES meistens ehemalige Funktionäre des DEUTSCHEN TURNERBUNDES und der NSDAP in Erscheinung traten.

Recht scherzhaft die Verteidigungs- und Schutzbehauptungen dazu: Das 4F-Hakenkreuz stamme aus dem Jahre 1919, habe daher mit dem Nazi-Hakenkreuz nichts zu tun. Daß das Hakenkreuz nicht nur bei der NSDAP, sondern auch bei anderen Organisationen verwendet wurde, stimmt, es waren aber lauter völkisch-rassistische Organisationen! Der DEUTSCHE TURNERBUND hatte seinen "Arierpragaphen" und war militant antisemitisch!

Sehr witzig auch LH Pühringer. Er habe in Traun seinerzeit beim ÖTB Tennis gespielt, sei immer noch Mitglied und habe vom Rechtsextremismus beim ÖTB nie was gemerkt. Als er damals Tennis spielte, war da nicht ein gewisser Sepp Holzinger, Landesobmann der NDP, ÖTB-Gauberturwart? Nix bemerkt? ÖTB-Prozeß 1980, nie was gehört? Vielleicht kauft ihm mal jemand das DÖW-Handbuch über den Rechtsextremismus zum Nachschlagen. Schließlich wußte er ja schon als Landesrat nichts Einschlägiges.⁸ In Wels bezweifeln zwei ÖVP-Politiker in Leserbriefen an die WELSER RUNDSCHAU die Sinnhaftigkeit der ÖTB-Mitgliedschaft des Landeshauptmanns.

In Erinnerung sei auch das HANDBUCH DES ÖSTERREICHISCHEN RECHTSEXTREMISMUS gebracht, herausgegeben vom DÖW, wo es auf Seite 185 u.a. heißt: „Die dank ihrer Mitgliederzahl (ca. 70.000), ihrer organisatorischen Verankerung in ganz Österreich und ihres Ansehens heute mit Abstand wichtigste Organisation des Deutschnationalismus und Rechtsextremismus ist der "Österreichische Turnerbund" (ÖTB), der aufgrund seines Selbstverständnisses ("Jahnsches Turnen" - siehe Handbuch Seite 271-282), seiner weitreichenden Verbindungen, seines ideologisch fundierten Funktionärekadere ("Dietwarte") und seiner ideologisch eindeutig positionierten Publikationen und Organe dem Rechtsextremismus zuzuordnen ist, ohne daß die große Zahl seiner nur am Turnen interessierten Mitglieder als rechtsextrem anzusehen ist...“

Bisher ist nicht bekannt, daß der ÖTB gegen diese Einschätzung einen erfolgreichen Widerspruch eingelegt hätte.

13. Juli 1995: Die Wiener FREIHEITLICHEN werfen dem SJ-Obmann Delfs bzgl. ÖTB "ungeheuerliche Verleumdung" vor. Das Turnerkreuz sei nicht ident mit dem Hakenkreuz.

Die vom ÖTB angekurbelten leserbriefmäßigen Reinwaschungsversuche bringen ähnlich scharfsinnige Erkenntnisse. So steht am 29.7. in einem OÖN-Leserbrief von Herbert Polesny⁹ zu lesen: „Auch die durch einige Jahrzehnte, hauptsächlich in den österreichischen Ländern gebräuchliche, dem Hakenkreuz ähnliche Form, war nicht Ausdruck einer politischen Bindung, sondern erfolgte in Anlehnung an das uralte Heilszeichen der indogermanischen Völker, der Swastika.“ Soweit, so gut, im NEUEN BROCKHAUS vierbändige Ausgabe Leipzig 1937, steht unter "Hakenkreuz" u.a.: „ein Heilszeichen in Gestalt eines Kreuzes, dessen vier Arme (Haken) rechtwinkelig oder bogenförmig gestaltet sind, wodurch der Schein einer Bewegung erweckt wird.(...) **In der Neuzeit wird das H. von antisemitischen und völkischen Verbänden als Sinnbild des Ariertums** (der nordischen Rasse) verwendet. (...) Für Asien ist das H. (Sanskrit Swastika) bis zur Mitte des 3. vorchristl. Jahrtausends nachweisbar (...) Hitler deutet die (1919 von ihm für die NSDAP geschaffene Hakenkreuz-)Fahne in "Mein Kampf": >..im H. die Mission des Kampfes für den Sieg des arischen Menschen und zugleich mit ihm auch den Sieg des Gedankens der schaffenden Arbeit, die selbst ewig antisemitisch war und antisemitisch sein wird.<..“

Zu dieser sicherlich NSDAP-Parteiamtlichen Erklärung des Hakenkreuzes, dürfte sich der ÖTB mit der Verteidigung seiner eckigen und bogenförmigen Swastiken einigermaßen schwer tun. Oder will man uns auch noch erzählen, der Turnerbund wäre seinerzeit (als man 1919 - 1934 das 4F-Hakenkreuz als Vereinszeichen verwendete) KEIN antisemitischer und völkischer Verband gewesen?

⁷ F.L. Carsten, Faschismus in Österreich, Fink-Vlg. 1978, Seite 208

⁸ Zweite Aprilhälfte 1992: Landesrat Pühringer verabreicht an Helmut Golowitsch, einem wohl jedem politisch interessierten Menschen als ziemlich weit am rechten Rand stehend bekannten Funktionär, (Südtirol-"Aktivist", NDP, usw.), das "Jugendführer-Ehrenzeichen". Der Pühringer hat davon nix gewußt, die Stapo hat ihm nix erzählt habe.

⁹ Vermutlich identisch mit dem Verfasser des apologetischen Buches "Friedrich Ludwig Jahn, Mensch und Werk", vgl. DÖW-Handbuch Seite 271ff

Der STANDARD sieht die Sache ÖTB-Hakenkreuz am 14.7. jedenfalls in einer Karikatur so:



Kann man gespannt sein, ob der ÖTB deswegen klagen wird!

13.Juli 1995: Fünf WiderstandskämpferInnen und NS-Opfer bringen eine Klage gegen Jörg Haider ein. Durch die Bezeichnung "Straflager" für die KZs seien sie in die Nähe von Kriminellen gerückt worden und dadurch in ihrem Ansehen geschädigt. Gegen eine Klage wegen Schädigung des Ansehens hilft auch die parlamentarische Immunität Haiders nicht.

14.Juli 1995: Ex-VP-Obmann Busek nimmt Abschied von der Politik. In einem STANDARD-Interview sagt er über den neuen schwarzen Chefvordenker Andreas Khol, daß dieser das Bild der Partei in eine Richtung verschiebe, die Schüssel nicht entspreche.

Dies wird sich bestimmt in der Zukunft bestätigen. Khol weiß, was er will, er wird die Partei Zug um Zug in die rechtskatholisch-konservative Ecke zurückführen. Auch ein Grund zur Hoffnung: Wenn die SPÖ nicht extra dumm tut, könnte die unselige Große Koalition als Folge davon durch eine Ampelkoalition abgelöst werden.

14.Juli 1995: Der SP-Klubobmann fordert die Erhöhung des Strafrahmens für ungerechtes Lokalverbot. Lokalbesitzer, die Gästen aus rassistischen Gründen den Zutritt verweigern, sollen mit 30.000 statt bisher mit 3.000 Schilling bestraft werden können.

15.Juli 1995: Für eine Harmonisierung aller Ausländergesetze bis Jahresende tritt Innenminister Einem ein.

16.Juli 1995: Wie im ANTIFA-INFO vorhergesagt¹⁰ wurde: Der Kult um das sogenannte "Anderl von Rinn" wird auch heuer fortgesetzt. Trotz des ausdrücklichen Verbotes durch Bischof Stecher versammeln sich rund 300 antisemitische Katholiken zur Wallfahrt.

17.Juli 1995: Haider ist dem linksbolschewistischen Chaotenterror wieder voll auf der Spur. Eine Bezirksrätin der GRÜNEN in Wien, die vor 15 Jahren in Deutschland wegen Hausbesetzungen ("Landfriedensbruch") zu einer Haftstrafe verurteilt worden war, wird flugs zur "RAF-Terroristen" befördert. Die Bezirksrätin legt in der Folge ihr Mandat zurück und will Haider wegen der Behauptung, eine RAF-Terroristin zu sein, klagen. Stadler meint, „*der neue Austromarxismus ist grün und gewaltbereit*“.

19.Juli 1995: Staberl läßt in der KRONENZEITUNG Intelligenz und Sachkenntnis rotieren. Er schreibt: „...*Man nehme nur das Datum her: 20.April, Führers Geburtstag, Strommasten wie einst in Südtirol - eh schon wissen!*“

Am 20.4. wurden in Ebergassing die Leichen der beiden Möchtegernemastensprenger gefunden, die dort am 11.4. den Tod zwar nicht gesucht, aber gefunden hatten. Nach Staberls Meinung war anscheinend die Sprengung am 20. und nicht am 11.4.: Damit er den Anarchos in die Schuhe schieben kann, sie hätten den Nazis die Sprengung in die Schuhe schieben wollen. Daß dem Herrn Nimmerrichter in seinem Naziverteidigungseifer das Datum so verrutschte: Das ist "**Eh schon wissen!**"

20.Juli 1995: Im Innenministerium sitzt ein "Maulwurf": Mehrfach war Haider über bestimmte Vorgänge schneller informiert als der Minister. So verschwand der nö. Akt zu dem Anschlagversuch von Ebergassing auf dem Weg ins Ministerium vorerst spurlos, während die FREIHEITLICHEN entsprechende Kopien schon am 14.7. in Händen hatten.

21.Juli 1995: Die Höchststrafe für Verhetzung sollte als Zeichen gegen Ausländerfeindlichkeit und Ras-

¹⁰ ANTIFA-INFO NR.64, SEITE 16: „...*zwar wird die Ritualmordlegende zurückgenommen, die hier bestatteten Ziegenknochen gelten aber immer noch als Überreste eines in Wahrheit fiktiven "Anderls", damit bleibt wohl auch die antisemitische Wallfahrerei an diesem Ort aufrecht.*“

sismus auf zwei Jahre erhöht werden, sagt Justizminister Michalek.

24. Juli 1995: In Salzburg wird Peter Kurt Weiss von der Anklage der Verhetzung freigesprochen. Der Ex-FPLer, der sich nunmehr besonders als Aufdecker weltweiter Freimaurerverschwörungen in Szene setzt, hatte behauptet, Juden hätten den Holocaust selbst angezettelt

25. Juli 1995: Die SP-OÖ. fordert Landeshauptmann Pühringer auf, seine Mitgliedschaft im ÖTB aufzugeben. „*Es ist untragbar, daß ein Landeshauptmann Mitglied eines Vereines ist, der beharrlich die österreichische Nation ablehnt und dem das Landesgericht für Strafsachen in Wien in einem rechtskräftigen Urteil nationalsozialistische und österreichfeindliche Politik vorgehalten hat.*“, so SPÖ-Landesgeschäftsführer Reinhard Buchinger. Der Politologe Anton Pelinka hält Pühringer vor, daß „*die ÖTB-Führung rassistisches und jugendgefährdendes Gedankengut verbreitet.*“

26. Juli 1995: Laut einer Untersuchung des INSTITUTES FÜR HÖHERE STUDIEN ist die Ausländerintegration in Österreich in den Bereichen Aufenthaltsrecht, Arbeitsmarkt, Familienzusammenführung und Rechtsstellung äußerst mangelhaft.

28. Juli 1995: Scharfe Kritik von SP-Sekretär Cap, VP-Sekretär Karas und SOS-Mitmensch an Jörg Haider, der zum Oberwarter Bombenmord folgende Frage stellte: „*Wer sagt, daß es nicht um einen Konflikt bei einem Waffengeschäft, einem Autoschieberdeal oder um Drogen gegangen ist?*“ Wenn man den Anschlag doch vielleicht nicht der linken Szene unterjubeln kann, dann sind eben die Ermordeten selber schuld.

An den tristen Lebensbedingungen in der Oberwarter Roma-Siedlung hat sich übrigens im vergangenen halben Jahr seit dem Anschlag nichts geändert.

Ende Juli 1995: Wilhelm Höttl, geboren 19.3.1915, Beitritt zur HJ am 1.10.1931, zur NSDAP am 1.3.1934, gleichzeitig Eintritt in die SS, erfolgreiche Karriere, die rangmäßig zwar nur zum Sturmbannführer (Major) führt, Höttl aber zu einem engen Vertrauten des Chefs des Sicherheitsdienstes, Ernst Kaltenbrunner, macht. Er ist in die Durchführung des "Unternehmens Bernhard" involviert: Fälschung englischer Pfundnoten in großem Stil durch deutsche Geheimdienststellen im 2. Weltkrieg. Nach dem Krieg Kontakte zum US-Geheimdienst, 1952 Gründung einer Privatschule in Bad Aussee. Was verdient sich so eine Karriere? Das GROSSE EHRENZEICHEN DES LANDES STEIERMARK! Die Lagergemeinschaft Mauthausen protestiert dagegen und fordert LH Krainer auf, diese Auszeichnung zurückzunehmen.

Ende Juli 1995: Gegen zwei Beamte wird im Innenministerium wegen des Verdachtes rechtsextremer Kontakte ermittelt.

2. August 1995: Ergebnis einer IMAS-Meinungsumfrage nach dem Wahlverhalten, geordnet nach dem Alter:

	SPÖ	ÖVP	F	Grüne	LiF
bis 30	28,5	15,6	33,1	14,5	8,1
30-49	29,6	27,2	21,7	10,8	10,8
ab 50	39,6	34,7	20,7	4,5	0,5

Auffällig die Überpräsentation der **Jungwähler** bei **Freiheitlichen**, wo sie bereits die **stärkste Partei** sind! Für die Koalitionsparteien schaut die Perspektive wegen der deutlichen Überalterung ihrer Wählerschaft nicht sehr günstig aus.

Anfang August 1995: In einem Interview mit den *Frankfurter Heften* der sozialdemokratischen Friedrich-Ebert-Stiftung bezeichnet Haider die österreichische Sozialdemokratie als Vorbild für seine "Bewegung".

Anfang August 1995: Disziplinar- und Strafanzeige gegen Günther Rehak. Der Beamte im Bundeskanzleramt und ehemalige SP-Funktionär hält sich selber für einen "linken Demokraten", die österreichische Nation für eine "Nation von Hosenscheißern", das Verbotsgesetz für faschistisch, er würde jederzeit für die AUF kandidieren und gegen die "Wiedervereinigung" mit Deutschland hätte er auch nichts.

2. August 1995: In Weiz wird ein 78jähriger Pensionist als Verfasser von 170 rechtsextremistischen Drohbrieffen ausgeforscht und angezeigt.

2. August 1995: Die Suche der französischen Polizei nach dem österreichischen Kriegsverbrecher Alois Brunner, der sich von Syrien nach Argentinien abgesetzt haben dürfte, hat bisher zu keinem Resultat geführt.

6. August 1995: Haider kritisiert die Absicht der Bundesregierung, bis Ende August die einlangenden

Spenden für "Nachbar in Not" zu verdoppeln. Man greife „mit beiden Händen in den Steuertopf“ ohne die Bevölkerung zu fragen. Wenn man die Spenden verdoppeln wolle, dann solle dies aus dem Einkommen der Minister erfolgen.

8. August 1995: August-Umfrage zum Wahlverhalten: SPÖ: 31%, ÖVP: 27%, F: 25%, Grüne: 10% und LF: 6%. Das heißt, z.Z. hätten VP und F wieder einmal eine Mehrheit gegenüber einer Ampelkoalition.

8. August 1995: Prozeß gegen den Chefredakteur, pardon, "Schriftleiter" der AULA, Herwig Nachtmann wegen NS-Wiederbetätigung. In einem mit "Hans Moser" gezeichneten Artikel in der Sommernummer 7-8/1994 hatte man gemeint „Naturgesetze gelten für Nazis und Antifaschisten“ und den "Lüftl-Report" bemüht. Das Gericht war nicht der Ansicht, die Judenvergasungen seien nicht möglich gewesen und ließ auch die Ausrede nicht gelten, Nachtmann sei auf Urlaub gewesen und hätte den Artikel erst nach dem Erscheinen zu Gesicht bekommen. Geldstrafe ÖS 240.000.- und 10 Monate bedingt wegen gröblicher Verharmlosung und Leugnung der NS-Verbrechen, lautet das Urteil. Nachtmann faßt es nicht, wirft dem Staatsanwalt "politische Gesinnungsjustiz" vor und kündigt Berufung und Nichtigkeitsbeschwerde an. Die rechtsextreme Szene wird es wohl lernen, daß das NS-Verbotsgesetz praktische Auswirkungen hat.

8. August 1995: Als absurd bezeichnet VP-Generalsekretärin Rauch-Kallat die Ansicht des freiheitlichen Kärntner LH-Stellvertreters Grassser, wonach es 1998 zu einer VP-F-Koalition komme und der nächste Vizekanzler Jörg Haider heiße, Gott sei Dank gebe es diese Strömung in der ÖVP nicht mehr. (Mocks Abgang sei Dank!)

9. August 1995: SJ-Vorsitzender Delfs erinnert LH Pühringer daran, daß der in erster Instanz in Graz verurteilte Nachtmann führende Funktionen im ÖTB innehat. Pühringer solle sich entscheiden, Landeshauptmann und ÖTB-Mitglied seien unvereinbar.

9. August 1995: Der frühere SS-Offizier Erich Priebke verweigert der italienischen Staatsanwaltschaft die Aussage, an den Massakern in den Ardeatischen Höhlen bei Rom beteiligt gewesen zu sein.

9. August 1995: Zum 52. Todestag von Franz Jägerstätter diskutieren Kriegsteilnehmer über ihre Erlebnisse aus der "Realität des Krieges".

Erste Augusthälfte 1995: Für eine "Österreich-Ausgabe" des deutschen Rechtsaußenblattes "Junge Freiheit" macht sich Andreas Mölzer stark. Interessenten können sich (steuersparend) an einer Kommanditgesellschaft beteiligen. „Österreich braucht eine kritische freiheitliche Wochenzeitung“ - die "Neue Freie Zeitung" tut es anscheinend nicht mehr. Das neue Wochenblatt soll gegen das "Meinungs- und Manipulationskartell der Linken" anschreiben.

10. August 1995: In den NEWS erscheint ein Interview mit dem Schriftsteller Gerhard Roth, er antwortet auf die Frage "Wieviel Prozent unserer Bevölkerung halten Sie für offene oder verkappte Nazis?" mit: „Sicher mehr als 50%, wenn man die letzte Antisemitismusumfrage analysiert. Da waren allein 24% der Befragten deklarierte Antisemiten. Dazu kommt noch ein großer Prozentsatz von Österreichern, die an Ausländerphobie leiden. Man könnte, um es in der Sprache der Nazis auszudrücken, sagen, daß Österreich geradezu genetisch Nazis hervorbringt, weil die Menschen durch die jahrhundertlange Beeinflussung im autoritär-hierarchischen Denken sich etwas anderes gar nicht mehr vorstellen können. Aus diesem Grund haben sie auch keine große Berührungsangst vor dem Faschismus. Der ist vom privaten Weltbild nicht weit entfernt.“

Erste Augusthälfte 1995: Im ehemaligen Jugoslawien weitet der bewaffnete Konflikt wieder aus. Dazu aus einem Leserbrief im STANDARD (11.8.) von Adalbert Krims:

„Die Befürworter der kroatischen Krajina-Offensive argumentieren hauptsächlich mit der territorialen Integrität Kroatiens oder auch mit dem Selbstbestimmungsrecht.

Allerdings war auch die Ausrufung der kroatischen Unabhängigkeit ursprünglich ein einseitiger Akt, der sich gegen die territoriale Integrität der damals international anerkannten Föderativen Republik Jugoslawien gerichtet hatte. Dennoch hatte die Staatengemeinschaft den Aufmarsch von Panzern der jugoslawischen Bundesarmee verurteilt. Man könne nicht mit Gewalt die Unabhängigkeitsbestrebungen unterdrücken. Während des Zerfallprozesses Jugoslawiens wurden einzelne Teilstaaten als neue Völkerrechtssubjekte anerkannt. Die serbischen Bevölkerungsgruppen in diesen Ländern lehnten es jedoch ab, vom Staatsvolk zu einer Minderheit zu werden.

Deshalb riefen sie - ebenfalls unter Berufung auf das "Selbstbestimmungsrecht" - eigene serbische Republiken in Kroatien und Bosnien-Herzegowina aus. Von der internationalen Staatengemeinschaft wurden diese Gebilde allerdings nicht anerkannt.

Darüber hinaus wird der nationale Haß durch diese Offensive weiter verstärkt. (..) Abgesehen von allen

juristischen Tüfteleien hat Bundeskanzler Franz Vranitzky recht, daß der Selbstdarstellungsdrang der Führer im ehemaligen Jugoslawien im wahrsten Sinn des Wortes über Leichen geht...

11. August 1995: Vergewaltigung wird hinkünftig in Österreich als Asylgrund anerkannt.

13. August 1995: In der KRONENZEITUNG ereifert sich der Staberl über Gerhard Roth, er zitiert dessen NEWS-Interview so: „Man könnte sagen, daß Österreich geradezu genetisch Nazis hervorbringt, weil die Menschen ...sich etwas anderes gar nicht mehr vorstellen können.“ Man vergleiche mit dem Originaltext (10.8.)!

Mitte August 1995: Die deutschen Behörden wollen alle Veranstaltungen der Nazis zum Todestag von Rudolf Heß am 15.8. verhindern. In Sachsen werden dutzende Skinheads vorbeugend festgenommen.

16. August 1995: Interview mit Haider im STANDARD. Als Wahlziel für 1998 gibt er eine *nichtsozialistische Mehrheit* an, Bundeskanzler zu werden ist immer noch sein Endziel. Die Ministerien sollen reduziert, aus dem Innen- und Verteidigungsministerium soll ein "Sicherheitsministerium" werden.

17. August 1995: Im o.a. Interview hatte Haider auch einige Vermutungen zu dem Oberwarter Mordanschlag geäußert, danach seien die vier Toten von unbekannter Hand "umgeschlichtet" worden. Die Stapo stellt nun fest, daß diese Behauptungen durch keinen einzigen Hinweis gestützt werden, die Opfer seien sternförmig um den Detonationspunkt gelegen. Daß einige Bewohner der Roma-Siedlung Vorstrafen hätten, habe mit dem Mordanschlag nichts zu tun. Für die Behauptung, die Roma-Siedlung stünde in Zusammenhang mit Rauschgifthandel gibt es ebenfalls keinerlei Anhaltspunkte.

18. August 1995: In Schweden wird wieder die Forderung erhoben, die "Polizeispur" zum Mord an Ministerpräsident Olof Palme am 28.2.1986 endlich zu untersuchen. Ein größerer Kreis Stockholmer Polizisten sei rechtsextrem eingestellt und hätte sich auf Kameradschaftsabenden in Haßtiraden gegen Palme ergangen, mehrere Beamte hätten sich unbefugt am Tatort aufgehalten. Im offiziellen Polizeibericht wurden die rechtsextremen Kameradschaftsabende einer "bizarren Scherzlaune" zugeschrieben.

20. August 1995: ANDERS GEFRAGT heißen die heurigen ORF-Interviews mit den Spitzenpolitikern. Haider ist neben erwarteten Meldungen (gegen die Anerkennung von Vergewaltigungen als Asylgrund etwa) für Überraschungen gut: Die FREIHEITLICHEN seien eine *klassische, patriotische, österreichische Partei*, Deutschtümelei sei ein Schlagwort, es sei jedem freigestellt sich zum deutschen Kulturraum zu bekennen oder nicht. Der F-Obmann ist ja immer ein guter Einschätzer der Realität gewesen: Seine "Bewegung" liegt bei den Jungwählern weit überdurchschnittlich gut, bei den Pensionisten unter dem Durchschnitt, der Deutschnationalismus hat daher für ihn keinen besonderen Stellenwert mehr.

21. August 1995: VP-Klubobmann Khol wirft Haider das Festhalten an "präfaschistischen Ideen" vor und sagt, wer auf ihn vertraue, der baue auf Sand. Die angekündigte Abkehr von der Deutschtümelei bezweifelt SP-Bundesgeschäftsführer Cap.

22. August 1995: Kriemhild Trattinig ganz grimmig: Sie habe mit Haider längst endgültig gebrochen, wenn für Haider das Deutschtum keinen Wert mehr habe, dann sei das seine Sache, er sei ja dafür bekannt, immer etwas anderes zu sagen, er solle erklären, was er unter "österreichischer Identität" verstünde.

23. August 1995: Ein argentinisches Berufungsgericht lehnt die Auslieferung des SS-Offiziers Priebke wegen Beteiligung an Massakern bei Rom an Italien ab.

24. August 1995: Der oberste Gerichtshof Dänemarks gibt grünes Licht für die Auslieferung des amerikanischen Nazis Gary Lauck (Betreiber der NSDAP-Auslands- und Aufbauorganisation, in den USA ist nationalsozialistische Betätigung erlaubt) an die BRD.

25. August 1995: Cap stellt richtig: Im Wiesenthal-Center in Los Angeles hänge Haiders Bild nicht, wie dieser behauptet, neben Idi Amin und Pol Pot, sondern neben Le Pen und dem Führer des amerikanischen Ku-Klux-Klan, und dort gehöre es auch hin.

25. August 1995: Gegen die Entsendung eines FREIHEITLICHEN in den Volksgruppenbeirat spricht sich der Verein der Roma im Burgenland aus.

27. August 1995: ANDERS GEFRAGT mit VP-Chef Schüssel. Die ÖVP soll wieder stärkste Partei im Lande werden, alle Parteien seien Gegner und mögliche Partner, eine Koalition mit den F wird nicht abgeschlossen.

28.-29. August 1995: Klausurtagung des F-Bundesvorstandes in Pichl (Stmk.): Die FREIHEITLICHEN werden nun als "Heimatabewegung" deklariert, so sei auch die Absage an die "Deutschtümelei" zu verstehen.

Ende August 1995: Der schmißgefurchte Achatz reißt in OÖ. das Steuer rasant herum, die "Deutsch-

tümelei" sei bei den FREIHEITLICHEN eh nie ein Problem gewesen..

30.August 1995: Der Politikwissenschaftler Peter Ulram sagt, „*der Nationsbildungsprozeß war einer der großen Erfolge der Zweiten Republik*“ - Haider werde sich vermehrt aus dem Inventar des österreichischen Nationalbewußtseins bedienen, der Nationalstolz sei in Österreich stärker ausgeprägt als in anderen Ländern, dies sei ein Kennzeichen einer jungen Nation. Heimat sei ein enorm positiv besetzter Begriff. „*Haider wird nun jene Bestandteile herauspicken, die er braucht - und ein Bild von den braven, tüchtigen und von verschiedenen Seiten bedrohten Österreichern zeichnen.*“

30.August 1995: Die SPÖ leidet unter enormem Mitgliederschwund, 1950 gab es 607.000 Mitglieder, 1960 hatte sie 727.000, 1970 waren es 719.000, 1980 schließlich 720.000, 1990 nur noch 605.000 und heuer sind es lediglich noch 495.000. Jedes 3. Mitglied ist über 60 Jahre alt, nur 50.000 Mitglieder sind unter 30 Jahre. Die SPÖ ist von allen Parteien am meisten überaltert.

31.August 1995: Die NEWS berichten über den Widerstand der Nationalen gegen Haiders behauptete Abkehr von der Deutschtümelei. Frischenschlager, der als Mitglied einer deutschnationalen Burschenschaft die Szene kennt, sagt, daß das Deutschnationale als Handlungskonzept tot und von der politischen Tragfähigkeit nichts mehr übrig geblieben sei, soziologisch kaum etwas und das sei vom Rechtsradikalismus belastet. Trattnigs Bruder Alois Huber vermutet eine Verschwörung: Haider solle den Rest der Deutschnationalen erledigen, er sei "ferngelenkt". Von wem? Da solle sich jeder seinen Reim drauf machen..

Der Bundesheeroffizier und F-Abgeordnete Gudenus möchte die Differenzen zwischen Deutschnationalen und Katholiken beheben, wer deutsch spreche, sei ein Deutscher.

Haider selber sagt zur Deutschtümelei: „*Ich persönlich wüßte nicht, was ich mit den Deutschen soll.*“

Es ist noch gar nicht solange her, da waren die Österreicher noch eine Mißgeburt. Das deklarierte deutschnationale Lager umfaßt jetzt in Österreich ca. 5%, für den Mächtigerbundeskanzler Haider ist das natürlich eine vernachlässigbare Größe, statt des deutschen nimmt er jetzt lieber den österreichischen Nationalismus.

31.August 1995: Urteil des Obersten Gerichtshofes: Jeder müsse wissen, was Wiederbetätigung ist, die Ausrede eines wegen NS-Wiederbetätigung verurteilten, er habe mangels juristischer Ausbildung nicht gewußt, was nationalsozialistisch ist, wird verworfen. Das „*laienhafte, allgemeine Wissen um das rechtliche Verbotensein*“ genüge.

31.August 1995: Der Obmann des Oberwarter Roma-Vereins, Stefan Horvath, versucht mit Haider eine Aussprache über dessen Behauptungen, die Roma in Oberwart hätten mit Drogen gehandelt und könnten einer internen Fehde zu Opfer gefallen sein, zu erreichen. Zuerst sagte der F-Obmann ein Treffen im Rahmen der Oberwarter "Inform-Messe" zu, fünf Minuten vor Gesprächsbeginn mußte er dann wegen eines "dringlichen Anrufes" aber das Weite suchen. So ein Pech!

Anfang September 1995: Man diskutiert wieder einmal über die Zukunft der Stapo. Haider schlägt überhaupt ihre Auflösung vor, was heftige Kritik der anderen Parteien hervorruft. Dabei wäre das ja keine so schlechte Idee. In Richtung Rechtsextremismus sind die Stapos sowieso immer ziemlich blind gewesen und verboten ist ja in Österreich NUR der Rechtsextremismus. Die Auflösung der Stapo würde bedeuten: Der Rechtsextremismus fällt sowieso unter die gültigen Strafgesetze (Verbotsgesetz) und müßte auch von der gewöhnlichen Kiberei verfolgt werden. Alle anderen politischen Richtungen, die immer so gerne staatlich bespitzelt wurden, stünden dann endlich außerhalb der Staatsaufsicht. Offenbar hat sich der Haider seine Idee nicht gut überlegt..

5.September 1995: Im Volksgruppenbeirat der Roma und Sinti werden vom Obmann des Kulturvereins der Roma und Sinti, Rudolf Sarközi, keine Einwände gegen die Entsendung des Freiheitlichen Harald Ofner erhoben.

8.September 1995: Ein Gutachten des Amtes für Wehrtechnik bestätigt, daß die Briefbomben aller Serien aus demselben Täterkreis stammen. Da in einem Bekennerbrief seinerzeit bekanntgegeben wurde, man habe einen Vorrat von 40 Briefbomben angelegt, bedeutet auch die Bombenserien nach der Verhaftung von Binder und Radl keine Entlastung für die beiden Beklagten.

Erste Septemberhälfte 1995: Die burgenländische ÖVP verlangt Aufklärung über den freiheitlichen Sozialfonds. Dieser Fonds wurde aus den "arbeitslosen Einkommen" von freiheitlichen Mandatären gespeist, Obmann Rauter habe Beträge aus dem Fonds bezogen.

9.September 1995: Vertreter aus ganz Österreich treffen sich in Wels zum Thema "Braune Flecke". Siehe "Welser Erklärung" an anderer Stelle in dieser Nummer.

10.September 1995: Bei den Kommunal- und Regionalwahlen in Norwegen erreicht die ausländischer-

feindliche Fortschrittspartei mit mehr als 10% der Stimmen einen unerwarteten Erfolg, in Oslo erreichte sie sogar 20%.

Ab 11. September 1995: Briefbombenprozeß gegen Peter Binder und Franz Radl. Beide werden gleichzeitig der nationalsozialistischen Wiederbetätigung angeklagt. Nach den strengen Strafen gegen Küssel und Schimaneck zieht man jetzt eine andere Verteidigungstaktik vor. Keine Verteidiger, die der rechten Szene nahestehen, betreffend NS-Wiederbetätigung geständnisbereit, die Anklagepunkte zu den Bombenanschlägen, die (auch infolge der äußerst mangelhaften Stapo-Arbeit) mit nicht sehr starken Indizien belegt zu sein scheinen, weist man zurück. Binder kann es sich allerdings nicht verkneifen, sich als qualifiziert für den Bombenbau darzustellen.

In der Zeugenaussage seiner Mutter wird Radl jun. als braver katholischer Schüler hingestellt, der erst später in rechtsextremistische Kreise geraten sei, wir zitieren daher aus dem ANTIFA-INFO Nummer 25 vom September 1987 den folgenden Bericht:

»DER ALLTÄGLICHE FASCHISMUS

FEHRING

Rechtsextreme Propaganda

im Bahnhofsrestaurant

Wenn ein Oberösterreicher Urlaub macht und aus der "Heimat des Führers" in die Ferne reist, so braucht er doch den Geist von gestern nicht zu vermissen.

Er fährt z.B. nach 8350 Fehring in der Steiermark und geht bei Gelegenheit auch in das dortige Bahnhofsrestaurant. Hei, wird dort jeder zünftige Rechtsextremist seine Freude haben!

Stoßweise liegen die verschiedensten Neonazizeitschriften und andere rechtsextremistische Schriften auf, von der bekannten Zeitschrift "MUT" liegen ganze Jahrgänge herum, zerblättert und zerlesen von Schülern und Lehrlingen, die im Bahnhofsrestaurant ihre Wartezeit verbringen.

Und daß dies kein Zufall ist, beweist ein Leserbrief in einer der aufliegenden MUT-Nummern:

"Da ich ihr ausgezeichnetes Magazin noch mehr Landsleuten zugänglich machen will, ersuche ich Sie, mir ab Jänner 1986 monatlich zwei Exemplare von "MUT" zu senden. Franz Radl".

Und wer ist der "Franz Radl"?

Erraten! Der Pächter des Bahnhofsrestaurants von Fehring!«

Aber vom Vatern hat der Junior scheinbar keine rechtsextreme Unterweisungen erhalten. Und Papas Zeitschriften hat er wohl nie gelesen...

12. September 1995: Die FREIHEITLICHEN stimmen im Parlament gegen die Aufenthaltsbewilligung für 2.500 ausländische Studenten.

12. September 1995: Gegen ein Minderheitenmandat im Kärntner Landtag für die slowenische Volksgruppe spricht sich LH-Stellvertreter Grasser (F) aus.

12. September 1995: Die KRONENZEITUNG schreibt wieder einmal sehr bezeichnend. Sie fragt das Publikum über den Briefbombenprozeß. Alle, alle meinen sie, der Prozeß werde platzen, sei ein Alibitheater, die Falschen säßen auf der Anklagebank usw. Dummerweise hat man dazu aber Leute gefragt, die einstens bei der NDP waren, dem Scrinzi-Wahlkomitee angehörten oder wegen Rechtsextremismus aus der FPÖ ausgeschlossen wurden.

13. September 1995: Eine Gedenktafel für 47 ermordete jüdische Zwangsarbeiter wird in Deutsch Schützen (Südburgenland) angebracht.

15. September 1995: Zwar hat dies jetzt nichts mit unseren üblichen Themen zutun, aber einige neue Frau-Vranitzky-Sprüche seien doch hier angebracht: „*Es gibt Mädchen, die mit 18 Kinder bekommen, egal mit wem..(sie) kriegen ein Kind, weil es lustig ist, weil's in der Klasse schick ist .. warum bleibt der Ehemann nicht? Weil wir Frauen nicht daran arbeiten...*“

Eine derartige Verachtung und Schmähung von Frauen, die nicht aus der Golfspielerklasse stammen, sollte sich einmal jemand erlauben, der nicht mit dem Bundeskanzler verheiratet ist. So blieben aber außer der Irmi Schmidleithner die meisten still und ruhig.

18. September 1995: Die Behauptung des oö. F-Häuptlings Achatz, in OÖ. betrage der Ausländeranteil 15%, wird von SOS-MITMENSCH berichtigt: Der Anteil liege in den bevölkerungsstärksten Bezirken zwi-

schen 8 und 10%, in der Stadt Wels sei mit 13,2% der Anteil am höchsten.

18. September 1995: Die burgenländische Superintendentin der evangelischen Kirche, Gertraud Knoll, weist die Aussage des F-Chefs Rauter zurück, die FREIHEITLICHEN erfreuten sich bei den Evangelischen beträchtlicher Beliebtheit.

18. September 1995: Mehrfach bedichtete voll glühender Empörung der KRONE-Poet Wolf Martin die "verrückten Schwulen". Die Wochenzeitschrift FALTER outet nun den Wolf: Er war selbst Mitglied in der HOSI...

19. September 1995: Das Kuratorium zur Verwaltung des Nationalfonds für die Entschädigung von NS-Opfern beschließt einen Richtwert von ÖS 70.000.- für Opfer, die bisher noch keine Entschädigungsleistungen erhalten haben.

19. September 1995: Verteidigungsminister Fasslabend erklärt seine Absicht bei der heurigen "Ulrichsbergfeier" in Kärnten als Redner aufzutreten.

Aus der Charakteristik im Rechtsextremismushandbuch des DÖW über die "Ulrichsberggemeinschaft": „Die 'Ulrichsberggemeinschaft' ist eine traditionspflegerische Organisation, in der Funktionäre der rechtsextremen SS-Veteranenorganisation 'Kameradschaft IV' tonangebend sind. Von den Ulrichsbergtreffen berichtet vor allem die neonazistische 'Kameradschaft IV'-Zeitung 'Die Kameradschaft'. Im Rahmen des Ulrichsbergtreffens werden von ehemaligen SS-Angehörigen des In- und Auslandes Kameradschaftsabende abgehalten. In Reden und Referaten wird immer wieder die Rolle der deutschen Soldaten im Zweiten Weltkrieg unter Einschluß der SS-Angehörige positiv dargestellt und der verbrecherische Charakter der hitlerdeutschen Kriegsführung ausgeblendet. Die Teilnahme von Landes- und Bundespolitikern soll der demokratischen Legitimierung dienen. Für diese Demokratiestaffage stellten sich bisher u.a. zur Verfügung: Landeshauptmann Wagner (SPÖ), Minister Lichal (ÖVP), Landeshauptmann Zernatto (ÖVP), Jörg Haider natürlich sowieso.

20. September 1995: Die Redeabsicht von Fasslabend am Ulrichsberg wird von den GRÜNEN, den Liberalen, der SPÖ und der Israelitischen Kultusgemeinde kritisiert. Die FREIHEITLICHEN und VP-Chef Schlüssel unterstützen den Minister, der folgende weise Worte von sich gibt: „*Nach 50 Jahren ist es wichtig, daß wir aus der Geschichte lernen und uns der Geschichte stellen.*“ Zur Teilnahme der Waffen-SSler meint er: „*Das ist eine freie Veranstaltung. Jeder, der will kann meine Worte hören.*“

Der Verteidigungsminister selber ist auch ein freier Mann. Die Braunauer Zeitgeschichtetagen, bei denen es um Franz Jägerstätter geht, kann er nicht besuchen, so viel lernen und sich so sehr der Geschichte stellen, das will er doch wieder nicht.

21. September 1995: Hans Pretterebner gibt bekannt, daß er aus der Parlamentsriege der FREIHEITLICHEN ausscheide. Seinem Monatsmagazin TOP geht es nicht gut, er will sich wieder ausschließlich der journalistischen Arbeit widmen.

22. September 1995: Innenminister Einem will die Ausländergesetze entschärfen, mehr Rechtssicherheit soll eingerichtet werden, Familienzusammenführungen sollen erleichtert werden. Die KRONENZEITUNG hat wieder ein Thema zum Aufheulen.

21. - 24. September 1995: Nicht sehr gut koordiniert finden zwei Veranstaltungen in OÖ. statt. Die Braunauer Zeitgeschichtetage befassen sich vom 21. bis 24. 9. mit Franz Jägerstätter, das MAUTHAUSEN-AKTIV-Seminar am 23.9. in Wels, an welchem auch Innenminister Einem teilnimmt, mit dem *Rechtsextremismus heute*. Berichte siehe an anderer Stelle in dieser Nummer.

26. September 1995: Simon Wiesenthal kritisiert die Teilnahme Fasslabends an der Ulrichsbergfeier und fordert den Minister auf, sich dies noch einmal zu überlegen. In einem offenen Brief setzt er dem Minister die Rolle der "Kameradschaft IV" und anderer europäischer SS-Verbände auseinander. Wiesenthal betont, daß Fasslabend das Treffen am Ulrichsberg durch seine Anwesenheit aufwerte.

29. September 1995: Die Zahl der in Wien lebenden Ausländer gibt Planungsstadtrat Swoboda mit 297.000 an, das seien 18,2%. Von den FREIHEITLICHEN war behauptet worden, es seien 470.000 und in einzelnen Bezirken bis zu 60% (der Ausländeranteil liegt in Fünfhaus mit 33,4% am höchsten).

30. September 1995: Haider kündigt bei einer freiheitlichen kommunalpolitischen Veranstaltung in Linz eine „*parlamentarische Bürgerinitiative*“ (was das auch immer sein soll) an: "Sparen statt Steuern". Jede Unterschrift dafür sei ein Entsorgungsbeitrag, um die rotschwarze Belastungspolitik aus dem Amt zu wählen. Wo die Frage bleibt: Was soll ROT sein an der schwarz-roten Politik?

1. Oktober 1995: Seinen „*tiefen Respekt und seine hohe Achtung*“ drückt Verteidigungsminister Fasslabend für die Helden der Hitlerwehrmacht bei der Ulrichsbergfeier in Kärnten aus. Der 3. Nationalratspräsident Haupt (F) redet von der Hand, die zur Versöhnung gereicht würde, was nicht von allen gewürdigt

werde.

Wahrscheinlich kann er sich nicht so recht vorstellen, daß es Menschen gibt, die nicht so eindringlich scharf drauf sind, von der Waffen-SS Versöhnungshände gereicht zu bekommen. Der schwarze Klagenfurter Bürgermeister Guggenberger sieht in der Ulrichsbergkritik „*das Erbe altkommunistischer Propagandisten*“; nach seiner Meinung haben die Kommunisten wahrscheinlich gar keine Veranlassung für eine Kritik an den alten Kameraden.

2.-4.Oktober 1995: Parteitag der SPÖ in Wien. Überraschung, Bundesgeschäftsführer Cap wird aus dem Verkehr gezogen. Der Opportunismus des ehemaligen Linksblinkers hat sich also auch nicht auf Dauer als erfolgreich erwiesen. Als Verdienst rechnet er sich jetzt an, daß während seiner Zeit als Bundesgeschäftsführer aus den Sozialisten wieder Sozialdemokraten geworden seien und aus dem Zentralsekretariat eine Bundesgeschäftsstelle. Naja, die SPÖ ist eben irgendwie zu einem "Bundesgeschäft" verkommen. Vranitzky ist immer noch unumstrittener Parteichef, allerdings erhält er nur noch 90,5% der Delegiertenstimmen (gegenüber 97% beim vorigen Parteitag). Die ö. Landtagspräsidentin Barbara Prammer erhält bei der Vorstandswahl unüberbietbare 100%. Als Gast nimmt (auf Einladung von Vranitzky!) John Gudenus von den F teil. Jener Gudenus, der die freie Meinungsäußerung in Österreich durch das NS-Verbotsgesetz beeinträchtigt sieht...

3.Oktober 1995: Die VP droht wegen Einems Änderungsvorschläge zur Ausländergesetzgebung mit dem Auszug aus dem parlamentarischen Innenausschuß.

4.Oktober 1995: Der SPÖ-Parteitag beschließt am 3.10. (gegen die Abänderungsempfehlungen der Antragsprüfungskommission) ein Subventionsverbot für den ÖTB. Der Welser Bürgermeister Bregartner erklärt, diese Parteitagsverpflichtung sei "nicht durchzuhalten". Am Parteitag selbst brachte er zwar den Mund nicht auf, aber sofort im Anschluß daran verkündet er die Mißachtung des Parteitagsbeschlusses, dieser Mißachtung schließen sich die zuständigen SP-Funktionäre aus Steyr und Linz an. SJ-Obmann Delfs kündigt dazu die Wiederaufnahme des ruhenden Parteiausschlußverfahrens gegen Bregartner an.

4.Oktober 1995: Der Oberste Gerichtshof entscheidet endgültig: Peter Pilz darf Jörg Haider als „**politischen Ziehvater und Ideologen des rechtsextremen Terrorismus**“ bezeichnen.

Ein Beispiel dafür, was herauskommen kann, wenn man NICHT kneift.

Im Zusammenhang mit ÖTB u.ä. funktioniert die Sache im umgekehrten Sinn ja nur, WEIL eben gekniffen wird und sich keiner hinzustellen wagt und sagt, was Sache ist. Solange alle kneifen, von Sozialdemokraten bis zu Massenmedien (z.B. die OÖN), bleiben die deutschnationalen-rechtsextremistischen Schrebergärten erhalten!

5.Oktober 1995: Haider entdeckt die Hintergründe unserer Probleme: Diese Menschenrechte in der europäischen Menschenrechtskonvention. Er fordert die Konvention zu kündigen, statt das Recht auf ein intaktes Familienleben auch für Gastarbeiter anzuerkennen.

7.Oktober 1995: Was ist das? Eine Lüge, eine Unwahrheit oder eine sensationelle Enthüllung: Innenminister Einem sei wegen eines Drogendelikt in Zwettl in Haft gewesen! Das erzählt Haider am Landesparteitag der FREIHEITLICHEN in Kärnten. Zu dieser Behauptung wolle er „zur gegebenen Zeit“ Beweise vorlegen. Wann wird es wohl die gegebene Zeit geben?

9.Oktober 1995: Der Kriminalpsychologe Thomas Müller beim Briefbombenprozeß gegen Binder und Radl. Er beschreibt den Haupttäter als über fünfzig Jahre alt mit abgeschlossener Mittelschulbildung (katholisches Internat oder Stiftsgymnasium), immer korrekt gekleidet, genau und penibel, pedantisch und höflich. Er dürfte den Angeklagten Binder persönlich kennen. Der Bombenbauer sei ein anderer. Dieser habe keine Möglichkeit sich über seine Fähigkeiten mitzuteilen, er brauche aber Rückmeldungen (schreibe daher umfangreiche Bekennerbriefe).

9.Oktober 1995: Nicht auf ÖVP-Linie ist die Katholische Arbeitnehmerbewegung. Die KAB befürwortet die von Innenminister Einem angeregte Novellierung der Ausländergesetze.

10.Oktober 1995: 75 Jahre Kärntner Volksabstimmung. Am 10.10.1920 entschied sich die Mehrheit der Bevölkerung Südkärntens (inklusive eines großen Teiles der slowenischsprachigen Bevölkerung) für den Verbleib bei Österreich. Rund 60.000 Menschen feierten jetzt in der Kärntner Landeshauptstadt. Selbstverständlich waren auch einschlägige Organisationen dick vertreten: Turnerbund, Burschenschaften, Kameradschaft IV - wie hat schon seinerzeit ein deutschnationaler Vordenker die Angelegenheit definiert: *Deutschland durften wir nicht sagen, Österreich wollten wir nicht sagen, darum sagten wir Kärnten*. Viel hat sich seit damals ideologisch nicht geändert.

Bei der Gedenkfeier am 9.10. im Landtag hatte es erstmals auch eine Ansprache in slowenischer Sprache gegeben, in der Valentin Inzko an die Nazizeit, an den Ortstafelsturm von 1972 und an die Verpflichtung durch die Kärntner Landesversammlung von 1920, „den slowenischen Landsleuten ihre

sprachliche und nationale Eigenart jetzt und allezeit wahren zu wollen“ erinnerte.

10. Oktober 1995: Innenminister Einem schaltet die Staatsanwaltschaft wegen Haiders Behauptung ein, er sei in Zwettl inhaftiert gewesen.

10. Oktober 1995: Meinungsumfrage: Vranitzky würde (wenn es eine direkte Wahl des Kanzlers gäbe) jetzt nur noch 34% der Stimmen bekommen, Schüssel 20%, Haider 15%, Schmidt und Petrovic ca. 4%. Die politischen Parteien: SPÖ: 32%, ÖVP: 28%, F: 24%, Grüne: 10%, LF: 5%.

11. Oktober 1995: Innenminister Einem will den Lauschangriff schon zur Prävention einsetzen, die Justiz erst bei einer konkreten strafbaren Handlung.

11. Oktober 1995: AMNESTY INTERNATIONAL richtet an Haider wegen dessen Wunsches, die Menschenrechtskonvention aufzukündigen, einen offenen Brief. Die Konvention sei „keine Speisekarte, von der nach tagespolitischem Appetit die Häppchen gewählt und das für Politiker Schwerverdauliche als ungenießbar abqualifiziert werden kann.“

12. Oktober 1995: Alfred Hrdlicka wehrt sich gegen die Einstellung des Disziplinarverfahrens gegen ihn im Zusammenhang mit seiner Attacke auf Wolf Biermann. Im Zuge der Jubiläumsamnestie will Wissenschaftsminister Scholten das Verfahren beenden. Der Bildhauer spricht vom „läppischen Versuch, mir ein Disziplinarverfahren anzuhängen“ und „bei allem Respekt, aber Ihre anmaßende Amnestie ist ein Fall für die Psychiatrie, denn die ist für Größenwahn zuständig“.

12. Oktober 1995: Ein Freimaurerschiedsgericht prüft, ob Hans-Jörg Schimanek senior aus der österreichischen Großloge ausgeschlossen werden sollte. Wenn man über Sch. in Scharnachs neuem Buch (*Haider's Clan*) nachliest, fragt man sich allerdings: Wie ist er hineingekommen?

12. Oktober 1995: Bei der Staatsanwaltschaft Innsbruck wird Strafanzeige gegen Kaplan Gottfried Melzer erstattet. Der Geistliche ist der Organisator der jährlichen Wallfahrten zum "Anderl von Rinn". Seit 1985 sind kirchlicherseits die antisemitischen Wallfahrten, die auf einer Ritualmordlegende beruhen, untersagt.

12. Oktober 1995: Die große Koalition scheidet am Budget 1996. Schüssel setzt auf vorzeitige Neuwahlen.

13. Oktober 1995: Der Nationalrat beschließt seine Auflösung und Neuwahlen für den 17. Dezember. Kommt 1998 schon 1995?

13. Oktober 1995: Eine dänische Nazigruppe erhält eine Privatrundfunklizenz und will sie zur „Verbreitung rassistischer Botschaften“ benutzen. Nazi-Propaganda ist in Dänemark nicht verboten.

13. Oktober 1995: Die vier Brandstifter von Solingen, die im Mai 1993 das Haus einer türkischen Familie niederbrannten, wobei fünf Menschen ums Leben kamen, werden vom Düsseldorfer Oberlandesgericht zu Haftstrafen zwischen 10 und 15 Jahren verurteilt.

Mitte Oktober 1995: Haider hat eine neue Spur zur Briefbombenserie: Der Innenminister möge Einsicht in die deutschen Gauck-Akten über die DDR-Stasi nehmen, weil die seinerzeitige Stasi viel Geld im Ausland zu Destabilisierungszwecken transferiert habe.

16. Oktober 1995: Eine neue Briefbombenserie erschüttert Österreich. Der aus Syrien stammende Arzt Mahmoud Abou-Roumie in Stronsdorf wird an der rechten Hand verletzt, die Flüchtlingshelferin Maria Loley aus Poysdorf wird an beiden Händen schwer verletzt, eine dritte Bombe an einen aus Südkorea stammenden Frauenarzt kann rechtzeitig sichergestellt werden.

Haider kommentiert, es sei auffallend, daß die Bombenanschläge immer dann auftreten, „wenn die politisch Mächtigen in Österreich in Turbulenzen sind.“ Er ist also offenbar der Ansicht, die Anschläge würden im Interesse der großen Koalition ausgeführt. Ähnlich auch ein Kommentar in der KRONENZEITUNG, wo als einer von sechs möglichen Täterkreisen irgendwelche nicht näher beschriebene "ANTIFA"-Gruppen genannt werden.

16. Oktober 1995: Viktor Frankl, der die Suche nach dem Sinn als den Schwerpunkt psychotherapeutischer Tätigkeit entwickelte, erhält die Ehrenbürgerschaft der Stadt Wien. Welchen Sinn die speziell guten Kontakte Frankls zu Haider haben sollen, das hat man bisher noch nicht enträtselt.

16. Oktober 1995: In der ÖVP sprechen sich nur Ditz und Weingartner gegen eine Koalition mit Haider aus.

16. Oktober 1995: Der Widerstand gegen rassistische Diskriminierung kann seltsame Formen annehmen. In den USA versammelt der islamische Antisemit und Frauenverächter Farrakhan 400.000 Afroamerikaner zu einer Protestkundgebung in Washington.

17.Oktober 1995: Der F-Abgeordnete John Gudenus erklärt in einer öffentlichen Diskussion zur Ausstellung über die Verbrechen der deutschen Wehrmacht und in einem Radiointerview, die Existenz der Gaskammern in den Vernichtungslagern für ein "Dogma". Auf die Frage, ob er die Existenz von Gaskammern bezweifle, erwidert er stereotyp, er glaube alles, was dogmatisch vorgeschrieben werde.

17.Oktober 1995: Die Linzer Kirchenzeitung berichtet über einen Priester der St.Petrus-Bruderschaft (einer Vereinigung, die dem 2. Vatikanischen Konzil ablehnend gegenübersteht), der enge Kontakte zur rechtsextremen Skinheadszene habe. Bei einem Neonaziprozeß in diesen Tagen tritt der Priester Dietmar A. als Fürsprecher für angeklagten Neonazis auf, samt den kennzeichnenden Skinheads-Bomberstiefeln mit weißen Schuhbändern.

17.Oktober 1995: Immer liegen 123 Tage zwischen den einzelnen Bombenanschlägen. Die Polizei rätselt über die Bedeutung.

17.Oktober 1995: Der Friedensnobelpreis 1995 geht an die "Pugwash-Konferenz", eine Wissenschaftlerorganisation, die sich seit 1955 gegen den Atomkrieg engagiert. Zu ihren Gründungsmitgliedern gehörten der britische Philosoph und Mathematiker Bertrand Russell und Albert Einstein. In der Vergangenheit wurde diese Gruppierung im Westen häufig als "prosovietisch" diskreditiert.

18.Oktober 1995: In Wien wird in der Alpenmilchzentrale im 4. Bezirk, Weyringergasse 34-36 die Ausstellung **Vernichtungskrieg, Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944** eröffnet. Als Partisanenbekämpfung getarnte Ausrottung der Zivilbevölkerung, im besonderen der jüdischen, Liquidierung der Kriegsgefangenen durch mangelnde Versorgung - das wollen wieder so manche überhaupt nicht wahrhaben, sie wehren sich gegen die "Kollektivschuld", offenbar sind sie für die kollektive Unschuld. Neben Gudenus tritt auch der ORF-Redakteur Seledec als Wehrmachtsbeschützer in Erscheinung. Die einschlägig bekannten Medien faseln wieder von Kollektivschuld und der Ehrbarkeit der Soldatengeneration. Verteidigungsminister Fasslabend dokumentiert seine Position auch deutlich: Am Ulrichsberg fand er es nötig, „*tiefen Respekt und seine hohe Achtung*“ vor den Wehrmachtssoldaten auszudrücken, die Ausstellung zu besuchen, das fand er hingegen nicht für notwendig.

18.Oktober 1995: Rasch fällt ihm doch noch ein, daß er eigentlich gar nicht an der Existenz von Gaskammern gezweifelt hatte, dann tritt er von seiner politischen Tätigkeit zurück: John Gudenus hatte sich auch den Zorn seines Bewegungsbürokraten zugezogen. Zwar versucht man F-seitig die Schuld auf die Fragerei des ORF-Journalisten zu schieben, aber ganz so neu war ja dieses Verhalten nicht, blättern wir zurück in unserer Chronik: »**Mitte November 1992:** *Das rechtsextreme Blatt "Fakten" berichtet über eine "Bürgerinitiative zum Schutz der österreichischen Demokratie", die sich für die "Gewährleistung der Redefreiheit und der wissenschaftlichen Erörterung" einsetzen will. Unbehindert erörtert soll z.B. die "Auschwitzlüge" werden dürfen, eine Petition wurde an das Parlament gerichtet. Kommentar des Bundesheerobersten und FPÖ-Abgeordneten John Gudenus dazu: "Ebenso wie Sie bin ich der Ansicht, daß in einer Demokratie keine politischen Verbotsgesetze geben sollte und daß selbstverständlich die Freiheit der Gesinnung, der Meinungsäußerung, der Rede und der wissenschaftlichen Erörterung zu gewährleisten ist."*«

18.Oktober 1995: Konkret zum Welser ÖTB äußert sich SJ-Vorsitzender Karl Delfs: „*Die Welser Ortsgruppe des ÖTB unterhält über einzelne Mitglieder Verbindungen zur rechtsextremen Szene.*“ So sei der NDP-Mitbegründer Wilfried Würfl ÖTB-Mitglied und ebenso der Rechtsanwalt Gernot Kusatz, der bekanntlich seinerzeit seinen 50. Geburtstag recht eigenartig mit Badenweilermarsch und Meldung ans Führerhauptquartier feierte.

19.Oktober 1995: Die NEWS bringen neueste Meinungsumfragen. Nach den Rohdaten liegen SPÖ, ÖVP und die F fast gleich auf. Bei den Arbeitern sind die FREIHEITLICHEN bereits die stärkste Gruppierung.

19.Oktober 1995: Die grüne Abgeordnete Stoisits sagt: „*Das ideologische Loch, das durch den Abgang des Gaskammerrelativierers Gudenus entstanden ist, soll durch den Nazibuchstabierender Gaugg gestopft werden*“ Gaugg, der NAZI als "neu, attraktiv, zielstrebig, ideenreich" buchstabierte soll das Mandat von Gudenus übernehmen.

19.Oktober 1995: Bisher wurden im Zuge der Ermittlungen zu den Bombenanschlägen 45.000 Personen überprüft.

20.Oktober 1995: Der "*Ehrenpreis des österreichischen Buchhandels für Toleranz in Denken und Handeln*" wird heuer an Simon Wiesenthal verliehen.

20.Oktober 1995: Die Haider-Wahlkampagne läuft an. Hauptthemen sind "Ich bin der Schutzpatron der Tüchtigen" und "Ich habe Euch nicht belogen". Besonders letzter Slogan ist mehr als lächerlich.

20.Oktober 1995: Schüssel wird ein bißchen vorsichtiger: Einen Kanzler Jörg Haider werde es mit sei-

ner Unterstützung nicht geben. Einem F-Vorschlag, ein Expertenteam mit F-Duldung als Regierung zu bilden, steht Schüssel aber nicht grundsätzlich ablehnend gegenüber.

20.Oktober 1995: Zum "Schutzpatron der Österreicher" ernannt sich Jörg Haider.

20.Oktober 1995: Vom Heeresnachrichtenamt wird der Verdacht zurückgewiesen, einer der Briefbombenattentäter komme aus dem HNaA.

20.Oktober 1995: Bei den Ermittlungen zur letzten Briefbombenserie gibt es zwanzig Hinweise mit "besonderer Priorität", aber keine "heiße Spur". Gefaßt wurde nur der Anrufer, der Altbürgermeister Zilk mit neuem Bombenterror bedrohte. Es soll sich dabei um einen Alkoholiker gehandelt haben.

21.Oktober 1995: Sehr nüchtern sieht der aus Südtirol stammende Jurist Andreas Widmann in einem STANDARD-Artikel die Wahlperspektiven Haiders, er schreibt u.a.: „*Haider weiß, daß er als Kanzler in Europa keinen Spielraum hätte. Heraus kann er nicht, seine widersprüchlichen und leeren Versprechungen würden sich als solche herausstellen, er müßte brav EU-Recht vollziehen und just am Tag seines — theoretischen — Triumphes wäre es um den Schilling geschehen. Jetzt erst recht?*“¹¹ *Niemand in Österreich will sich so eine Debatte noch einmal antun, es bliebe diesmal nicht bei einer diplomatischen Demütigung, sondern Österreich würde politisch übergangen, isoliert, kaltgestellt. "Ihr wollt Haider? Dann wählt ihn!" Sie werden nicht...*“

20.Oktober 1995: Die Haider-Wahlkampagne läuft an. Hauptthemen sind "Ich bin der Schutzpatron der Tüchtigen" und "Ich habe Euch nicht belogen". Besonders letzter Slogan ist mehr als lächerlich.

20.Oktober 1995: Der "*Ehrenpreis des österreichischen Buchhandels für Toleranz in Denken und Handeln*" wird heuer an Simon Wiesenthal verliehen. Das ANTIFA-INFO gratuliert!

21.Oktober 1995: Laut dem Leiter der Einsatzgruppe zur Bekämpfung des Terrorismus, Robert Sturm, ist in der Fahndung nach den Briefbombenterroristen alles offen und alles möglich. Man nimmt an, daß es sich um eine recht kleine Tätergruppe handelt, selbst ein Einzeltäter wird nicht ausgeschlossen, ebensowenig, daß der oder die Täter Kontakte zum Ermittlungsapparat haben. Laut Innenminister Einem wurden im 28seitigen Bekennerbrief vom Juni Fakten angeführt, die nicht aus den Massenmedien stammen können. Der Minister nennt als Hypothese auch ein "*politisches Komplott mit umstürzlerischen Zielen*".

22.Oktober 1995: Wahlen in Berlin. Die CDU verliert 3% (jetzt 37,4), die SPD fast 7% (23,6), die PDS wird mit 14,6% drittstärkste Partei (im ehemaligen Ostberlin mit 36,3% sogar die stärkste), die Grünen steigen um knapp 4% auf 13,2, die FDP verliert rund Zweidrittel ihrer Wähler und scheidet mit nur 2,5% aus dem Abgeordnetenhaus aus und wird sogar von den Republikanern (2,7%) überholt. Der Möglichkeit einer linken Mehrheit in Berlin (SPD, PDS und GRÜNE erreichen zusammen 51,4%) steht die SPD-Führung entgegen. Mit der PDS will man nichts zu tun haben.

22.Oktober 1995: Parlamentswahlen in der Schweiz. Größter Gewinner sind die Sozialdemokraten, die sich von 42 auf 54 Sitze verbessern. Die rechten Protestparteien verlieren zugunsten der konservativen Volkspartei (+4 Sitze), die GRÜNEN büßen 6 ihrer bisher 14 Sitze ein.

23.Oktober 1995: Die bekannte Zeitgeschichtlerin Erika Weinzierl sagt, eine schwarz-blaue Koalition wäre national und international eine Katastrophe. Sie ist von Parteiobmann Schüssel enttäuscht, weil dieser klare Worte dazu vermissen lasse. ÖVP-Mitglied Weinzierl kündigt bei einer Koalition ÖVP-F ihren Parteiaustritt an.

24.Oktober 1995: Mit großen Sprüchen endet die Klubtagung der ÖVP in Tirol. Die Zukunft Vranitzkys sei der Golfplatz, mit Schüssel habe man den besseren Spitzenkandidaten, dieser habe „*das Glitzern in den Augen*“ und werde deshalb der neue Kanzler sein. Eine Distanzierung von einer etwaigen Koalition mit Haider war auch auf dieser Tagung nichts zu vernehmen. Nur der Slogan: „*Wer Schüssel wählt, schwächt Haider*“.

25.Oktober 1995: Eine rechtsextremistische Solidaritätserklärung gibt es in der KRONENZEITUNG. Der F-Abgeordnete John Gudenus war wegen seiner Äußerung, die Existenz von Gaskammern sei ein Dogma, an das man glauben müsse, von Haider aus dem Verkehr gezogen worden. Wolf Martin sieht das ganz anders, er tritt offen für ein "*Recht auf Auschwitzlüge*" ein, anders kann man das nicht bezeichnen:

¹¹ Anspielung auf den ÖVP-Slogan zur Waldheim-Wahl

In den Wind gereimt

**Was einst die Inquisition,
ist heut so manche „Diskussion“.
Und manches Interview gleicht sehr
dem alten „peinlichen Verhör“.
Es gibt auch quasi noch Maschinen,
so nach der Art der Guillotinen:
Ein falsches Wort, konträr der Lehre –
beendet ist die Karriere.
Könnt' Robespierre herniederschauen,
es würde ihn gewiß erbauen.**

Wolf Martin

25.Oktober 1995: 83jährig stirbt Hermann Langbein in Wien. Als Mitglied der KPÖ nahm er in den Interbrigaden am spanischen Bürgerkrieg teil, fiel nach der Niederlage Frankreichs im Krieg gegen Hitlerdeutschland den Nazis in die Hände und war in den KZs Dachau, Auschwitz und Groß-Rosen inhaftiert. Bis zu seinem Parteiaustritt in den Fünfzigerjahren war er in der KPÖ für das Schulungswesen zuständig. Sein 2bändiges Werk über den Auschwitzprozeß (Europa-Vlg. 1965) ist eine der ganz wesentlichen Dokumentationen über die Behandlung von NS-Verbrechen. U.a. ist darin die Aussage des Staatsanwalt Hinrichsen über den "Befehlsnotstand" enthalten: *„Als Staatsanwalt der Zentralstelle zur Verfolgung nationalsozialistischer Verbrechen habe ich mich seit einigen Jahren konkret mit dem Problem Befehlsnotstand befaßt. Ich habe viel darüber gehört und bin allen bekannten Fällen nachgegangen. Ich konnte keinen Fall feststellen, in dem Nichtbefolgen von verbrecherischen Befehlen Gefahr an Leib und Leben für den Betreffenden gebracht hätten.“*¹²

25.Oktober 1995: Als Förderer des Nationalismus versucht sich der slowakische Regierungschef Meciar: Er legt dem Parlament einen Gesetzesentwurf vor, der slowakisch als einzige Amtssprache zuläßt und dadurch die Rechte der ungarischen Minderheit entscheidend beschneidet.

26.Oktober 1995: Nationalfeiertag, 40. Jahrestag des österreichischen Neutralitätsgesetzes. Wie lange werden wir den Nationalfeiertag nach feiern dürfen? Die Neutralität ist de facto ja ohnehin schon perdu.

26. Oktober 1995: Gegen den früheren Vorsitzenden der NATIONALDEMOKRATISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS, Günter Deckert, bestätigt der deutsche Bundesgerichtshof das Urteil wegen Volksverhetzung und Aufstachelung zum Rassenhaß: Zwei Jahre Haft ohne Bewährung. In der ersten Instanz am Landgericht Mannheim hatte es seinerzeit ein mildes Urteil und eine skandalöse Urteilsbegründung gegeben.

29.Oktober 1995: Wahlen in Kroatien. Die sehr weit rechtsstehende KROATISCHE DEMOKRATISCHE UNION von Staatschef Tudjman gewinnt zwar hinzu, erreicht aber nicht die angestrebte Zweidrittelmandatsmehrheit, die ihr allerdings die rechtsextreme KROATISCHE PARTEI DES RECHTES, die knapp die 5%-Hürde bewältigt, verschaffen könnte.

Spaßig in diesem Zusammenhang der Staberl in der KRONENZEITUNG: Er ist zutiefst empört über ORF-Meldungen, Tudjman habe sein Wahlziel, die Zweidrittelmehrheit, nicht erreicht. Dieser habe ja gar kein solches Wahlziel gestellt gehabt, verkündet er kategorisch. Dummerweise steht in derselben Zeitung, zwei Seiten weiter vorne, Tudjman habe sein Wahlziel, die Zweidrittelmehrheit, verfehlt..

30.Oktober 1995: PROFIL berichtet: Frau Petrovic war von 1971 bis 1985 Mitglied der JUNGEN ÖVP. Daß sie nicht bei der SOZIALISTISCHEN JUGEND war, das merkt man ihr auch heute noch allzu deutlich an..

30.Oktober 1995: Gegen den Bürgermeister von Neuhaus in Kärnten erstatten die GRÜNEN Anzeige. Auf der neurenovierten Schule hatte der Schulleiter Dekorationen mit der Aufschrift "Schule - Sola" angebracht, der Bürgermeister ließ diese zweisprachigen Ausschmückungen entfernen, da es sich um keine topographischen Aufschriften handle. Der Schuldirektor (Gemeinderat der slowenischen ENOTNA LISTA) stellte dazu fest, daß Fensterdekorationen nicht in den Bereich der Gemeinde, sondern in den der Schule fielen. Interessant, wie "gediegen" die österreichische Minderheitenpolitik 1995 in der Praxis funktioniert.

31.Oktober 1995: IFES-Umfrage, welche Partei man wählen müsse, um **Haider zu verhindern**: 40% SPÖ, 14% ÖVP, 8% Grüne, 6% LiF.

Welche Partei hat die besten Vorschläge für **soziale Gerechtigkeit**: 39% SPÖ, 16% ÖVP, 10% F, 4%

¹² Hermann Langbein, Der Auschwitz-Prozeß - Eine Dokumentation, Band 2, Seite 833

Grüne, 2% LiF. Dieses Ergebnis sollte vor allem den GRÜNEN zu denken geben. Ihre soziale Kompetenz ist ähnlich wie die der ÖVP strukturiert (karitativ statt politisch).

Wer steht für die **Sicherung der Pensionen**: 42% SPÖ, 20% ÖVP, 6% F, 1% LiF und null % Grüne. Vielleicht könnte sich die aus dem linken Lager stammende Grün-Partei doch endlich einmal ein bißchen mit den klassischen Klassenfragen beschäftigen, statt daß die Petrovic ständig fröhlich herumkräht, welch gutes Gesprächsklima man mit der "Wirtschaft" habe...

Ende Oktober 1995: Rassistische Delikte haben sich 1995 in Tschechien gegenüber 1994 verdoppelt bis verdreifacht. Die Täter sind fast immer Skinheads, die Opfer Vietnamesen und Roma. Die Polizei zeigt wenig Eifer bei der Aufklärung solcher Delikte, die Gerichte urteilen milde.

Ende Oktober 1995: Fünf Jahre Grenzeinsatz des Bundesheeres als Ersatz für den voreilig demonstrierenden "Eisernen Vorhang": Rund 100.000 Soldaten haben in dieser Zeit über 30.000 illegale Grenzgänger aufgegriffen.

31. Oktober 1995: Bregartner wütet in Wels anti-antifaschistisch. Weil die INITIATIVE WELSER GEGEN FASCHISMUS die Teilnahme an der Gedenkfeier zum 100. Geburtstag des sozialistischen Widerstandskämpfers Karl Loy verweigert, weil ÖTB-Freund und ÖTB-Förderer Bregartner dort die Gedenkansprache hält, erläßt er eine Aufforderung an die SPÖ-Mitglieder in der INITIATIVE, in der diese zum Parteiaustritt aufgefordert werden. (Siehe Beitrag an anderer Stelle in dieser Nummer)

Anfang November 1995: Die Schweden sind ebenfalls von der EU-Mitgliedschaft enttäuscht, 62% der Wähler würden jetzt gegen einen Beitritt stimmen.

2. November 1995: Ein Madrider Gericht lehnt die Auslieferung Gerd Honsiks nach Österreich ab. Der Neonazi war im Mai 1992 unter ungeklärten Umständen nach Verurteilung zu einer 18monatigen Haftstrafe nach Spanien geflüchtet. Als Begründung gibt das Gericht an, daß in Spanien Delikte wie "Auschwitz-Lüge" damals noch nicht strafbar gewesen seien.

3. November 1995: SP-Bundesgeschäftsführerin Ederer präsentiert eine "Lügenliste" von Jörg Haider. Laut einer IFES-Umfrage glauben 78% der 1180 Befragten, daß Haider „oft Halbwahrheiten und unhaltbare Verdächtigungen als Mittel im Wahlkampf“ einsetze. Die F weiß also vermutlich sehr gut, warum man überall plakatiert, Haider habe niemanden belogen. Ein Plakat, das wahrscheinlich auch Platz auf der Ederer-Liste gefunden haben wird...

4. November 1995: Die Allgegenwart des Faschismus beweist sich in Israel. Ministerpräsident Yitzhak Rabin wird von einem rechtsextremistischen Studenten nach einer öffentlichen Friedenskundgebung ermordet. Der Täter, ein gewisser Yigal Amir, wird zuerst als Einzeltäter und Einzelgänger beschrieben. Die Sicherheitskräfte bemühen sich, genau wie bei uns, solange es irgendwie geht, Rechtsextremismus und Faschismus zu verharmlosen, insbesondere organisierte Strukturen zu verleugnen. Erst nach einigen Tagen gibt man zu, daß dieser Amir kein Einzeltäter, sondern Mitglied einer rechten Terrorgruppe ("Jüdische Kampforganisation") ist, die außerdem über höchst eigenartige Verbindungen zum israelischen Geheimdienst und zur Polizei verfügt. Jede Wette: Wäre der Täter ein Palästinenser gewesen, keine Sekunde wäre davon die Rede gewesen, es hätte sich um einen Einzeltäter gehandelt.

5. November 1995: Haider (im schwarzen Hemd) eröffnet den Wahlkampf der F-Bewegung in einer Halle am Klagenfurter Messegelände mit einer Rede vor rund 2.500 Fans. Mit einer bisher noch nicht dagewesenen Aggressivität verkündet er, daß er bereit zur Machtübernahme sei, „*Neue Kräfte braucht das Land. Wenn der Wähler will, dann werde ich beginnen, oben auszumisten in dieser Republik*“. Natürlich kommen auch die Zusprüche an die "Fleißigen, Tüchtigen und Anständigen" und auch die "Kriegsgeneration" wird nicht vergessen. Während im Sommer die Meinungsumfragen noch auf einen sehr hohen Jungwähleranteil hinwiesen, sind jetzt bei den Wahlveranstaltungen doch eher die altbewährten Jahrgänge wieder in der Überzahl.

Die johlende Menschenmasse und der geifernde F-Führer lassen die Fernsehberichterstattung über diese Veranstaltung zu einem angsterzeugenden und abschreckenden Antihaiderbemittel werden. Voggelhuber von den GRÜNEN sagt in einem TV-Interview, Haider sei ein Neofaschist, niemand könne jetzt sagen, er habe es nicht gewußt.

8. November 1995: Auf einer Wahlkundgebung in NÖ spricht sich VP-Chef Schüssel gegen die weitere Ausgrenzung der FREIHEITLICHEN aus, weil die Ausgrenzung diese nur groß gemacht habe. Nach den NRW werde er aber zuerst mit der SPÖ über eine große Koalition verhandeln. Er ist davon überzeugt, daß die VP die stimmenstärkste Partei wird.

9. November 1995: In Krems an der Donau wird ein Denkmal für 129 Juden eingeweiht, die Opfer des NS-Regimes waren.

9. November 1995: NEWS bringen einen sehr guten Bericht über die Haider-Wahlkampföffnung.

Scharsach listet zum Haider-Plakat "Er hat Euch nicht belogen" rund 20 Fakten auf, die Zweifel am Wahrheitsgehalt dieses Plakates aufkommen lassen könnten. Dieses Wochenmagazin mag zwar wegen seiner reißerischen Art nicht jedem zusagen, in Sachen Haider ist es jedoch ein sehr wesentliches Medium.

9. November 1995: SOS-Mitmensch OÖ. startet eine Kampagne "Für Toleranz und Demokratie", die gegen die Ausländerhatz des oö. F-Chefs Achatz ein Zeichen setzen will. Achatz hatte in Zeitungsinseraten mittels falscher und unvollständiger Angaben, Privilegien von Ausländern darzustellen versucht.

10. November 1995: Die Stapo ist einmal offenerzig. Der Sicherheitsbeauftragte des Innenministers, Baumgartner, sagt, daß sich durch den Fahndungsdruck infolge der Briefbombenserie die rechtsextreme Szene umstrukturiert habe, aber die rechten Kader aus dem Untergrund konspirativ weiterhin agierten. 1994 gab es 306 Anzeigen nach dem Verbotsgesetz, das ist eine Zunahme um rund 40%, für 1995 ist mit keinem Rückgang zu rechnen. International rücken die Rechtsextremisten näher zusammen, die Organisation geschieht überall in kleinen und konspirativen Zellen, die Bildung einheitlicher Organisationen wird vermieden. Von Österreich aus besteht ein enger Kontakt zu den deutschen Nazis, speziell zur "Anti-Antifa"¹³. Die Computervernetzung ist eine Selbstverständlichkeit und bringt Informationsvorsprünge gegenüber den Sicherheitskräften.

10. November 1995: Haider-Wahlkundgebung am Linzer Hauptplatz. Ein großes Polizeiaufgebot in Kampfausrüstung beschützt den F-Führer vor jeder lauten Kritik, Zwischenrufer werden vom Platz geprügelt. Nazis unter den Haider-Zujublern, die nach dem "Vergasen" rufen, bleiben hingegen polizeilich völlig unbehelligt. Vergasen schafft wahrscheinlich Ordnung oder so. Eine Gruppe von Haidergegnern startet im Anschluß eine Protestkundgebung vor dem Stapo-Hauptquartier in der Nietzsche-Straße. Festgenommene Gegenkundgebungsteilnehmer werden darauf recht rasch wieder auf freien Fuß gesetzt.

10. November 1995: Überraschend spricht sich der steirische VP-Obmann Hirschmann gegen eine VP-F-Koalition auf Bundesebene aus. Bisher war er immer ein vehementer Vertreter der Option "Kleine Koalition".

11. November 1995: Bisher 105.000 Arbeitsstunden zur Renovierung und Betreuung jüdischer Friedhöfe wurden vom Verein SCHALOM in den vier Jahren seines Bestehens aufgewendet. Die alte jüdische Begräbnisstätte auf dem Wiener Zentralfriedhof muß noch renoviert werden. In Zukunft will SCHALOM 27 Friedhöfe in NÖ. und acht im Burgenland pflegen.

Erste Novemberhälfte 1995: Der große Schutzpatron der Österreicher verkündet via Interview in den FINANCIAL TIMES, daß er die Privatisierung und Deregulierung in Österreich auch dann forcieren wolle, „wenn dies mehr ausländische Kontrolle über österreichische Firmen bedeutet“. Die Ablehnung des ausländischen Einflusses beschränkt sich bei ihm ganz offenbar (um wieder einmal Alt-LH Ratzenböck zu zitieren) auf Personen, "denen man ihre Abstammung ansieht", dort wo ausländischer Einfluß wesentlich größere Auswirkungen auf unser Land hat, dort beschützt er uns nicht, der Jörg.

14./15. November 1995: Brandanschlag auf ein altes Haus in Schwaz (Tirol), dessen obere Stockwerke von Familien aus der Türkei bewohnt werden. Die Polizei ermittelt "in allen Richtungen".

15. November 1995: Fast 1,5 Millionen Zuschauer sehen die TV-Konfrontation Schüssel - Haider. Von der Mehrheit der Zuschauer wird Schüssel als "Sieger" gewertet.

16. November 1995: Leichter Linksruck bei den deutschen Sozialdemokraten. Lafontaine löst Scharping ab.

16. November 1995: Der Gründer der rechtsextremen deutschen REPUBLIKANER, der Ex-SSler Franz Schönhuber, tritt nach anhaltenden Streitereien und Mißerfolgen bei Wahlen aus der Partei aus.

17. November 1995: Die FREIHEITLICHEN legen ihr Regierungsprogramm vor. D.h. Haider präsentiert den "Vertrag mit Österreich" seinen Abgeordneten zum Unterschreiben. Das Programm umfaßt 20 Punkte und sieht u.a. vor, die Ministerien auf sieben zu reduzieren, 15% der Beamten einzusparen und (natürlich) die Ausländerabschiebep Praxis konsequent fortzusetzen. Die Abgabenquote (Steuern und Sozialabgaben) soll auf 40% festgesetzt werden, was alleine eine Mindereinnahme von gut 70 Milliarden verursachen würde.

17. November 1995: Ende der Sondersitzung des Nationalrates. Zu den verschiedenen Gesetzesbe-

¹³ Zur "Anti-Antifa" sei auf die Rolle der KRONENZEITUNG verwiesen: Diese brachte schon wiederholt Beiträge zur massenwirksamen publizistischen Unterstützung der rechtsextremen Anti-Antifa-Propaganda: ANTIFA-Gruppen wurden ohne jeden sachlichen Beleg als terroristisch hingestellt.

schlüssen kamen verschiedene Mehrheiten zustande.

18. November 1995: Der Akademikerverband der ÖVP setzt sich in Linz mit dem Thema *"Radikalismus - Nationalismus, Gespenster der Vergangenheit oder Schrecken der Zukunft?"* auseinander. Scharsach weist dabei die Behauptung Haiders zurück, daß Rechts- und Linksterror einander gleichwertig gegenüberstünden. Die Verstrickung Freiheitlicher in die rechtsextreme Gewaltszene sei unbestreitbar, 1994 hätte es rund 600 Fälle rechtsextremer Gewalt gegeben, das sei im Verhältnis mehr als in Deutschland, während "linker Terror" de facto nicht existiere. Der Historiker Ardelt sieht in der Entwicklungsdynamik der Industriegesellschaft Wurzeln für den neuen Nationalismus. Die komplexen internationalen Wirtschaftsstrukturen erzeugten Ohnmachtsgefühle und Ängste, die sich diffus gegen alles "Fremde" richteten. Durch Reduzierung auf Region und Nation glaubt man gesellschaftliche Wandlungsprozesse abwehren zu können. Paul Lendvai spricht über die Konflikte in Exjugoslawien. Die einzelnen Volksgruppen verklärten ihre jeweilige eigene Geschichte, mit ihren Feindbildern bilde dies die Basis für Angst, Mißtrauen und Haß.

19. November 1995: Die grüne Minderheitensprecherin Terezija Stoisits fordert die Wahrung der Rechte der Slowenen in der Steiermark, die durch die Bundesregierung anhaltend diskriminiert und ausgegrenzt würden.

19. November 1995: ORF-Pressestunde mit Haider. Als Hauptthema präsentiert er die überhöhten Bezüge der Nationalbankbediensteten. Aber auch hier hat der Mann, der uns nicht belügt, seine Probleme. Weder die Bezugsansätze, noch die genannten Funktionen stimmen. Sein Trick dazu: Er führt jeweils die Schulbildung oder Eintrittsdienststellung als Position in der Nationalbank an. Dadurch wird aus einem Abteilungsleiter, ein C-Beamter, aus einer Abteilungsleiterin, eine Sekretärin und aus einem weiteren Abteilungsleiter, ein Schriftsetzer. Nachdem Haider immer so von den Tüchtigen schwärmt: Offenbar ist eine Tüchtigkeit, die aus einem Schriftsetzer einen Abteilungsleiter macht, bei den F nicht so gefragt.

19. November 1995: In Spanien wird immer noch dem Faschismus gehuldigt. Zum 20. Todestag des am 20.11.75 verstorbenen Putschisten und Diktators Franco versammeln sich seine spanischen Gesinnungsfreunde und Faschisten aus ganz Europa in Madrid. Die Polizei sichert die rechtsextremistische Zusammenrottung mit großem Aufgebot gegen Protestkundgebungen.

19. November 1995: Die Stadt Nürnberg gedenkt des 50. Jahrestages des Beginns der Nürnberger Kriegsverbrecherprozesse. Im ORF wird in diesen Tagen in einer Journalsondersendung über die Aussagen der Hauptangeklagten berichtet. Schon damals agierte man wie heute gewohnt. Keiner hat was gewußt, keiner hat was getan, Außenminister Ribbentrop verstieg sich sogar zur Aussage, außer von Oranienburg und Dachau, nie etwas von einem KZ gehört zu haben. Als Schuldige blieben übrig: Hitler und Himmler, die aber leider schon tot waren.

19. November 1995: Wahlen in Polen. In einer Stichwahl siegt der Kandidat der Linken, Kwasniewski, über den regierenden erzkatholischen Walesa. Alle Gebete des extrem konservativen polnischen Klerus konnten daran nichts ändern.

20. November 1995: Fortsetzung des Briefbombenprozesses. Die skandalöse Arbeit der ermittelnden Polizeidienststellen zeigt sich wieder einmal: Erst das Gericht prüft das Alibi des Angeklagten Binder, ob er überhaupt die ihm zur Last gelegte Aufgabe der Briefbomben durchgeführt haben kann. Ergebnis: Zweifelhaft.

21. November 1995: Im Jugoslawienkonflikt wird ein Durchbruch für einen Frieden erreicht. Auch österreichische Soldaten sollen die Friedenstruppen unter NATO-Kommando verstärken. Schließlich kritisierte der außenpolitische Berater der EU-Kommission, ein gewisser Fraser Cameron, die neutralen EU-Staaten. Die Neutralität ist mit der EU-Mitgliedschaft nach seiner Meinung unvereinbar.

21. November 1995: Der ehemalige SS-Offizier Priebke wird auf Grund eines oberstgerichtlichen Urteils in Argentinien doch nach Italien überstellt. Er muß sich in Rom wegen der Erschießung von 335 Geiseln verantworten.

21. November 1995: Welser Schüler initiierten die Anbringung einer Gedenktafel an die aus Wels vertriebenen Juden. Bei der Einweihung ist auch Bürgermeister Bregartner, der berühmte ÖTB-Freund, anwesend. Alexander Pollak von den jüdischen Hochschülern kritisiert in seiner Ansprache Bregartner heftig: Er sei wohl eher aus Opportunismus als aus Einsicht anwesend und *„es ist doch pervers, daß Bregartner den ÖTB subventioniert, der laut Urteil des Wiener Landesgerichtes eindeutig nationalsozialistische Politik betreibt. Im selben Atemzug weiht er dann ein Mahnmal für NS-Opfer ein.“*

Die Freunde von Bregartner und vom ÖTB haben wieder ein Entrüstungsthema. Selbstverständlich wieder an vorderster Front dabei: Die OÖNACHRICHTEN. Diesmal haben sie aber Pech. Ihre Behauptung, Vertreter der Kultusgemeinde hätten sich für die Rede Pollaks entschuldigt, müssen sie in der Folge in

der Zeitung dementieren.

22. November 1995: Die 15 Jahre für Hans-Jörg Schimanek junior aus der Schwurgerichtsverhandlung wegen NS-Wiederbetätigung werden vom Obersten Gerichtshof auf acht Jahre herabgesetzt.

Früher hat es immer geheißsen, das Verbotsgesetz sei nicht exekutierbar, weil die Geschworenen keine so hohen Strafen verhängen wollten. Jetzt sind die im Gesetz vorgesehenen Strafen niedriger und im Falle Schimanek haben die Geschworenen eine höhere Strafe verhängt als Staatsanwalt und Richterin wollten.

Die nun erfolgte proportionale Anpassung an das Strafmaß des Nazi-Führers Küssel (elf Jahre) mag ja juristisch vertretbar sein. Völliger Holler ist aber ein Teil der Begründung dazu: Der Angeklagte habe Schuldeinsicht gezeigt. Beispiele zu dieser "Schuldeinsicht": „*Die Ratten verschanzen sich hinter dem Verbotsgesetz, weil sie ganz genau wissen, daß es bald vorbei ist mit ihrer Macht und Heuchelei.*“ - Österreich ist ein „*Dreckstaat*“ - die Abgeordneten sind „*Volksverräter*“ - ebenfalls angekündigt wird „*der Kampf bis zum letzten Atemzug*“. Alles während der Haft geäußert und anscheinend nach der Ansicht des Obersten Gerichtshofes typisch für die Läuterung.

22. November 1995: Die Einführung des Freigegegenstandes "slowenisch" und die Errichtung eines Kulturhauses in Radkersburg, fordert der Verein "Artikel VII" und kritisiert den Boykott von Landeshauptmann Krainer gegenüber den steirischen Slowenen. Diese sind dadurch auch nicht im Volksgruppenbeirat vertreten.

22. November 1995: Einen Absturz erlebt Frau Petrovic von den GRÜNEN in der TV-Konfrontation mit Haider. Schicki-Micki-Styling alleine macht es eben auch nicht.

Haider enttarnt wieder den linken Terror: Im Linzer Büro der GRÜNEN gebe es eine Gruppe, die sich mit Briefbomben befasse. Faktum: Eine Gruppe von 15 - 16jährigen Schülern ("JUNGE LINKE STIMME") hatte durch Bestellung eines Gruppenmitgliedes 20 Exemplare der deutschen Zeitschrift "Radikal" erhalten, Inhalt: "*Über das Erkennen und Öffnen von Briefbomben*".

Interessant dazu: Wo unsere Stapo überall herumschnüffelt und wie schnell ihre Schnüffeleien dem Herrn Haider zugeleitet werden.

Haiders Maßstab sei aus diesem Anlaß in Erinnerung gerufen: Die fünfzehnjährigen Bezieher einer Nummer der Zeitschrift "Radikal" sind gefährliche Linksterroristen, haben die GRÜNEN ihr Büro dazu ja auch noch in der Starhembergstraße, der Schimanek junior hingegeben, das ist ein „*dummer Neonazi-Bub*“.

22. November 1995: Diskussionsveranstaltung in Ried im Innkreis "*Kommt die Dritte Republik?*". Der F-Abgeordnete Pumberger ist zwar nicht in der Lage auszusagen, wie diese angedrohte Dritte Republik aussehen soll, die im Publikum anwesenden F-ler tragen jedoch dafür Sorge, daß die anderen Diskutanten (Worm, Pelinka, Peter) ihre Argumente nicht so richtig über die Bühne bringen. Mit lautstarkem Geplärr, Gejohle und Gepfeife führen sie die Freiheit vor, die sie meinen.

Zweite Novemberhälfte 1995: Das Fundamentalistenblatt "DER 13. - ZEITUNG FÜR KATHOLIKEN" schreibt, daß es zu bedauern sei, weil der Obmann der "Christen in der FPÖ", John Gudenus, der besondere Sympathien für konservative Christen gezeigt hat, aus dem Nationalrat ausscheiden mußte. Haider wird zugerechnet, daß er der erste praktizierende Katholik an der Spitze der FP sei, angekreidet wird ihm, daß er die "patriotischen Kräfte" durch die Entmachtung von Andreas Mölzer sabotiert habe. "DER 13." steht Bischof Krenn sehr nahe.

23. November 1995: NEWS berichten über Haiders Steuerkonstruktion. Das rund 165 Millionen Schilling schwere Bärenal arbeitet demnach mit Verlust, das ermöglicht dem österreichischen Schutzpatron, sich vor zu hoher Lohnsteuer auf seine Politikereinkünfte zu schützen.

In derselben Nummer wird ein Brief des deutschen Neonazis Brehl an Haider vorgelegt und die Antwort dazu. Brehl hatte geschrieben, daß in Deutschlands Zentralregister eine Strafe eingetragen werden soll, die gegen ihn in Italien verhängt worden war („*Grundlage des Urteils war die Forderung nach Rückkehr Südtirols zu Deutschland*“), womit offenbar „*die Forderung als solche kriminalisiert werden*“ soll. Haider dachte sich (auch offenbar) nichts dabei, daß die Forderung, Südtirol an Deutschland anzuschließen, sicherlich auch den Anschluß Österreichs an Deutschland voraussetzte und antwortete, daß er sich erlaube, sein Interesse am Fortgang des Verfahrens zu bekunden. Brehl hat in Österreich Einreiseverbot, wurde 1992 in der BRD zu einem Jahr Haft wegen Rädelsführerschaft in einer Neonazivereinigung verurteilt und gründete die "*Initiative Freiheit für Gottfried Küssel*".

23. November 1995: Während Schüssel es krampfhaft vermeidet, einer VP-F oder F-VP-Koalition eine Absage zu erteilen, sagt der schwarze NR-Präsident Neisser, er würde im VP-Parteivorstand gegen eine kleine Koalition auftreten.

24. November 1995: Haider präsentiert seine "Überraschkandidaten". U.a. den Papierindustriellen Prinzhorn (vormals VP), der als beinhardter Unternehmer gilt, den abgesetzten Chef der "Österreich Werbung", Lukas, den Sohn von Staatsoperndirektor Holender, Adrian H., der mit dem Debakel der ÖGB-eigenen Künstleragentur ÖIK bekannt wurde.

25. November 1995: Die SPÖ startet in Linz ihren Wahlkampf. Vranitzky stellt sich das Ziel, wieder stärkste Partei zu werden. Österreich brauche keine Wende, wie sie die Konservativen wollen, gänzlich unangebracht sei ein Blut- und Tränenbudget à la Ditz.

26. November 1995: TV-Pressestunde mit Schüssel. Der VP-Chef rechnet damit, daß seine Partei als mandatsstärkste den nächsten Bundeskanzler stellen wird und will die *"erste Einladung"* zur Koalitionsbildung an die SPÖ richten. Wenn sich die SPÖ verweigere und er andere Partner suchen müsse, habe dies die SPÖ zu verantworten.

27. November 1995: Die KRONENZEITUNG geht auf Distanz zu Haider. Dichand empfiehlt die Wahl von Wolfgang Schüssel. Offenbar ist der F-Führer für die Zeitung als lautstarke Opposition nützlicher denn als Regierungsmitglied.

27. November 1995: SOS-MITMENSCH wählt den Kabarettisten Josef Hader zum neuen Obmann.

27. November 1995: Briefbombenprozeß. Inventarliste Binder: Unkrautsalz, Quecksilberneigungsschalter, Transistoren, Kondensatoren, Dioden, Sprengstoffliteratur. Was man eben so braucht zum Basteln.

27. November 1995: Meinungsumfrage Wahlverhalten: 30% SPÖ - 29% ÖVP - 26% F - 8% Grüne - 6% LiF.

28. November 1995: Der **175. Geburtstag von Friedrich Engels** wäre heute zu feiern.

28. November 1995: Nach den Vorhaltungen über die Privilegien der Nationalbankangestellten durch Haider, tritt Vizepräsident Rüscher aus der F aus, er habe keinen Nerv mehr für die ständige Anschüttung.

28. November 1995: Überangebot an Wirtschaftsparteien. Grün-Petrovic spricht einmal mehr von der Wirtschaftskompetenz ihrer Partei und meint, das Zusammenarbeitsangebot der ÖVP (Schüssel in der TV-Diskussion mit Petrovic: *„Ich lade Sie herzlich ein, an diesem Reformprojekt teilzunehmen“*) sei reizvoll, als neue, ökologische Wirtschaftspartei mit einer alten Wirtschaftspartei zusammenzuarbeiten. Jetzt wird es langsam schwierig für die Wähler, die eine Nichtwirtschaftspartei wählen wollen.

29. November 1995: Adrian Holender verschwindet wieder aus der F-Kandidatenliste. Gegen ihn läuft ein Ermittlungsverfahren wegen Betrugsverdacht.

29. November 1995: Die AK zeigt auf, wodurch das Staatsdefizit besonders gefördert wird: Die Unternehmen zahlen immer weniger Gewinnsteuern. Von den 207 wichtigsten Unternehmen werden weniger als 16% Ertragssteuern abgeführt, vor fünf Jahren waren es noch fast 20%.

29. November 1995: Ein Jahr bedingter Haft wegen NS-Wiederbetätigung für den Kärntner Holzindustriellen Neuwirth. Er legt Berufung und Nichtigkeitsbeschwerde ein.

30. November 1995: Ex-VP-Chef Busek in einem STANDARD-Interview: *„Haider will nicht in die Regierung, sondern die Regierung“*.

30. November 1995: In den NEWS erscheint ein zweiseitiges Inserat des Europasparchers der Grünen, Johannes Voggenhuber:

„Jeder, der Haider wählt, muß wissen, daß er dem Neofaschismus in Österreich die Türe öffnet, Haider ist ein Neofaschist“

Voggenhuber bedauert, daß ihn Haider wegen dieser Aussage (sie stammt schon vom 5.11.) noch nicht geklagt hat.

29.-30. November 1995: Personalvertretungswahlen der Beamten. Im großen und ganzen bleibt alles beim alten. Die ÖVP-Gewerkschafter behalten die absolute Mehrheit, die Sofra bleibt deutlich zweitstärkste Fraktion, die AUF (freiheitlich) bei ungefähr 8% und hat dabei höchst unterschiedliche Einzelergebnisse. Den Fraktionsstatus erreichen mit etwas über 6% die UNABHÄNGIGEN GEWERKSCHAFTERINNEN.

30. November 1995: Der ehemalige Schweizer Polizeihauptmann Paul Grüninger wird 23 Jahre nach seinem Tode vom Bezirksgericht St. Gallen freigesprochen. Er war 1940 verurteilt worden, weil er unerlaubt zwischen 1.000 und 3.000 jüdische Flüchtlinge aus Österreich vor den Nazis gerettet hatte.

November 1995: Die Ermittlungsbehörden kommen zur Vermutung, daß die Ideenwelt des Taras Borodajkewycz im Zusammenhang mit der Ideologie der Briefbombenterroristen stehen dürfte. Die antisemitischen und nazistischen Äußerungen von Borodajkewycz bei Vorlesungen an der Hochschule für Welt-

handel führten in den Sechzigerjahren zu politischen Auseinandersetzungen. Bei einer Demonstration am 31.3.65 erschlug der Neonazi Kümel den Antifaschisten Ernst Kirchweger. Eine weitere Spur zur "Bajuwarischen Befreiungsarmee" wurde in der rechtsextremen deutschen Zeitschrift "Vorderste Front" gefunden. Im Herbst 1992 erschien dort ein anonymes Artikel, der die von den österreichischen Bombenversendern praktizierte Vorgangsweise anriet.

Ende November 1995: Der steirische FPÖ-Politiker Ludwig Rader ist endgültig im Out. Obwohl er in den parteiinternen Vorwahlen wählbar gereiht worden war, entfernte ihn sein Parteivorstand von der Kandidatenliste. Der als verhältnismäßig liberal geltende Rader hatte sogar einen Parteiausschluß durch Haider überstanden.

2.Dezember 1995: Im STANDARD erscheint eine Diskussionsseite auf der sich drei führende Studentenfunktionäre (VSStÖ, LiStF, GRAS) über die Wahl unterhalten. Für einen alten Achtundsechziger ist es einfach entsetzlich, das erbärmlich niedrige politische Niveau dieser Ausführungen zu verfolgen, das aber bestens zur Qualität der TV-Diskussionen paßt. Beispiel: Die Vertreterin der Grünen: *„Aber was Sachdiskussion betrifft, ist die SPÖ sehr schlecht, es geht in Richtung Klassenkampf. Was von den Schwarzen kommt ist unauffällig. Die großen liberalen Plakate sind ästhetisch ansprechend....“* So jemand ist Vorsitzende eines Unihauptausschusses!

3.Dezember 1995: Simon Wiesenthal äußert in einem SPIEGEL-Interview, eine Regierungsbeteiligung von Haider wäre eine Katastrophe. Haider's Programm gebe wieder, was Leute am Stammtisch miteinander besprechen, die FPÖ sei eine Führerpartei, Haider selbst ein Diktator mit einer demokratischen Hülle.

Anfang Dezember 1995: Kärntner Menschenrechtspreis für den Fremdenpolizisten Karl Hainz, weil er *„mit seiner humanen Haltung den Standpunkt der Menschenrechte über den Buchstaben des Gesetzes gestellt“* habe. Er wurde dafür wegen Amtsmissbrauch verurteilt, z.Z. liegt die Berufung beim Obersten Gerichtshof.

5.Dezember 1995: Eine Plattform von 170 Universitätsprofessoren warnt vor einer politischen Entwicklung, die die Grundwerte einer pluralistischen und solidarischen Gesellschaft gefährden, die Gleichschaltung von Medien und Kunst sowie die Instrumentalisierung der Wissenschaft bewirken könnte. Die Professoren rufen auf, keine Partei zu wählen, die die "Dritte Republik" propagiere oder die Zusammenarbeit mit einer solchen Partei nicht ausschließe.

6.Dezember 1995: Simon Wiesenthal wird die Ehrenbürgerurkunde der Stadt Wien überreicht. Die freitlichen Gemeinderäte bleiben der Veranstaltung geschlossen fern.

6.Dezember 1995: In Oberösterreich, Salzburg und Tirol präsentieren sich überparteiliche Initiativen "SOS Demokratie - Angst vor der Kälte", die sich für ein offenes Klima in einer offenen Gesellschaft einsetzen und vor allem einer "Dritten Republik" eine Absage erteilen wollen.

7.Dezember 1995: Ein bißchen Hintergrundinformation zu den Staatseinnahmen liefert der SPÖ-Nationalrat Nowotny. Fünfzehn Milliarden sei heuer der Steuerausfall durch die letzte Steuerreform, zwölf Milliarden sind durch die Umstellung der Einfuhrumsatzsteuer aus dem EU-Bereich ausgefallen, die zudem nicht an die Konsumenten weitergegeben, sondern von den Importeuren lukriert worden seien.

8-10.Dezember 1995: In Wien findet unter der Devise "Die Geschichte ist noch nicht zu Ende" ein "Linker Dialog" statt.

9.Dezember 1995: In Alkoven wird ein Anhänger mit F-Plakaten in Brand gesteckt.

Erste Dezemberhälfte 1995: Ein rechtsextremistischer amerikanischer Zahnarzt bezahlt die Verteidigung des Rabin-Attentäters.

9.Dezember 1995: Dem russische Rechtsextremisten Schirinowskij wird der Ausschluß von den Parlamentswahlen angedroht, weil er im Fernsehen sagte, er würde Tschetschenien mit Napalm bombardieren.

11.Dezember 1995: Fünfte Briefbombenserie. In Graz-Gösting explodieren in einem Briefkasten zwei Briefbomben. Vermutlich ist die eingebaute Entschärfungssicherung die Ursache. Zwei weitere Bomben können sichergestellt werden. Eine der beiden explodierten Bomben war an das Wiener UN-Flüchtlingskommissariat gerichtet, die beiden sichergestellten Bombenbriefe gingen an Angela Resetarits (Mutter von Willi, Lukas und Peter R.) und an eine aus Indien stammende Wiener Familie. Als Absender ist im Falle Resetarits deren Neffe, Direktor einer zweisprachigen Schule, angegeben, im Falle der indischen Familie der Doppelname Neuwirth-Nachtmann. Auch diese Anschlagserie befaßt sich wieder mit historischen Anspielungen auf Abwehrkämpfe vor 1.000 Jahren.

Erste Dezemberhälfte 1995: Nach innenpolitischen Debatten bestätigt der deutsche Bundestag die Entsendung von deutschen Truppen nach Bosnien. 4.000 deutsche Soldaten werden im Rahmen des NATO-Kontingentes dort stationiert. Im Bundestag stimmten 55 SPDler, alle 29 PDSler, 22 Grüne und einer von der CDU dagegen.

Es ist anzuzweifeln, ob es angebracht ist, nach den Greueln am Balkan im Zweiten Weltkrieg, jetzt wieder Deutsche und Österreicher im Rahmen von militärischen Einheiten dort zu stationieren.

11.Dezember 1995: Bundespräsident Klestil und sein tschechischer Kollege wollen eine Konferenz über den Kampf gegen den Nationalismus ins Leben rufen.

11.Dezember 1995: Gegen die Duldung einer Minderheitsregierung spricht sich der F-Vizeklubobmann Stadler aus.

12.Dezember 1995: Nach dem üblichen Hinundher spricht sich Haider nunmehr nicht mehr gegen eine Kooperation mit der ÖVP aus. Schüssel hält sich ja die ganze Zeit seine Zusammenarbeitsoption mit den Freiheitlichen offen.

13.Dezember 1995: Eine an Bundeskanzler Kohl gerichtete Briefbombe stand in keinem Zusammenhang mit der österreichischen Briefbombenserie, erklärt ein Sprecher der deutschen Bundesanwaltschaft.

13.Dezember 1995: Die europäische Kommission fordert in Brüssel, das Jahr 1997 zum "Europäischen Jahr gegen den Rassismus" zu erklären.

13.Dezember 1995: DÖW-Leiter Neugebauer richtet ein Schreiben an die Welser SPÖ-Gemeinderäte und fordert sie auf, die weitere Subventionierung des ÖTB zu verhindern.

14.Dezember 1995: Der Welser Gemeinderat beschließt gegen die Stimmen der GRÜNEN eine Subvention von 520.000 Schilling an den ÖTB. Die SP-Gemeinderäte handeln damit bewußt gegen den Beschluß des SPÖ-Bundesparteitages.

14.Dezember 1995: Der Oberste Gerichtshof bestätigt die Urteile gegen Andreas Thierry und Heinz Schatzmayr wegen NS-Wiederbetätigung.

14.Dezember 1995: NEWS veröffentlicht eine Zusammenfassung der letzten Meinungsumfragen. Danach können die Parteien mit folgenden Stimmenanteilen rechnen:

SPÖ	33 - 35%
ÖVP	27 - 29%
FPÖ	23 - 25%
Grüne	5 - 7%
LiF	6 - 8%

14.Dezember 1995: Der ARD strahlt ein Amateurvideo aus, welches am Vorabend des berühmten Ulrichsberg-Treffens gedreht wurde. Es zeigt Haider bei einer Rede vor SSlern aus verschiedenen Ländern, darunter waren auch wegen Kriegsverbrechen verurteilte. Originalton: „...*ich freue mich, daß es in dieser Welt einfach noch anständige Menschen gibt, die einen Charakter haben, die auch bei größtem Gegenwind zu ihrer Überzeugung stehen und ihrer Überzeugung bis heute treu geblieben sind.*“ Und schließlich: „*Ein Volk, das seine Vorfahren nicht in Ehren hält, ist sowieso zum Untergang verurteilt.*“ Man werde noch beweisen, daß „*wir nicht umzubringen sind und daß sich Anständigkeit in unserer Welt allemal durchsetzt, auch wenn wir momentan vielleicht nicht mehrheitsfähig sind. Aber wir sind geistig den anderen überlegen.*“ Dem Anschein nach waren also **alle** Versammelten derselben Überzeugung (welcher wohl?). Der österreichische Verteidigungsminister Fasslabend ehrte die Anständigen und Überzeugungstreuen dann am nächsten Tag.

14.Dezember 1995: Der Sprengstoffsachverständige Wieser gibt kund: Dem Briefbombensprengstoff war eine seltene Substanz beigefügt, die es in Österreich nur bei einer Tiroler Firma gäbe. Die Polizei ist über diese öffentliche Verlautbarung nicht sehr glücklich. Auch nicht über die Kundmachung in der KRONENZEITUNG über einen verdächtigen Mödlinger.

15.Dezember 1995: In Salzburg lehnen die Freiheitlichen Geldmittel für den Einsatz des Filmes von Andreas Gruber "*Vor lauter Feigheit gibt es kein Erbarmen*" über die "Mühlviertler Hasenjagd" im Zeitgeschichteunterricht ab.

Mitte Dezember 1995: In Schweden wird das Verbot von nazistischen Organisationen debattiert. Zur Zeit gibt es zwar ein Verbot der "Hetze gegen Volksgruppen", aber aus Gründen der Meinungs- und

Pressefreiheit kein Verbot für nazistische und rassistische Organisationen.

Mitte Dezember 1995: Ein Kommissionsbericht über die Vertreibung der Sudetendeutschen aus Brno (Brünn) im Mai und Juni 1945 stellt fest, daß der "Brünner Todesmarsch" auf Betreiben von Belegschaftsmitgliedern der Zbrojovka-Fabrik inszeniert worden sei. Diese Fabrik hatte bis zuletzt für das NS-Regime Waffen produziert. Die Gewaltmaßnahmen gegen die Sudetendeutschen dürften daher auch auf das schlechte Gewissen von tschechischen Nazikollaborateuren zurückzuführen sein.

17.Dezember 1995: Nationalratswahlen 1995. Die Meinungsumfragen lagen, wie praktisch bei jeder Wahl der letzten Jahre, ziemlich daneben:

SPÖ	38,3%	+3,4%	72 Sitze	+7
ÖVP	28,3%	+0,6%	53 Sitze	+1
FPÖ	22,1%	-0,4%	41 Sitze	- 1
Grüne	4,6%	-2,7%	8 Sitze	- 5
LiF	5,3%	-0,7%	9 Sitze	- 2

Die Absicht Schüssels, die ÖVP zur stärksten Partei zu machen, mißlang völlig, der Abstand zur SP vergrößerte sich sogar erheblich. Die ÖVP hat, wie alle Experten versicherten, den professionellsten Wahlkampf geführt. Wenn der Stimmenzuwachs trotzdem minimal war, dann lag es daran, daß die Klientel, die sich in ihren Interessen von der ÖVP vertreten fühlt, eben nicht größer ist. In den letzten Jahrzehnten haben schließlich die Bauern und die kleinen Selbständigen ganz erheblich abgenommen. Daß die Reichen immer reicher geworden sind, läßt sich nicht so direkt in ÖVP-Stimmen umsetzen. Schließlich wurden die Reichen nicht nur reicher, sondern auch weniger.

Haider lag mit seiner Nationalbankprivilegienpropaganda offenbar neben den Interessen der Bevölkerung, er konnte sich aber auf sehr hohem Niveau stabilisieren. Österreich bleibt das Land mit der stärksten Right-Wing-Party.

Zu den GRÜNEN wurden in dieser Chronik bereits einige Bemerkungen gemacht (siehe 31.Oktober, 22. und 28.November), die jeweils schon VOR dem 17.12. zu Papier (bzw. zu Computer) gebracht wurden. Die Stimmenverluste sind schlimm, waren aber keineswegs notwendig. Wenn man keinen amerikanischen Wahlkampf mit einer letztlich dafür unpassenden Spitzenkandidatin geführt hätte, wären z.B. die massiven Verluste an die Liberalen wahrscheinlich niedriger ausgefallen.

Einen fürchterlichen Einfahrer erwirtschaftet Krainer für die ÖVP bei den gleichzeitig stattfindenden Landtagswahlen in der Steiermark. Acht Prozent und fünf Mandate weniger führen zum Rücktritt des LH. Die SPÖ gewinnt gut 1% und bleibt bei 21 Sitzen, sie ist nur noch um rund 1.700 Stimmen hinter der ÖVP, die FPÖ gewinnt knapp 2% und 1 Mandat dazu, Liberale und Grüne ziehen mit je 2 Mandaten in den Landtag ein.

Wählerstromanalysen zur NRW: Die SPÖ gewinnt die Hälfte des Zuwachses von den Nichtwählern, die andere Hälfte etwa gleichmäßig von FPÖ, Grünen und Liberalen, die ÖVP gewinnt hauptsächlich von den Liberalen und den Nichtwählern und verliert an die FPÖ und die Nichtwähler, die Freiheitlichen gewinnen von den Nichtwählern und verlieren an die SPÖ und an die Nichtwähler, die Liberalen gewinnen von den Grünen und verlieren an ÖVP und SPÖ, die Grünen gewinnen von den Nichtwählern und verlieren an die Liberalen, die ÖVP und die SPÖ.

Wenig Einsicht zeigt Schüssel in der TV-Diskussion nach dem Vorliegen des Wahlergebnisses. Die SPÖ möge ihre Vorschläge bringen. Die Option Haider wird weiterhin nicht fallengelassen. Fast hat man den Eindruck, Schüssel hält sich für den Wahlsieger.

Eine Anmerkung zur KRONENZEITUNG ist ebenfalls angebracht. Das Engagement Dichands, zuerst für Haider und dann für Schüssel, sowie die ständige Agitation gegen die SPÖ, hat ihm nicht den erwünschten Erfolg gebracht.

17.Dezember 1995: Parlamentswahlen auch in Rußland. Stärkste Partei werden mit 22% die Kommunisten, die rechtsextreme Schirinowski-Partei wird mit 11% zweitstärkste, von den 42 angetretenen Parteien überschreiten bloß vier die 5%-Hürde.

18.Dezember 1995: In Wels werden zwei Jugendliche, die im Februar 1994 auf der Straße Lieder gesungen hatte, in denen zum Judenmord aufgefordert wurde, wegen NS-Wiederbetätigung zu vier Monaten bedingter Haft verurteilt.

19.Dezember 1995: Haider: „Wenn es in einer Demokratie möglich ist, daß so viel bewußte Unwahrheit zum Erfolg führt, muß man sich fragen: Wie sinnvoll ist das Ganze eigentlich?“ Da hat er uns die ganze Zeit nicht belogen und die anderen waren mit ihren Lügen erfolgreich. Ist das nicht schrecklich?

19.Dezember 1995: Der Spitzenkandidat der SP-Steiermark, Schachner-Blazizek beansprucht den

Landeshauptmann für die SPÖ, erklärt aber gleichzeitig, für eine LH-Wahl auf die Stimmen der Freiheitlichen zu verzichten. Auf Vorschlag von Krainer wird es in der Steiermark mit Waltraud Klasnic die erste Landeshauptfrau geben.

19.Dezember 1995: Der Prozeß gegen den Rabin-Attentäter in Tel Aviv wird nach kurzer Dauer vertagt. Ein inzwischen aufgetauchtes Amateurvideo zeigt, daß der Mörder Rabin von der Polizei völlig ungehindert niederschließen konnte.

19.Dezember 1995: Der ORF zeigt in der ZIB2 den ARD-Bericht vom 14.12. über Haiders Krumpendorfer Auftritt vor den SS-Veteranen. Das Argument, den Bericht erst nach einer entsprechenden Überprüfung (und dadurch nach den Wahlen) zeigen zu können, ist eine billige Ausrede. Es kann aber vermutet werden, man habe ihn nicht gezeigt, um nicht dadurch zu einer entsprechenden Mobilisierung des einschlägigen Wählerpotentials für Haider beizutragen.

Die Verteidigung Haiders für sein Bekenntnis zu den überzeugungstreuen Waffen-SSlern ist wie zu erwarten: Er verkündet einen Kollektivfreispruch für alle Nazis, erklärt (entgegen einem ausdrücklichen Hitler-Erlass!) die Waffen-SS zu einem Teil der Wehrmacht und alle alten Kameraden zu anständigen Heimattreuen.

Seinen Ausführungen nach scheint es fast so gewesen zu sein, daß die Kriegsgenerationen allesamt geschlossen bei der SS gewesen sind und dort Wohltaten für Österreich verrichtet haben, für die man nun ergebend danken müsse.

Dezember 1995: Die "AKTION GEGEN DEN ANTISEMITISMUS" zeichnet Erika Weinzierl mit der Josef-Samuel-Bloch-Medaille aus. Bloch war in der Monarchie Reichstagsabgeordneter und engagierte sich gegen den Antisemitismus.

20.Dezember 1995: Die Staatsanwaltschaft Klagenfurt ermittelt gegen Haider wegen seiner Äußerungen bei der Waffen-SS-Versammlung. Das DÖW erstattet Anzeige gegen die Bundesleitung der "Kameradschaft IV" (diese hatte sich vor kurzem selbst aufgelöst) wegen des Verdachtes des Verstoßes gegen das Verbots- und das Abzeichengesetz. SP-Klubchef Kostelka fordert den Rücktritt von Haider, ein Nazi-Wiederbetätigter habe im Parlament nichts verloren. Volker Kier von den Liberalen sagt: „*Wenn Haider bei seinem Abgeordneten Gudenus gewußt hat, was recht ist, sollte er jetzt bei sich wissen, was billig ist.*“ Gudenus hätte, verglichen mit Haider, wegen einer Lappalie zurücktreten müssen.

21.Dezember 1995: Die Kärntner SPÖ beabsichtigt bei den Gemeinderatswahlen 1997, Vertreter der slowenischen Volksgruppe an wählbarer Stelle auf ihren Kandidatenliste zu plazieren.

21.Dezember 1995: Aus allen Parteien gibt es Rücktrittsaufforderungen an Haider. Die Nationalratspräsidenten Fischer (SPÖ) und Neisser (ÖVP) fordern in einer gemeinsamen Erklärung von Haider eine Entschuldigung bei den Opfern der Waffen-SS. Nur Schüssel schweigt. Außer den Vorarlbergern stehen alle Fler unbedingt hinter ihrem Anführer. Dazu stellt sich auch die Frage, ob die F weiter den 3. Nationalratspräsidenten stellen sollen.

21.Dezember 1995: Urteile im Wiener Briefbombenprozeß. In den Anklagepunkten betreffend die Briefbomben werden beide Angeklagte freigesprochen. Für NS-Wiederbetätigung gibt es fünf Jahre Haft für Peter Binder und drei Jahre für Franz Radl. Beide kündigen Rechtsmittel gegen das Urteil an. Radl wird wegen der zweijährigen Untersuchungshaft sofort nach dem Urteil auf freien Fuß gesetzt. Der ganze Prozeß litt von Beginn an der mangelhaften Ermittlungsarbeit der Behörden.

21.Dezember 1995: Laut NEWS gehörten zu den *Anständigen* und *Überzeugungstreuen*, die am ersten Oktober-Wochenende bei der Ulrichsbergfeier und in deren Umfeld anwesend waren, u.a.: Peter Timm, Mitglied der berüchtigten SS-Brigade "Dirlewanger", der in seinem Heimatland wegen Kriegsverbrechen gesuchte Däne Sören Kam, der belgische SSler Moreau, Otto Kumm, der letzte Kommandant von Hitlers Leibstandarte und die Tochter von SS-Führer Heinrich Himmler.

21 Dezember 1995: In einem Interview mit den OÖN sagt die ehemalige Obfrau der GRÜNEN Freda Meissner-Blau, sie habe bei den Wahlen nicht grün gewählt, Petrovic sei "overstyled und overcoached", eine stocksteife Kunstfigur gewesen.

22.Dezember 1995: Unter der Überschrift "**Ein ganz gewöhnlicher Nazibua**" schreibt P.M. Lingens im STANDARD u.a.: „*Haider verstellt sich nur. Sobald er ganz er selbst ist, kommt das heraus, was er in Krumpendorf gesagt hat. Dann muß er die Hand am Rednerpult festhalten, damit sie nicht hochschnellt. Solche Leute kann man nicht ins demokratische System "integrieren", sondern muß sie "ausgrenzen".* (...) *Wenn Wolfgang Schüssel gegenüber dem F-Obmann weiter "offen" bleibt, ist das daher nicht mehr das begreifliche Wahren einer "Option", sondern seit Krumpendorf eine schwere Gefährdung der politischen Hygiene.*“

22.Dezember 1995: Bundespräsident Klestil fordert Haider auf, „*rasch und in einer dem Thema ange-*

messenen Sensibilität auf die verständliche Kritik an seinen jüngsten Aussagen über die Rolle der Waffen-SS im NS-Regime zu reagieren.“ Zum erstenmal wird damit ein Parteichef vom Bundespräsidenten wegen seiner politischen Äußerungen zurechtgewiesen.

22.Dezember 1995: Die israelitische Kultusgemeinde fordert den VP-Parteivortand auf, ein schwarz-blaues Bündnis auszuschließen. Kein demokratischer Mensch könne mit Haider, der sich mit national-sozialistischen Kriegsverbrechern verbrüderet, eine Koalition eingehen.

22.Dezember 1995: Der Rechtsextremismusexperte im Innenministeriums, Dr. Peter Heindl, wird von Innenminister Einem zum neuen Chef der STAPO bestellt. Die Teilnehmer des MA-Seminars 1994 werden sich an Dr. Heindl noch erinnern, er referierte dort über *"Die Praxis der Verfolgung rechtsextremer Straftaten"*.

22.Dezember 1995: Eine Studie der Universität Graz stellt fest, daß der harte Kern der Neonazis in Österreich deutlich unter 10% läge. Nur ein Drittel der Bevölkerung lehne aber auch relativierende Aussagen zum Nationalsozialismus ab.

24.Dezember 1995: Parlamentswahlen in der Türkei. Mit ca. 21% stellen die islamischen Fundamentalisten die stärkste Partei.

26.Dezember 1995: Die Wahlkartenwähler verändern das Endresultat der NRW überraschend stark:

Partei	Prozen-	+/-	Sitze	+/-
SPÖ	38,1	+3,2	71	+6
ÖVP	28,3	+0,6	53	+1
FPÖ	21,9	- 0,6	40	- 2
LiF	5,5	- 0,5	10	- 1
Grüne	4,8	- 2,5	9	- 4

26.Dezember 1995: Heide Schmidt lehnt einen Freiheitlichen als 3. Nationalratspräsidenten ab. In der Folge kommt sie selber als mögliche Kandidatin ins Gespräch.

27.Dezember 1995: Die Freisprüche von Binder und Radl bezüglich der Briefbombenserie sind rechtskräftig, die Staatsanwaltschaft hat auf Berufungen verzichtet.

27.Dezember 1995: Die Rekonstruktion der am 11.12. im Briefkasten explodierten Briefbomben kommt zum Ergebnis, daß die vierte Bombe an ein ungarisches Partnervermittlungsbüro gerichtet war. Die Absenderangabe spielte auch hier auf Abwehrkämpfe vor 1000 Jahren an.

27.Dezember 1995: Den Freiheitlichen droht ein Verlust von 30 Millionen Schilling an Wahlkampf-kostenersatz. Der diesbezügliche Antrag ist zu spät eingereicht worden.

27.Dezember: Die Flüchtlingshelferin Maria Loley, eines der Opfer der Briefbombenserie vom Oktober, wird von den ARD-Tagesthemen zur *"Frau des Jahres"* gewählt.

29.Dezember 1995: Pessimistisch schaut Chefinspektor Sturm bezüglich des Briefbombenterrors in Österreich ins Neue Jahr. *„Solange wir keinen Täter haben, kann von Entwarnung keine Rede sein“*.

29.Dezember 1995: Der neue Wiener Polizeipräsident Stiedl ist seit einem halben Jahr im Amt. Zu den "braunen Spritzern" bei der Polizei meint er, er könne nicht in die Köpfe aller Mitarbeiter schauen und für rechtsextremes Gedankengut anfällige Menschen gäbe es in jeder Firma. Man könnte allerdings meinen, die Polizei sei nicht "jede Firma"

Ende Dezember 1995: Meinungsumfrage über die Erwartungen für 1996. Zweidrittel der Bevölkerung wünschen sich eine starke, handlungsfähige Regierung (nona, eine unfähige werden sich die Leut' wünschen), für 24% ist Vranitzky der Kanzler-Wunsch Kandidat, 10% hätten gerne einen Kanzler Haider, 8% auch die dazupassende "Dritte Republik" und (jetzt kommt's!) ganze 7% einen Kanzler Schüssel. Weitere Wünsche für das Neue Jahr: Sicherung der Pensionen (57%), harter Schilling (56%), niedrige Arbeitslosigkeit (53%), niedrige Kriminalität (50%), Preissenkungen (36%), Bewahrung der Neutralität (36%), mehr Umweltschutz (35%), Einwanderungsstopp (33%), mehr Toleranz in der Gesellschaft (30%), Beamtenabbau (27%), strikte Einsparungen (26%).

1996

2.Jänner 1996: Die Gedenkstätte und das Museum im ehemaligen KZ-Lager Mauthausen wiesen 1995 **243.473** Besucher auf. Die Zahl der Schüler erreichte fast 88.000, seit der Öffnung der Ostgrenzen besuchen besonders viele Schülergruppen aus dem Gebiet der ehemaligen CSSR die Gedenkstätte.

5.Jänner 1996: Die FPÖ wird künftig im Parlament angemessen plaziert. Ihre Abgeordneten sitzen ganz rechtsaußen.

5.Jänner 1996: Die ÖVP will für die Position des 3. NR-Präsidenten von der FPÖ statt Haupt einen anderen Kandidaten.

6.Jänner 1996: Gipfelgespräch der freiheitlichen Landesobmänner in Linz. Einstimmig bekennen sich die Funktionäre zu Haider und seinem Krumpendorf-Auftritt. „*In Sorge um die Demokratie in Österreich*“, verwarfen sich die FPÖler dagegen, „*die freiheitliche Partei und ihre Vertreter durch Diffamierungen, Manipulationen und gezielte Mißinterpretationen aus dem demokratischen Grundkonsens auszugrenzen*“. Es stehe außer Streit, daß die FPÖ jegliche Verharmlosung der Ereignisse während des nationalsozialistischen Regimes klar verurteile und jedes totalitäre und undemokratische Gedankengut strikt ablehnte. Man lehne gegenüber der älteren Generationen kollektive Schuld ebenso ab wie kollektive Unschuld. Da auch Haider nichts anderes gemacht habe, weise man alle Versuche mit Nachdruck zurück, „*die Aussagen des freiheitlichen Bundesobmannes ins Gegenteil zu verkehren*“. Er habe nur die in Schutz genommen, die keine Schuld auf sich geladen haben.

Ganz interessant dazu: Die dänische Regierung kam durch das Krumpendorf-Video wieder auf die Spur eines wegen Mordes gesuchten dänischen SS-Freiwilligen und verlangt von der BRD jetzt dessen Auslieferung.

Ebenfalls bemerkenswert die Aussage des Vorarlberger FPÖ-Obmanns Gorbach, dieser distanziert sich „*von jeder undifferenzierten und pauschalen Verherrlichung und Entschuldigung der SS*“ - Er ist also offen für eine differenzierte und unpauschalierte Verherrlichung und Entschuldigung der SS.

9.Jänner 1996: Im Namen eines aus 45 Personen bestehenden Komitees erstattet Georg Zanger Anzeige gegen Haider wegen des Verdachtes der NS-Wiederbetätigung nach dem Verwaltungstrafgesetz. Da Haider der nach dem Verbotsgesetz notwendige Vorsatz schwer nachgewiesen werden könne, erscheint das Verwaltungsstrafrecht¹⁴ geeigneter. Dagegen schützt weder die Abgeordnetenimmunität, noch ist ein Vorsatz nötig. U.a. sind in diesem Personenkomitee: Dr. Wolfgang Neugebauer vom DÖW, Erika Pluhar, Milo Dor, Walter Fremuth, Karl Heinz Böhm, Johannes Mario Simmel, Robert Jungbluth, Andreas Vitasek, Josef Haslinger und Anton Pelinka.

9.Jänner 1996: Haider droht indirekt, wenn die ÖVP seinen Kandidaten Haupt nicht zum 3. NR-Präsidenten wähle, werde man die VP-Kandidatin für die Position der steiermärkischen Landeshauptfrau nicht unterstützen.

9.Jänner 1996: Gegen das Ergebnis der NRW bringt die FPÖ einen Einspruch ein und verlangt eine Neuauszählung, da man das 41. Mandat nur um wenige Stimmen verloren habe. Ein 41. Mandat würde der FPÖ eine wesentlich bessere Einstufung bei der Parteienfinanzierung bringen. Durch die verspätete Einbringung des Antrages auf Wahlkampfkostenvergütung ist man z.Z. finanziell in der Enge.

10.Jänner 1996: Ein "Bollwerk Ost" aus 4.400 Grenzwächtern soll in Österreich ab 1998 die Ostgrenzen der EU bewachen.

10.Jänner 1996: Der Chefideologe der ÖVP, Andreas Khol, findet die Erklärung der FPÖ zur Haiderrede in Krumpendorf als ausreichend. Er will zwar Haupt nicht mehr als 3. NR-Präsidenten, aber ein anderer Kandidat scheint akzeptabel. Vranitzky meint dazu „*gegen Khol ist ein Wendehals ein Feuerhydrant*“.

11.Jänner 1996: In den NEWS findet sich eine Zusammenstellung, die zeigt, daß die Haiderische Krumpendorfrede festgefügt in einer einschlägigen Tradition steht:

¹⁴ Einführungsgesetz zu den Verwaltungsverfahrensgesetzen, Artikel IX, Absatz 1, Ziffer 7:

"(wer) nationalsozialistisches Gedankengut im Sinne des Verbotsgesetzes (..) verbreitet, begeht (..), wenn sie (die Tat) nicht gerichtlich strafbar ist, eine Verwaltungsübertretung und ist von der Bezirksverwaltungsbehörde zu bestrafen." (Bundesgesetzblatt 248 vom 7.5. 1986).

1980 unterschrieb Haider gemeinsam mit zahlreichen Waffen-SSlern und Rechtsextremen einen Aufruf der rechtsextremen *Deutschen Volksunion* (DVU) in der eine Generalamnestie für „jedwedem behauptete oder tatsächliche Unrecht im Zusammenhang mit dem Zweiten Weltkrieg“ gefordert wurde. 1990 sagte er als Redner bei der Ulrichsbergfeier, die dort Versammelten hätten die „Grundlagen für Frieden und Freiheit in Europa“ gelegt. Das Kärntner FP-Blatt sah sogar in der Waffen-SS das „vereinigte Europa schon verwirklicht“. Krumpendorf war daher kein mißinterpretierter Ausrutscher, das war die Generallinie.

Die FPÖ erfindet zur Verteidigung ihres Verhältnisses zur SS einige SSler in anderen Parteien, die gar keine gewesen sind, und listet in Inseraten die Teilnehmer an den Ulrichsbergtreffen aus den anderen Parteien auf.

12. Jänner 1996: Die VP-Kandidatin für die Position der steirischen Landeshauptfrau, Waltraud Klasnic, bewältigt ihre Lage ganz auf österreichisch. Zu Haiders Krumpendorf-Auftritt fallen ihr in einem STANDARD-Interview folgende staatsfräuische Weisheiten ein: „*Ich habe den Auftritt weder miterlebt noch gesehen.* (Jö, hat es den Auftritt dann überhaupt gegeben?) *Jörg Haider hat aber klar dargestellt, was er in Krumpendorf gemeint hat, und das gilt.* (Ja, wenn es der FP-Führer selber sagt, dann muß es ja gelten, warum sagt er bloß immer was anderes als er meint) *Ich wünsche mir, daß diese Diskussion jetzt endlich aufhört (...)* *Ich glaube, daß es niemanden von uns guttun kann, vor allem den jungen Leuten nicht* (Schützt die österreichische Jugend vor antifaschistischen Debatten), *wenn sie dauernd nur diese Diskussionen hören, immer diese Debatten über die Zeit vor 50 Jahren - das halt' ich fast nicht mehr aus. Ich möchte mich einfach nicht dauernd damit beschäftigen, was vor 50 Jahren war oder was andere Leute dazu sagen. Wir müssen uns um die Probleme von jetzt kümmern (...)* *Ich will Landeshauptmann werden und nicht Geschichtslehrer* (Hoch leben die bewährten drei Methoden: Nichts sehen, nichts hören, nichts reden)“

14. Jänner 1996: Neujahrstreffen der FPÖ in Linz. Vor 3.000 Funktionären erklärt Haider die Kritiker seiner Krumpendorf-Rede zu "*Schmeißfliegen der Diffamierung*", die Rede selbst für "*unbedenklich*" und fürchtet, daß "*das Seelenleben des Volkes zerstört*" werde, indem die eigene Geschichte, die eigenen Familien diskreditiert würden. Er habe sich in dieser Frage zwischen Klugheit und Anständigkeit für die Anständigkeit entschieden. Er selber fühlt sich wie ein "*Dissident im Ostblock*".

Die FPÖ ist eine "*grundsatztreue, verschworene Gemeinschaft*", man werde sich nicht vom "*Macht-rausch der Sozialisten in die Knie zwingen lassen*". Die Ausländer müssen natürlich auch vorkommen: Wie lange könne sich Österreich den Unsinn von 300.000 Gastarbeitern leisten, wo es gleichzeitig 300.000 Arbeitslose gebe.

14. Jänner 1996: Auch einmal eine erfreuliche Meldung. Der Vorsitzende der britischen Bergarbeitergewerkschaft, Arthur Scargill, kündigt für den 1. Mai die Gründung einer neuen sozialistischen Arbeiterpartei an. Als Parteifarbe will er das "*das rötteste Rot, das man sich vorstellen kann*" nehmen.

14. Jänner 1996: Bei einer Ansprache am Petersplatz in Rom verurteilt Papst Johannes Paul II. alle Formen des Antisemitismus und auch alle anderen Erscheinungen des Religionshasses. Eine solche Meinungsäußerung kommt wohl ein bißchen spät und ist ein bißchen wenig.

15. Jänner 1996: Wahl der Nationalratspräsidenten. Fischer (SPÖ) und Neisser (ÖVP) gehen ohne Überraschung über den Tisch. Dann kommt der 3. Präsident. Haider besteht auf der Kandidatur von Herbert Haupt. Aber im ersten Wahlgang erreicht Haupt weniger Stimmen als der FP-Abgeordnete Wilhelm Brauneder, er wird daher aus dem Rennen genommen. Im 2. Wahlgang bekommt Brauneder exakt die Stimmen der VP-FP-Mehrheit (93). Wie sich im Nachhinein herausstellt, hatten die Schwarzen und die Freiheitlichen die Wahl Brauneders gleich nach den Wahlen ausgehandelt. Wahlverlierer Schüssel wollte offenbar der SPÖ vorführen, wie die Mehrheitsverhältnisse im Parlament sind. Allerdings: recht überzeugt dürfte der Ablauf auch die ÖVPLer nicht haben, die Mehrheit hängt schließlich bloß an zwei Stimmen. Darauf würde man wohl schwerlich eine schwarzblaue Koalitionsregierung aufbauen können.

Brauneder erweist sich umgehend als entsprechend geeichter FPÖler: AULA-Autor, MUT-Autor, Unbedenklichkeitsbescheiniger für den "Umvölker" Mölzer, Würdiger der 3.-Republik-Pläne Haiders. Auch sein Geschichtsverständnis ist sehr einschlägig: "*Sonntag, den 10. April 1938, findet eine freie und geheime Volksabstimmung über die Wiedervereinigung mit dem Deutschen Reiche statt.*" So schreibt der 3. Nationalratspräsident in seinem Studienbuch zur Verfassungsgeschichte. Also was wollt ihr noch, ihr Vergangenheitsbewältiger? 1938 haben in **geheimer und freier Abstimmung** die Österreicher mit 99.73% auf die Frage „*Bist Du mit der am 13. März 1938 vollzogenen Wiedervereinigung Österreichs mit dem Deutschen Reich einverstanden und stimmst Du für die Liste unseres Führers Adolf Hitler?*“ mit JA geantwortet. Da werden sich die heimattreuen und volkstumsbewußten Ostmärker doch jetzt nicht von den 0,27% *Schmeißfliegen der Diffamierung die eigene Geschichte, die eigenen Familien diskreditieren*

lassen (siehe oben). Zur Kriegsgeneration wußte Brauneder, daß sie ihr Land mit Mut und Tapferkeit verteidigt habe.

Die ISRAELITISCHE KULTUSGEMEINDE ist entsetzt über die ÖVP, schlecht informierte VP-Abgeordnete hätten sich zu Haiders Erfüllungsgehilfen gemacht. Die ÖH-Vorsitzende Berlakovich meint, man hätte gleich Haider wählen können, 1987 sei Brauneder als Dekan der juristischen Fakultät für eine RFS-Veranstaltung mit der VAPO als Saalschutz verantwortlich gewesen. Petrovic spricht von einem neuerlichen Rechtsruck in Österreich.

16.Jänner 1996: Es wird bekannt, daß VP-Klubobmann Khol bereits im Vorjahr das DÖW um eine Stellungnahme zu Brauneder ersucht hatte. Das Dokumentationsarchiv wies auf die Autorentätigkeit Brauneders für die AULA (speziell Leserbriefe) und auf die Mitgliedschaft im Wissenschaftlichen Beirat der "Zeitgeschichtlichen Forschungsstelle Ingolstadt" in den späten Achtzigerjahren hin. Diese "Forschungsstelle" gilt als dem Revisionismus verbunden.

Interessant auch Brauneders Bezug zu den "deutschen Farben" SCHWARZ-ROT-GOLD. Das österreichische Bundeswappen enthalte einen schwarzen Adler, eine rote Adlerzunge, Krone, Hammer und Sichel seien goldfarben, schrieb er 1988 in der AULA, die österreichischen Farben seien daher nicht Rot-Weiß-Rot, sondern Schwarz-Rot-Gold.¹⁵

Mitte Jänner 1996: Im Zusammenhang mit dem Kriminalfall Blauensteiner wandert auch deren Rechtsanwalt Harald A. Schmidt in Untersuchungshaft. Schmidt war Aktivist der rechtsextremen Szene (NDP, HALT, AUS).

18.Jänner 1996: Der steirische VP-Funktionär Bernd Schilcher sieht die Aufregung um Brauneders Wahl zum 3. NR-Präsidenten als unverständlich. Wenn eine Partei nicht verboten sei, stünde ihr das Recht auf den 3. Präsidenten zu, er verwahre sich gegen jede Schnüffelei und fühle sich an die McCarthy-Ära in den USA erinnert, als Kommunisten oder vermeintliche Kommunisten bespitzelt wurden. „Wenn wir jetzt anfangen, alles zu untersuchen, kommt noch die Zeit, wo ein Anti-Arier-Ausweis verlangt wird.“

22.Jänner 1996: PROFIL zitiert einen Brauneder-Leserbrief aus dem Jahre 1984: darin mokierte sich der Schreiber, daß immer vom "Mord" an Dollfuß durch die Nazis die Rede sei, aber vom "Attentat" Staufenbergers gegen Hitler.

Zweite Jännerhälfte 1996: Die USA geben bekannt, daß in Österreich noch immer 79 geheime Waffen-, Ausrüstungs- und Sprengmitteldepots bestehen, die vom amerikanischen Geheimdienst während der Besatzungszeit eingerichtet wurden.

Die Regierung erklärt sich für unwissend, man versucht die Anlage dieser Depots mit der Angst vor einem neuen kommunistischen Putsch (nach dem "Putschversuch" von 1950) zu begründen. Nun war, wie sich inzwischen die Zeitgeschichtler einig sind, der Oktoberstreik von 1950 kein Putschversuch, mit der Anlage der Depots wurde zudem bereits vorher begonnen. Die Tatbestände der Ansammlung von Kampfmitteln, der Zusammenarbeit mit einem ausländischen Geheimdienst und (nach 1955) der Neutralitätsgefährdung, werden aber nirgendwo thematisiert. Wenn der seinerzeitige ÖGB-Chef und nachmalige Innenminister Olah (und sicherlich auch andere) mit dem CIA verhandelt war: Das juckt niemanden!

24.Jänner 1996: Einer der letzten Vertreter der Nationalliberalen in der FPÖ, Erich Reiter, probt den Aufstand gegen Haider. „Ich schlage vor, daß er (Haider) die Parteiführung abgibt oder einer kollegialen Führung Platz macht, die alle Strömungen in der Partei repräsentiert (..) es muß in einer Partei möglich sein, daß man verlangt, daß der Obmann geht“. Es ginge nicht um Haider, sondern um die FPÖ, die wissen müsse, ob sie erwachsen und damit regierungsfähig werden wolle oder ob immer gerade das gelte, was der Obmann gerade wolle.

Zweite Jännerhälfte 1996: Heimlich wird in Innsbruck vom Tummelplatz ein Gedenkstein entfernt: "Den Toten der Waffen-SS".

26.Jänner 1996: In Traun wird eine Straße nach Norbert Bonyhadi benannt. Im Zuge der voriges Jahr erfolgten Umbenennung des Kernstockweges war bereits ein diesbezüglicher Vorschlag aufgetaucht. Dr. Bonyhadi war in den Zwanziger- und Dreißigerjahren in Traun ein bei der arbeitenden Bevölkerung hochgeschätzter, sehr sozial eingestellter Arzt jüdischer Herkunft gewesen, der zu einem NS-Opfer wurde.

¹⁵ Seit 1815 werden diese Farben (stammend von den Waffenröcken der "Lützower Jäger") als "Sinnbild des Einheitswillens" als deutsche Nationalfarben bezeichnet.

Benennung wurde dann allerdings aufgeschoben und bisher nicht durchgeführt! (Anm. v. 8.7.99)

28. Jänner 1996: 64% der Österreicher wünschen einen Beitritt zur NATO und zur WEU unter Wahrung der Neutralität, das ergab eine Meinungsumfrage. Die praktische österreichische Politik hat also bereits einige Verwirrung angerichtet. Der Völkerrechtler Zemanek muß extra darauf hinweisen, daß solches unmöglich ist.

29. Jänner 1996: Bekannt wird, daß eine Computer-CD-ROM mit Bastelanleitungen für Briefbomben in Fachgeschäften und Fachabteilungen zum Preis von öS 299.- erhältlich ist.

29. Jänner 1996: Das Parlament beschließt die 30 Millionen Schilling, die von der FPÖ nicht rechtzeitig als Wahlkampfkostenvergütung beantragt wurden, nicht auf die anderen Parteien aufzuteilen, sondern der Budgetsanierung zuzuführen.

29. Jänner 1996: Der neue Leiter des Bundesasylamtes ist der bisherige Flüchtlingsexperte der Caritas, Wolfgang Taucher.

30. Jänner 1996: Die Absicht der Wiener Polizei, 25 Polizeischüler aufzunehmen, die auch die serbokroatische oder türkische Sprache sprechen, ruft sofort freiheitlichen Protest hervor. AUF-Funktionär Kreißl meint, daß *„geborene Österreicher im Polizeidienst anscheinend nichts mehr zu suchen haben und in Zukunft nur mehr jene aufgenommen werden, die auch eine frühere Staatsbürgerschaft aus der Türkei und den Staaten des ehemaligen Jugoslawien vorweisen können.“*

30. Jänner 1996: VP-Chef Schüssel erklärt, er habe Brauneder nicht wegen seiner Leserbriefe (an die AULA) oder wegen seiner Gesinnung gewählt. Er habe auch nicht Heinz Fischer wegen seiner Gesinnung zum 1. Parlamentspräsidenten gewählt. Schüssel erweist sich damit weiterhin als ganz großer Staatsmann.

In der ÖVP wird im nachhinein an der Wahl Brauneders vermehrt Kritik geübt, wenn man dessen Gesinnung gekannt habe, hätte man sich die Wahl überlegt (Rasinger, Feurstein, Morak, Streibl, Schwarzböck, Stummvoll, Wurmitzer).

31. Jänner 1996: Wolfgang Neugebauer (DÖW) sagt anlässlich der Einstellung der Ermittlungen wegen Haiders Krumpendorf-Rede, die österreichische Justiz sei offenbar gegenüber Haider gehemmt. Wegen der Haider-Äußerung, die Waffen-SS sei ein Teil der Wehrmacht gewesen, dem alle *„Ehre und Anerkennung“* zukomme, ermittelt die Wiener Staatsanwaltschaft weiterhin.

31. Jänner 1996: Ergebnis einer Wählerumfrage. Die SPÖ käme z.Z. auf 41%, die ÖVP auf 27%, die FPÖ auf 20%, das LiF auf 6% und die Grünen könnten auf 5% hoffen. Ein Ampelkoalition wäre also jetzt möglich. Die ÖVP bremst daraufhin ihre Präpotenz etwas ein.

Ende Jänner 1996: In der bayrischen CSU befließigt man sich für die Kommunalwahlen im März stellenweise einer recht rechten Vorbereitung. Ein Kandidat meint, die Menschen müßten wieder deutsch und völkisch denken, an anderer bekennt, den meisten Applaus erhalte er, wenn er den Vorsitzenden des Zentralrates der Juden in Deutschland, Bubis, kritisiere. Im Landkreis Rottal-Inn stellt die CSU den ehemaligen Bezirksvorsitzenden der NPD auf.

1. Februar 1996: Das Innenministerium warnt anlässlich des bevorstehenden Jahrestages der Anschläge von Oberwart und Stinatz vor möglichen weiteren Bombenanschlägen.

2. Februar 1996: Im STANDARD erscheint ein Leserbrief von Dr. Neugebauer (DÖW) zu einem Zeitungsbeitrag von Bernd Schilcher, in dem sich dieser gegen ein "Index-Verfahren der einzelnen Dokumentationszentren" wandte.

Darin heißt es u.a.: *„...während sich Prof. Schilcher über diese in seine Augen offenbar antifaschistische Gesinnungsschnüffelei empört, haben ihn die Schreibweise der Aula (...) sowie die jahrelange Förderung dieses wichtigsten Organs des österreichischen Rechtsextremismus durch die Steirische Landesregierung offenbar weniger berührt.“*

2. Februar 1996: Anton Pelinka sagt bei der Eröffnung des Volksgruppenkongresses in Oberwart, die Zweite Republik habe beim Anschlag im Vorjahr ihre Unschuld verloren. Die einzige "Schuld" der Opfer sei die Herkunft von "falschen Eltern" gewesen. Die Integration von NS-Verbrechern wie Portschy oder Reder durch die Verharmloser habe nicht zur Lösung, sondern buchstäblich zur Explosion geführt. Damit die Roma und Sinti nicht auf Dauer auf eine Opferrolle festgeschrieben würden, sei eine soziale, wirtschaftliche, kulturelle und politische Förderung zu gewährleisten. Dem sei man bisher nicht nachgekommen. *„Vielen ist ein Portschy (Burgenland-Gauleiter, später nach der Auflassung des Burgenlandes, stellvertretender Gauleiter der Steiermark und besonders aktiver Zigeunerverfolger) offenbar näher als die Opfer dieses wohl berüchtigtsten Burgenländers.“*

2. Februar 1996: Die FPÖ legt den Wahlslogan für die Europawahl am 13. Oktober fest: „*Wir schützen den Schilling, weil die Regierung keinen Pfifferling wert ist.*“. Haider verlangt, daß Ausgaben für die Arbeitsplatzsicherung aus dem Maastricht-Rahmen der 3%igen Neuverschuldungsrate herausgenommen werden müßten, um den Regierungen mehr Spielraum zu geben, er sei weiterhin der einzige Schutzpatron der Arbeitnehmer.

2. Februar 1996: Der Nationalfonds zur Wiedergutmachung von NS-Verbrechen reiht bei seiner Arbeit die Auszahlung von Entschädigungen nach dem Alter. Unter den Opfern gibt es eine enorme Anzahl von Mindestrentnern. Z.Z. sind die Jahrgänge 1895 bis 1907 in Arbeit. Es werden Leistungen an Personen ausbezahlt, „*die aus politischen Gründen, aus Gründen der Abstammung, Religion, Nationalität, sexuellen Orientierung, aufgrund einer körperlichen oder geistigen Behinderung oder auf Grund des Vorwurfes der sogenannten Asozialität verfolgt wurden, auf andere Weise Opfer typisch nationalsozialistischen Unrechts geworden sind; oder das Land verlassen haben, um einer solchen Verfolgung durch das nationalsozialistische Regime zu entgehen.*“ An Spitzentagen sind bis zu 500 Fragebögen eingelangt, man rechnet mit insgesamt etwa 20.000 Anträgen.

4. Februar 1996: Die Volksgruppenkonferenz fordert in der "II. Oberwarter Erklärung" die Einrichtung gesicherter Volksgruppenmandate in den gesetzgebenden Körperschaften, für alle Volksgruppen soll ein qualitativ einheitliches Minderheitengesetz eingerichtet werden.

5. Februar 1996: Aktivisten des ANTIFA-KOMITEE LINZ besetzen anläßlich des Jahrestages des Oberwarter Bombenanschlages das Büro von Landesgeschäftsführer Buchinger. Der SPÖ-Funktionär diskutiert mit den Besuchern über den Rechtsextremismus in Österreich.

5. Februar 1996: Der Präsident des "Migrationsforums der EU", Tara Mukherjee, sagt, es gebe in ganz Europa Fremdenfeindlichkeit, aber in keinem Land sei die Diskriminierung so offensichtlich wie in Österreich.

5. Februar 1996: Eine deutsche Untersuchung bestätigt, daß die Vorwürfe von AMNESTY INTERNATIONAL wegen Polizeiiübergriffe gegen Ausländer berechtigt sind. In Ballungsräumen kommt es immer wieder zu „*grausamen, unmenschlichen oder erniedrigenden Behandlungen*“ von Ausländern. Als Grund für das Fehlverhalten wird Überforderung angegeben.

6. Februar 1996: Die FPÖ lehnt im Wiener Stadtsenat die Verleihung des "Goldenen Ehrenzeichens" an Prof. Erika Weinzierl ab.

8. Februar 1996: In einer deutschen Fernsehsendung ("Panorama", ARD) werden schwere Vorwürfe gegen Simon Wiesenthal erhoben. Er habe in großen Fahndungsfällen versagt. Wiesenthal weist die Vorwürfe zurück, auch der Leiter der deutschen Zentralstelle zur Aufklärung von NS-Verbrechen bezeichnet den Fernsehbericht als völlig überzogen, Wiesenthal habe viele Hinweise geliefert. Die Attacken gegen den Leiter des Jüdischen Dokumentationszentrums kamen vom JÜDISCHEN WELTKONGRESS, der seinerzeit die Waldheim-Affäre ins Rollen brachte und noch heute eine Aversion gegen Wiesenthal hat, weil dieser die teilweise irrealen Behauptungen über Waldheim nicht unterstützte.

8. Februar 1996: Den NEWS ist zu entnehmen, daß im Jahre 1985, Michael Damböck ("Wehrmachtsmuseum Ardagger") bei Brauneder promovierte. Seine Dissertation beschäftigte sich mit "Südwestafrika", wobei sich der Verfasser um die Rechtfertigung des deutschen Kolonialismus und der Apartheid bemühte. In der in Buchform veröffentlichten Arbeit bedankt sich Damböck bei Brauneder für die "wissenschaftliche Beratung". Dr. Sauer vom Kooperationszentrum "Südliches Afrika" urteilt: „*methodisch unkorrekt, mit unwissenschaftlichen Mitteln, gestützt auf selektiv ausgewählte Quellen*“. Die Verwendung nazistischer Quellen und das Weglassen der wichtigsten wissenschaftlichen Standardwerke zu diesem Themenkreis, wurde vom Doktorvater Brauneder nicht beanstandet

9. Februar 1996: Kann man sich das vorstellen? Ein unbescholtener 28jähriger Wiener wird nach §209 zu einem Jahr Gefängnis verurteilt. In seinem Notizbuch waren Hinweise auf Kontakte zu 15- bis 17jährigen jungen Männern gefunden worden. In Österreich ist bekanntlich homosexueller Kontakt zwischen Erwachsenen oder zwischen Jugendlichen (wie fast überall) nicht verboten, nur der Kontakt von Erwachsenen mit Jugendlichen steht unter Strafe, d.h. ein 15jähriger und ein 17jähriger "dürfen", ein 16jähriger und ein 18jähriger nicht. Laut ÖVP sollen dadurch Jugendliche "geschützt" werden. Man glaubt in der ÖVP erstens, daß homosexuelles Verhalten durch "Verführung" entsteht und zweitens männlicher Homo-Sex im Gegensatz zu weiblichem Homo-Sex oder Hetero-Sex (beides in derselben Konstellation unverboden) was eminent Gefährliches ist.

12. Februar 1996: Zum Jahrestag des Februaraufstandes von 1934 erklärte der Vorsitzende der Gewerkschaft der Privatangestellten, Hans Sallmutter, die rechtsextremen Gewalttaten der jüngsten Vergangenheit und das verstärkte Auftauchen rechtsextremer Haltungen an Österreichs Schulen seien bedrohliche Zeichen einer sich verhärtenden Gesellschaft. Er forderte alle Demokraten zum Bekenntnis

zur Zweiten Republik und ihren Prinzipien auf. *„In schwierigen Zeiten ist das Miteinander vorrangigstes Ziel. Solidarität und Toleranz sind die Pfeiler der österreichischen Demokratie nach 1945.“* Die Aufklärung über den Faschismus müsse unbedingt aufrechterhalten werden. In Hinblick auf das Sparpaket: *„Die Erziehung zu Humanismus und Demokratie ist eines der höchsten Güter und die Information durch Zeitzeugen unabdingbar, hier darf nicht gespart werden.“*

12. Februar 1996: 82 Wissenschaftler der Universität Linz fordern den Welser Bürgermeister Bregartner schriftlich auf, seine Stadt endlich von den braunen Flecken zu befreien. *„Mit Befremden verfolgen wir seit Jahren, wie trotz breiter Proteste und bundesweit negativem Medienecho in der Stadt Wels weiterhin rechtsextreme Symbole verteidigt werden.“* Bekanntlich hat die Welser SPÖ erst jüngst trotz gegenteiligen Beschlusses des SP-Bundesparteitages, die weitere großzügige Subventionierung des Welser ÖTB beschlossen. (Siehe auch Beitrag an anderer Stelle in dieser Nummer)

ÖTB-Hakenkreuz: In Wels nach wie vor kein Sondermüll, sondern "dank" SP-Bürgermeister Subventionsempfänger. Interessant wäre jetzt auch langsam, was aus der SJ-Anzeige¹⁶ wegen der ÖTB-Hakenkreuze in Wels und Ried geworden ist. Da Bezirkshauptmannschaft und Magistrat in der üblichen österreichischen Tradition bisher nicht tätig geworden sind, müßte sich eigentlich langsam das Innenministerium um diese Versäumnisse kümmern...

14. Februar 1996: Meinungsumfrage, wer würde bei einer Direktwahl des Bundeskanzlers gewinnen: 42% würden Vranitzky wählen, 18% Schüssel, 9% Haider, 4% Schmidt, 1% Petrovic.

15. Februar 1996: Die NEWS beschäftigen sich mit dem Inhalt der 20.000 Seiten des Briefbombenaktes. Danach wurden die Attentatsopfer immer nach vorher konstruierten historischen Szenarien ausgewählt. Die Spur führt u.a. zu rechten Hobbyhistorikern. Im Jänner war in der KRONENZEITUNG und in rechten und rechtsextremen Kreisen eine mißverständliche Aussage von Sicherheitschef Sika, der gemeint hatte, daß man nicht nur in Neonazikreisen suchen hätte sollen, uminterpretiert worden. Dort hatte man natürlich sogleich wieder verstehen wollen, die Briefbomben seien linke Provokationen. In der KRONENZEITUNG jubelten wochenlang entsprechende Leserbriefschreiber. Die Fakten aus den Akten belegen: Es waren nicht unbedingt wehrsportliche Neonazis, aber klarerweise Rechtsextreme.

16. Februar 1996: Der parteilose Kärntner FP-Landtagsabgeordnete Traußnig wird vielleicht als "wilder" Mandatar weitermachen, da er sich nicht an die von Haider verordnete Einkommensgrenze (60.000 öS) halten will.

17. Februar 1996: SPÖ-Vordenker Bruno Aigner spricht vom "Diktat der Maastricht-Kriterien", die zu einer gigantischen Arbeitslosigkeit führen werden.

Mitte Februar 1996: In den USA etabliert sich ein Rechtsextremist als aussichtsreicher republikanischer Kandidat für die Präsidentschaftswahl. Pat Buchanan will mit christlichem Fundamentalismus, Abtreibungsverbot, Anti-Ausländer-Parolen, Diskriminierung der Homosexuellen, der Forderung nach uneingeschränktem Waffenbesitz und sozialer Demagogie zum Erfolg kommen. Ihm werden Verbindungen zu gewalttätigen Bürgermilizen und nazistischen Gruppierungen wie der "Aryan Nation" nachgesagt.

21. Februar 1996: Wie jedes Jahr predigt auch heuer Haider am Aschermittwoch in Ried im Innkreis in der dortigen Jahn-Turnhalle. 1.800 Zuhörer bekommen das Übliche zu hören. Die Schwarzen seien nach links gekippt und hielten den Roten den Steigbügel, das schleichende Gift, das die "Fleißigen" auszurotten droht, seien die "linken Kräfte". Diese säßen an den Schalthebeln der Macht, im ORF und kauften sich mittels Subventionen die Presse (vielleicht die Kronenzeitung?).

21. Februar 1996: Der steirische FP-Landtagsabgeordnete Ebner dürfte jahrelang ungerechtfertigt neben seinem Mandatareinkommen seinen ungekürzten Bezug als Grazer Beamter weiter beansprucht haben. Jedenfalls was für die FP-Privilegienkämpfer.

22. Februar 1996: "Politbarometer" in den NEWS. Danach haben im Befragungszeitraum 19.1. bis 9.2. auf die Frage, welche Politiker in der Zukunft eine wichtige Rolle spielen sollten, Prozente eingebüßt: Schüssel und Petrovic je -7, Haider -5. Dazugewinner: Klima (+14), Ditz (+4), Vranitzky und Einem je +1.

22. Februar 1996: Der parlamentarische Immunitätsausschuß beabsichtigt Haiders Immunität in der Klage Einems wegen Haiders Behauptung, der Innenminister sei wegen Drogenhandels im Gefängnis

¹⁶ **12. Juli 1995:** Anzeige der SOZIALISTISCHEN JUGEND gegen den Turnerbund wegen Verwendung der vier F der Deutschen Jahn-Turner (*frisch-fromm-fröhlich-frei*) in Hakenkreuzform. Laut Auskunft des Innenministeriums ist jedwede Form der Hakenkreuzdarstellung verboten (Verstoß gegen das Abzeichengesetz).

gesessen und der Klage der NEWS wegen der Behauptung, die Zeitschrift bediene sich Fälschermethoden, aufzuheben. Bei Klagen wegen übler Nachrede, Kreditschädigung und Ehrenbeleidigung soll es hinkünftig keine Immunität mehr geben. FP-Vizeklubchef Stadler spricht von "politischer Willkür".

25.Februar1996: In Israel beginnt eine Serie von Anschlägen der islamisch-fundamentalistischen Terrororganisation Hamas.

26.Februar1996: Außenminister Schüssel überreicht dem NATO-Generalsekretär die Zustimmung, im Rahmen des NATO-Programms "Partnerschaft für den Frieden" auf österreichischem Boden Manöver mit Beteiligung ausländischer Truppen abzuhalten. Im Burgenland besteht im Zusammenhang mit dem Einsatz in Exjugoslawien ein NATO-Stützpunkt. Die Abschaffung der österreichischen Neutralität wird also zügig fortgesetzt.

28.Februar1996: Vor zehn Jahren wurde der schwedische Ministerpräsident Olof Palme ermordet. Der Mord ist bis heute nicht aufgeklärt. Wohl deswegen, weil sich bestimmende Kräfte in Schweden nach wie vor dagegen stemmen, die sogenannte "Polizei-Spur" zu verfolgen. Eine Masse von Indizien deuten darauf hin, daß Palme von einer Gruppe rechtsextremer Polizisten ermordet wurde. Geradezu kafkaesk versucht man nach wie vor aus dieser Spur eine Nichtspur zu machen.

29.Februar1996: Der Immunitätsausschuß des Parlaments beschließt, daß es bei übler Nachrede, Beleidigung und Kreditschädigung keine Abgeordnetenimmunität mehr gibt.

Anfang März1996: In Frankreich wird darüber beraten, ob gegen den ehemaligen Finanzminister Maurice Papon ein Verfahren eröffnet werden soll. Der heute 85jährige steht im Verdacht sich während der deutschen Besatzungszeit als Judendeportierer betätigt zu haben.

2.März1996: Die grüne Abgeordnete Stoisits sagt, das geplante Sparpaket sei zum Teil pure Ausländerfeindlichkeit.

5.März1996: Drei Jahre unbedingd erhält in Wien in erster Instanz ein 24jähriger vormaliger VAPO-Aktivist.

5.März1996: Weil er jahrelang statt der zustehenden 75% seinen ganzen Beamtenbezug bezogen hatte, legt der freiheitliche steirische Landtagsabgeordnete Ebner sein Mandat zurück.

5.März1996: In Wien erschießt sich der FP-Nachwuchspolitiker Christian Böhm-Ermolli. Bekannt war er voriges Jahr durch den Sturz der als liberal verschrienen FP-Obfrau Kariotis der Bezirksgruppe Alsergrund geworden.

6.März1996: In den USA fällt die Entscheidung für Robert Dole als Präsidentschaftskandidaten der Republikaner. Der rechtsextreme Bewerber Buchanan ist damit aus dem Rennen.

7.März1996: Die NEWS berichten, daß der FP-Funktionär Meischberger die Entgegnungsschlacht in Sachen Schwarzgeld in Sachen Fußball (Handgeld Peter Stöger) auf allen Linien verloren hat. Nachdem er in einem Fall auch vor dem Oberlandesgericht abgeblitzt war, zog er alle übrigen Klagen zurück.

7.März1996: SPD-Chef Lafontaine wendet sich angesichts der hohen Arbeitslosenzahlen gegen die weitere Zuwanderung von sog. deutschstämmigen Aussiedlern aus dem Osten. Derzeit sind dies jährlich etwa 220.000 Menschen. Schon vor einiger Zeit wurde zu diesen Übersiedlungaktionen bekannt, daß Zuwanderer aus Polen ihre "Deutschstämmigkeit" mittels der seinerzeit erfolgten Einstufung durch NS-Behörden nachweisen können. Wer entsprechende nazibestätigte "deutsche" Großmütter und -väter aufweist, der darf in die BRD kommen. Die anderen Scheißpolaken, die diese rassistischen Kriterien nicht erfüllen, dürfen nicht.

10.März1996: Kommunalwahlen in Bayern. Die SPD und die Grünen verlieren, CSU und unabhängige Wählergruppen gewinnen.

14.März1996: Weil die burgenländische FPÖ den VP-Klubobmann Kaplan in einer Karikatur als Schwein darstellte („Was stört es die Eiche, wenn sich Säue an ihr reiben“), muß sie 20.000 Schilling zahlen.

14.März1996: Der Stapo-Beamte Kemper veröffentlicht ein Buch in dem er heftige Kritik an den Zuständen in der Stapo übt. U.a. berichtet er über die Spionagetätigkeit des verstorbenen Stapo-Hofrates Hochenbichler für die DDR.

15.März1996: Haider gestaltet wieder einmal seine Mannschaft um. Statt Gernot Rumpold wird Karl Schweitzer Bundesgeschäftsführer. Offiziell erfolgt dieser Wechsel nicht wegen der Fristversäumnis für den Antrag auf Wahlkostenersatz, die die FPÖ um 30 Millionen Schilling brachte. Die bisherige Fraktionsvorsitzende der FP im EU-Parlament, Susanne Riess-Passer, wird Leiterin von Haiders Büro.

15. März 1996: Heftige Kritik von Innenminister Ehem an der Außenpolitik von ÖVP und FPÖ. Das Drängen in ein Militärbündnis sei das Resultat der österreichischen Außenpolitik der letzten zehn Jahre, in denen versucht wurde, Kiebitz auf Großmachtebene zu spielen. Im Balkankonflikt wären die Sympathien zu früh verteilt worden.

17. März 1996: Auf der Jahresversammlung von "SOS Rassismus" in Treviso sagt der marokkanische Autor Tahar Ben Jelloun, „*Rassismus ist menschlich, Rassismus ist Teil der Unsicherheit und Verzweiflung des Menschen*“, erzieherische Maßnahmen und humanistisches Blabla helfe nicht dagegen, man brauche schärfere Gesetze.

18. März 1996: Hans Jörg Schimaneck senior veröffentlicht im STANDARD einen Leserbrief. In Kuba seien zwei Aktivisten des "Kubanischen Rates", der sich als Ziel den Sturz Fidel Castros gesetzt habe, wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt zu sechs bzw. 14 Monate Gefängnis verurteilt worden. Sein Sohn sei wegen gleicher Delikte in Österreich zu acht Jahren verurteilt worden.

18. März 1996: Der Spitzenfunktionär der tschechischen *Freien Demokraten*, Rudolf Baránek, verbietet nach einem Diebstahl in seinem Hotel den Roma den Zutritt.

18. März 1996: Peter Handke liest im Wiener Akademietheater aus seinen Texten zum Krieg in Exjugoslawien. Da sich der Schriftsteller gegen die einseitige Berichterstattung in den deutschen und österreichischen Medien wendet, bricht allorts heftige Empörung aus.

19. März 1996: Haider beschaffte sich den Terminplan von Innenminister Ehem und hält diesem vor, er sei mit Schlüsselszenen der linksextremen Szene eng verbunden. Ehem hatte einen Termin mit dem Rechtsanwalt Thomas Prader, den Haider als "Anwalt der linken Gewaltszene" bezeichnet.

21. März 1996: Der Präsident des österreichischen Milizverbandes, Oberstleutnant der Reserve Michael Schaffer, kritisiert die Absicht des Bundesheeres, alle Präsenzdiener in Hinkunft acht Monate durchdienen zu lassen und dadurch hinterrücks das Milizsystem abzuschaffen. Man handle dabei wie bei der „*Vorgangsweise in Sachen Neutralität, wo man gegen den Geist des Verfassungsgesetzes agiert, aber so tut, als wäre man neutral wie eh und je.*“

21. März 1996: Der Oberste Gerichtshof weist einen Antrag Haiders auf einstweilige Verfügung gegen den DÖW-Leiter Dr. Neugebauer zurück. Neugebauer hatte in einem ARD-Interview im Juni 1995 zu den Briefbombenanschlägen gesagt, daß die FPÖ Haiders „*heute als Hauptkraft des österreichischen Rechtsextremismus anzusehen ist und insbesondere in der ausländergefeindlichen Politik und Propaganda an der Spitze steht und auch den geistigen Boden für solche Anschläge aufbereitet hat.*“ Der OGH stellt fest, das sei ein „*zulässiges politisches Werturteil zu aktuellen Fragen des Zeitgeschehens.*“

März 1996: Durch das reglose Verhalten des ÖGB beschränkt sich der Widerstand gegen die Massenbelastungen des Sparpaketes auf den Hochschulbereich.

21. März 1996: Die Grünen halten Verteidigungsminister Fasslabend vor, im Ministerbüro für Wehrpolitik den Gastautor der rechtsextremen JUNGEN FREIHEIT, Egbert Apfelknab, zu beschäftigen.

21. März 1996: Der Rechnungshof übt heftige Kritik an der Arbeit der Stapo. Deren Arbeit wird als unwirtschaftlich, unkoordiniert und ineffizient beurteilt.

22. März 1996: In Wels wird im Auftrag des Vereins, der Eigentümer der ÖTB-Turnhalle ist, das Turnerhakenkreuz übermalt. SP-Bürgermeister Bregartner schrillt, er hätte das "Sonnenrad" nicht übermalen lassen und deklariert sich damit wohl selber zum führenden "braunen Fleck" der Stadt Wels.

24. März 1996: Landesparteitag der oö. FP. Haider spricht wieder einmal davon, man dürfe nicht nur nein sagen, sondern müßte künftig verstärkt konstruktive Opposition sein. „*Wir müssen heraus aus der Oppositionellenhaltung und stärker in Richtung einer Alternative für die Österreicher gehen.*“ Hans Achatz wird mit 83% der Delegiertenstimmen als Landesobmann bestätigt. Auch in Tirol und NÖ. gibt es freie Landesparteitage. Dort fordert Haider eine Volksabstimmung über die Einführung der Euro-Währung.

18.-24. März 1996: Das *Volksbegehren für die Erhaltung der österreichischen Neutralität* erreicht 360.000 Unterschriften. Initiiert wurde es von dem reichlich skurrilen niederösterreichischen Verleger Heinz Schmutzer.

Wieder einmal haben die Linken überflüssigerweise ein ganz wesentliches Thema aus der Hand gegeben. Es wäre doch wohl Sache der GRÜNEN gewesen, dieses Thema zu vereinnahmen.

Die KPÖ hatte das Schmutzer-Volksbegehren zuerst unterstützt, sich dann vom Initiator distanziert, dann auch die Unterstützung zurückgenommen.

24. März 1996: Drei Landtagswahlen in Deutschland. In Baden-Württemberg erhält die CDU 41,3 %

(+1,7), die SPD 25,1 (-4,3), die Grünen bekommen 12,1% (+2,6%), die FDP erreicht 9,6(+3,7), die Republikaner verlieren zwar 1,8%, erreichen aber immer noch üble 9,1%.

In Rheinland-Pfalz verteilen sich die Stimmen so: SPD 39,8% (-5%), CDU 38,7 (wie bisher), FDP 6,9 (+0,4), Grüne 5,7 (+2,6),

In Schleswig-Holstein: SPD 39,8 (-6,4), CDU 37,4 (+3,4), Grüne 8,1 (+3,1), FDP 5,7 (+0,1). Die rechts-extreme DVU fliegt mit 4,3 (-2%) hinaus.

25.März1996: Der STANDARD berichtet, daß es in Wien seit Februar eine neonazistische Mailbox namens "Dissident BBS" gibt, die eng mit dem deutschen "Thule-Netz" verbunden ist. Über dieses Computernetz verbreitet auch die "Hilfsorganisation für nationale Gefangene", die u.a. auch Küssel "betreut", ihre Aufrufe.

26.März1996: Haider verlangt den Abbau von 60.000 ausländischen Arbeitskräften innerhalb von zwei Jahren.

26.März1996: Der Ministerrat erklärt den §2 des Habsburggesetzes für "totes Recht". Otto Habsburg begrüßt das, fordert aber gleichzeitig überhaupt die Aufhebung der Habsburgergesetze:

„§ 1. (1) *Alle Herrscherrechte und sonstigen Vorrechte des Hauses Habsburg-Lothringen sowie aller Mitglieder dieses Hauses sind in Österreich für immerwährende Zeiten aufgehoben.*

(2) *Verträge über den Anfall von Herrscherrechten über das Gebiet der Republik Österreich sind ungültig.*

§ 2 *Im Interesse der Sicherheit der Republik werden der ehemalige Träger der Krone und die sonstigen Mitglieder des Hauses Habsburg-Lothringen, diese, soweit sie nicht auf ihre Mitgliedschaft zu diesem Hause und auf alle aus ihr gefolgerten Herrschaftsansprüche ausdrücklich verzichtet und sich als getreue Staatsbürger der Republik bekannt haben, des Landes verwiesen. Die Festsetzung, ob diese Erklärung als ausreichend zu erkennen sei, steht der Staatsregierung im Einvernehmen mit dem Hauptausschusse der Nationalversammlung zu.*

§ 3. *Der Gebrauch von Titeln und Ansprachen, die mit den Bestimmungen des §1 in Widerspruch stehen, ist verboten. Eide die dem Kaiser in seiner Eigenschaft als Staatsoberhaupt geleistet worden sind, sind unverbindlich.*

§ 4. *In der Republik Österreich ist jedes Privatfürstenrecht aufgehoben.“*

Das könnte ihm so passen!

26.März1996: Wegen des Verdachtes der NS-Wiederbetätigung sitzt das ehemalige Mitglied der "Leibstandarte Adolf Hitler", Herbert Schweiger, wieder einmal in U-Haft.

27.März1996: In Tel Aviv wird der rechtsextremistische Mörder des israelischen Ministerpräsidenten Rabin zu lebenslanger Haft verurteilt.

27.März1996: Im Verfassungsausschuß des Linzer Gemeinderates lehnen VP und FP die Einrichtung eines Ausländerbeirates ab. SP und Grüne werden daher damit im April direkt über den Gemeinderat gehen.

28.März1996: Interview zu STAPO und den Briefbomben mit Innenminister Einem in den NEWS. Zur Frage, ob die Ermittlungen zu den Briefbomben in eine falsche Richtung gelenkt worden seien, sagt der Minister: „*Ich halte von solchen Rückwärtserschließungen gar nichts - aber es ist nicht falsch, wenn man heute sagt, die Stapo hat aus einer zu verengten Sicht gearbeitet. Ich habe von Beginn an gesagt, daß es sich hier nicht um Neonazis im klassischen Sinn, sondern um sektenhafte Täter handelt. Und mittlerweile kann man die Augen noch weiter öffnen und sagen, es kann dieser ganze nationalistisch-historische Schmarrn, der in den Bekennerschreiben vorkommt, auch sehr gefinkelt aus Büchern besorgt worden sein, um als Tarnung des Täters zu dienen. Alles ist möglich.*“ Auf die Frage, ob er sogar einen Linksextremen als Täter für denkbar halte, antwortet Einem: „*Ich halte es nicht für besonders wahrscheinlich, aber als Theorie ist denkbar, daß dieser Nazischmarrn auch als Tarnung für Täter welcher Art immer gedient haben kann.*“

29.März Als die grüne Abgeordnete Stoisits sich für nigerianische Asylwerber einsetzte, schrieb Gnam in der Kronenzeitung, die Grünen wollten nigerianische Drogenkuriere ins Land bringen. Der Presseratt fand nun, daß Gnam die „*Berufspflichten der Presse grob verletzt und das Ansehen der Presse geschädigt*“ hat.

29.März1996: Die katholischen Bischöfe verlangen eine Entschärfung der unzumutbaren Härten des Sparpaketes, Bischof Weber sagt, die Kirche müsse „*partiell für die Armen im weitesten Sinn des Wortes sein*“.

Hat es da nicht einmal sogar eine ziemlich große Partei gegeben, die solche Ziele hatte? Wie hieß die doch gleich?

30.März1996: Die Grünen wählen mit knapper Mehrheit Christoph Chorherr zum neuen Bundessprecher. Damit wird die Rechtslastigkeit der Partei einzementiert. Links von der Mitte existiert parteienmäßig in Österreich dadurch fast nichts mehr.

Anfang April1996: 28% der Franzosen erklären sich mit den politischen Vorstellungen des Rechtsextremisten Le Pen einverstanden, 1994 waren es "nur" 19% gewesen. Allerdings halten 71% Le Pen für eine Demokratiegefahr.

1.April1996: Die österreichischen Briefbomben sind weltweit einzigartig, teilt die Stapo mit.

2.April1996: Zufällig nehmen zwei Fernsehstationen aus Hubschraubern eine polizeiliche Verfolgungsjagd nach illegalen Einwandern an der mexikanischen Grenze auf: Die Polizisten mißhandeln die keinerlei Widerstand leistenden Mexikaner brutalst.

3.April1996: In Johannesburg werden fünf Rechtsextremisten zu langjährigen Haftstrafen verurteilt. Sie hatten 1994 versucht durch Bombenanschläge die Wahlen in Südafrika zu verhindern.

5.April1996: Ein Musterfall aus der österreichischen Asylpraxis: Eine Iranerin flieht nach Österreich, weil ihr in Persien wegen Ehebruchs die Todesstrafe droht, sie wird auch tatsächlich in Abwesenheit zum Tode durch Steinigung verurteilt. Das Asylamt weist den Antrag auf Asyl mit der Begründung ab, es lägen keine politischen Gründe vor, sie sei nur „auf der Flucht vor der in ihrer Heimat verstandenen Gerechtigkeit.“

5.April1996: Der Europarat ruft seine Mitgliedsstaaten auf, im Zuge des Schutzes von Regionalsprachen, Maßnahmen zur Erhaltung des Jiddischen zu treffen. Vor der Nazizeit sprachen 11 Millionen Menschen diesen mittelhochdeutsch-hebräischen Dialekt, jetzt sind es weniger als zwei Millionen.

6.April1996: Im ehemaligen KZ Auschwitz findet eine Skinheads-Demonstration mit antisemitischen Losungen statt. Die zuständige Bezirksverwaltungsbehörde hatte diese genehmigt. Offizieller Vorwand für die Demo war, daß sich die Skins für die Errichtung des umstrittenen Supermarktes beim KZ einsetzen wollten.

6.April1996: Anlässlich des 40-Jahr-Bestandes der FPÖ gibt es innerhalb der Partei auch kritische Stimmen. Gründungsmitglied Erwin Hirnschall kritisiert die Haider-Haltung zur EU und meint, es ginge auf die Dauer nicht, daß nicht ein Parteiprogramm, sondern das gesprochene Wort des Parteiobermannes gelte.

9.April1996: In Kärnten einigen sich überraschend die drei Landtagsparteien darauf, die Volksgruppenrechte verfassungsmäßig zu verankern.

9.April1996: In Außervillgraten (Osttirol) tritt der Vorstand der "Villgrater Kulturwiese" zurück. Diese Kulturinitiative hatte in den letzten Jahren aufsehenerregende Avantgard-Veranstaltungen durchgeführt und sich auch kritisch mit der ländlichen Kultur auseinandergesetzt. Das führte zu Aggressionshandlungen des bodenständigen Idiotismus, der nun in einem Brandanschlag auf das Herzstück des geplanten Villgratner Kulturgeländes eskalierte. Das 300 Jahre alte "Goaße-Häusl" wurde dabei vernichtet, die Organisatoren der Initiative wollen jetzt aufgeben.

10.April1996: Anlässlich der Verleihung der Ehrendoktorwürde durch die Wirtschaftsuniversität Preßburg warnt Vranitzky vor Populismus und Nationalismus.

11.April1996: Der Linzer Gemeinderat beschließt mit den Stimmen von SPÖ, Grünen und der Liste "Mensch und Natur" die Einrichtung eines Ausländerbeirates. FP und VP sind dagegen.

11.April1996: Die NEWS berichten über Kritik an Haider. Der Umvolker Mölzer sieht die Herkunft der FPÖ mißachtet, umjubelte Volkstribunen seien zudem in den seltensten Fällen große Neuerer, Otto Scrinzi meint gar, daß Haider nun für den „späten Triumph der kommunistischen Erfindung“ einer österreichischen Nation gesorgt habe

12.April1996: In einem STANDARD-Interview vertritt der ehemalige 3. Nationalratspräsident Gerulf Stix (FP) die Ansicht, Haider sei inhaltlich "eher links". Na, wenn das der Staberl erfährt, dann ist es aus mit der Liebe!

Erste Aprilhälfte1996: Unverständliches Behördenverhalten in Braunau. Der angekündigte Auftritt der bayrischen Schauspielerin und Kabarettistin Lisa Fitz ruft fundamentalistische katholische Fanatiker auf den Plan, die den Verdacht äußern, das Programm könnte "blasphemisch" sein. Obwohl es in Österreich selbstverständlich keine Zensur oder Vorzensur gibt, prüfen irgendwelche Ämter und Behörden, ob der Auftritt nicht verboten werden sollte. Ganz tot und ausgestorben ist der Klerikalfaschismus offensichtlich immer noch nicht!

Erste Aprilhälfte1996: Der verurteilte Neonazi Gert Honsik könnte jetzt doch noch von Spanien zur

Haftverbüßung nach Österreich ausgeliefert werden. Angeblich will sich die neue konservative spanische Regierung vom Makel befreien, daß Spanien ein Exilstaat für Nazis ist, und NS-Täter, die zu mehr als einer Strafe von einem Jahr verurteilt wurden, ausliefern. Honsik war ja bekanntlich zu 18 Monaten verurteilt worden, konnte dann aber vor dem Strafantritt mit offensichtlicher Hilfe österreichischer Behörden nach Spanien flüchten.

Erste Aprilhälfte 1996: Im Wiener Stadtschulrat sitzt die FP-Gemeinderätin Schöfnagl, eine Funktionärin der "Österreichischen Landsmannschaft". Von dieser Organisation wird der rechtsextreme "Eckartbote" herausgegeben. Die Funktionärin genüge den "demokratischen Mindeststandards" nicht, kritisieren die anderen Parteien, die FP verweigert trotzdem den Rückzug Schöfnagls.

11. April 1996: Das Oberlandesgericht verurteilt als Berufungsinstanz die FPÖ wegen übler Nachrede zur Zahlung einer Entschädigung von 40.000 Schilling an Franz Primetzhofer von der KUPF, weil sie diesen als terroristisch und bombenlegerisch zu kriminalisieren verursacht hatte.

12. April 1996: Liane Höbinger-Lehrer verläßt das Parlament. Als "unabhängige" FP-Mandatarin war sie als besonders rigorose Justizvertreterin in Erscheinung getreten. Jetzt hätte sie ins Europaparlament wechseln sollen, was sie ablehnte.

12. April 1996: Festredner bei der 40-Jahr-Feier der FPÖ ist Bundespräsident Klestil, der u.a. sagt, die Demokratie sei von ihrem Selbstverständnis her das Gegenbild zu jeder politischen Ausgrenzung und niemand habe in Österreich das Monopol auf Wahrheit, Anständigkeit oder Mitmenschlichkeit, undemokratisch handle, wer anderen die Integration verweigere. Haider sieht sich dadurch natürlich bestätigt und beginnt seine Rede mit „*Auch aus der Sicht des Staatsoberhauptes gibt es keine wie immer gartete Berechtigung zum Ausgrenzen der Freiheitlichen.*“ Die Wähler erwarteten, daß die FPÖ einen Ausweg aus der Sackgasse weise, man grenze keine Minderheiten aus, es gebe eine klare Trennlinie zu jungen Nazis und Ewiggestrigen. Eh kloa, siehe z.B. oben unter "Schöfnagl".

13. April 1996: Bischof Stecher gibt bekannt, daß die von den Nazis ermordeten Tiroler Priester Otto Neururer und Jakob Gapp selig gesprochen werden.

13. April 1996: VP-Klubobmann Khol wünscht sich „*im Interesse einer vollinhaltlichen Demokratie*“ die Rückkehr der Freiheitlichen zur Regierungsfähigkeit. Um wieder in den "Verfassungsbogen" zu passen müßte die FPÖ der "Dritten Republik" entsagen, die Grauzone zum Nationalsozialismus aufklären, sich zur Sozialpartnerschaft und zur EU-Mitgliedschaft bekennen. Die Ausgrenzungspolitik der SPÖ, der Grünen und des LiF bezeichnet er als "töricht", sie bewirke nur, daß die Freiheitlichen stärker würden. (Interessant wäre es zu erfahren, wie Khol auf die Idee kommt, ein Nichtbekenntnis zur Sozialpartnerschaft und zur EU-Mitgliedschaft sei nicht verfassungskonform.)

13. April 1996: Vranitzky kritisiert Klestil wegen seiner Rede beim 40-Jahr-Jubiläum der FPÖ. Der Bundespräsident habe dort die Berührungspunkte der FPÖ mit den rechten Gruppen nicht problematisiert.

13. April 1996: Der nö. SP-Chef Ernst Höger sagt bei der Eröffnung der JG-Tagung in St. Pölten: „*Wenn Österreich heuer 1000 Jahre Ostarrîchi feiert, so ist dies ein Jubiläum, auf das wir als alte Kulturnation natürlich stolz sein können. Wir müssen uns aber vergegenwärtigen, daß 1000 Jahre Österreich 950 Jahre Stillstand waren, in dem einige wenige unvorstellbar alles hatten und alle anderen unvorstellbar nichts. 950 Jahre in Unfreiheit, Armut, Elend und Abhängigkeit von den Mächtigen. Das wahre Jubiläum sind daher jene 50 Jahre Zweite Republik, die erst das heutige Österreich entstehen ließen.*“

16. April 1996: Die FPÖ gibt die Anfechtung der letzten Nationalratswahl beim Verfassungsgerichtshof bekannt. Da das 41. Mandat nur um 13 Stimmen verfehlt wurde, hofft man dieses durch eine Überprüfung hinzugewinnen zu können.

Mitte April 1996: In Tschechien gab es wieder eine Zunahme von Straftaten mit rassistischen Motiven. Die Staatsanwaltschaften ermittelten 1995 in fünfmal mehr Fällen als 1994, auch heuer wurden in den ersten drei Monaten mehr als doppelt so viele Skinheads-Überfälle festgestellt wie im selben Zeitraum des Vorjahres. Hauptangriffsziel sind nach wie vor die Romas.

18. April 1996: SP-Bundesgeschäftsführerin Ederer berichtet über Lehrer und Professoren im Dunstkreis des Rechtsextremismus. Die AKTION KRITISCHER SCHÜLER, die SJ, die Gewerkschaftsjugend, der VSStÖ trugen entsprechende Fälle zusammen. Ederer: „*Man kann nie früh genug beginnen, gegen ausländerfeindliche und rechtsextremistische Umtriebe vorzugehen. Wir werden hart und konsequent vorgehen.*“ Als Beispiel werden Sprüche des Volkswirtschaftsdozenten und Krenn-Beraters Friedrich Romig angeführt. So sagte er über den Antifaschismus: „*Was not tut, ist die systematische Bekämpfung dieses eiternden Geschwürs, das unser Land vergiftet.*“

Mitte April 1996: Die KRONENZEITUNG erhält von der Österreichisch-Kroatischen Gesellschaft den Kulturpreis für die *couragierte, klare, objektive und von humanem Engagement geleitete Linie der "Krone"*-

Außenpolitik in der Jugoslawien-Krise“ verliehen. Bekanntlich war ja Kroatien auch nicht Partei im Konflikt, sondern klar ganz was Objektives oder so.

21. April 1996: Wahlen in Italien. Das Rechtsbündnis (um den Medienzaren Berlusconi und die Neofaschisten) steigt als Verlierer aus, die Wahlgemeinschaft "Pol der Freiheit" erreicht 246 Sitze im Abgeordnetenhaus gegenüber 319 Mandaten des Mittellinks-Bündnisses "Olivenbaum". Im einzelnen verteilen sich die Stimmen: PDS (vormals KPI): 21,1%, Forza Italia (Berlusconi): 20,6%, Alleanza Nazionale (Neofaschisten): 15,7%, Lega Nord: 10,8%, Katholische Linke: 9,1%, Rifondazione Comunista: 8,6%, Katholische Rechte: 5,8%, Grüne: 2,5%. Die Meinungsumfrager lagen wieder einmal völlig daneben. Sie hatten ein Kopf-an-Kopf-Rennen und starke Verluste für die Lega Nord vorhergesagt.

21. April 1996: Wahlkampfauftakt der FPÖ im Burgenland in Mattersburg. Haider sieht ein "ausgeprägtes Wachstumspotential" für die FP und gute Chancen für einen Einzug in die burgenländische Landesregierung.

22. April 1996: PROFIL berichtet, daß die Staatsanwaltschaft Wien ein Ermittlungsverfahren wegen des Verdachtes des Amtsmißbrauchs gegen Innenminister Einem eingeleitet habe. Der Minister soll voriges Jahr eine rechtswidrige Weisung erteilt haben, eine Unterorganisation der kurdischen Arbeiterpartei (PKK) nicht strafrechtlich zu verfolgen.

22. April 1996: Innenminister Einem weist die Vorwürfe wegen der PKK zurück. Es habe keine Weisung gegeben, bei einer Besprechung sei nur festgehalten worden, nicht gegen die Kurden vorzugehen, sondern die bisherige Linie fortzusetzen. Diverse Scharfmacher in der FPÖ und ÖVP wünschen dieselbe Politik gegen die Kurden, wie sie in der BRD vollzogen wird.

Wie schon seinerzeit gegenüber der PLO bemüht man sich aber seit Jahren in Österreich auch im Kurdenkonflikt um eine vermittelnde Haltung, was den Freunden der türkischen Gewaltpolitik gegen die kurdische Minderheit offenbar überhaupt nicht recht ist.

22. April 1996: Der Kronenzeitungsreimer Wolf Martin verbreitet erstens wieder einmal die Staberl-Lüge, der Anschlag auf den Ebergassinger Strommasten sei am 20. April erfolgt, um den Rechtsextremisten den Anschlag (zum Hitlergeburtstag) in die Schuhe zu schieben (am 20.4. wurden die toten Mochtegeremastensprenger gefunden, der Anschlagsversuch war am 11.4.) und schlußfolgert zweitens, daß überhaupt alle rechtsextremistischen Terrorakte in Wirklichkeit von Linken inszeniert worden wären.

23. April 1996: Die Attacken gegen Einem gehen weiter. Jetzt wird neuerlich die Behauptung verbreitet, der Minister habe Karteikarten verschwinden lassen, die ihn mit Drogendelikten in Zusammenhang brächten.

24. April 1996: In einem STANDARD-Interview mit dem französischen Nationalistenführer Le Pen sagt dieser, seine Partei sei keine ideologische, sondern eine pragmatische, die sich mit Problemen wie Immigration, Kriminalität und Arbeitslosigkeit befasse. In Frankreich habe man einen "Wohlfahrtsstaat für Ausländer" geschaffen. Zu Haider sagt er: *„Ich stelle fest, daß Monsieur Haider und seine Partei genauso wie wir von den Medien und der Linken verteufelt werden. Nur scheint diese Verteufelung Haider wirklich Angst einzujagen, während sie mich völlig kalt läßt.“*

Zweite Aprilhälfte 1996: Ein Buch des Amerikaners Daniel J. Goldhagen ruft in der BRD Kontroversen hervor. Der Autor bringt eine Fülle von Fakten über die "ordinary Germans", die "gewöhnlichen Deutschen" und deren massenhafte Teilnahme am Holocaust. Nicht eine kriminelle Elite, sondern Hunderttausende hätten mitgewirkt. Im August soll das Buch deutschsprachig erscheinen, man kann darauf gespannt sein!

Zweite Aprilhälfte: In Wels muß der Obmann des "Vereins Turnhalle", der freiheitliche LABg. Gerd Holter, zurücktreten. Seine Vereinsfreunde hatten ihm verübelt, daß er das Turnerhakenkreuz weiß übermalen¹⁷ ließ. Neuer Obmann ist der Welsler Intersport-Chef Alfred Schwab, der Neffe des NS-Kreisschulleiter (und Namensgeber für die Halle) Moritz Etzold. Eine Umbenennung wird also nicht mehr zu erwarten sein und solange Bregartner noch Bürgermeister ist, wird trotzdem das Geld für den ÖTB fließen wie sonst nirgends!

23. April 1996: Der Schriftsteller Johannes Mario Simmel ersucht in einem offenen Brief an Vranitzky, die Aufstellung des geplanten Denkmals für alle Gefallenen der Schlacht von Stalingrad zu verhindern. Ein Denkmal, das die Botschaft vermittele, die Opfer seien alle gleich, egal ob sie gegen die Nazis oder als Aggressor gekämpft hätten und gefallen seien, *„ist eine Zumutung, die an Geschichtsfälschung*

¹⁷ **22. März 1996:** In Wels wird im Auftrag des Vereins, der Eigentümer der ÖTB-Turnhalle ist, das Turnerhakenkreuz übermalt. SP-Bürgermeister Bregartner schrillt, er hätte das "Sonnenrad" nicht übermalen lassen und deklariert sich damit wohl selber zum führenden "braunen Fleck" der Stadt Wels.

grenzt.“

24. April 1996: Major Polzer, Chef der nö. Kriminalabteilung, stellt anlässlich einer FP-Anfrage zum Sprengstoffanschlag von Ebergassing fest, daß sich die Behauptung Stadlers es gebe Anhaltspunkte, der antifaschistische Journalist Wolfgang Purtscheller sei der "vierte Mann" von Ebergassing und stünde auch mit dem Anschlag von Oberwart in Verbindung, längst als falsch erwiesen hat. Fest steht ferner: Die Anschläge von Oberwart und Klagenfurt sowie die Briefbombenattentate stammen von derselben, noch unbekanntem Tätergruppe, der Anschlag von Ebergassing ist aufgeklärt, zwei Täter kamen dabei ums Leben, ein dritter Tatverdächtiger ist ins Ausland geflüchtet.

24. April 1996: In ZiB2 diskutieren Altbürgermeister Zilk und Anton Pelinka über das geplante "Opfer"denkmal in Stalingrad. Pelinka bezeichnet es als Denkmal am falschen Ort mit einer mißverständlichen Botschaft. Zilk in seiner gewohnt selbstherrlichen Art schreckt auch vor Untergriffen nicht zurück, so fühlt er sich bemüßigt den Vornamen der grünen Wiener Gemeinderätin und Denkmalkritikerin Huemer (Friedrun) als besonders germanisch durch den Kakao zu ziehen.

25. April 1996: Der OGH hebt das Urteil ¹⁸ gegen den Kärntner Unternehmer Edwin Neuwirth auf. Das Gericht akzeptiert das Argument des Angeklagten, die seinerzeitigen Äußerungen ¹⁹ hätten sich auf seinen Wissenstand während des Krieges bezogen. Unklar bleibt aber seine Äußerung, einige Untersuchungen, sagten aus, daß es keine Gaskammern gegeben habe: Dies kann sich doch wohl kaum auf die Kriegszeit beziehen, sondern nur auf die Neonazipropaganda von Zündel, Leuchter und Konsorten!

26. April 1996: Berufung legt die Wiener Staatsanwaltschaft gegen die Freisprüche für drei Polizisten ein, die einen 36jährigen Ägypter irrtümlich für einen Drogendealer gehalten und bei der Festnahme schwer mißhandelt hatten. Der sehr polizistenfreundliche Richter hatte akzeptiert, daß die Polizisten den Regenschirm des Ägypters als potentielle Waffe betrachtet und deswegen dem Festgenommenen drei "Ripper!", wie der Richter liebevoll bagatellierte, brachen. In der Freispruchsbegründung hieß es u.a., auch Volksschulkinder müßten von ihren Lehrern gebändigt werden.

27. April 1996: Stellungnahme Anton Pelinkas zur Debatte um das "Stalingradendenkmal" im STANDARD:

„Es ist an der Zeit, daß Österreich den Tod der Hunderttausenden aufarbeitet, die zwischen 1939 und 1945 im falschen Krieg, am falschen Ort, für die falsche Sache und in der falschen Uniform sterben mußten. Es ist an der Zeit, eine Debatte zu führen, die aus der unglücklichen Polarität zwischen Verdrängen und Verherrlichen herausführt.

Es waren keine Helden, die in Stalingrad und anderswo "fielen". Es waren aber auch nicht einfach nur Opfer. Zu komplex ist die Realität der Großdeutschen Wehrmacht, auch der 6. Armee, um ihr Schicksal in eine allgemeine Philosophie des "Opfers waren sie alle" einzubringen.

Eben das droht nun mit dem österreichischen Denkmal in Wolgograd. Eine ehrenwerte Absicht wird eben deshalb ins Gegenteil verkehrt, weil man ein - vielleicht - gutes Denkmal mit einem - vielleicht - halb-richtigen Text an einem ganz gewiß falschen Ort aufstellen will.

Wen will man denn in Wolgograd an die Schlacht im Winter 1942/43 erinnern? Doch nicht die russische Bevölkerung - deren Stadt ist ja ein einziges Denkmal an "Stalingrad". Ist nicht vielmehr eine nostalgische Wallfahrtsstätte das wahrscheinliche Resultat eines solchen Standorts. Der Kameradschaftsbund St. Stefan ob der Enns trifft sich mit allen seinen nachgeborenen Mitgliedern an den Ufern der Wolga...

Mit dem unverbindlichen "Der Krieg war schrecklich und niemals wieder!" wird das Besondere eben dieses Krieges zugedeckt: Der Zweite Weltkrieg hatte von Anfang an den Charakter eines "weltanschaulichen" Vernichtungskrieges. Aber ab Sommer 1941, beginnend mit Hitlers Überfall auf die Sowjetunion, wurde diese "weltanschauliche" Qualität noch wesentlich gesteigert - durch den Holocaust, und zwar zunächst durch die hinter der "Ostfront" tätigen Einsatzkommandos, deren massenmörderisches Wirken nur in Zusammenarbeit zwischen Wehrmacht und SS möglich war.

Welchen Stellenwert hat das Morden von Babi Jar, dem wohl größten Fall des Holocaust außerhalb der Vernichtungslager, für das Gedenken an die Österreicher in der 6. Armee - zu deren Einzugsgebiet auch

¹⁸ **29. November 1995:** Ein Jahr bedingter Haft wegen NS-Wiederbetätigung für den Kärntner Holzindustriellen Neuwirth. Er legt Berufung und Nichtigkeitsbeschwerde ein.

¹⁹ **16. Mai 1994:** Gegen Edwin Neuwirth, der vergangenes Jahr den russischen Rechtsextremisten Schirinowskij bewirtet hatte, wird jetzt wegen seiner Äußerung, ihm sei nicht bekannt, daß es in Deutschland Gaskammern gegeben hätte, einige Untersuchungen, sagten aus, daß es keine gegeben habe, hinsichtlich des Verdachtes der NS-Wiederbetätigung ermittelt.

der Vorort von Kiew gehörte? Sind die Wehrmachtssoldaten, die Babi Jar mitzuverantworten haben, auch in die allgemeine Opfer-Mythologie des für Wolgograd konzipierten Denkmals eingeschlossen? Ein Anti-Kriegs-Denkmal, das nicht die Frage nach Verantwortung und Schuld stellt, kann seinen Zweck nicht erfüllen. Ein solches Denkmal läßt man besser sein - wenn es einem ernst ist mit dem "Nie wieder Krieg". Und uns allen stünde es besser an, die österreichische Verwicklung in den NS-Angriffskrieg nicht mit einer Variation einer Opfermythologie zu diskutieren, die diesem Land schon einmal auf den Kopf gefallen ist."

27. April 1996: Der Soziologe Roland Girtler beschwert sich, weil der VSStÖ ihn auf eine Liste über "Professoren im Dunstkreis des Rechtsextremismus" setzte. Er habe zwar wiederholt in rechten Blättern wie der AULA oder im ECKARTBOTEN geschrieben, aber sich immer kritisch mit rechten Inhalten auseinandergesetzt.

Das Problem Girtlers dürfte darin liegen, daß er nicht bemerkt, welche Funktion Beiträge von Personen, die nicht dezidiert dem rechtsextremen Bereich zuzurechnen sind, für diese Medien haben: Sie geben ihnen einen seriösen Anstrich, vermitteln den Eindruck von Weltoffenheit und Liberalität. Die AULA kann ja kein rechtsextremes Blatt sein, wenn sogar der Nennung und der Girtler regelmäßig darin publizieren...

27. April 1996: SP-Bundesgeschäftsführerin Ederer wird weiterhin dafür einreten, daß die Schulen und Hochschulen vom rechtsextremen Gedankengut frei bleiben. Als zusätzliches Betätigungsfeld führt sie das Bundesheer an, wo der stellvertretende Leiter der Forschungsabteilung der Landesverteidigungsakademie, Magenheimer, revisionistische Thesen zur Zeitgeschichte vertrete.

27./28. April 1996: Auf einer Tagung des GEDENKDIENTES in Innsbruck befaßt man sich mit den Themen "Gedenken, Mahnen und Erinnern". Andreas Maislinger sagt zum geplanten Stalingrad-Denkmal, ein Denkmal sei nicht automatisch gut, nur weil es wo stehe. Gerade an authentischen Orten sollte man zurückhaltender sein.

Ende April 1996: In Frankreich gerät der Armenpriester Abbé Pierre ins Zwielficht. Sein Freund Roger Garaudy (der seinerzeit während des Kalten Krieges in den Siebzigerjahren als KP-Dissident große Berühmtheit erlangte) hatte sich zum Mohammedaner "weiterentwickelt" und in einem Buch geschrieben, der "Mythos der sechs Millionen" heilige alle Übergriffe des Staates Israel auf die Palästinenser. Pierre verteidigte nunmehr Garaudy.

2. Mai 1996: Im Innenministerium wird eine undichte Stelle lokalisiert. Ein Kanzleibeamter soll Verschlussakten weitergegeben haben. Zu verschiedenen von der FPÖ ausgestreuten Gerüchten wird klargestellt: Zwischen dem Mordanschlag von Oberwart und den Mastensprengungen von Ebergassing besteht keinerlei Zusammenhang, zu den "Veränderungen" am Tatort in Oberwart sagt ein Sprecher, die angeblichen "Schleifspuren" der Opfer waren weggeronnenes Blut und das "mysteriöse" Verschwinden einer Jacke erklärte sich daraus, daß ein Angehöriger zuerst das Gesicht eines Toten damit bedeckt hatte und dann die Jacke wieder wegnahm.

2. Mai 1996: Der stellvertretende Bundesobmann des Ringes Freiheitlicher Jugend, Ewald König, tritt aus der FPÖ aus. In der FP sei kein Platz mehr für etwas liberalere Menschen, speziell in Wien hätten nur noch die ganz Rechten und die Burschenschaftler das Sagen.

3. Mai 1996: Das Lesben- und Schwulenforum gibt bekannt, daß der geplante Kongreß doch in Dornbirn stattfinden wird. Allerdings in einem Hotel und nicht im städtischen Kulturhaus, dessen Vermietung für den Kongreß der Dornbirner Bürgermeister (man stelle sich vor: wegen der Aids-Gefahr durch den Kongreß!) verboten hatte.

Anfang Mai 1996: Nun stellt sich langsam heraus, was hinter der Räubergeschichte der FP betreffend Einems "Drogendelikte" steckte: Ein Stapo-Akt, in den Einem Einblick nahm. In seiner Bewährungshelferzeit hatte Einem ein Drogenrehabilitationszentrum im Waldviertel mitfinanziert, deren Umfeld von der Stapo bespitzelt wurde. So geriet der spätere Minister in einen Drogenakt. Also eine weitere Blamage für Dobermann Stadler.

Wochenende um den 5. Mai 1996: Befreiungsfeiern zum 51. Jahrestag des Endes der NS-Herrschaft. Die Ansprachen in Mauthausen sind in diesem ANTIFA-INFO abgedruckt.

6. Mai 1996: Verteidigungsminister Fasslabend antwortet auf eine grüne Parlamentsanfrage: Zwei leitende Beamte hätten ihre revisionistischen Ansichten nicht dienstlich, sondern privat in rechtsextremen Zeitschriften veröffentlicht und das ginge ihn nichts an.

7. Mai 1996: In Den Haag beginnt der erste Prozeß der UNO gegen mutmaßliche Kriegsverbrecher aus Exjugoslawien.

8. Mai 1996: Prozeßbeginn gegen den SSler Priebke in Rom. Er wird angeklagt, 1944 an der Erschie-

ßung von 335 Zivilisten beteiligt gewesen zu sein. Der 83jährige Angeklagte redet sich auf Befehlsnotstand aus.

8.Mai 1996: Europapokalendspiel Rapid - Paris St.Germain in Brüssel. Auch Jörg Haider reist an. Da er seinen Paß nicht mitführt, landet er für vier Stunden (bis zur Identifizierung durch Angehörige der österreichischen Botschaft) bei den der illegalen Einreise Verdächtigen.

9.Mai 1996: Die Grünen verlangen eine Totalreform der Stapo, Rudi Anschöber kritisiert die parlamentarischen Geheimdienst-Kontrollausschüsse als kontrollunfähig.

9.Mai 1996: Das EU-Parlament deklariert das Jahr 1997 zum "Europäischen Jahr gegen Rassismus". In einem Ausschußbericht dazu, der mit 127 gegen 88 Stimmen angenommen wird, heißt es: *„Die rassistischen Parteien stellen den Kristallisationspunkt von Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Antisemitismus in der Gesellschaft dar. Ihre Ächtung und die Isolierung ihrer politischen Führer wie Le Pen, Haider u.a. in der Union sind für die Bekämpfung von Rassismus und Antisemitismus notwendig.“* Bemerkenswert, wie wenig Wellen dieses Papier in Österreichs Medien schlägt...

9.Mai 1996: In Hamburg beginnt der Prozeß gegen den "Führer" der NSDAP-AO, Gary Lauck. Der Amerikaner, der aus Lincoln in Nebraska/USA einen weltweiten Versand von NS-Propagandamitteln betreibt, war in Dänemark festgenommen und dann an Deutschland ausgeliefert worden. Er wird nun wegen Volksverhetzung, Verbreitung von Propagandamitteln verfassungswidriger Organisationen u.a.m. angeklagt. In den USA ist NS-Propaganda legal.

9.Mai 1996: NEWS muß eine Gerichtsentscheidung veröffentlichen: Schimanek jun. hatte geklagt, weil im September 1995 in dem Wochenblatt stand: *„Diese These (daß die VAPO das herrschende demokratische System zerschlagen wollte) wurde in den Prozessen gegen Küssel und Schimanek bereits von den Richtern bestätigt - und mit 11 bzw. 15 Jahren Haft bestraft.“* Das nun bestrafte Mediendelikt bestand darin, daß nicht angeführt wurde, daß den Strafen (wegen lfd. Berufung) noch keine Rechtskraft erwachsen war...

10.Mai 1996: Das Fessel-Institut stellt fest: Der Rechtsextremismus ist unter Erwachsenen stärker ausgeprägt als unter Jugendlichen.

10.Mai 1996: Bei den indischen Parlamentswahlen zeichnet sich eine relative Mehrheit der rechtsnationalistisch-fundamentalistischen "Indischen Volkspartei" ab.

11.Mai 1996: Der RAT DER KÄRNTNER SLOWENEN steht der Absicht, den Minderheitenschutz jetzt verfassungsrechtlich zu verankern, positiv gegenüber. Das Bekenntnis der Republik zu ihren Minderheiten soll als "Staatsziel" festgeschrieben werden. Gefordert wird dazu die Wiederherstellung der 1972 beim rechtsextremistischen Ortstafelsturm zerstörten Ortstafeln, die bisher nicht mehr aufgestellt wurden. Slowenien soll als Rechtsnachfolger Jugoslawiens in den österreichischen Staatsvertrag eintreten.

12.Mai 1996: VP-Klubobmann Khol stützt sich für eine Fernsehdiskussion über das Schutzalter für Homosexuelle auf eine Meinungsumfrage: Danach seien über 80% der Bevölkerung für das Beibehalten des jetzigen gesetzlichen Schutzalters von 18 Jahren für homosexuelle Beziehungen. Diese Umfrage repräsentiert aber wohl weniger die Notwendigkeit einer solchen Altersgrenze als die in der Bevölkerung vorhandenen Vorurteile: Homosexuelles Verhalten wird offenbar in weitesten Kreisen der Bevölkerung für durch "Verführung" verursachbar gehalten und abgelehnt.

13.Mai 1996: Die FP-Bezirksrätin Münstedt-Söllinger, eine Wiener Rollstuhlfahrerin, die langjährige in der Behindertenpolitik tätig ist, tritt aus der Partei aus. Sie wirft der FPÖ "menschenverachtende Politik" vor.

Mitte Mai 1996: Proteste in Tirol gegen die Tournee einer Duisburger Showtruppe, die unter dem Titel "Die Raubritter - Lebendiges Mittelalter" nicht nur Ritterturniere zeigt, sondern auch Hexenverbrennungen.

Wie wäre es für 1997 mit einer "Reichskristallnacht-Show"?

15.Mai 1996: Georg Mautner-Markhof tritt wieder in die FPÖ ein.

17.Mai 1996: Einem und Khol legen das geplante Ausländerintegrationspaket vor. Ab 1997 sollen nur noch 1400 "Schlüsselarbeitskräfte" nach Österreich zuwandern können (es dürfte sich dabei wohl um ausländische Manager und Fußballer handeln), die Familienzusammenführung soll erleichtert, die Drittstaatenklausel gelockert werden. Asylantragsteller sollen schon an der Grenze abgewiesen werden können.

Haider nennt die Vorschläge *„eine im multikulturellen Krautgarten des Herrn Einem gewachsene verrückte Idee“* und überlegt lautstark ein neues Antiausländervolksbegehren.

Volker Kier vom LiF spricht von einer „Erfüllungspolitik der freiheitlichen Forderungen“, Terezija Stoisits sagt: „Das Asylrecht in Österreich ist damit tot.“

17.Mai 1996: Bisher haben 17.000 NS-Opfer Anträge an den Opferfond gestellt, 3.280 davon haben bisher je 70.000 Schilling erhalten.

21.Mai 1996: In Wien steht ein suspendierter Berufsschullehrer vor Gericht. Er ist angeklagt, sich im Schulunterricht NS-wiederbetätigerisch verhalten zu haben. Er ist Freiheitlicher und werde deswegen in der "roten" Berufsschule angefeindet, verteidigt er sich, die ihm zur Last gelegten Taten (Verteilung von Honsiks HALT, Vorlesungen aus "Mein Kampf", Holocaust-Leugnung, Anschluß an Deutschland) will er natürlich "so nicht" gesetzt haben. Schon am ersten Verhandlungstag gibt sich Richter Januschke hilfreich.

21.Mai 1996: Der Innsbrucker Bischof Stecher will mit Jahresende in den Ruhestand treten. Bei einer Pressekonferenz nennt er zwei Aktionen seiner 15jährigen Amtszeit auf die er besonders stolz sei: Die Seligsprechung von zwei durch die Nazis ermordeten Priestern (siehe 13.4.) und die Abschaffung des antisemitischen Kultes um das "Anderl von Rinn". Dieser Kult ist zwar jetzt von der Kirche untersagt, wird aber kirchenrechtlich illegal immer noch weitergeführt.

22.Mai 1996: Dem angeklagten Berufsschulrichter geht es am 2. Prozeßtag wunderbar. Er hat zwei Verteidiger und den Richter Januschke auf seiner Seite. Dieser befragt die Zeugen (ehemalige Schüler des Angeklagten) wie es in einem amerikanischen Kreuzverhör wahrscheinlich die Verteidigung machen würde.

22.Mai 1996: Die ÖVP hält den in Linz geplanten Ausländerbeirat für verfassungswidrig, weil ihm die gesetzlichen Grundlagen fehlten.

22.Mai 1996: Innenminister Einem erklärt, daß keine Absicht bestünde an den Grenzen Haftanstalten für abgewiesene Asylwerber zu errichten.

23.Mai 1996: Obwohl er geschworen hatte, NEWS keine Interviews mehr zu geben, tut es Haider doch. Er sagt dabei u.a., daß die FPÖ nun in eine neue Phase komme, das Aufzeigen von Mißständen soll nur noch ein Teil der Politik sein, wichtiger sei es, Alternativen zu haben und konstruktiv neue Wege zu zeigen, die aus der Sackgasse der Großen Koalition herausführten. Die letzte Wahl sei keine Niederlage, sondern eine Rastpause im Aufstieg gewesen. Die "Angst vor Haider" sei nicht wahlentscheidend gewesen, eine solche Angst gäbe es (außer der von NEWS gemachten) nicht. Es sei ungerecht gewesen, daß jene belohnt wurden, die Österreich an den Rand des Abgrundes geführt hätten. *„Es gibt keinen anderen westlichen Staat, in dem die Regierenden soviel Gewalt über die veröffentlichte Meinung haben. In diesem Land gibt es nur die Regierungsmeinung - veröffentlicht durch einen staatlichen Rundfunk, durch subventionierte Regierungszeitungen (...). Da muß ich mir schon die Frage stellen, kann man in einer Demokratie, in der es medial keine Wettbewerbs- und Waffengleichheit gibt, als Oppositionspartei eine Reform schaffen.“* (Die massive Unterstützung Haiders durch die KRONENZEITUNG, das war ihm anscheinend zuwenig.) Haider erwartet die baldige Ablösung Vranitzkys und daß dann entweder Vernünftige (Klima) oder Wahnsinnige (Kostelka) ans Ruder kämen. Die ÖVP müsse entscheiden, ob sie die Wende wolle. Der Anteil der Beamten solle um ein Drittel reduziert werden, die Bezirkshauptmannschaften gehörten abgeschafft. Das neue Ausländerrecht würde durch die Familienzusammenführung den Ausländerzuzug erhöhen und nicht herabsetzen, im Herbst werde es ein Volksbegehren für einen rigorosen Ausländerstopp geben. Die Pensionsrücklagen der Nationalbank müßten aufgelöst, das arbeitslose Einkommen unter den Politiker beseitigt werden. Da durch den EU-Beitritt 70% der Gesetzeskompetenz nach Brüssel delegiert worden sei, sollte das Parlament auf 100 Abgeordnete verkleinert werden. (Warum nicht auf 55? Das entspräche den 30 verbliebenen Kompetenzprozenten.) Für das Verfahren Einem gegen Haider (wegen des Drogenvorwurfs) kündigt er Überraschungen an. Zum SSler-Lob in Krumpendorf meint er *„Es ist heute sehr schwierig geworden, komplexe geschichtliche Zusammenhänge deutlichzumachen, ohne daß man in Gefahr läuft, mißverstanden zu werden. Und das ist für mich vielleicht die Lehre aus der Debatte: Daß man in diesem Bereich die Geschichte ruhen lassen sollte. Das alles ist viel zu komplex.“* (Da werden wir gespannt sein, ob er heuer durch Fernbleiben von solchen Treffen die Geschichte ruhen läßt - aber wie üblich in solchen Fällen sollen vermutlich die Antifaschisten "ruhen".) Schlußsatz: *„Ich arbeite jetzt an einem seriösen Programm in einem seriösen Umfeld - wir werden Fachleute holen, und wir werden eine Positionierung erarbeiten, die es uns ermöglicht, spätestens 1999 die Regierungsverantwortung zu übernehmen.“*

Laut einer Untersuchung der Politologen Plasser und Ulram wählten 1995 40% aller männlichen Arbeiter FPÖ, 41% die SPÖ.

23.Mai 1996: Auch den dritte Verhandlungstag setzt Richter Januschke auf seine Art fort. So meint er, zur "Auschwitzlüge" gehöre die generelle Leugnung der Massenvernichtung, ein Gewerkschaftsfunktionär erhält auf die Aussage, er sei besorgt über das Abdriften von Lehrlingen ins rechte Eck, die Antwort:

„Sie wollen also die Weltanschauung der Lehrlinge ändern, so wie es Ihnen genehm ist?“ Die Verhandlung wird vertagt.

23.Mai 1996: Georg Mautner-Markhof fordert, Haider solle ein Schattenkabinett bilden.

24.Mai 1996: Richter Januschke wird von der Staatsanwaltschaft wegen Befangenheit abgelehnt. Dem Antrag wird vom Präsidium des Wiener Landesgerichts zugestimmt, der Prozeß wegen NS-Wiederbetätigung gegen den Berufsschullehrer Richard R. muß mit einem anderen Richter neu verhandelt werden. Gegen den Burschenschaftler Januschke wird ein Disziplinarverfahren angekündigt.

Zweite Maihälfte 1996: Islamische Fanatiker ermorden in Algerien sieben Trappistenmönche.

25.Mai 1996: Erzbischof Schönborn stellt in einem STANDARD-Artikel fest: „Der Sieg des Westens ist nicht ein Sieg über den Materialismus, sondern - so sieht es zur Zeit aus - dessen unumschränkte Alleinherrschaft.“

26.Mai 1996: Wahlen in Albanien bringen einen überwältigenden Erfolg für die konservative "Demokratische Partei". In der Folge empfiehlt die EU, die durch Wahlbeobachter vertreten war, zumindest eine teilweise Wahlwiederholung, da es bei der Wahl schwere Unregelmäßigkeiten gegeben habe.

27.Mai 1996: Von W.Neugebauer, W.Lasek, B.Bailer (DÖW) und W.Manuschek wird festgestellt, daß „sowohl die von Magenheimer vertretende Präventivschlagthese als auch die Leugnung oder Verharmlosung der deutschen Kriegsschuld zu Standardthemen rechtsextremer und revisionistischer Geschichtsfälschungen“ zählen. Was wird dem Verteidigungsminister zu seinem stellvertretenden Leiter der Forschungsabteilung der Landesverteidigungsakademie einfallen?

27.Mai 1996: Was die Gewerkschafter Europas schon längst verlangen hätten sollen, bringt jetzt der ÖGB-Kandidat für das EU-Parlament, Harald Ettl, auf Tapet: Die Entwicklung der Beschäftigung müsse für die Währungsunion als zusätzliches Kriterium einbezogen werden.

28.Mai 1996: ÖGB-Frauenchefin Schmidleithner weist einen Vorschlag von SP-Bundesgeschäftsführerin Ederer zurück. Diese hatte verlangt, daß über Arbeitsmarktmittel preisgünstige Haushaltshilfen vermittelt werden sollten, um die Schwarzarbeit in diesem Bereich einzudämmen.

Nach dem Ersten Weltkrieg hatte das ROTE WIEN den Kommunalwohnbau u.a. durch eine Dienstmädchensteuer finanziert. Jetzt täte man es lieber umgekehrt?

Ende Mai 1996: Ein türkischer Kurde desertiert, da er gegen Kurdensiedlungen eingesetzt wird, aus der türkischen Armee. Asyl in Österreich erhält er keines: Desertion alleine sei kein Asylgrund und er hätte auf der Reise nach Österreich auch in einem anderen Land bleiben können.

31.Mai 1996: In Israel steht Nethanyahu vom rechten Likud-Block als Wahlsieger fest. Erstmals wurde der Ministerpräsident direkt gewählt, Nethanyahu übertraf den Sozialdemokraten Peres um rund 30.000 Stimmen. Im Parlament verlieren sowohl die Arbeiterpartei als auch der Likud-Block Mandate. Gewinner sind die neuen Einwandererparteien und die religiösen Gruppen. Für den Frieden im Nahen Osten keine hoffnunggebende Entwicklung.

31.Mai 1996: In Wien wird ein Wiederbetätigungsprozeß gegen einen ehemaligen Neonazi und jetzigen Priesterseminaristen vertagt.

1.Juni 1996: Nach den OÖN veröffentlicht auch der STANDARD ein Inserat, das nach einem gerichtlichen Vergleich zwischen den Freiheitlichen und der Stadtwerkstatt Linz von der FPÖ geschaltet werden mußte. In Punkt 1 nimmt die FP-OÖ die Behauptung zurück, die Stadtwerkstatt unterstütze Gewalt, werbe für sie, rufe dazu auf oder befürworte Gewalt, sowie die Behauptung, die Stadtwerkstatt Linz gehöre dem linken Netz der Gewaltszene in OÖ an. Im Punkt 2 darf die FP veröffentlichen, daß sich die Stadtwerkstatt Linz von einem Plakat ("Shoot your shoot" - Haider im Fadenkreuz) distanziert und dieses Plakat weder produziert noch verbreitet hat.

1.Juni 1996: Bei einer Diskussionsveranstaltung in Zurndorf bezeichnet VP-Klubobmann Khol, die Haiderische "Dritte Republik" als präfaschistisch.

2.Juni 1996: Landtagswahlen im Burgenland. Wie immer: Die Meinungsumfrager wurden wieder angeschwanert, die Vorhersagen stimmen daher nicht. Die SPÖ verliert 3,7% (jetzt 44,4) und bleibt bei 17 Mandaten, die ÖVP verliert 2,1% (36,1) und hat nur noch 14 Mandate, die FPÖ steigt um 4,9% auf 14,6 und gewinnt das Mandat von der ÖVP. Grüne und Liberale bleiben deutlich unter der 5%-Hürde.

2.Juni 1996: Wahlen in Tschechien. Die Demokratische Bürgerpartei von Regierungschef Klaus verliert ganz geringfügig auf 29,6%, die Sozialdemokraten gewinnen extrem (+20% auf 26,5), die Kommunisten verlieren 3,7%, bleiben mit jetzt 10,3 aber drittstärkste Partei. Die rechtsextremen Republikaner gewinnen 2% und werden mit 8% knapp hinter der Volkspartei (8,1%) Fünfter. Die bisherige Regierungskoali-

tion erreicht 99 Sitze und verliert damit ihre Mehrheit.

3.Juni 1996: Die ÖVP setzt hinter der ORF-Journalistin Stenzel einen gewissen Karl Habsburg (ehemaliger Fernsehkomiker und Sohn von Otto Habsburg) auf die zweite Stelle der Kandidatenliste für die EU-Wahl. (*Gott bewahre, Gott beschütze...*)

3.Juni 1996: Im Rahmen der burgenländischen Wahlberichterstattung spricht der STANDARD mit Stefan Horvath, dem Obmann des Oberwarter Roma-Vereins. Dieser sagt, die Roma hätten sich nie sehr für Politik interessiert, ihre Stimmen teilten sich zwischen rot und schwarz auf, freiheitlich wähle niemand. Durch die Anerkennung der Roma als Volksgruppe sei der Bombenanschlag in Oberwart provoziert worden, das sei die Volksmeinung unter den Romas.

Anfang Juni 1996: Die Bank für Kärnten und Steiermark will den freiheitlichen Vizebürgermeister Gaugg nicht mehr zurück. Der karezierte Politiker ist der Ansicht, daß er seine politische Funktion auch nebenbei ausführen könnte. *„Ein Mitarbeiter, der sein Butterbrot auf zwei Seiten schmiert ist für die Kollegen nicht zumutbar“*, meint man in der Bank. Gaugg will nun zum Arbeitsgericht gehen.

3.Juni 1996: Aufregung bei den Schwarzen und den Freiheitlichen. Peter Handke liest im Parlament aus seinem Text über Jugoslawien. Khol hat der Veranstaltung zugestimmt und ist auch anwesend. Schüssel meint nachher, die Veranstaltung sei durch die Anwesenheit von Regierungsmitgliedern zu einem halben Staatsakt aufgewertet worden, die Gerechtigkeit mit den Opfern komme zu kurz. Daß seinerzeit Außenminister Mock einer der vehementesten Antreiber für den Zerfall Jugoslawiens war und dadurch die Bürgerkriegssituation entsprechend gefördert wurde, das ist bis heute kein "Staatsthema".

4.Juni 1996: AMNESTY fordert von Österreich die in den letzten Jahren errichteten Mauern gegen Flüchtlinge wieder abzubauen, Österreich habe sich zu einem flüchtlingsfreien Land gewandelt, die Anerkennungsrate der letzten Jahre betrug 16,33%.

4.Juni 1996: Der Wiener Religionslehrer Emil Lachout hatte 1987 ein gefälschtes "Dokument" mit dem Titel *"Mauthausenbetrug amtsbekannt"* verbreitet, in welchem 1948 ein damals gar nicht existierender *"Militärpolizeilicher Dienst"* festgestellt haben sollte, daß es in Mauthausen keine Gaskammer gab. Nach endlosen Verzögerungen durch den Beschuldigten wurde das Verfahren jetzt abgebrochen. Lachout sei weder prozeß- noch verhandlungsfähig.

5.Juni 1996: Einem und Khol geben bekannt, daß wegen der zahlreichen Einwände das Ausländerintegrationspaket bis 20.6. überarbeitet wird. Die FPÖ spricht von einem ersten Erfolg im Bestreben, das Paket zu Fall zu bringen, die Grünen nennen den Rückzug einen Kniefall vor der FPÖ.

.5.Juni 1996: Neue Untersuchungen der Sprengstoffreste aus den Briefbomben und den Bomben von Oberwart und Klagenfurt mit neuen technischen Einrichtungen bestätigen: Es wurde überall derselbe Sprengstoff verwendet.

6.Juni 1996: 1200 Österreicher fliegen mit Helmut Zilk nach Wolgograd zur am 8.6. geplanten Einweihung des "Opfer"-Denkmals. Wäre schon interessant, diese 1200 Einweihler näher zu betrachten. Lauter Opfer?

7.Juni 1996: Dramatischer Zwischenfall beim Prozeß gegen den ehemaligen SS-Offizier Priebke in Rom. Ein Kollege des Angeklagten, der als Belastungszeuge aussagen sollte, versuchte (offenbar durch Drohanrufe eingeschüchtert) aus seinem Hotel zu verschwinden, er sprang aus dem 1.Stock in einen Blumenkübel und verletzte sich schwer.

7.Juni 1996: Der burgenländische ÖVP-Abgeordnete Paul Kiss fordert, daß sich seine Partei auch die Option auf eine Zusammenarbeit mit der FPÖ aufhalten müsse. Viele VP-Funktionäre seien der Meinung, 32 Jahre sozialdemokratische Führung wären genug.

7.Juni 1996: Tagung der österreichischen Juristenkommission in Weißenbach am Attersee. Thema "Rechtsstaat - Solidarität - Sicherheit" U.a. wird festgestellt, daß Österreich längst ein Einwanderungsland ist, problematisiert wird der Familiennachzug: 1973 hätte es 226.000 Gastarbeiter und insgesamt 300.000 Ausländer in Österreich gegeben, 1995: 300.000 Gastarbeiter, aber 700.000 Ausländer. Aus diesem Kreis wird ebenfalls stark auf den Arbeitsmarkt gedrängt. Die Gewerkschaften fordern daher, Lohndumping durch billige ausländische Arbeitskräfte zu bekämpfen. Die Ansprüche aller Arbeitskräfte müßten unabhängig von Herkunft, Alter oder Geschlecht durchgesetzt werden. Innenminister Einem will die Familienzusammenführung auf die Zuwandererquote anrechnen. Er sagt *„Wir müssen zur Kenntnis nehmen, daß Leute, die arbeiten wollen, nicht erst neu aus dem Ausland geholt werden, sondern daß diejenigen genommen werden, die schon da sind.“*

7.Juni 1996: Die Feststellung von Innenminister Einem, Österreich sei ein Einwanderungsland, verhilft der KRONENZEITUNG wieder zu einem wochenlangen Hetzthema. Man stellt die Sachlage so dar, als habe der Minister gefordert, Österreich müsse zu einem Einwanderungsland werden. Einem hatte in einem

Interview mit dem STANDARD lediglich auf die Frage, warum niemand offiziell sage, daß Österreich ein Einwanderungsland ist, geantwortet: „*Ich habe daraus nie ein Hehl gemacht. Da geht es um einen provokanten Wortgebrauch. Die Freiheitlichen sagen immer, Österreich sein kein Einwanderungsland, verstoßen aber gegen das Prinzip der Tatsachen. Die Freiheitlichen wollen damit erreichen, daß es eine Nullzuwanderung gibt. Aber das ist auch aus wirtschaftlichen Gründen nicht sinnvoll.*“ Auf die Frage des STANDARD, ob er offiziell sage: Österreich ist ein Einwanderungsland, lautet die Antwort: „*Ja. Man soll die Tatsachen, nur weil man andere politische Ziele hat, nicht weglegen.*“

8.Juni 1996: Einweihung des Denkmals in Stalingrad. Auf einer Sumpfwiese außerhalb von Wolgograd versammeln sich unter der Führung von Helmut Zilk, Robert Lichal und Erwin Hirnschall über 1.000 Österreicher um das elf Millionen öS teure Denkmal. Die Idee für das Denkmal stammt vom ORF-Redakteur Seledec²⁰. Im ursprünglichen Inschriftsentwurf war lediglich von den „*Leiden der 6. Armee*“ die Rede gewesen. Daß man sich schwerlich auf die Leiden des unterlegenen Aggressors konzentrieren kann, hat man dann wohl selber bemerkt und die neue Aufschrift gedenkt nun der „*Leiden der hier gefallenen Soldaten und die der Zivilbevölkerung*“. Nach wie vor vermittelt aber das Denkmal den Eindruck, Verteidiger und Angreifer wären in einer gleichwertigen Opferrolle. Zilk kommentiert jetzt, das Mahnmal sei allen gewidmet, nicht nur denen, die hier in fremder Uniform kämpfen mußten, sondern auch jenen, die hier ihre Heimat verteidigten. Die 6.Armee, die auch in die Massenmorde von Babi Yar verwickelt war, hatte einen hohen Anteil an "Ostmärkern" in ihren Reihen. Wieder einmal wird so getan, als wären die Österreicher samthaft zwangsweise ("kämpfen mußten") am Nationalsozialismus beteiligt gewesen, als ob es nicht gerade bei uns besonders viele fanatische Nazis gegeben hätte.

„Verdrängung ist die einzige logische Konsequenz eines Denkmals das 'allen Opfern' gewidmet ist - also auch dem imaginären Unteroffizier, der im Geist der Pflichterfüllung russische Zivilisten straflos ermorden konnte, bevor er selbst von einer sowjetischen Granate getroffen wurde. Im Tod sind alle gleich?“

Susanne Kowarc

8.Juni 1996: Zur Sanierung der Roma-Siedlung in Oberwart sagt Bürgermeister Racz, man wolle damit im Laufe des Sommers anfangen. Die Finanzierung sei immer noch nicht geklärt (17 Monate nach dem Bombenanschlag).

8.Juni 1996: Der Präsident der Vereinigung Österreichischer Richter, Josef Klingler, bezeichnet Richter Januschke, der bei einem Wiederbetätigungsprozeß große Sympathie für den Angeklagten zeigte, als Einzelfall.

9.Juni 1996: Der bedeutendste Lyriker Österreichs - täglich ein Gedicht in Riesenaufgabe - verströmt folgende Verse:

In den Wind gereimt

Frau Jelinek singt's literarisch,
Herr Hinterberger proletarisch,
Frau Spira boshaft und perfid:
Des Nestbeschmutzers garstig Lied.
Es ist parteiisch und politisch,
gehässig eifernd, anstatt kritisch,
schwarz-weiß, den dümmsten Possen gleich,
plump und an Unflat überreich.
Das Volk kann kaum den Mist ertragen.
Doch er ist Staatskunst sozusagen.

Wolf Martin

....gehässig eifernd, anstatt kritisch, schwarz-weiß, den dümmsten Possen gleich, plump und an Unflat überreich....

10.Juni 1996: Blamage für LH Pühringer. In einem Leserbrief hatte er einen Kommentar der Fachzeitschrift "a3-Umwelt" wegen der "klaren Worte" zu Lambach gelobt. Diese "klaren Worte" hatten u.a. ge-

²⁰ Seledec scheint in unserer Chronik mit folgendem Eintrag auf: **18.Oktober 1995:** *In Wien wird in der Alpenmilchzentrale im 4.Bezirk, Weyringergasse 34-36 die Ausstellung Vernichtungskrieg, Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944 eröffnet Als Partisanenbekämpfung getarnte Ausrottung der Zivilbevölkerung, im besonderen der jüdischen, Liquidierung der Kriegsgefangenen durch mangelnde Versorgung - das wollen wieder so manche überhaupt nicht wahrhaben, sie wehren sich gegen die "Kollektivschuld", offenbar sind sie für die kollektive Unschuld. Neben Gudenus tritt auch der ORF-Redakteur Seledec als Wehrmachtsbeschützer in Erscheinung.*

lautet: „Gelogen, verdreht und emotionalisiert wird dazu, daß der Vater der Nazi-Propaganda, Joseph Goebbels, samt seinen stalinistischen Pendants davor und danach ihre Freude hätten“. Als von den Medien darauf hingewiesen wurde, hatte Pühringer plötzlich den Kommentartexte bloß noch überflogen...

Als der Karikaturist Haderer in der folgenden Samstagsausgabe der OÖN die Lambacher Kraftwerksgegner als Nazi karikiert, läßt das pühringerfreundliche Blatt einen Teil der Auflage einstampfen und mit einer anderen Karikatur neu drucken. Haderer erklärt wegen dieser Zensurmaßnahme, seinen Vertrag mit den OÖN nicht mehr zu verlängern (wir könnten ihm den Tip geben, es einmal mit einer ÖTB-Karikatur zu versuchen, das gäbe wohl wieder eine sichere Arbeit für den Reißwolf).

10.Juni 1996: Die Caritas kritisiert die Haltung des ÖGB in der Ausländerfrage. Man solle Ausländer nicht nur als Konkurrenten und Gebührenzahler, sondern als Menschen sehen.

10.Juni 1996: Zur "Volksabstimmung über die Ausländerpolitik des Traumdüos Einem-Khol" will die FPÖ die EU-Wahl am 13.Oktober machen. Der Entwurf zum Fremdenrechtsänderungsgesetz bezeichnet FP-Klubobmann Stadler als „lupenreine linke Politik“, eine massive Zuwanderungspolitik sei beabsichtigt. Unter dem Titel "Familiennachzug" werde sich der Ausländerzuzug versechsfachen.

13.Juni 1996: Zum SJ-Antrag betreffend die Welser "**braunen Flecken**" das SP-Schiedsgericht einzu-berufen, meint der Braunauer Bürgermeister Skiba über seinen Partei- und Amtskollegen Bregartner, es bleibe für ihn selbst unter Berücksichtigung einer jahrelangen Freundschaft unverständlich, warum sich Karl Bregartner nicht von seiner Linie abbringen ließe. Dahinter vermutet Skiba auch das Buhlen um Wählerstimmen aus einem Lager „dessen Haltung bei weitem nicht so harmlos ist.“ Der oö. LH-Stellvertreter Hochmair plädiert nach wie vor für "politische Diskussionen", geradeso als lasse sich der Welser Bürgermeister durch Diskussionen beeinflussen. Bisher waren ihm alle Beschlüsse von Parteigremien bis zum Parteitag einfach egal.

13.Juni 1996: Einen bemerkenswerten engen Mitarbeiter hat der steiermärkische SP-Obmann Schachner-Blazizek. Ein gewisser Theobald Müller stand als "Hobbyhistoriker" und Ordenssammler jahrelang in engem Kontakt zu den SSlern von der Kameradschaft IV - dort war ihm sogar die Funktion eines "Militärhistorikers" für den SS-Veteranenverband angeboten worden, diese Funktion lehnte er ab: *Aus zeitlichen Gründen*. Schachner stellt sich schützend vor Müller und spricht von einer "großen Jugendtorheit". Das der spätgeborene (Jahrgang 1960) SS-Interessent am Ulrichsbergtreffen teilnahm, will Schachner nicht kommentieren. *Jugendtorheit?* Landesgeschäftsführer Herper sieht das nicht so locker: „Wir haben mit Recht den Auftritt Jörg Haider vor der SS-Kameradschaft IV heftig kritisiert und jetzt haben wir in den eigenen Reihen ein Ex-Mitglied. (...) Es gibt keine Gnade der späten Geburt. Man kann nicht mehr sagen, man habe nichts gewußt. Immerhin hatten wir vor vier Jahren auch den Konflikt um den Ehrenschatz für das K-IV-Jubiläum ²¹ in Graz“.

13.-15.Juni 1996: In Wien veranstaltet das DÖW gemeinsam mit dem Justiz-, Innen- und Wissenschaftsministerium, dem Institut für Wissenschaft und Kunst, dem Institut für Zeitgeschichte und dem Boltzmann-Institut für Wissenschaft und Kunst das internationale Symposium "Entnazifizierung und Nachkriegsprozesse".

Juni 1996: Nach einem Bericht des Innenministeriums wurden 1995 wegen rechtsextremer Aktivitäten insgesamt 621 Anzeigen erstattet, 102 Hausdurchsuchungen durchgeführt, 19 Personen festgenommen und 89 wegen rechtsextremer Straftaten verurteilt. Bei den rechtsextremen Aktivisten gab es einen Generationswechsel, Jahrgänge bis 1975 wurden durch "Nachwuchskräfte" ersetzt. Zu den Briefbombenanschlägen gingen bisher rund 7.300 Hinweise ein, von denen bisher ungefähr 5.000 bearbeitet worden sind. Bei einer Kontoeröffnung eines "flüchtigen Revisionisten" (höchstwahrscheinlich Gerd Honsik) wurden Kontobewegungen in Millionenhöhe festgestellt.

14.Juni 1996: Haider fordert die Rückführung von arbeitslosen Gastarbeitern. Einem sagt dazu, Haider gaulke wieder einmal vor, daß seine "Ausländer-Raus-Strategie" die weltweiten Arbeitsmarktprobleme

²¹ **Anfang Mai 1992:** Landeshauptmann Krainer (ÖVP), Landeshauptmannstellvertreter Schachner-Blazizek (SPÖ) und Landtagspräsident Wegart (ÖVP) haben sich bereit erklärt, den Ehrenschatz für die 40-Jahr-Feier der 'Kameradschaft IV' zu übernehmen. LH und LH-Stvtr. versuchen sich zuerst auf ihre Sekretariate auszureden, von welchen solche Ehrenschatze haufenweise arrangiert würden. Dann entschließt man sich zur "Prüfung" der Angelegenheit. **10.Mai 1992:** Der stmk. SPÖ-Chef Schachner-Blazizek zieht nach eifrigem Überlegen seinen Ehrenschatz für die SS-Kameradenveranstaltung zurück, zur Vereinszeitung der 'K IV' sei eine "eindeutige Distanzierung notwendig", Krainer denkt weiter nach und wartet das Ergebnis einer Überprüfung ab. **13.Mai 1992:** Die steiermärkische Landesleitung der 'Kameradschaft IV' verzichtet auf den Ehrenschatz durch die Landespolitiker. LH Krainer unterstreicht seinen "Respekt vor der Kriegsgeneration" .

lösen könne.

14.Juni 1996: Bregartner sieht sich zu unrecht attackiert, für den Namen der ÖTB-Halle sei der Turnverein zuständig, die ÖTB-Subvention erfolge aus sportlichen Gründen, Kernstock-Straßen gebe es auch in anderen Gemeinden.

16.Juni 1996: Präsidentenwahlen in Rußland. Im ersten Durchgang erreichen Jelzin 34,8%, Sjuganow (KP) 32,3%, General Lebed 14,4%. Der Rechtsextremist Schirinowskij bekommt nicht ganz 6%.

18.Juni 1996: Haider verlangt die Rücknahme des von Einem und Khol ausgehandelten Ausländerintegrationspaketes und fordert einen Einwanderungsstopp. In die Verfassung soll eine Bestimmung aufgenommen werden, nach der Österreich kein Einwanderungsland ist.

18.Juni 1996: Für die SP-Bundesparteivorstandssitzung liegen zwei Anträge zu den *"braunen Flecken"* in Wels vor. Auf Antrag von SJ-Obmann Delfs soll Bregartner aus der SPÖ ausgeschlossen werden, Bregartner-Sekretär Wimmer beantragt den Ausschluß von Delfs.

18.Juni 1996: Menschenrechtsverletzungen in 146 Staaten meldet der Amnesty-Jahresbericht. Das Österreich-Kapitel behandelt die Rippenbrüche eines "irrtümlich" verhafteten Ägypters und die Mißhandlungen des Journalisten Wolfgang Purtscheller durch die Polizei²².

18.Juni 1996: Im Kärntner Landeswahlrecht wird es kein Volksgruppenmandat für die slowenische Minderheit geben, das beschließt der entsprechende Landtagsausschuß.

19.Juni 1996: Einstimmig beschließt der SP-Bundesparteivorstand die Einsetzung einer Kommission die die **Beseitigung** der Welser *"braunen Flecken"* in die Wege leiten soll. Damit erleidet Bregartner eine vollständige Niederlage. Er hatte bis zuletzt nicht begriffen, daß der Parteivorsitzende Vranitzky die Haltung des Welser Bürgermeisters überhaupt nicht goutiert. Die Kommission zur Beseitigung der *braunen Flecke* wird aus einem Mitglied des Parteipräsidiums, aus einem Vertreter der Welser SPÖ, einem Vertreter der SPÖ Oberösterreichs, Karl Delfs und einem von diesem namhaft gemachten Experten bestehen.

Bis Jahresende muß die Angelegenheit abgewickelt sein. Inhaltlich werde über das Ausschlußverfahren dann nicht mehr diskutiert. *„Dann führt kein Weg daran vorbei“*, so Delfs.

Zweite Junihälfte 1996: Verärgerung und Heiterkeit ruft die einsame Entscheidung von VP-Chef Schüssel hervor, Karl Habsburg an die zweite Stelle der Kandidatenliste für die EU-Wahl zu setzen. Der Spitzname "Susi und Strolchi" für das Duo Stenzel & Habsburg zieht durch die Gazetten. In einem NEWS-Interview gackert der Karl über die Französische Revolution folgendes zusammen: *„Für mich ist die Französische Revolution etwas, was absolut grotesk ist. Freiheit ist sehr nett, und Brüderlichkeit ist auch okay, aber Gleichheit ist immer auch die größte Ungerechtigkeit“* - ist ja auch klar, ohne diese verdammte Gleichheit wäre die **ÖVP-Trumpfkarte** für die EU-Wahl jetzt "Kronprinz" in Österreich. Man stelle sich das bloß einmal real vor: Jetziges Staatsoberhaupt Otto I. - sein Nachfolger Karl II.

Nachdrücklich gedankt sei unseren Vorfahren von 1918, die diese Herrschergesellschaft aus dem Verkehr gezogen haben.

20.Juni 1996: Der Welser ÖVP ist wegen irgendwelcher *"brauner Flecke"* nichts bekannt. Bisher hatte man keinerlei Handlungsbedarf. Schließlich gebe es sechzig Kernstockstraßen in Österreich und der ÖTB sei ein Verein wie jeder andere.

Zweite Junihälfte 1996: Die vom Arbeitsmarktservice unterstützte "Aktion 8000" sieht sich mit eigenartigen Vorgaben konfrontiert. Die Antragsformulare verlangen neuerdings: *„Die/die Beihilfenwerber/in verpflichtet sich, daß keine politischen Zielsetzungen verfolgt oder Tätigkeiten durchgeführt werden, die auf eine Veränderung der Rechtsordnung und/oder der öffentlichen Institutionen ausgerichtet sind“*. Euch Subversivlinge werden wir nicht subventionieren!

20.Juni 1996: NEWS berichtet, man habe gegen den mit behördlicher Mithilfe seinerzeit nach Spanien geflüchteten rechtskräftig verurteilten Neonazi Gerd Honsik Strafanzeige erstattet. Der Alt-Neonazi hatte

²² **26.April 1996:** Berufung legt die Wiener Staatsanwaltschaft gegen die Freisprüche für drei Polizisten ein, die einen 36jährigen Ägypter irrtümlich für einen Drogendealer gehalten und bei der Festnahme schwer mißhandelt hatten. Der Richter hatte akzeptiert, daß die Polizisten den Regenschirm des Ägypters als potentielle Waffe betrachtet und deswegen dem Festgenommenen drei "Ripperl" brachen. **22.September 1994:** Die Fremdenpolizei sucht im ERNST-KIRCHWEGER-HAUS in Wien-Favoriten nach abzuschiebenden Ausländern. Dabei wird der bekannte antifaschistische Journalist Wolfgang Purtscheller von der Polizei erheblich mißhandelt und muß mit Seitenbandriß ins Spital eingeliefert werden, nachdem ihm zuerst im Wachzimmer ärztliche Hilfe und die Verständigung seines Anwaltes verweigert worden war.

in der Aprilnummer seines Hetzblattes HALT, das er nach wie vor aus Spanien an ca. 10.000 Empfänger verschickt, behauptet, der NEWS-Journalist Athanasiadis könnte in Angelegenheiten Briefbomben "Jäger oder Täter" sein. NEWS verlangt nun die Auslieferung von Honsik wegen Verleumdung.

Extra erwähnenswert, daß Honsik die Staberl-Lüge, der Mastenanschlag sei am 20. April erfolgt, wieder gibt.

22. Juni 1996: Anlässlich des 95. Geburtstages unserer unvergessenen Rosa Jochmann (verstorben am 28.1.1994) findet in Wien ein Symposium mit dem Titel "Ein Kampf, der nie zu Ende geht.." zum Thema "Rechtsextremismus in der Zweiten Republik" statt.

23. Juni 1996: In Berlin spricht der Papst die katholischen Priester Bernhard Lichtenberg und Karl Leisner selig. Beide waren wegen ihres Auftretens gegen die Judenverfolgungen Opfer des NS-Regimes geworden. Statt endlich einmal eine längst fällige Selbstkritik zu üben, behauptet der Papst aber wiederum, auch Pius XII. habe seinerzeit geholfen. An konkreter Hilfe ist die Fluchhilfe für eine Menge von NS-Verbrechern nach 1945 nachweisbar, zu den Judenverfolgungen hat der damalige Papst eisern geschwiegen! Die tiefen Dekolletés der Damen zu kritisieren, war ihm ein deutlicheres Anliegen.

23. Juni 1996: Vranitzky setzt sich während einer Nahostreise für eine Änderung der österreichischen Waffenexportbestimmungen ein.

25. Juni 1996: Die Anzeige gegen Einem in Sachen PKK wird ad acta gelegt.

25. Juni 1996: Der Verteidigungsminister fordert, daß Gedenkdienstleistende nicht in die Kranken- und Unfallversicherung einbezogen werden, da es sich um einen freiwilligen Dienst handle.

Zweite Junihälfte 1996: Vermehrte Kritik rufen Bescheide des Wiener Magistrats hervor. Die Ausländeraufenthaltsbehörde stellt "Kopftuchbescheide" aus: Familienzusammenführungen werden mit der Begründung verweigert, daß eine umfassende Integration nicht zu erwarten sei.

27. Juni 1996: In NEWS präsentiert der Richter im Ruhestand, Heinrich Gallhuber, eine Studie, daß sich Jörg Haider mit seinen Äußerungen zur Waffen-SS der NS-Wiederbetätigung schuldig gemacht haben könnte. Haiders Feststellungen seien „eine PR-Aktion für den Nationalsozialismus, seine Aussagen historisch falsch, seine Berufung auf deutsche Gerichtsurteile frei erfunden, seine Zeugen ungeeignet, daraus Ehre und Anerkennung für eine nationalsozialistische Verbrecherorganisation abzuleiten.“ Die jüdische Humanitätsorganisation B'nai B'rith erstattet gegen Haider Anzeige wegen NS-Wiederbetätigung.

29. Juni 1996: Nach neuesten Meinungsumfragen liegt die FPÖ z.Z. in der Wählergunst vor der ÖVP. Die SPÖ erhalte jetzt 34 - 36% der Stimmen, die FPÖ 24 - 26, die ÖVP 23 - 25.

30. Juni 1996: Die SOZIALISTISCHE JUGEND wählt einen neuen Bundesvorsitzenden. Karl Delfs scheidet aus Altersgründen aus dieser Funktion aus, sein Nachfolger wird der Steirer Robert Pichler.

1. Juli 1996: Der Kanzleibeamter des Innenministeriums Martin M., ein ehemaliger Bezirkspolitiker der FPÖ, hatte sich als unbefugter Ermittler zum Bombemattentat von Oberwart betätigt und u.a. versucht, den Journalisten Wolfgang Purtscheller mit dem Anschlag in Verbindung zu bringen. Außerdem soll er seine "Ermittlungsergebnisse" an die FPÖ weitergegeben haben. Es besteht der dringende Verdacht, daß M. der langgesuchte "Maulwurf" der Freiheitlichen im Innenministerium sein könnte. Er wird nunmehr vom Dienst suspendiert.

4. Juli 1996: Vranitzky besucht anlässlich seiner Polenreise auch das ehemalige KZ Auschwitz. In einer Rede erinnert er daran, daß nicht nur zahlreiche Opfer, sondern auch viele Täter aus Österreich kamen.

7. Juli 1996: In Polen gedenkt man des letzten Judenpogroms vor 50 Jahren. Im Juli 1946 waren im Städtchen Kielce 42 Juden von einem antisemitischen Mob erschlagen wurden.

7. Juli 1996: Am Radberg bei Klagenfurt wird ein Mahnmal enthüllt, das an die Vertreibung der Kärntner Slowenen erinnert. Finanziert wurde es vom Verband der ausgesiedelten Slowenen, dessen Sekretär Rado Janezic erklärte dem STANDARD dazu: „Es hat bis heute gebraucht, ein solches Denkmal überhaupt errichten zu können. Eine öffentliche Würdigung des Leids der vertriebenen Kärntner Slowenen steht immer noch aus.“ Bis in die Fünfzigerjahre dauerte der mühselige Kampf um die Rückertstattung des ehemaligen Besitzes, die Anerkennung als gleichberechtigte NS-Opfer erfolgte erst Ende der Achtzigerjahre. Als man sich an den Klagenfurter Bürgermeister Guggenberger mit dem Vorschlag wandte, das Denkmal in Klagenfurt zu errichten, erhielt man dazu keine Antwort, sondern eine Spende: Fünfhundert Schilling. An der Mahnmalenthüllung nahm neben den slowenischen Organisationen als offizieller Vertreter des Landes Kärnten nur der stellvertretende Landesamtsdirektor teil.

8. Juli 1996: Der bosnische Serbenführer Karadzic und sein Armeeführer Mladic werden vor dem UNO-Kriegsverbrecherprozeß in Den Haag des geplanten Völkermordes angeklagt.

8.Juli 1996: Vor 10 Jahren wurde Waldheim als Bundespräsident vereidigt. Kurzfristig war die Präsidentschaft Waldheims ein Sieg der Gestrigen und der Vergangenheitsverdränger. Jetzt, zehn Jahre später kann man sagen, daß mit dieser Präsidentschaft des so vergeßlichen Herrn Kurt Waldheim die österreichische Lüge vom österreichischen Unbeteiligtsein am Nazismus endete. Die Vergangenheit kehrte damit in die Gegenwart zurück, das zwanghafte Schweigen kam zu einem Ende.

8.-14.Juli 1996: Mit einer Aktionswoche unter dem Motto "Lebenslust statt Rassenreinheit" wird anlässlich des Bundesturnfestes des Turnerbundes in Krems Aufklärungsarbeit über die Tätigkeit der lt. DÖW wichtigsten rechtsextremistischen Organisation Österreichs geleistet. Gegen die Verwendung des ÖTB-Hakenkreuzes wurde von der nö. SJ und der KPÖ wegen Verstosses gegen das Abzeichengesetz Anzeige erstattet. Unterstützt wird der rechsextreme Sportverein wie gewohnt durch führende Landespolitiker. LH Pröll und LH-Stvtr. Prokop melden sich in der Festschrift zu Wort, der Kremser Altbürgermeister Grabner grüßt die Turnbrüder und -schwestern mit "Gut Heil" Subventionen für die deutschen Turner gibt es von Stadt, Land und Bund.

10.Juli 1996: Im Zuge der Politikerbezügereform bequemt sich nunmehr auf Drängen von Haider der freiheitliche Nationalratspräsident Brauneder dazu, seinen Posten als Stadtrat von Baden zurücklegen zu wollen.

11.Juli 1996: Der Präsident der Europäischen Liberalen, der Däne Ellemann-Jensen, fordert, daß alle Neutralen und die östlichen Reformstaaten der NATO beitreten sollen. Wer heute der Allianz nicht angehöre, der sei ein sicherheitspolitischer Trittbrettfahrer.

11.Juli 1996: Die NRW müssen teilweise wiederholt werden. In Donnerskirchen (Burgenland) waren falsche Stimmzettel eines anderen Wahlbereiches verwendet worden, in Reutte (Tirol) hatte die in Wien wahlberechtigte ehemalige VP-Familienministerin Moser unberechtigt ihre Stimme abgegeben. Die FPÖ erhofft sich dabei, der ÖVP das nur um 13 Stimmen verpaßte 41. Mandat abzuknöpfen. Die Wahlwiederholungen werden gleichzeitig mit der EU-Wahl am 13.10. durchgeführt.

11.Juli 1996: Dr. Neugebauer vom DÖW stellt eine neue Broschüre vor: *"...ihrer Überzeugung treu geblieben; Rechtsextremisten, Revisionisten und Antisemiten in Österreich"* - ins Visier genommen wird nicht nur die kleine Gruppe von Neonazis, die wirklich Gefährlichen seien die Freiheitlichen rund um Haider. Berichtet wird auch von einem Vergleich mit Haider: man ist übereingekommen, Auseinandersetzungen nicht mehr vor Gericht auszutragen.

11.Juli 1996: In Nordirland erlaubt die Polizei die provokatorischen Aufmärsche von rechtsextremistischen Protestanten durch katholische Viertel.

12.Juli 1996: Nationalratspräsident Fischer spricht sich gegen eine "starre Position" zu einem NATO-Beitritt aus.

13.Juli 1996: In Buenos Aires werden vierzehn Polizisten wegen des Verdachtes der Beihilfe zum Bombenanschlag auf das jüdische Gemeindezentrum ²³ festgenommen. Gegen zwei wird in der Folge ein Gerichtsverfahren eingeleitet.

14.Juli 1996: Das Handelsgericht Wien weist einen Antrag Haiders auf einstweilige Verfügung ab. Der FP-Obmann wollte damit dem SP-Klubobmann Kostelka untersagen, Haider als Naziwiederbetätigter zu bezeichnen. Kostelka hatte zu Haiders Rede in Krumpendorf geäußert, ein Naziwiederbetätigter habe im Parlament nichts verloren. Das Gericht bewertet dies als zulässige Äußerung in einer politischen Auseinandersetzung.

Erste Julihälfte 1996: Auf heftige Kritik stößt die Absicht, in Innsbruck auf einer Gedenktafel am ehemaligen GESTAPO-Gebäude exemplarisch als Opfer den Polizeimajor Hickl anzuführen. Dieser war beim Nazi-Putsch vom Juli 1934 von der SA umgebracht worden. Die Widerstandskämpfer wehren sich dagegen, einen Repräsentanten der klerikalfaschistischen Diktatur, der noch dazu gar kein Opfer der GESTAPO war, auf der Gedenktafel anzuführen.

Mitte Juli 1996: In Wien verlangen die Bezirksvorsteher des XV. und des XIX. Bezirkes eine andere "Aufteilung" der Ausländer. Durch Umgehung des Mietrechtes mit Sechsmontatsverträgen für desolate Altbauten verschaffen sich Spekulanten exorbitante Gewinne durch die Ausbeutung ausländischer Wohnungssuchender.

15.Juli 1996: Der vormalige Linksblinker Josef Cap spricht sich für einen NATO-Beitritt aus. Weil er als SPÖ-Bundesgeschäftsführer abgesägt wurde, will er jetzt anscheinend als Überdrübervorreiter der

²³ **18.Juli 1994:** Als Auftakt einer Anschlagserie sprengen unbekannte Täter in Buenos Aires das jüdische Zentrum. Die tagelange Suche nach Verletzten und Toten erbringt 86 Todesopfer des Anschlages.

NATO-Arschkriecher seine Existenzberechtigung nachweisen. Die FPÖ bietet ihm nach entsprechender SPÖ-interner Kritik völlig zurecht sogleich Asyl an. Den Cap können die Freiheitlichen gerne geschenkt erhalten! Peppi, wir verachten dich!

18.Juli 1996: Die Sanierung der Roma-Siedlung in Oberwart wird nunmehr vom holländischen Bauorden in Angriff genommen. Österreich hatte das Vorhaben innerhalb von eineinhalb Jahren nicht in die Tat umsetzen können. Die Stadt Oberwart übernimmt die Unterbringung und Verpflegung der zwölf Niederländer.

Mitte Juli 1996: Die japanische Regierung sagt jetzt Entschädigungszahlungen für ehemalige koreanische Zwangsprostituierte zu, die während des Zweiten Weltkrieges den japanischen Soldaten als "Trostfrauen" zu dienen hatten.

18.Juli 1996: Vor sechzig Jahren begann der Putsch des spanischen Obristen Franco gegen die demokratisch gewählte republikanische Regierung. Rund 35.000 Freiwillige aus der ganzen Welt kämpften in den *Internationalen Brigaden* gegen die faschistischen Putschisten. Aus Österreich stammten ca. 1.500, die sich im Bataillon "12. Februar" zusammenschlossen. Die mangelhafte Unterstützung der Republik, die großangelegte Hilfe durch Hitler und Mussolini für Franco führten 1939 zum Sieg der Faschisten und zur Errichtung einer jahrzehntelangen Diktatur in Spanien, die erst durch Francos Tod 1975 ihr Ende fand.

Anfang zweite Julihälfte 1996: In Linz "gelingt" es den Behörden, zwanzig "Roma-Gespanne" vom Pichlinger See zu vertreiben. Wie die OÖN schreiben, hatten „zu verschiedene Auffassungen von Hygiene, Ordnung und Kultur“ zu heftigen Protesten in der Bevölkerung geführt. Wenn schließlich Kinder ihre Notdurft außerhalb der WC-Anlagen verrichten, dann muß den Zigeunern Ordnung beigebracht werden, jawoll! (Wenn man in Österreich jeden, der manchmal im Freien brunzt, wegweise, Österreich wäre männerleer).

22.Juli 1996: NATO-Generalsekretär Solana erwartet, daß Österreich der NATO beitrifft. NATO-Fan Fasslabend spricht sich gegen eine Volksabstimmung über einen Beitritt aus. Kurz darauf wird folgende Schwachsinn-Variante verbreitet: Österreich tritt der NATO in Europa bei, außerhalb Europas bleiben wir neutral. Also für Kolonialkriege samma ned (außer vielleicht gegen Saddam Hussein).

24.Juli 1996: In der Programmzeitschrift TV-MEDIA erscheint ein Interview mit Richard Nimmerrichter. Es beweist: "Staberl" verstellt sich in seiner Kolumne nicht, der ist wirklich so! (Eine Woche später wird sein Pendant in TÄGLICH ALLES interviewt: Man hält keine Staberl-Steigerung für möglich und doch ist es so)

25.Juli 1996: Das Innenministerium gibt bekannt, daß zwei Tatverdächtige Rechtsextremisten zur Eisenstädter Friedhofsschändung²⁴ ermittelt wurden.

26.Juli: Als Nachfolger für den FP-Nationalrat Schweitzer rückt ein ehemaliger NDP-Aktivist in den Gemeinderat von Oberwart nach.

28.Juli 1996: In der Türkei beenden politische Häftlinge ihren Hungerstreik, der bis dahin zwölf Tote gefordert hat. Auf Grund ausländischen Druckes bequeme sich die türkische Regierung nun dazu, verbesserte Haftbedingungen zuzusagen. Die Situation Oppositioneller in der Türkei ist immer noch eine weiterwirkende Folge des Kalten Krieges. Während seinerzeit jedwedes Vorgehen gegen Regimekritiker in den Ostblockstaaten sofort auf heftige politische und mediale Kritik in den westlichen Ländern stieß, war die politische Situation in der Türkei denselben Staaten praktisch nie ein Thema, die Türkei war ja bei der NATO und hatte damit menschenrechtliche Narrenfreiheit. Offenbar bis heute.

Gegen Ende Juli 1996: Die drei österreichischen Geheimdienste (Stapo, Heeresnachrichtenamt und Abwehramt) sollen zu einem Geheimdienst zusammengelegt und einem Regierungsbeirat unterstellt werden. Für die beiden Bundesheergeheimdienste gibt es bisher keine gesetzliche Grundlage, nachdem die staatliche Verwaltung nur auf der Basis von gesetzlichen Regelungen ausgeübt werden kann (§18 der Verfassung), ist die Tätigkeit von HNA und AA faktisch illegal.

²⁴ **31.Oktober 1992:** Obwohl die Sicherheitsbehörden gewarnt worden waren, daß um die Zeit des Jahrestages der 'Reichskristallnacht' (9.November) mit nazistischen Ausschreitungen gerechnet werden müsse, können unbehelligt zwei oder drei Täter den jüdischen Friedhof in Eisenstadt schänden. Mit Hakenkreuzen, SS-Runen und Aufschriften wie "Sieg-Heil" und "Sieg-Haider" werden Grabsteine beschmiert, in einem Bekennerschreiben einer "Rassischsozialistischen Arischen Widerstandsbewegung" heißt es u.a. "daß Primitive, Äfflinge und deren Kadaverstätten im Arischen Lebensraum nicht länger duldbar sind (...) auf diese Weise wollen wir unserem Vorbild Jörg Haider einen Arischen Gruß zukommen lassen (...) Heil Haider!"

Ende Juli 1996: Die Behauptung von Verteidigungsminister Fasslabend, bei einem NATO-Beitritt Österreichs würden keine Atomwaffen in Österreich stationiert, entspricht nicht den Tatsachen. In einem Krisenfall wären binnen Stunden Kernwaffen in Österreich stationiert.

1. August 1996: Partik-Pablé, die Sozialsprecherin der FPÖ, fordert den Ausstieg Österreichs aus dem EU-Assoziationsabkommen mit der Türkei, weil nach einem Urteil des Verwaltungsgerichtshofes auf Grund dieses Abkommens, Türken, die länger als fünf Jahre in Österreich leben, freien Zugang zum Arbeitsmarkt haben.

1. August 1996: Im Prozeß gegen den SS-Offizier Erich Priebke in Rom erfolgt zwar ein Schuldspruch wegen der Beteiligung an den Massenenen in den Ardeatinischen Höllen am 24.3.1944, aber es wird "nur" auf mehrfachen Mord erkannt, was inzwischen der Verjährung anheimfällt. Es kommt wegen dieses gefinkelten Urteils zu entsprechenden Protestaktionen, Deutschland verlangt die Auslieferung, Priebke bleibt vorerst in Haft.

1. August 1996: Ein Wissenschaftler aus Mali fliegt zu einem Symposium nach Wien. Auf dem Weg von Schwechat zur Uni fällt er in der U-Bahn Drogenfahndern in die Hände und wird festgenommen. Was läuft so ein Schwarzer auch in Wien umher, statt bei den Affen im Urwald zu bleiben, erklärt man ihm auf der Polizeiwache.

1. August 1996: In NEWS erscheint schon wieder ein Interview mit Haider. Was hat er uns zu sagen? 1998 wird er Kanzler, wenn nicht aus eigener Kraft, dann in Koalition z.B. mit einer SPÖ unter Hannes Androsch. Zu Krumpendorf sagt er: *„Ich glaube, daß ich das alles vertreten kann, daß ich richtig dran getan habe, gegenüber der älteren Generation anständig zu sein. Aber die Möglichkeit zu schaffen für andere, eine Nazi-Diskussion zu verursachen mit jemandem, der das absolut nicht ist, war politisch zumindest nicht geschickt.“* Auf die Feststellung, die ÖVP halte Haider wegen der "Dritten Republik" für nicht regierungsfähig, kommt folgende Stellungnahme: *„Der Begriff "Dritten Republik" mag verwerflich sein - ich kann auch sagen: Die FPÖ vertritt ihn nicht mehr. Sie will nur eine spannende Verfassungsreform: schlanker Staat, bessere Kontrolle der Macht. Ein neues Rahmenwerk für den Umgang des Staates mit seinen Bürgern - am Beispiel der US-Verfassung.“*

Spricht das jetzt für Haider? Eher gegen die US-Verfassung. Ende der 3.-Republik-Propaganda? Was wird ihm dafür einfallen? Und sein "anständiges" Verhalten zur "älteren Generation"? Besteht die "ältere Generation" aus lauter gesinnungstreuen SSLern?

Anfang August 1996: In Frankreich werden vier Skinheads festgenommen, die verdächtig sind, 1990 einen jüdischen Friedhof schwerst verwüstet zu haben. Es war sogar ein kürzlich Verstorbener auf einen Sonnenschirm aufgespießt worden.

2./3. August 1996: Im STANDARD erscheint eine Artikelfolge von Innenminister Einem zur Neutralitätsdebatte. Dabei knallt er Exaußenminister Mock eine über den Rüssel: *„Wenn heute das Wort vom Trittbrettfahren gerade von denen gern im Mund geführt wird, die bei Beginn des Konflikts (in Jugoslawien) für die Rolle des hoppaufzufendenden Kiebitz verantwortlich waren, so zeigt sich zwar späte Einsicht, daß diese Rolle nicht auf Dauer aufrecht erhalten werden kann. Aber die Antwort lautet deshalb dennoch keineswegs notwendig: Beitritt zu einem Militärbündnis. Sie heißt: Aktive Neutralitätspolitik, vermittelndes Engagement vor Eskalation und Enthaltensamkeit bei der tatenlosen Parteinahme. (..) Die Antwort auf die verfehlte Jugoslawienpolitik Mocks heißt nicht NATO, sondern Rückkehr zur aktiven Neutralität. Die Antwort auf die ungelösten Fragen der europäischen Politik heißt nicht Militärbündnis, sondern gemeinsame Politikformulierung - Friedenspolitik nach außen, menschenorientierte Politik im Inneren.“*

Dichand tobt deswegen kurz darauf in der KRONENZEITUNG. Er setzt sich natürlich nicht inhaltlich auseinander, er findet es schon verwerflich genug, daß ein von ihm gehaßter Minister in einer anderen Zeitung zwei Seiten lang seine Meinung veröffentlichen kann!

3. August 1996: Meinungsumfrage zur NATO: Für einen Beitritt sind nur 23%, aber 58% erwarten, daß er auch gegen den Willen der Österreicher durchgeführt werden wird.

5. August 1996: Zum geplanten Holocaust-Mahnmal am Wiener Judenplatz hat es bis zuletzt heftige Meinungsverschiedenheiten gegeben. Ohne die Debatte zu beenden, wird nun mit den Bauarbeiten begonnen.

In den Wind gereimt

Im Sinne des Herrn Hrdlicka
steht schon ein großes Mahnmal da.
Jetzt bauen sie ein zweites Mal
im Sinne des Herrn Wiesenthal,
das dem Herrn Zelman nicht gefällt.
Wann wird ein drittes hergestellt?

Wolf Martin

In der KRONENZEITUNG wird wieder Empörung kundgetan. Für die Helden der großdeutschen Wehrmacht steht in jeder österreichischen Gemeinde ein Heldendenkmal. Für das Kleinformat ist es anscheinend eine Frechheit, wenn man jetzt wegen diesem Holocaust auch noch irgendwelche Gedenkstätten errichtet.

6. August 1996: Vorschlag von Innenminister Einem: Man solle die Familien von allen jetzt in Österreich befindlichen Gastarbeitern so behandeln, wie der Verwaltungsgerichtshof dies jetzt für die Türken vorgeschrieben hat und dafür bei Neuzuwanderungen restriktiver sein. FP-Bundesgeschäftsführer Schweitzer meint daraufhin, daß „*dieser Innenminister mit seinen verrückten und verantwortungslosen Ideen*“ der Bevölkerung nicht mehr zumutbar sei. ÖGB, AK, die Wiener SPÖ und die ÖVP sind ebenfalls nicht für den Vorschlag Einems.

9. August 1996: Im STANDARD schreibt Adalbert Krims zum Thema NATO u.a.: „*Für Österreich würde das bedeuten, daß es im Falle des NATO-Beitritts seine Position gegenüber den außerhalb des Bündnisses stehenden Staaten Europas und der übrigen Welt verändert und damit die mit der Neutralitätspolitik verbundenen Chancen der Vermittlung aufgegeben würde. Auch könnte Österreich keinen eigenständigen Beitrag zur Schaffung eines wirklich gesamteuropäischen Sicherheitssystems mehr leisten. Und schließlich wären mit einem NATO-Beitritt vermehrte Kosten sowie die mögliche Entsendung österreichischer Soldaten in internationale Konfliktgebiete verbunden, ohne daß Österreich dadurch "sicher" wäre.*“

9. August 1996: Bisher wurden über 1000 Emigranten vom JEWISH WELCOME SERVICE und der Stadt Wien zu einem Wienbesuch eingeladen. Weitere 2000 Anmeldungen liegen noch vor.

12. August 1996: PROFIL berichtet, daß die kürzlich ermittelten Verdächtigen der Schändung des Jüdischen Friedhofs in Eisenstadt, Funktionäre oder Mitglieder des Ringes Freiheitlicher Jugend (RFJ) waren. Am 14.12.91 war die Bezirksgruppe Oberwart des RFJ in Anwesenheit des heutigen FP-Bundesgeschäftsführers Karl Schweitzer gegründet worden, der damals bestellte 2. Obmannstellvertreter Wolfgang T. hat inzwischen die Teilnahme an der Friedhofsschändung gestanden, der an der Gründung der RFJ-Bezirksgruppe beteiligte Student Christian Wilhelm A. wird mit Haftbefehl gesucht. Außerdem ist die Obfrau der Bezirksgruppe, Anita M., mit dem unlängst suspendierten Beamten des Innenministeriums verheiratet, der im Verdacht steht, die "undichte Stelle" im Ministerium zu sein, von wo die FPÖ regelmäßige Informationen erhielt (siehe 1. Juli). Die FPÖ hatte ja die längste Zeit behauptet, die Eisenstädter Friedhofsschändung sei eine "linksextreme Provokation" gewesen.

12. August 1996: Der burgenländische RFJ erklärt, daß die beiden Friedhofsschändungsverdächtigen wegen Nichtbezahlung der Mitgliedsbeiträge keine Mitglieder gewesen wären. Dem steht gegenüber, daß einer der Tatverdächtigen bei den Gemeinderatswahlen für die FPÖ kandidiert hat.

13. August 1996: Fidel Castro feiert seinen 70. Geburtstag. Nach dem Endsieg des Kapitalismus ist Kuba wahrscheinlich ein letzter Ort des Widerstandes gegen die Allmacht des Mehrwertes. Den Imperialisten wird es letztlich gelingen, auch Kuba wieder in ihre Gewalt zu bringen. Lieber Genosse Fidel Castro, wir sind trotzdem mit Dir! Der konkurrenz- und alternativlose Kapitalismus widerspricht schließlich sogar seinen eigenen Gesetzen. Die sogenannte "soziale Marktwirtschaft" hat es ja auch nur deswegen gegeben, weil es realsozialistische Konkurrenz gab. Das kapitalistische Wirtschaftsmonopol wird insgesamt dieselben Auswirkungen haben wie jedes andere Monopol auch.

Erste Augushälfte 1996: Die Debatten über die Ausländerbeschäftigung gehen weiter. Die KRONENZEITUNG hat wieder ein Thema, um gegen "Suppen"-Caspar Einem hetzen zu können. Es ist dabei natürlich für dieses Blatt mit keiner Zeile notwendig, auf die tatsächlichen Äußerungen des Ministers einzugehen. Während sich der Wiener Bürgermeister Häupl zuerst gegen Einem äußerte und dann relativierte (Öffnung des Arbeitsmarktes, wenn das Beschäftigungspotential steigt), tritt der Grazer Bürgermeister Stingl auf die Seite Einems, „*Vieles an der Aufregung deutet auf politische Ängste vor dem*

Wahltag am 13. Oktober hin. In der Sache hat Einem jedenfalls recht. Aus unserer kommunalpolitischen Erfahrung in Graz wissen wir, wer hier legal lebt, soll auch legal arbeiten dürfen.“

Für die EU-Wahlen am 13.10. wird verschiedentlich sogar schon vermutet, daß die FPÖ stärkste Partei werden könnte.

14.August 1996: Laut NEWS schrieb der noch flüchtige Tatverdächtige in Sachen Friedhofsschändung Ende Juli einen Brief an den ORF - er bestreitet darin die Tat und kündigt an, er werde sich der deutschen Polizei stellen, weil er der österreichischen nicht traut.

14.August 1996: Gegen Priebeke wird in Italien von Angehörigen der Opfer eine Zivilklage eingebracht.

16.August 1996: Die Rücktrittsaufforderungen der anderen Parteien an den FP-Bundesgeschäftsführer Karl Schweitzer wegen dessen Kontakte zu den mutmaßlichen Eisenstädter Friedhofschändern werden von der FPÖ zurückgewiesen. Man könne schließlich den Leuten nicht in die Köpfe schauen. Als weiteres Argument wird angeführt, daß ein Tatverdächtiger aus einer SP-Familie, der andere aus einer VP-Familie stammt. Die FPÖ hatte übrigens seinerzeit auch eine Belohnung für die Ergreifung der Täter ausgelobt. Ob man die schon ausbezahlt hat?

Bekannt wird inzwischen auch, daß der flüchtige Tatverdächtige Christian Anderle 1992 Listenzweiter auf der GRW-Liste der FPÖ von Stadtschlaining war und ein Mandat knapp verpaßte.

17.August 1996: Wie jedes Jahr begehen auch heuer die Neonazis den Todestag von Hitlerstellvertreter Rudolf Heß mit Aufmärschen. In Wunsiedel (wo Heß begraben ist) verhindert die Polizei Demonstrationen, 360 Anreisende wurden festgenommen. Obwohl in mehreren deutschen Bundesländern ein entsprechendes Verbot herrschte, können dreihundert Nazis in Worms eine Kundgebung abhalten, in Merseburg demonstrieren 150 Nazis unbehelligt, auch in Bad Harzburg gibt es eine kleine Kundgebung, in Oberfranken ein Skinhead-Konzert mit 1000 Teilnehmern.

Mitte August 1996: Haider erhält eine Steuergutschrift von 450.000 öS.

19.August 1996: SP-Bundesgeschäftsführerin Ederer will von Haider wissen:

1. Hat der FP-Mandatar und Beamte des Heeresnachrichtendienstes Jung in Haiders Auftrag Nachrichtendienstmitarbeiter angewiesen, die Öffentlichkeit mit falschen Angaben zum Oberwarter Attentat zu versorgen?
2. Hatten führende FP-Funktionäre Kontakte zum Beamten des Innenministeriums und FP-Mitarbeiter Martin M., der rechtswidrige Ermittlungen in Oberwart durchführte?
3. Welche Kontakte gab es zwischen Westenthaler, dem Neonazi Peter Binder und Nachrichtendienstmitarbeiter mit dem Zweck, die Spur bei der Friedhofsschändung von den Tätern abzulenken?

Antworten wurden FP-seitig keine gegeben. Dafür wird Othmar Karas attackiert, weil Gottfried Küssel Mitglied der JVP gewesen sei. Von der Jungen Volkspartei wird dazu festgestellt, daß sich Küssel 1987 unter Angabe eines falschen Vornamens (Heinrich) in die JVP einzuschleichen versuchte, aber sofort ausgeschlossen wurde, als seine Identität bekannt war.

21.August 1996: Wieder einmal dürfen wir aus einer recht bekannten Tageszeitung zitieren:

Wir hören jetzt von manchen Kriegen:
Man log, daß sich die Balken biegen.
Und was man heut für wahr noch nimmt -
von diesen Lügen wird's bestimmt.
Ich denke mir naiv dabei:
Wie war das wohl mit Weltkrieg Zwei?
Was wir davon zu hören kriegen -
sind darunter auch am Ende Lügen?

Wolf Martin

Was wird er damit meinen? Diese Lügen über Auschwitz? Diese Lügen über die Nazis? Diese Lügen über den Hitler? Oder wenigstens diese Lügen über die Wehrmacht?

21.August 1996: Haider läßt sich vom STANDARD interviewen. Zur Frage der Privatisierung meint er, daß diese von der Regierung verschlafen würde, er setzt sich für eine Ausgabe von Ankaufsgutscheinen an die Bevölkerung ein (wie bei den Privatisierungen in manchen Ostblockstaaten). Zur Sozialpolitik sagt er, daß Leute, die zwischen zwanzig- und dreißigtausend Schilling verdienen, nicht mehr bereit seien, „für jede Dummheit zu bezahlen: Nicht für Leistungs- und Arbeitsverweigerer, nicht für kostspielige Einwanderungspolitik.“ Die Frage nach den Kontakten des FP-Bundesgeschäftsführers zu den mutmaß-

lichen Friedhofschändern beantwortet er: „Das nimmt keiner mehr ernst. Es ist der Versuch der vereinten Linken, für die FPÖ, die in der Wählergunst ganz gut liegt, etwas zu inszenieren.“ Auf die nächste Frage, daß dies nichts daran ändere, daß Leute sich bei Haider wohlfühlten, die noch weiter rechts stünden als er, gibt es die lockere Erwiderung: „Erstens muß klargestellt werden, daß rechtsstehen kein Verbrechen ist. Wenn ich links sein darf, muß ich auch rechts sein dürfen. (...) Daß es in allen Parteien auch Leute gibt, die sich womöglich heranschmeißen, obwohl sie mit der Demokratie nix am Hut haben oder die blöde Ideen in Kopf haben, das will ich gar nicht bestreiten.“ Neuerlich verzichtet Haider auf seine "Dritte Republik": „Ich verzichte auf diesen Ausdruck, weil andere darin einen Grund zur Diskussionsverweigerung sehen. Aber zu einer lebendigen Demokratie gehört auch eine lebendige Verfassungsdiskussion. Fragen wir doch das Volk über die NATO, über die Abschaffung des Schillings ebenso wie über den EU-Beitritt, das sind doch grundlegende Fragen.“

21.August 1996: Im STANDARD erscheint ein interessanter Leserbrief zur Neutralitätsdebatte, ein Dr. Otto Ortner schreibt u.a.: „Der Militärhistoriker Professor Rauchensteiner schreibt, daß das Erlebnis des Rußlandfeldzuges für das Wiedererstehen der Republik Österreich ursächlich war. Das fand auch in der Moskauer Deklaration vom Oktober 1943 seinen historischen Ausdruck, mit der die Alliierten des Zweiten Weltkriegs auf Grund der russischen Initiative die Wiedererrichtung eines unabhängigen Österreich zu ihrem Kriegsziel machten. Im Moskauer Memorandum vom April 1955 verpflichtete sich Österreich gegenüber Rußland, das damals Sowjetunion hieß, zur immerwährenden Neutralität nach Schweizer Vorbild. In der gegenwärtigen Diskussion vermisse ich die Behandlung der Frage, ob Österreich formalrechtlich und ethisch berechtigt ist, die Neutralität ohne die ausdrückliche Zustimmung Rußlands aufzugeben.“

22.August 1996: In NEWS werden Hintergründe zur Ausforschung der Tatverdächtigen in Sachen Eisenstädter Friedhofschänder beschrieben: So sei der tatverdächtige Wolfgang Tomsits wegen seiner mangelhaften Rechtschreibung aufgefallen. Sowohl auf dem am Friedhof hinterlassenen Flugblatt einer "Rassisch-Sozialistischen-Widerstandsbewegung" als auch im Internet hatte er das Problem mit einem falschen "langen i" in "Widerstand". Die beiden Tatverdächtigen hätten als gemeinsame Überzeugung das Klischee aus den gängigen Nazimaterialien vertreten: keine deutsche Kriegsschuld, keine Konzentrationslager, Geschichtsfälschung durch die Sieger, Nürnberger Rachejustiz.

22.August 1996: Erste Mißtöne zur geplanten Ausstellung "**Vernichtungskrieg - Verbrechen der Wehrmacht 1941 - 1944**", die vom 6.9. bis 6.10. in Klagenfurt gezeigt wird.

In Kärnten wettern zuerst einmal die Abwehrkämpferbund und die Ulrichsberggemeinschaft dagegen ("*niederträchtige Geschichtsentstellung, kryptokommunistische Agitation*"). Das Land gibt keine Subvention, Landespolitiker verweigern den Ehrenschatz, den üblicherweise jede Zusammenkunft des Kameradschaftsbundes erhält, wenn man ihn dort haben möchte. LH Zernattos Sekretär (ein gewisser Platzer) ließ wissen: „Es hat schon etliche Drohanrufe bei uns gegeben. Wir sind in Kärnten nicht soweit, daß wir uns so etwas politisch leisten können.“ Welch unerhörter Heldenmut!

LHStvtr Ausserwinkler will vorerst auch nicht ins Ehrenkomitee (dort sind vertreten: Heinz Fischer, Gerhard Botz, Ilse Aichinger, Elfriede Jelinek, Johannes Mario Simmel, Simon Wiesenthal, Leon Zelman), macht aber vom Land doch 100.000 S locker. Die Kirchenfunktionäre Kapellari (katholisch) und Rathke (evangelisch) verweigern auch den Komitee-Eintritt.

22.August 1996: Wegen Volksverhetzung, Verbreitung neonazistischer Propagandamaterials, Verwendung von Kennzeichen verbotener Organisationen und Aufstachelung zum Rassenhaß verurteilt das Hamburger Landgericht den amerikanischen Nazi-Führer Gary Lauck zu vier Jahren Haft. Lauck ist der selbsternannte Führer der NSDAP-Auslands- und Aufbauorganisation in den USA. Dort sind die Nazis bekanntlich nicht verboten. Lauck verschickte viele Jahre massenhaft NS-Materialien in alle Welt und wurde nun in Dänemark²⁵ festgenommen und nach Deutschland ausgeliefert.

23.August 1996: Die FPÖ freut sich über die ablehnende Haltung gegen die Wehrmachtsausstellung in Kärnten.

23.August 1996: Berufungsverhandlung im Falle Binder und Radl. Die Urteile werden bestätigt: Fünf Jahre für Peter Binder, drei Jahre für Franz Radl wegen NS-Wiederbetätigung.

Zweite Augusthälfte 1996: In Frankreich wurden durch eine Verschärfung der Fremden-Gesetze zahlreiche afrikanische Einwanderer, die vorher legal in Frankreich lebten, zu Illegalen. Dreihundert von ihnen besetzten eine Pariser Kirche. Die Polizei räumt nun diese Kirche gewaltsam und transportiert trotz zahlreicher Proteste die Einwanderer in ihre Herkunftsländer zurück.

²⁵ **8.Mai 1995:** Dänemark beschließt den amerikanischen Naziführer Gary Lauck in die BRD auszuliefern. Lauck ist der Chef der berüchtigten NSDAP/AO.

26. August 1996: Nach einer Nachdenkpause steht LHStv Ausserwinkler von der SPÖ doch zur Wehrmachtsausstellung. Er übernimmt den Ehrenschutz. LH Zernatto bleibt bei seiner Weigerung. Ausserwinkler sagt, er wolle auch allein ein persönliches Signal setzen, ein solches Signal aus Kärnten sei längst überfällig, es gelte einen klaren und deutlichen Kontrapunkt zum Krumpendorfer SS-Treffen zu setzen, mit dem Kärnten in der internationalen Diskussion zu trauriger Berühmtheit gelangte. *„Ich will nicht, daß Kärnten weiterhin im Ausland mit Krumpendorf gleichgesetzt wird.“* Nicht die Ausstellung schade dem Kärntner Image, sondern *„das von Haider international erzeugte, inakzeptable Bild Kärntens als Reservat ehemaliger Kriegsverbrecher.“* Ausserwinkler habe sich selbst um die Ausstellung bemüht, um die Diskussion zu diesem Thema vom Wirtshaustisch auf eine wissenschaftliche Ebene zu bringen.

27. August 1996: Die Ausreden, warum die Ehrenschutz für die Wehrmachtsausstellung verweigert wurden, sind zitierenswert. Bischof Kapellari meint, er habe ohnedies schon häufig der NS-Opfer gedacht. Zur gegenständlichen Ausstellung meint er, daß die ganze Epoche in einer "Gesamtübersicht" gewürdigt werden sollte: *„Im gegenständlichen Fall wären Hitler wie Stalin und deren Umfeld zu beleuchten.“* Geradeso als ob der Angriff auf die UdSSR wegen Stalin erfolgt sei und nicht wegen des schon in MEIN KAMPF angekündigten "Zugs nach Osten", geradeso als ob die deutsche Wehrmacht alleine durch Hitlers Existenz zu Kriegsverbrechen gezwungen gewesen wäre.

Der evangelische Superintendent Rathke meint, sein Ehrenschutz hätte als *„eine generelle Verurteilung der Soldaten durch die evangelische Kirche“* fehlinterpretiert werden können.

Grasser (FPÖ) meint, Kärnten habe keine Nachhilfestunden in Sachen Vergangenheitsbewältigung nötig, der freiheitliche Klubobmann Strutz ortet *„vorausseilenden Gehorsam gegenüber linken Medien und linkslinken Kreisen in Wien.“*

Der dritte Landtagspräsident Scheucher (ÖVP) spricht von einer *„bewußten Provokation einer linkslastigen Historiker-Schickeria, die Österreich wieder in ein braunes Licht tauchen will.“*

Na, recht viel und recht tief brauchten die "Linkslastigen" da nicht zu tauchen...

27. August 1996: Beim Forum-Alpbach sagt Außenminister Schüssel zur Frage des NATO-Beitritts, daß er keine Einwände gegen eine Volksabstimmung habe, obwohl diese keinesfalls nötig sei.

28. August 1996: Diese verdammte Wehrmachtsausstellung macht den Freunden der hitlerischen Pflichterfüller sehr viel Kopfzerbrechen. Nun verlangt die ÖVP-Kärnten *„die finanziellen und inhaltlichen Hintergründe offenzulegen.“* Was soll diese Fragerei? Ist doch klar, finanziert wird die Sache vom israelischen Geheimdienst und der Inhalt besteht aus KGB-Fälschungen! Oder?

Der Klagenfurter Bürgermeister Guggenberger (ÖVP) (lehnte Ehrenschutz selbstverständlich ebenfalls ab) vermutet hinter der Ausstellung eine Provokation, um *„so etwas rund um den 10. Oktober zu inszenieren, wenn man weiß, wie heilig den Kärntnern ihr Gedenken an die Volksabstimmung ist.“* Und allem Anschein ist auch das Gedenken an den Heldenkrieg Hitlerdeutschlands was unkritisch Heiliges.

Nationalratspräsident Heinz Fischer (Ehrenschrützer) verbreitet die Auffassung *„Österreich ist reif für diese Auseinandersetzung“*. Welch ein Irrtum!

28. August 1996: Bekannt wird, daß der Präsident der ÖSTERREICHISCHEN ARBEITSGEMEINSCHAFT FÜR REHABILITATION, ein gewisser Klaus Voget, mit Haider namens des FORUMS HANDICAP darüber verhandelt hat, mit der FPÖ eine "Wahlkoalition" zu bilden. Von verschiedener Seite wird jetzt der Rücktritt Vogets verlangt.

29. August 1996: Auch die Habsburger gibt es in verschiedenen Erscheinungsformen. Im STANDARD erscheint folgender Leserbrief: *„Beschämend ist, daß es für hohe Politiker und Geistliche derzeit offenkundig nicht die rechte Zeit ist, über Recht und Unrecht zu diskutieren. Die einen wollen ihre EU-Wahlchancen nicht durch Festlegungen schmälern, den anderen scheint die Abtreibung und der Kommunionempfang von wiederverheirateten Geschiedenen das größere Übel zu sein als der versuchte Völkermord im Dritten Reich.“*

DI Dr. Ulrich Habsburg-Lothringen, 9400 Wolfsberg. So ein linkslastiger Schickeria-Chaot!

29. August 1996: Was finden wir in NEWS? Erraten, ein Interview mit Haider! Es sind die üblichen Sprüche, schade um jede Zeile für ein Zitat!

31. August 1996: Als Bundespräsident Klestil den Landeplatz für seinen Hubschrauberanflug zur Welser Messe vom vorerst geplanten ÖTB-Platz wegverlegen läßt, ist der Fahrschullehrer Ludwig Reinthaler zutiefst empört. Er übergibt Klestil einen Brief, in welchem es u.a. heißt, wenn Klestil in Wels nicht vor der ÖTB-Halle landen wolle, dann soll er in Wien bleiben und auf seiner Löffler landen. Der Welser Lokalreporter der OÖN, ein gewisser Wimmer, berühmt durch seine Liebe zu Bregartner und zu den BRAUNEN FLECKEN, berichtete in seinem Blatte sehr wohlwollend über diese überaus witzige Aktion.

1. September 1996: Deutsche Skins werden nach gewalttätigen Ausschreitungen in Bregenz abgeschoben.

1. September 1996: Vranitzky trifft bei einem Staatsbesuch in Israel mit Premierminister Nethanyahu zusammen, dieser betont seine Entschlossenheit, den Friedensprozeß mit den Palästinensern und den arabischen Nachbarn fortzusetzen. Man könnte allerdings eher den Eindruck gewinnen, daß der rechts-extreme Mord an Rabin für eine entschiedene Begünstigung rechtsextremer Strömungen in der israelischen Innenpolitik gesorgt hat.

2. September 1996: Haider präsentiert seine Kandidaten für die EU-Wahl. An der Spitze steht der Tiroler Sportwissenschaftler Franz Linser, der bereits jetzt für die FP in Brüssel sitzt. Die große Überraschung ist die Nummer zwei: Der Jude Peter Sichrovsky, der nach mehrmaligem Wechsel seiner journalistischen Tätigkeit nun im Haider-Team landet. Da nicht anzunehmen ist, daß die FP-Stammwähler von einem jüdischen Kandidaten begeistert sein müßten, ist dieser Bewerber um einen Sitz im EU-Parlament offensichtlich ein Signal hinaus in die weite Welt: Ich, der angebliche faschistische Rassist Haider, bin gar nicht so, wie man mich verleumdet, ich stelle sogar einen Juden an wählbarer Stelle auf!

Sichrovsky war früher ein heftiger Haider-Kritiker, so schrieb er 1991 anlässlich der Abwahl Haiders als LH von Kärnten: „Doch Haider - als Politiker und gleichzeitiger Besitzer eines arisierten Millionenvermögens - ist auch ein Symbol für Österreichs Nachkriegsentwicklung. Die Theorie, daß der Schmutz nach oben schwimmt, auch wenn man frisches Wasser zugießt, stimmt leider so lange, solange man den Schmutz nicht abschöpft oder filtert.“

Was soll das ANTIFA-INFO dazu kommentieren? Der Umstand, daß Juden die Hauptopfer des Rechtsextremismus waren, führt ja nicht dazu, daß alle Juden zu unabänderlich politisch korrekten Menschen werden. Zu Sichrovsky wurde sogar vermutet, er könnte auf einer undercover-action sein (als eine Art Wallraff). Eher könnte man annehmen, daß er gerne zwischenmenschliche Konflikte voll auslebt und es jetzt für günstig hält, es mit seiner Haider-Kandidatur allen zu zeigen (Ähnlich vielleicht wie in der Selbstmörder-Argumentation: *Geschieht Euch ganz recht, wenn ich tot bin*). Lange wird der Sichrovsky sicherlich nicht für die FP im EU-Parlament sitzen!

2. September 1996: Heide Schmidt sagt in einem Interview mit dem STANDARD, sie wäre einem Ehrenkomitee für die Kärntner Wehrmachtsausstellung beigetreten, hätte man sie darum ersucht. Sie habe die Ausstellung in Wien gesehen und sei überzeugt, daß sie für Österreich wichtig ist. Der Tatsache, daß auch Angehörige der Wehrmacht Kriegsverbrechen begangen hätten, müsse man ins Auge sehen.

3. September 1996: Peter Sichrovsky sollte die Biographie des Vorsitzenden des ZENTRALRATES DER JUDEN IN DEUTSCHLAND, Ignatz Bubis, schreiben, man verkrachte sich dabei, Bubis (der bei der FDP ist) wundert sich jetzt über Sichrovskys FP-Kandidatur.

3. September 1996: In Chile droht der ehemalige faschistische Diktator Pinochet mit einem neuen Putsch. Populärster Kandidat für die Präsidentschaftswahl 1999 ist nämlich der Sozialist Ricardo Lagos.

4. September 1996: Im STANDARD weist Anton Pelinka darauf hin, daß Haider mit der Nominierung von Holender junior bereits einmal vergeblich²⁶ versuchte, einen jüdischen Kandidaten aufzustellen, er bezweifelt, daß der Erfolg mit Sichrovsky größer sein wird.

4. September 1996: Der FP-Vizebürgermeister von Klagenfurt, Gaugg, verliert in erster Instanz seinen arbeitsrechtlichen Prozeß gegen die Bank von Kärnten und Steiermark, die eine Rückkehr des Vizebürgermeisters auf seinen Arbeitsplatz als mit seiner politischen Tätigkeit unvereinbar bewertet.

5. September 1996: Der freiheitliche LHStvtr. Grasser beschwert sich, keine Einladung für die Wehrmachtsausstellung bekommen zu haben. Die Veranstalter teilen darauf mit, Grasser habe die Kärntner Widerstandskämpfer als Feinde Kärntens bezeichnet, daher sei man nicht an ihn herangetreten.

5. September 1996: Ausstellungseröffnung in Klagenfurt. Dem Ehrenkomitee gehören jetzt auch Voggenhuber, Heide Schmidt und Volker Kier an, Innenminister Einem hält das Eröffnungsstatement. Bundespräsident Klestil bedauert, gemäß dem protokollarischen Usus keinen Ehrenschatz übernehmen zu können und dankt der Reemtsma-Stiftung (Finanzier der Wehrmachtsausstellung) und übermittelt seine besten Wünsche für die Ausstellung. Das Motto der Ausstellung lautet: **Die Wahrheit ist den Menschen zumutbar**. Was offenbar nicht stimmt. Sie ist der ÖVP nicht zumutbar, sie ist den katholischen und evangelischen Kirchenfunktionären nicht zumutbar, sie ist der FPÖ nicht zumutbar, aber das wäre ohnedies ein völlig neuer Aspekt gewesen. Und auch sehr vielen anderen Kärntnern und anderen Österreichern bleibt die Wahrheit unzumutbar.

²⁶ **29. November 1995:** Adrian Holender verschwindet wieder aus der F-Kandidatenliste. Gegen ihn läuft ein Ermittlungsverfahren wegen Betrugsverdachts.

Bei der Eröffnung ist das Klagenfurter Künstlerhaus hoffnungslos überfüllt. Ausserwinkler formuliert in seiner Ansprache vorsichtig: „*Man darf nicht vergessen, daß die Österreicher nicht nur Opfer waren, sehr viele dunkle Kapitel der Geschichte vor und während des Krieges sind auch von Österreichern und Kärntnern geschrieben worden.*“ Von der ÖVP ist nur ein einziger Funktionär anwesend, der ehemalige Villacher Gemeinderat Astner, ein Widerstandskämpfer. Der evangelische Vizesuperintendent Höller äußert "Betroffenheit und Scham", die katholische Kirche boykottiert die Eröffnung. Von den Grünen sagt Johannes Voggenhuber, die Kriegsgeneration solle Abschied nehmen von ihren falschen Selbstbildern über Opfertod und Heldenmythos.

8. September 1996: Die Briefbombenermittler vermuten, daß sie den Briefbombenattentätern bereits auf die Spur gekommen sind und deswegen keine weiteren Anschläge mehr passieren, weil die Täter sich beobachtet fühlen.

8. September 1996: Bei einer Sudetendeutschen Veranstaltung in Berlin kommt es zu einem Eklat. Der deutsche Bundespräsident Herzog ruft zur Aussöhnung mit der Tschechei auf und wird dafür als "Vaterlandsverräter" beschimpft. Ein Vertriebenenfunktionär wirft der deutschen Regierung vor, sich zu sehr vor den Opfern der Deutschen verbeugt zu haben und nicht vor den Opfern der Vertreibung. Gerade die ehemaligen Sudetendeutschen haben es notwendig. Die Vertreibung der Sudetendeutschen 1945 war gewiß kein Ereignis, das positiv beurteilt werden müßte. Aber es ist sicherlich auch unzulässig, jetzt so zu tun, als wäre dies aus heiterem Himmel geschehen. Am 12.6.1938 (letzte Wahlen vor dem "Münchener Abkommen") stimmten 91,4% der Sudetendeutschen für die NSDAP-treue "Sudetendeutsche Partei" Konrad Henleins. Der **1937 verstorbene** Wiener Journalist Karl **Tschuppik** (ein Monarchist, kein Linker!) schrieb der "nationalistischen Arroganz" sudetendeutscher Politiker den Untergang des österreichischen Vielvölkerstaates zu, „*von den Sudetendeutschen geht das Unglück aus: sie sind die eigentlichen Totengräber Österreichs und, als Erfinder des Nationalsozialismus, auch die Katastrophenmänner Deutschlands.*“²⁷ Die Äußerungen Tschuppiks aus den Dreißigerjahren, lange vor dem "Anschluß", beweisen jedenfalls, daß das Kommende vorhersehbar war!

Erste Septemberhälfte 1996: Verärgert reagiert der Bürgermeister von Chicago, Richard M. Daley, auf den Wahlslogan der FPÖ für die Wiener Gemeinderatswahlen "WIEN DARF NICHT CHICAGO WERDEN". Chicago an einer berüchtigten Person wie einst Al Capone zu messen, sei genauso, als würde man Wien an Hitler messen. Pawkowicz solle sich im Fernsehen weniger Gangsterfilme anschauen. Außerdem sagt Daley, „*Einwanderung hat geholfen, unsere Stadt dynamisch und offen für neue Ideen zu halten. Kulturelle Diversität ist eine der großen Stärken Chicagos*“. Besonders viele Einwanderer kamen übrigens aus dem Burgenland. Der FP-Chef Wiens versucht daraufhin seinen Werbespruch abzuschwächen und als falsch verstanden darzustellen. Daß die FP immer solche Probleme mit einer allgemein verständlichen Ausdrucksfähigkeit hat!

12. September 1996: Wieder einmal hat es den deutlichen Anschein, daß es bezweifelbar sein könnte, wenn von der FPÖ geäußert wird, man werde von dorthier nicht belogen. Der FP-Bundesgeschäftsführer Schweitzer hatte behauptet, mit den der Friedhofschändung Verdächtigen seit 1992 keinen Verbindung mehr gehabt zu haben. Jetzt wird nachgewiesen, daß er mindestens bis Juni 1995 mit Anderle in Kontakt stand. NEWS weiß zu berichten: Tomsits und Anderle waren im April 1993 am Landesparteitag der FPÖ zu Gast, im Juni 1993 sind beide bei einer Sitzung des Oberwarter RFJ, im Februar 1994 ist Anderle in Stadtschlaining "Ersatzmann für die Wahlkommission". Zu dieser Zeit ermitteln die Briefbombenfahnder gegen ihn, er ist verdächtig, das rechtsextremistische Blatt "Albus" herauszugeben. Im November 1994 und Februar 1995 kommt es zu Hausdurchsuchungen bei Anderle, bei einer dritten Durchsuchung im Juni 1995 wird die Festplatte seines Computers beschlagnahmt, darauf findet man Verbindungshinweise zum rechtsextremen "Thule-Netzwerk". Fünf Tage später ist Anderle auf einer FPÖ-Bezirkskonferenz im Burgenland zu Gast. Er beklagt sich dort bei Schweitzer, dieser beschwert sich bei einem ORF-Redakteur (!!), daß in Österreich mit Polizeimethoden kritische Menschen mundtot gemacht würden und ersucht, ob der ORF nicht was für den "*armen Buben*" tun könnte.

Warum Schweitzer trotzdem weiterlügt: Anderle ist eine nicht unwichtige Figur, er steht im Verdacht die internationale Naziszene mit Bombenbauanleitungen, Umsturzaufrufen und Schulungen zum "effektiven Töten" versorgt zu haben, auch ist er weiterhin verdächtig, mit der Briefbombenserie in Verbindung zu stehen.

12. September 1996: Aus einem NEWS-Interview mit Simon Wiesenthal über Peter Sichrovsky:

„*Kennen Sie Sichrovsky persönlich? - Persönlich nur flüchtig. Besser kenne ich seinen Vater. - Der soll nun höchst unglücklich über seinen Sohn sein. - Das wäre ich an seiner Stelle auch.*“

²⁷ "Die Unglücksmänner", Wiener Sonn- und Montags-Zeitung, 17.6.1935

12. September 1996: Wie sehr die österreichischen Medien auch heute noch unter freiwilliger pro-amerikanischer Selbstzensur (wie im schärfsten Kalten Krieg) stehen, zeigt ein Artikel im STANDARD. Ein Mitarbeiter aus Washington (Thomas Rüst) berichtet, daß der CIA im Nordirak unter den Kurden einen "Brückenkopf" aufzubauen versuchte. Als der Irak dann militärisch dagegen intervenierte, zogen sich die CIA-Leute und ihre Söldner in die Türkei zurück und überließen ihre Verbündeten dem Schicksal. Rüst bezieht sich auf Artikel in der WASHINGTON POST. Frage an die ÖsterreicherInnen: Hat man hierzulande darüber irgendeine Art von umfassender und regelmäßiger Berichterstattung wahrnehmen können? Seinerzeit war ja bekannt, daß viele österreichische Journalisten, die nach 1945 in den USA ihre Ausbildung erhielten, hinterher brav als HIS MASTERS VOICE agierten (als seinerzeit im EXTRABLATT einige davon namentlich genannt wurden, hat keiner deswegen geklagt), daß dies aber auch heute noch weitgehend funktioniert, ist doch recht überraschend!

13. September 1996: Die FPÖ feiert den zehnten Jahrestag der Wahl Haiders zum Obmann. Interessant in diesem Zusammenhang: Steger wollte damals aus der FPÖ eine liberale Partei machen. Haider ist auch die Gründung einer liberalen Partei gelungen: Heide Schmidts LiF mag im Prinzip ungefähr das sein, was Steger damals haben wollte, das LiF ist auch ungefähr so stark wie seinerzeit die Steger-FPÖ. Interessante Frage: Woher kommt dann eigentlich die Haider-FPÖ?

Das ANTIFA-INFO verkneift sich eine "Würdigung" von zehn Jahren Haider, wir sind eh laufend am Ball.

13. September 1996: In der TU Wien wird eine Ausstellung zum Thema "Der Loibltunnel und das vergessene KZ in Kärnten" eröffnet (bis 26.9.). Die Veranstaltung soll an die zwei KZ-Lager (Außenstellen von Mauthausen) erinnern, in denen bei diesen Arbeiten tausende Häftlinge umkamen.

13. September 1996: Der deutsche Bundeskanzler Kohl sagt, daß Deutsche während des Zweiten Weltkrieges die Urheber der Entwicklung (der späteren Vertreibung der Sudetendeutschen) gewesen seien und daß noch heuer eine deutsch-tschechische "Schlußstricherklärung" abgegeben werden wird.

13. September 1996: Der französische Justizminister beabsichtigt (in Hinblick auf rassistische Äußerungen des Nationalistenführers Le Pen) die Antirassismusetze zu verschärfen.

14. September 1996: Haider feiert in Klagenfurt den zehnten Jahrestag seiner Machtergreifung in der FPÖ. Er spricht von einem zehnjährigen Aufwärmtraining, das Ziel sei das Bundeskanzleramt. Seine "Weltanschauung" faßt er in den Worten "Ehre, Treue, Familie" zusammen. Diese Weltanschauungsbegriffe waren auch in einer anderen Bewegung sehr geschätzt.

15. September 1996: In Wien stirbt im 81. Lebensjahr der sozialistische und antifaschistische Publizist Georg Scheuer.

15. September 1996: Seine hohe Qualifikation beweist der freiheitliche Spitzenkandidat für die EU-Wahlen, der Sportlehrer Linser bei der Fernsehpressesunde. Zuerst sagt er auf die Frage, ob er deutschnational sei: *„Deutschnational ist genau das, was auf uns zutrifft. Auf meine Person, wenn Sie es genau wissen wollen.“* Dann ist dem Kandidaten vielleicht eingefallen, daß er im Fernsehen und nicht beim Ulrichsbergtreffen ist, denn er begehrt die Berichtigung seiner Äußerung: *„National im Sinne von überzeugter Österreicher. Deutschnational bin ich nicht. Ich bin froh, daß ich hier noch die Gelegenheit bekommen habe richtigzustellen, daß ich nicht deutschnational bin.“*

15. September 1996: Die ÖVP-Vertreter bleiben der Sitzung des Slowenenbeirates fern. Sie verhindern damit die Beschlußfähigkeit zur Frage der Aufstellung zusätzlicher zweisprachiger Ortstafeln.

Mitte September 1996: Umfrage zur EU-Wahl: SPÖ 31%, ÖVP 28%, FPÖ 26%, Grüne 8%, LiF 7%.

16. September 1996: Die Schweizer Regierung will nun doch das in den Tresorgrüften der Schweizer Banken verschwundene Nazi-Gold zu suchen probieren. Die Schweiz hat in der NS-Zeit bedenkenlos riesige Goldmengen aus Großdeutschland übernommen, ohne viele Fragen nach der Herkunft zu stellen und war nach 1945 gegenüber den Alliierten recht zugeknöpft.

19. September 1996: NEWS berichtet über weitere Beweise über die Kontakte des FP-Geschäftsführers Schweitzer zu den mutmaßlichen Friedhofschändern von Eisenstadt. So hat er diese z.B. in einer Rede am 19.6.95 gegen die polizeilichen Ermittlungen in Schutz genommen, wobei er sie ausdrücklich als *„Mitglieder unserer Bewegung“* bezeichnete.

Spaßig in derselben Nummer: Die FP erklärt, Karl Habsburg habe auch für die Freiheitlichen kandidieren wollen.

20. September 1996: Schwierigkeiten für die EU-Liste der "Neutralen". Eine Reihe der Kandidaten scheint aus dem rechtsextremen Lager zu stammen. Nach entsprechendem Einspruch der KPÖ wird die Zulassung der Gruppierung überprüft, aber dann doch ausgesprochen.

20. September 1996: Die beabsichtigte Teilnahme einer Abordnung der Theresianischen Militärakademie an einer Burschenschaftlerveranstaltung am 30.11. in Wien ("1000 Jahre Ostarrichi - Österreichs Beitrag zur deutschen Geschichte und Gegenwart") wird vom Verteidigungsministerium untersagt. Teilnehmer an der Veranstaltung sind: Der Ring Volkstreuer Verbände, die Deutschen Burschenschaftler und die Freiheitlichen. Als Stargast ist Jörg Haider eingeplant (Festkommers in der Hofburg).

21. September 1996: Ludwig Reinthaler, Erfinder eines "Dokumentationsarchives des Welser Widerstandes", Verteidiger der braunen Flecke, Verbreiter rassistischer Flugblätter, Kampfgefährte vom Porno-Huemer und Kandidat der "Neutralen" für die EU-Wahl, schickt an Dr. Neugebauer vom DÖW einen Strick und der Aufforderung „*Beiliegend ein kleines Geschenk für Sie! Wenn Sie wirklich das Beste für die Republik wollen, wie Sie immer vorgeben, dann benutzen Sie es!*“

22. September 1996: Wahlen in Griechenland. Die Wahlpropheten lagen auch hier daneben, statt eines Kopf-an-Kopf-Rennens gab es einen klaren Sieg der sozialistischen PASOK (41,5%) vor der konservativen NEUEN DEMOKRATIE (38,2%).

24. September 1996: Welche Reaktionen die Unwahrheiten über die Wehrmachtsausstellung "Vernichtungskrieg" bewirken, zeigt ein Leserbrief auf der Staberl-Seite in der KRONENZEITUNG.

Es ist beschämend daß jetzt bei uns in Kärnten wie auch schon früher in Österreich jene Wehrmachtsausstellung gezeigt werden darf in der unsere Eltern und Großeltern in Bausch und Bogen als Mörder bezeichnet werden. Ich fühle mich davon umso mehr betroffen, als ich die Enkelin eines gefallenen Soldaten bin, der gewiß in diesem Krieg keine Verbrechen begangen hat. Ich schäme mich für diese Regierung, die so etwas zuläßt. Pfu Teufel! Bitte veröffentlichen Sie das, obwohl ich mir vorstellen könnte, daß man mich vielleicht einsperren wird. Wir leben ja in mancher Hinsicht in einer Diktatur. Aber das Andenken meines Großvaters ist mir das wert!

Gaby Hartl Salzburg

Während die Feinde der Ausstellung in Parteien, Kirchen und Medien behaupteten, alle Soldaten der Wehrmacht, würden als "Mörder" dargestellt, macht die "Enkelin" gleich alle "Eltern und Großeltern" daraus. Daß sie sich in die absurde Vorstellung versteigt, selber eingesperrt zu werden, zeigt aber das Umfeld der "Enkelin"...

24. September 1996: Im Naturhistorischen Museum in Wien wird auf Anweisung von Unterrichtsministerin Gehrler die Ausstellung über die "Varietäten des heutigen Menschen", der sogenannte "Rassensaal" auf Grund eines Gutachtens geschlossen. Die Gestaltung war nach den Vorstellungen über eine weiße Herrenrasse ausgerichtet gewesen.

25. September 1996: Nachdem im ersten Prozeß der Richter wegen seiner offensichtlichen Sympathie für den Angeklagten abgelöst worden war, erfolgte in der Zweitaufgabe des Prozesses gegen einen Wiener Berufsschullehrer wegen NS-Wiederbetätigung ein Freispruch. Die Geschworenen sind nicht davon überzeugt, daß der Angeklagte tatsächlich NS-Propaganda im Unterricht betrieben habe. Der Staatsanwalt meldet Nichtigkeitsbeschwerde an. Gewerkschaftsjugend, Kinderfreunde und der Wiener Stadtschulratspräsident Scholz kritisieren den Wahrspruch der Geschworenen.

25. September 1996: Peter Turrini auf einem Hearing der Grünen über die Medienfreiheit in Österreich über das Verhältnis der Kronenzeitung zu Künstlern: „*Ich werde in der Kronen Zeitung in unregelmäßigen Abständen vorgeführt. Die Vorführung erfolgt zumeist gruppenweise: es ist von "Hrdlicka, Jelinek, Peymann, Turrini und Konsorten" die Rede. Von "subventionierten Österreichbeschimpfern", von "Ostküstensympathisanten", von "Linkslinken und stalinistischen Auftragskünstlern", die ihren Judaslohn vorwiegend "zum Branntweiner" tragen. Manchmal wird einer aus der Konsortenreihe zum "Häfenpoeten" ernannt und die anderen zu seinen Geistesbrüdern.*

Im Klartext heißt das: Diese Künstler rauben den Staat aus, beschimpfen ihn dafür, sind ständig besoffen, rassistisch nicht einwandfrei und haben einen Hang zum Kriminellen. Eine Auseinandersetzung mit unseren Werken und unseren Argumenten findet nicht statt.

Ich denke, das hat Methode: man ächtet verschiedene Menschen und Menschengruppen und wirft sie den eigenen Lesern zum Fraße vor. Die Arbeiter, die Kleinbürger, die Mittelständler sind die Verlierer der rapiden Veränderungen. Sie sind real bedroht und sollen sich doch keineswegs gegen ihre Bedroher richten. Sie verlieren ihre Arbeit, ihre Identität, ihre gewohnte Umgebung und suchen einen Schuldigen. Sie brauchen jemand, an dem sie ihren Frust, ihre Verzweiflung dingfest machen können. Die Kronen Zeitung bietet ihnen etwas: Ausländer, Juden, Sozialschmarotzer, Künstler. Man braucht nicht nachzudenken, sondern nur zuzugreifen.

Ich glaube nicht, daß die meisten Redakteure der Kronen Zeitung diese Methode in Übereinstimmung mit sich selbst betreiben. Sie wollen überleben und erfüllen den Geist ihres Herrn. In privaten Begeg-

nungen äußern sie durchaus Sympathie für den einen oder anderen von uns. Das macht die Sache nicht weniger dreckig.“

25. September 1996: Das amerikanische Repräsentantenhaus verabschiedet ein Gesetz, daß die Einwanderungsbestimmungen und die Maßnahmen gegen illegale Einwanderer verschärft. Die Grenztruppen werden verstärkt. Die Abschiebung der ca. vier Millionen illegalen Einwanderer soll vereinfacht werden. Die Gesetzesbestimmungen brauchen noch die Zustimmung des Senates und die Unterschrift Clintons.

25. September 1996: Der Bürgermeister von Chicago fordert vom freiheitlichen Spitzenkandidaten für die Wahlen in Wien, Pawkowicz, eine Entschuldigung für das Wahlplakat *"Wien darf nicht Chicago werden"*.

26. September 1996: Der Tiroler LH Weingartner sagt, jede blaue Stimme aus Tirol werde in Brüssel als braun bewertet, was die FP veranlaßt den Rücktritt Weingartners zu verlangen, dieser mache mit der linken Schickeria gemeinsame Sache, um die FP ins braune Eck zu drängen.

26. September 1996: Nach Aussage eines ehemaligen südafrikanischen Polizeichefs war die Ermordung des schwedischen Ministerpräsidenten Palme eine Aktion des südafrikanischen Geheimdienstes wegen Palmes Gegnerschaft zum Apartheidregime.

27. September 1996: Meinungsumfrage zur EU-Wahl: 29% SPÖ, je 25% für ÖVP und FPÖ, 11% Grüne, 10% LiF.

27. September 1996: Neuerlich muß Haider eine Geldstrafe (diesmal 60.000 S) zahlen, weil er sich immer noch weigert, die Vorwürfe gegen den Finanzrechtler Werner Doralt zu widerrufen.²⁸

29. September 1996: Die Braunauer Zeitgeschichtstage, die sich mit dem Verhältnis der Österreicher zu den Deutschen beschäftigten ("Verfreundete Nachbarn") kommen u.a. zum Schluß, daß die Österreicher unter mangelndem Selbstbewußtsein litten. Bedeutende Österreicher würden rasch zu Beutedeutschen. Andererseits seien die Deutschen (im Gegensatz zu den Österreichern) weltweit nicht besonders beliebt. Das grundsätzliche Problem der Österreicher sei es, daß man sich gegenüber der Kultur der anderen Nachbarstaaten zuwenig öffne.

29. September 1996: Das Innenministerium warnt vor einer möglichen neuen Briefbombenserie.

30. September 1996: Der Spitzenkandidat des Liberalen Forums für die Gemeinderatswahlen in Wien, Wolfgang Bachmayer, tritt wegen Äußerungen zurück, die er 1992 auf einer FP-Veranstaltung gemacht hatte. Er hatte den üblichen rechten Gleichsetzungen von Tierinstinkten mit menschlichem Verhalten zugestimmt, etwa der Zunahme der Aggression in überbesetzten Mausekäfigen. Grotesk die Formulierungen im damaligen Protokoll der FP-Veranstaltung, es heißt darin *„daß ein Baby, über das sich ein fremdartiges, dunkelhäutiges Gesicht beugt, automatisch zu schreien beginnt (..), währenddessen ein weißhäutiger Mensch, wenn es ein weißes Baby ist, normal reagiert“*. Das heißt doch: wenn man einem Weißen ein weißes Baby zeigt, dann schreit er nicht.

30. September 1996: Das Komitee, das sich mit der Beseitigung der Welser BRAUNEN FLECKEN befassen soll, wird bekanntgegeben. Es besteht aus Dr. Herbert Moritz, Dr. Gerhard Mader vom Friedensinstitut Schlaining, Reinhard Buchinger, dem Landessekretär der SPÖ und Dr. Robert Eiter, Obmann der Welser gegen Faschismus.

1. Oktober 1996: Die BAJUWARISCHE BEFREIUNGSMILITÄRARMEE verschickt wieder einen Drohbrief. Diesmal werden 0,8 Staatsbegräbnisse angekündigt, der Großteil des Briefes ist codiert und muß erst entschlüsselt werden.

1. Oktober 1996: "Kritische Zustimmung" habe er aus der jüdischen Gemeinde in Österreich für seine FP-Kandidatur erhalten, behauptet Peter Sichrovsky. Die Israelitische Kultusgemeinde dementiert, ihr sind solche kritische Zustimmer nicht bekannt.

1. Oktober 1996: Nürnberg vor 50 Jahren. Der Internationale Militärgerichtshof verkündet die Urteile im Prozeß gegen die nationalsozialistischen Hauptkriegsverbrecher.

Die von den vier Außenministern der Alliierten am 30.10.1943 in Moskau verabschiedete *»Erklärung über deutsche Grausamkeiten im besetzten Europa«* hatte den Prozessen als Grundlage gedient. Eine im Februar 1944 in London eingesetzte Kommission legte die Tatbestände fest, die als deutsche Kriegs-

²⁸ **7. Juni 1994:** Die Attacke Haiders gegen den Innsbrucker Finanzrechtler Doralt von 1992 (im Zusammenhang mit dessen Bewerbung um den Rechnungshofpräsidenten) endet damit, daß Haider im Fernsehen in einer FP-Belangsendung eine Ehrenerklärung gegenüber dem Angegriffenen abgeben muß.

verbrechen geahndet werden sollten.

In dem am 20.11.1945 eröffneten Prozeß gegen 22 der Kriegsverbrecher Beschuldigte fällt nach 273 Verhandlungstagen das Urteil: 12 Angeklagte (darunter Martin Bormann in Abwesenheit) werden zum Tode durch den Strang verurteilt. Wenige Tage später erfolgte am frühen Morgen des 16.10. die Hinrichtung von zehn Todeskandidaten; Hermann Göring beging am Tag zuvor mit Zyankali Selbstmord.

1.Oktober 1996: Nach verschiedenen Provokationsversuchen gegen die Wehrmachtsausstellung in Klagenfurt kommt es zu zwei Festnahmen. Der ehemalige burgenländische FP-Funktionär Robert Dürr und ein Kumpan wandern wegen des Verdachtes der NS-Wiederbetätigung in U-Haft. An einer Diskussionsveranstaltung mit den Ausstellungsgestaltern verweigern der Kameradschaftsbund und der Kärntner Heimatdienst die Teilnahme. Die deutschen Helden sind für eine Faktendiskussion offenbar zu feige.

1.Oktober 1996: Haider verspricht den Donnerskirchnern eine Million Schilling für die Projektierung ihrer Kläranlage. In Donnerskirchen wird am 13.10. die NRW von 1995 wiederholt, weil falsche Stimmzettel verwendet wurden. Die FP kann mit dem Gewinn einiger Stimmen der VP ein NR-Mandat abnehmen.

Anfang Oktober 1996: Diskussionen in Graz. Der Rektor der Universität, Helmut Konrad, hat seine Zustimmung zu einer Diskussionsveranstaltung von Burschenschaftlern gegeben. Jetzt soll diese als Festkommers ablaufen, was Konrad durch seine Genehmigung nicht gedeckt sieht. Die schon mit rechten Sprüchen aufgefallene Landeshauptfrau Klasnic plant einen Empfang für die Burschenschaftler.

Anfang Oktober 1996: Die Wehrmachtsausstellung "Vernichtungskrieg" wird für Linz angekündigt. Sie soll ab 22. November in der Kunsthochschule stattfinden. Selbstverständlich melden sich auch in Oberösterreich sofort die entsprechenden Kreise mit ihren abstrusen Behauptungen. Der Obmann des Kameradschaftsbundes, ein gewisser Kerschbaumer, verlautbart, man werde sich nicht gefallen lassen, daß „hier alle Angehörigen der Wehrmacht als Kriegsverbrecher hingestellt werden.“ Kamerad Kerschbaumer sollte dazu vielleicht die Meinung der LINZER RUNDSCHAU konsumieren: „In der Ausstellung wird auf seriöse Weise gezeigt, daß die Wehrmacht sehr wohl an Greueln während des Zweiten Weltkrieges beteiligt war.“ Aber wahrscheinlich ist für den Kameradschaftsbund eine konservative Zeitung, die nicht von der kollektiven Unschuld der Wehrmacht schwärmt, ein linksextrems Blatt. Speziell wo in der Nummer vom 3.10. dort noch zu lesen ist: „In Klagenfurt haben Politiker (Ausnahme Michael Außerkwinkler) durch Abwesenheit bei der Eröffnung gegläntzt, um es sich nicht mit den Ewig-Gestrigen zu verscherzen.“ Soviel Glück wird der Kameradschaftsbund in Oberösterreich vielleicht nicht haben!

In Linz beantragt Stadtrat Dyk (ÖVP) die Subvention der Ausstellung mit 120.000 S.

2.Oktober 1996: Der Nationalratsabgeordnete des LiF, Reinhard Firlinger, gibt (passend ein paar Tage vor der EU-Wahl) seinen Übertritt zur FPÖ bekannt. Er sei schon immer von Haider fasziniert gewesen und die Liberalen hätten sich zu sehr auf Nebenthemen konzentriert. Die FP hat jetzt 41 Abgeordnete und macht dadurch einen schönen Sprung bei der nach je 10 Mandataren gestaffelten Parteienfinanzierung.

3.Oktober 1996: SP-Klubobmann Kostelka kritisiert seinen Kollegen Khol, der die ÖVP ganz nach rechts führe.

Anfang Oktober 1996: Der Mörder Rabins kann sich seines Erfolges erfreuen. Die neue konservative Regierung Israels bemüht sich sehr um eine Verschärfung der Situation. Der Nahostfriede rückt wieder in die Ferne, wenn nicht die USA den rechtsextremen Gelüsten in der israelischen Regierung einen Riegel vorschieben.

Anfang Oktober 1996: Die Asylpraxis in Österreich ist weiterhin skandalös. Obwohl die neuen Machthaber in Afghanistan, ein Haufen mörderischer islamfaschistischer Fundamentalisten, ihre tatsächlichen und vermeintlichen politischen Gegner reihenweise umbringen, besteht man in Österreich auf der Abschiebung Asylsuchender, z.B. von Anhängern der seinerzeitigen kommunistischen Regierung.

4.Oktober 1996: Die LIBERALE PLATTFORM FÜR OFFENE POLITIK in der ÖVP kritisiert die Teilnahme des Ex-Bautensprechers der Volkspartei, Otto Keimel, am Ulrichsbergtreffen. Keimel wird dort als Obmann des Kameradschaftsbundes sprechen.

5.- 6.Oktober 1996: Am Ulrichsberg in Kärnten treffen sich die Pflichterfüller und die alten Nazis zu ihrer Nostalgiezusammenkunft. Als "Elite vom Dritten Reich" bezeichnet ein Teilnehmer die Anwesenden. Das Bundesheer stellt trotzdem eine Ehrenwache, die vor den Gedenktafeln der ausländischen SS-Verbände aufzieht. Welch fanatisches Nazipublikum dort ist, merkt LH-Stvtr. Grasser von der FPÖ als er den Kameraden erzählt, er habe die Wehrmachtsausstellung in Klagenfurt besucht. Bevor er noch seine heftige Distanzierung von der Ausstellung äußern kann, wird er schon niedergebuhnt und -gepiffen.

Der ehemalige SP-LH-Stvtr. Gallob scheidet folgenden Unsinn aus: „Die SPÖ will sich heute nicht mehr daran erinnern, daß sämtliche Politiker aller Parteien nach dem Krieg vorher Soldaten waren.“ Das vorgeschrittene Lebensalter hat offenbar auch die Merkfähigkeit dieses Herrn stark getrübt. Die meisten Politiker anno 1945 sind keine Soldaten gewesen, sondern KZ-Insassen, Häftlinge, Flüchtlinge, Emigranten oder zumindest Zivilisten. Oder glaubt der gute Mann ernsthaft, ein Renner, ein Figl, ein Schärf, ein Raab, ein Koplenig, ein Böhm, ein Fischer usw. seien Soldaten der deutschen Wehrmacht gewesen? Die Ausstellung sei die „größte Beleidigungsaktion der Altsoldaten“, fügt er hinzu und dem unna-zistischen Ausserwinkler schmettert er ein wütendes "Pfui!" entgegen.

Der Kameradschaftsbundobmann Keimel von der ÖVP findet es "schamlos", der Jugend die Frage vorzulegen, ob ihre Väter und Großväter Verbrechen gewesen seien.

Schamlos ist es wohl, daß die Frage nach der Beteiligung an den Naziverbrechen fast 50 Jahre nicht gestellt wurde und man an alle Persilscheine verteilte!

Die Politiker blieben heuer dem Treffen weitgehend fern. Rund 1.500 Unentwegte versammelten sich im strömenden Regen, um die NS-Vergangenheit zu verharmlosen, zu verteidigen und zu feiern.

Verfügung des deutschen Generals Böhme (geboren als Österreicher) vom 25.9.41: „Eure Aufgabe ist in einem Landstreifen durchzuführen, in dem 1914 Ströme deutschen Blutes durch die Hinterlist der Serben, Männer und Frauen, geflossen sind. Ihr seid die Rächer dieser Toten. Es muß ein abschreckendes Beispiel für ganz Serbien geschaffen werden, das die gesamte Bevölkerung auf das schwerste treffen muß.“

7.Oktober 1996: Ausserwinkler rät dem neuen Ulrichsberghelden, seinem Parteifreund Gallob, aus der SPÖ auszutreten.

7.Oktober 1996: In Wien stirbt Viktor Reimann, Mitbegründer des VERBANDES DER UNABHÄNGIGEN, der Vorgängerorganisation der FPÖ. Er hatte der Kronenzeitung lange Jahre als Staberl für Alphabeten gedient.

Erste Oktoberhälfte 1996: Farbige Politiker und Aktivisten in den USA verdächtigen den amerikanischen Geheimdienst CIA, aus politischen Gründen das Rauschgift Crack in den Großstadtghettos unter den Farbigen zu verbreiten.

Erste Oktoberhälfte 1996: Die steirische Landeshauptfrau Klasnic festigt ihren stramm rechten Ruf. Zu einer Rassismus-Enquete erscheint sie trotz Zusage nicht und schickt eine Vertretung, teilnehmenden internationalen Experten wird ein Empfang durch das Land verwehrt. Der geplante Empfang für die deutschnationalen Burschenschaftler bleibt hingegen aufrecht.

9.Oktober 1996: Der Brief der "Bajuwarischen Befreiungsarmee" wurde entschlüsselt und wird nun der Öffentlichkeit bekanntgegeben. Im Brief bekennt man sich ausdrücklich zu den Anschlägen von Oberwart und Stinatz. FPÖ und Kronenzeitung hatten immer wieder zu behaupten versucht, diese Anschläge hätten keine rechtsextremen Urheber. Mehreren Personen werden Anschläge angedroht. Allerdings ging der 8.10., den man als den gefährlichsten Tag (wegen der wiederholten Bezüge auf "8" im Bekennerbrief) betrachtete, ohne neue Bomben vorbei. Interessant, daß im Brief der Haider-Wahlkampfpruch zu finden ist, Vranitzky spiele den Weihnachtsmann für Arafat.

10.Oktober 1996: Letzte Wahlprognosen: 29% SPÖ, 27% ÖVP, 27% FPÖ, 10% Grüne, 7% Liberale.

10.Oktober 1996: Die Kärntner Dummsprüche hören nicht auf. LH Zernatto spricht von der Wehrmachtausstellung als einer „geradezu unglaublichen kollektiven Verurteilung einer ganzen Generation.“ Gesehen hat er die Ausstellung augenscheinlich nicht.

10.Oktober 1996: Eine Einigung zwischen Bonn und Prag über eine deutsch-tschechische Erklärung zur Beilegung der Differenzen der Kriegs- und Nachkriegszeit dürfte erreicht sein. Die Tschechen stimmen einem noch geheimen deutschen Entwurf zu.

13.Oktober 1996: Die erste Direktwahl von österreichischen Politiker ins EU-Parlament. Stärkste Partei wird überraschend die ÖVP mit 29,6% der Stimmen (NRW 1995: 28,3%), die SPÖ stürzt fast ins Bodenlose (29,2% gegenüber 38,1%), die FPÖ steigt auf 27,6% (21,9%), die Grünen erhalten 6,8% (4,8%), das LiF verliert beinahe ihren Sitz in Brüssel (4,2% statt 5,5). Sitzverteilung: 7 ÖVP, 6 SPÖ, 6 FPÖ, 1 Grüne, 1 LiF.

Bei den Gemeinderatswahlen in Wien bekommt die SPÖ nur noch 39,2%, die FPÖ steigt auf 27,9%, die ÖVP erhält 15,3%, die Grünen erreichen 7,9%, die Liberalen ebenfalls.

Die GRW in St.Pölten kann die SPÖ die absolute Mehrheit halten (56,4% gegenüber 60,3% im Jahre 1991), die ÖVP kommt auf 21,2 (24%), die FPÖ auf 12,5 (9%).

Bei den Nachwahlen in Donnerskirchen und Reutte verliert die ÖVP das nur mit zwölf Überhangstimmen abgesicherte 53. Nationalratsmandat an die FPÖ.

Die FPÖ wird bei den EU-Wahlen in den Landeshauptstädten Graz, Salzburg, Innsbruck, Bregenz und Klagenfurt, sowie in den Bundesländern Kärnten, Salzburg und Tirol die stärkste Partei. Einige Orte in Oberösterreich mit FP-Mehrheiten: Bad Ischl, Braunau, Ried im Innkreis, Schärding, Schwanenstadt, Vöcklabruck, Wels.

Die Mehrheit erringt die FPÖ bei den Arbeitern: 50% der Arbeiter wählten FP, 25% die SPÖ. Auch bei den Angestellten ist die FP mit 30% stärker als die VP (28%) und die SP (26%).

Haider als Kanzler - das ist nunmehr kein Scherz mehr, das wird voraussichtlich spätestens 1999 Realität werden. Die Hoffnungen, daß die SPÖ das Steuer noch herumreißen könnte, dürfen nicht sehr hoch angesetzt werden. Nachdem man 1995 einen zielgerichteten Wahlkampf geführt hatte ("*Wir werden nicht zulassen, daß..*") hat man hinterher fast alles zugelassen, das man nicht zuzulassen versprochen hatte, im weiteren politischen Verhalten und im heurigen Wahlkampf ignorierte man die Vorgabe, die politische Interessensvertretung der unselbständig Erwerbstätigen zu sein, grundsätzlich. Die Arbeiterklasse verabschiedete sich daher hunderttausendfach von ihrer Partei.

Der Nachfolger Vranitzkys wird es schwer haben, zumindest Teile davon wieder zurückzugewinnen. Nachdem z.Z. hauptsächlich Klima dafür zur Diskussion steht, ist die Perspektive denkbar schlecht.

14.Oktober 1996: Haider erklärt, 1998 oder 1999 Bundeskanzler zu werden.

14.Oktober. Im Ausland ist man über den Wahlerfolg Haiders besorgt.

14.Oktober 1996: Vranitzky erklärt zwar, daß keine Personaldiskussion stattfindet, aber er ist schwer angeschlagen. Aus der zweiten Reihe kommen verschiedene Rücktrittsaufforderungen. Immerhin erkennt eine Reihe von Funktionären, daß man sich wieder etwas mehr mit den Interessen des "Kleinen Mannes" befassen müsse. Interessant, warum das vor der Wahl keinem eingefallen ist.

14.Oktober 1996: Die italienischen Neofaschisten haben sich zwar letztes Jahr in ALLIANZA NAZIONALE umbenannt und dem Faschismus adieu gesagt. Die Parteihänger finden aber unter den ausländischen Parteien die französische Front National Le Pens am sympathischsten, als Politiker wurden geehrt: Franco, De Gaulle und Le Pen.

15.Oktober 1996: Die Kronzeitung mischt sich vorbeugend in die noch gar nicht angelaufene Nachfolgedebatte in der SPÖ ein. Sie schlagzeilt, daß Einem der Nachfolger Vranitzkys werden könnte. Was natürlich der Untergang des Abendlandes wäre.

Mitte Oktober 1996: Die polnische Regierung gibt ihre Absicht bekannt, die Gegend um das ehemalige KZ Auschwitz zu renovieren, der jetzige Zustand mache auf die Besucher der Gedenkstätte einen ungünstigen Eindruck.

16.Oktober 1996: In einem STANDARD-Interview lehnt Vranitzky personelle Konsequenzen ab. Er wolle auch nicht Bundespräsident oder Präsident der Europäischen Kommission werden. Die steierische SPÖ schlägt vor, Vranitzky soll die Übergabe seiner Funktion regeln. Die Kritik an Vranitzky weitet sich innerhalb von SPÖ und ÖGB aus.

16.Oktober 1996: In Frankreich beschließt die Regierung einen Gesetzesentwurf, der rassistische Äußerungen in Zukunft unter Strafe zu stellen.

16.Oktober 1996: In Rom soll im Dezember ein zweiter Prozeß gegen den SS-Offizier Priebke wegen der Geiseler-schießungen in den Ardeatinischen Höhlen durchgeführt werden.

16.Oktober 1996: Auf Druck seiner Fraktion muß der Linzer VP-Stadtrat Dyk seinen Subventionsantrag für die Wehrmachtsausstellung zurückziehen. Im Linzer Stadtsenat stimmt eigenartigerweise auch die SPÖ dem Antrag auf Absetzung von der Tagesordnung zu. 51 Jahre nach Hitlers Tod zittert man immer noch vor dem "Führer".

17.Oktober 1996: Nachdem sich Haider als Erbe Kreiskys bezeichnet hat, weitet dies der Karikaturist Veenenbos im Standard aus: Der Universalerbe erbt: Von Bubis: Sichrovsky, von der Natur: die ehernen Gesetze, von Kreisky: die SPÖ, von Sonja Moser: 1 Mandat, vom Onkel: das Bärenthal, von Hitler: die Beschäftigungspolitik.

17.Oktober 1996: Auf Kritik stößt Hochmairs Forderung, die FPÖ nicht mehr auszugrenzen.

18.Oktober 1996: Die Leitung der Israelitischen Kultusgemeinde stellt nach Attacken ihres Mitgliedes Peter Sichrovsky fest, daß die Kultusgemeinde auf Distanz zur FPÖ bleibt, „solange diese Partei ihre Grenzen zu Rechtsextremismus, Antisemitismus und jenen, die in der Vergangenheit in kriminellen Or-

ganisationen wie der SS Schuld auf sich geladen haben, unscharf sein läßt.“

18.Oktober 1996: Dr. Neugebauer vom DÖW beurteilt die für den 30.11. geplante Burschenschaftlerveranstaltung in Wien (siehe 20.9.) als „rechtsextremes und deutschnationales Spektakel“. Die ÖH wird unter dem Motto "kein Volk, kein Reich, kein Führer" dagegen demonstrieren.

19.Oktober 1996: Ein weiteres österreichweites treffen zum Thema "Baune Flecken" findet in Graz statt. Eine "Grazer Erklärung" wird verabschiedet, in der die Benennung von Straßen usw. nach NS-Opfern verlangt wird.

19.Oktober 1996: Ergebnis einer Wahlumfrage unter Jugendlichen: 12% sprechen sich für die SPÖ aus, 10% für die ÖVP, 9% für die FPÖ, 8% für die Grünen, 6% für die Liberalen. Satte 55% haben keine Präferenzen oder interessieren sich nicht für Politik.

21.Oktober 1996: Europawahlen in Finnland. Die EU-Kritiker gewinnen hinzu. Die Sozialdemokraten fallen von 28,2% auf 21,4%, die Zentrumspartei steigt von 19,9 auf 24,4 und ist damit die stärkste Partei. Zentrumspartei, Sozialdemokraten und Konservative entsenden je vier EU-Abgeordnete, die Linkspartei erhält zwei Sitze, die Grünen und die Schwedische Volkspartei je einen.

21.Oktober 1996: Haider beklagt sich sehr gerne über österreichische Künstler oder Intellektuelle, die sich im Ausland negativ über österreichische Ereignisse oder Verhältnisse äußern. Die neue Ausgabe der deutschen Wochenzeitschrift SPIEGEL kann folgende Haider-Sager veröffentlichen: „Der zentralistische Staat, die starre Machtverteilung, die Parteienherrschaft, das alles bildete ein System, das schon präfaschistische Züge aufwies, denn wir haben ein autoritäres politisches System in Österreich.“ Na hoffentlich marschierst du bald ein und befreiest uns! Interessant, daß Haider in diesem Interview auch eine Steuerakteneinsicht bei den "Großen" verlangt. Wenn solches etwa der ÖGB verlangen täte, dann würde der Jörg sicher wutschnauben. Aber vielleicht zeigt er uns einmal seinen Bärenalsteuerakt ganz genau und im Detail. Wir wollen schließlich alle lernen wie man richtig Steuern spart!

23.Oktober 1996: LH Pühringer verweigert die Subvention der Wehrmachtsausstellung in Linz. Läppi-sche 120.000.- Schilling sind ihm zuviel, er fürchtet sich vor einer "Spaltung der Generationen". Die Spaltung, die diese Ausstellung sicher wieder aufzeigt, ist die Kluft zwischen den Ewiggestrigen und der demokratisch eingestellten Bevölkerung. Für Pühringer ist der Anteil der Ewiggestrigen offenbar so stark, daß er diesem Anteil gleich die gesamten Generationen der Älteren zuordnet. Der "Führer" könnte stolz darauf sein, welchen Stellenwert der Landeshauptmann des Jahres 1996 noch der Ideenwelt der Zeit, in welcher die deutschen Männer der Ostmark für Führer, Volk und Vaterland ihre Pflicht erfüllten, zuordnet. Aber wenn man die Leserbriefe und die Antworten von Publikumsbefragungen in den Medien studiert: Er könnte recht haben, der Landespeppi. Zumindest war es eine ordentliche und anständige Sache, mit dem Führer gegen Rußland zu ziehen!

Der Kameradschaftsbund soll Pühringer zum Ehrenmitglied ernannt haben. Bravo, Ehre, wem Ehre gebührt, die Ehre, dem Kameradschaftsbund als Ehrenmitglied anzugehören ist sicherlich eine äußerst verdiente Ehre! Eine Ehrenmitgliedschaft z.B. bei der LAGERGEMEINSCHAFT MAUTHAUSEN wäre nix für den Landeshauptmann. Schließlich gibt es ja viel mehr ehemalige Hitlerhelden als ehemalige Widerstandskämpfer.

In der Stadt Linz ist die Vergabe von Förderungsmittel so geregelt, daß bis zu einem Betrag von 300.000.- Schilling der Stadtsenat die Subventionen vergibt. Im Stadtsenat stehen fünf SPÖ-Vertretern drei von der ÖVP und zwei Freiheitliche gegenüber. Dadurch ist keine antifaschistische Mehrheit möglich. Die Grünen (Jürgen Himmelbauer, GR in Linz) starten eine Bausteinaktion, die die Finanzierung der Ausstellung sicherstellen soll.

23.Oktober 1996: Die flämischen Rechtsextremen bieten der FPÖ für das EU-Parlament eine Fraktionsgemeinschaft an.

24.Oktober 1996: Einwanderer nach Österreich - Auswanderer aus Österreich: Seit 1945 hat eine halbe Million Österreicher das Land für immer verlassen.

24.Oktober 1996: Die Österreichische Hochschülerschaft verlangt die Einführung des passiven Wahlrechtes für ausländische Studenten bei den ÖH-Wahlen. Die Ring Freiheitlicher Studenten wird von der ÖH wegen einer entsprechenden Karikatur in seiner Verbandszeitung als "offen rassistisch" verurteilt.

26.Oktober 1996: In Graz versammeln sich 350 Burschenschaftler zu einem Festkommers, an dem auch der wegen NS-Wiederbetätigung verurteilte Aula-Chef Nachtmann und Otto Scrinzi teilnehmen. Landeshauptfrau Klasnic gibt sich die Ehre, die deutschnationalen Schmissgesichter zu empfangen. Von großen Polizeimassen abgesichert demonstrieren 500 Grazer gegen die Veranstaltung.

27.Oktober 1996: Die Wiener Grünen decken auf, daß der ÖTB vom Wiener Sportfonds indirekt über den ALLGEMEINEN SPORTVERBAND ÖSTERREICH (ASVÖ) gefördert wird.

28.Oktober 1996: Zwar hat dies nix mit unserem Hauptanliegen zutun, aber interessant ist das folgende Zitat aus dem STANDARD. Redakteur Winder berichtet aus Los Angeles über Aussagen des Ökonomen Jeremy Rifkin: „Bis zum Jahr 2020 werde der 'Blue Collar Worker' eine ausgestorbene Art sein, und selbst für den unwahrscheinlichen Fall, daß es gelingen sollte, die freigesetzte Arbeiterschaft durch eine offensive staatliche Bildungspolitik besser zu qualifizieren - nie und nimmer werde Handwerk, Industrie und Dienstleistungssektor in der Lage sein, sie zur Gänze aufzunehmen. Die Folgen dieser Entwicklung liegen für Rifkin auf der Hand: Eine ständig schwindende Massenkaufkraft, permanente Überproduktion, ein immer weiteres Auseinanderklaffen von Armut und Reichtum.“ Haben wir das nicht schon mal wo gelesen? Der Autor hat Karl Marx oder so ähnlich geheißen...

31.Oktober 1996: Das Anti-Folter-Komitee des Europarates kritisiert in einem Bericht österreichische Polizeidienststellen. So wird über die Anwendung folterähnlicher Methoden im Wiener Sicherheitsbüro berichtet. Die Einsetzung eines unabhängigen Untersuchungsausschusses wird gefordert.

1.November 1996: Nach einem israelischen Zeitungsbericht besteht die Gefahr der Bildung einer rechtsextremen Untergrundbewegung in Israel. Die jetzige Regierung will aber weiterhin die besonders extremistisch eingestellte Siedlerbewegung in Westjordanien und im Gaza-Streifen unterstützen.

1.November 1996: Am Salzburger Kommunalfriedhof gibt es wie jedes Jahr die Heldenehrung durch die Veteranenverbände von Wehrmacht und SS. Heuer wird eine Gegenaktion, bei der vier kurz vor Kriegsende erschossene Deserteure geehrt werden sollten, von der Polizei verhindert.

3.November 1996: In der TV-Pressesendung sagt VP-Klubobmann Khol, die FPÖ sei weiterhin nicht regierungsfähig. Der Salzburger VP-Obmann Schausberger sagt in einem Profil-Interview „strategische Vergleiche zwischen NSDAP und FPÖ sind durchaus zulässig“.

5.November 1996: In Spanien beginnen Ehrungen zum 60. Jahrestag des Einsatzes der Interbrigaden im Kampfe gegen die faschistischen Putschisten Francos. Aus Österreich nehmen vierzehn der noch lebenden 60 Spanienkämpfer an den Feiern teil.

*Das waren Tage der Brigade XI und ihrer Freiheitsfahne,
Brigada internacional bleibt stets ein Ehrenname*

5.November 1996: Zur bleibenden Schande für den öö. Landeshauptmann und für die Stadt Linz steuert der Schriftsteller Heimrad Bäcker bei. Er spendet den mit 50.000 Schilling dotierten Kunstförderungspreis der Stadt Linz für die Finanzierung der Wehrmachtsausstellung. Die SPÖ spendet sparsame 30.000 Schilling.

Anfang November 1996: Haider sagt seinen Auftritt als Festredner beim Burschenschafts-Kommers am 30.11. ab, sponsert die Veranstaltung aber mit 150.000 Schilling aus der Parteikassa. Anstelle von Haider wird der Wiener FP-Chef Pawkowicz die Festrede halten.

6.November 1996: Haiders bisherige Büroleiterin Susanne Riess-Passer soll die Funktion einer "geschäftsführenden Parteivorsitzenden" übernehmen.

6.November 1996: Wahlen in den USA. Präsident Clinton wird klar wiedergewählt, in Kongreß und Senat bleiben die Republikaner in der Mehrheit.

8.November 1996: Der Journalist Wolfgang Purtscheller klagt den FP-Klubobmann Stadler, die FPÖ und die rechte Zeitschrift JUNGE FREIHEIT wegen Ehrenbeleidigung und Kreditschädigung auf einen Schadenersatz von insgesamt 340.000 Schilling, weil er mit den Attentaten von Oberwart und Ebergassing in Zusammenhang gebracht und als Polizeispitzel bezeichnet wurde. Von der beklagten Seite war Purtscheller als „Dreh- und Angelpunkt der gewaltbereiten linksextremen Szene“ etikettiert worden.

8.-9.November 1996: Der Versuch von Jungsozialisten am Innsbrucker Westfriedhof über das Wochenende eine Gedenktafel für den in der "Reichskristallnacht" ermordeten Richard Berger aufzustellen, wird vom schwarzen Stadtrat Sprenger unterbunden. Der VP-Funktionär quatscht von parteipolitischem Mißbrauch des Friedhofes und von Pietätlosigkeit. Also wieder einmal: Nieder mit den Opfern!

9.November 1996: Das geplante Mahnmal am Judenplatz in Wien hätte jetzt fertig sein sollen. Durch die Debatte darüber und die Funde bei den Ausgrabungen verzögert sich die Fertigstellung bis Sommer 1997.

9.-10.November 1996: Anlässlich des Gedenkens an die Opfer der "Reichskristallnacht" von 1938 findet in Wien eine Veranstaltung über die Experimente des berühmten SS-Arztes Mengele mit 1000 Zwillingspaaren statt.

Auch in Deutschland finden zahlreiche Gedenkfeiern statt.

10. November 1996: Parteitag der FPÖ in Feldkirch. Haider ernennt Westenthaler zum neuen Parteigeneralsekretär und droht mit der Gründung einer eigenen FPÖ-Gewerkschaft. Haider wird mit 98,55% der Delegiertenstimmen in seinem Amt bestätigt. Er attackiert in seiner Rede besonders die ÖVP, diese habe den Rosenkranz in der Tasche und den Sozialismus im Hirn, solange diese Truppe in der ÖVP regiere, würden wir weiter den Sozialismus in Österreich haben. Also, wenn das, was wir jetzt haben, Sozialismus ist, was werden wir wohl dann ab 1999 unter der Führerschaft des Kanzlers Haider haben? Jedenfalls sagt er, das Heilmittel gegen die Arroganz des Funktionärstaates seien die Freiheitlichen, „*am freiheitlichen Wesen kann die Demokratie genesen*“.

11. November 1996: PROFIL berichtet, daß ein Angestellter des Senders RADIO FREIES EUROPA direkt von der FPÖ bezahlt worden sei. Die Verbindung zu diesem Sender mit einer durchschnittlichen Hörerschaft von 8.000 war von Haider immer bestritten worden.

11. November 1996: In der KRONENZEITUNG erhält Hans Jörg Schimanek sen. eine lange Spalte Platz, um unter der Überschrift **Ein Vater klagt unsere Justiz an** folgendes auszuscheiden:

Von einem Volksgericht wurde am 29. Oktober in Peking der Regimegegner Wang Dan laut Pressemeldungen "wegen Aktivitäten, die den Sturz der Regierung zum Ziel hatten", zu elf Jahren Haft verurteilt. Bereits einen Tag später überboten österreichische Politiker in der verbalen Verurteilung der chinesischen Machthaber wegen deren menschenrechtswidrigem Vorgehen gegen die Freiheit der politischen Meinung.

Selbstverständlich billige auch ich die Verurteilung Wang Dans keinesfalls, erlaube mir aber darauf hinzuweisen, daß österreichische Gerichte wegen genau dem gleichen Delikt erst in den letzten drei Jahren zum Teil langjährige Haftstrafen verhängt haben. So etwa wurde mein Sohn Hans Jörg Schimanek, ohne jemals die Hand gegen einen Mitmenschen erhoben zu haben, vorerst zu 15 (!) Jahren und schließlich in der Berufungsinstanz zu rechtsgültigen 8 (!) Jahren Haft verurteilt.

Solange sich Österreich selbst als Demokratie westlicher Prägung derartige "politische Rechtssprüche" und deren Vollzug leistet, haben heimische Politiker meiner Meinung nach nicht das geringste Recht China zu verurteilen. Ich spreche aber auch jenen Medien das Recht der jetzt geübten Kritik an chinesischer Willkürjustiz ab, die im Falle meines Sohnes durch eine vom Strafgesetz zwar verbotene, allerdings von der Staatsanwaltschaft und auch vom sonst so eifertigen "Österreichischen Presserat" ungeahndet gebliebene Vorverurteilungskampagne zu einer massiven Beeinflussung von Geschworenen und Richterserrat und damit auch zum Urteilsausmaß selbst beigetragen haben.

Ein österreichischer Neonazi, der Nachwuchsnazis im Gurgelabschneiden unterrichtet, ist laut FPÖ-Landesrat Schimanek sen. genau dasselbe wie ein chinesischer Dissident. Offenbar sieht er die Sache so, daß sich in Österreich auch Dissidenten einsetzen müssen: Z.B. für das Recht auf nationalsozialistische Betätigung.

Also germanische Volksgenossen, kämpft gegen die maoistische Diktatur in Österreich, Freiheit für Küssel, Freiheit für Schimanek, Freiheit für Hitler?

11. November 1996: Österreichische IFOR-Soldaten erlangen internationalen "Ruhm". Eine Gruppe trägt überaus witzige Leiberl mit dem Text "Alle Tschuschen schweigen still, wenn mein starker Arm es will".

Die "Tschuschen" halten das für gar nicht so lustig, die österreichischen IFOR-Leute hingegen entdecken zum Teil den Skandal darin, daß die Sache öffentlich kritisiert und der Gruppenkommandant abgelöst wurde. Der Karikaturist Deix findet das Motiv von den Leibchen ebenfalls nicht sehr spaßig, weil es eine zweckentfremdete und ins Gegenteil verkehrte Karikatur von ihm ist:



11. November 1996: FP-Geschäftsführer Schweitzer will eine "kampffähige" freiheitliche Gewerkschaft mit 100.000 Mitgliedern schaffen.

Der ÖGB gerät sofort in Panik und beginnt mit blitzartig mit einer Reform der Fraktionsstatuten. Warum man hier nicht ganz gelassen reagiert und dem Haider die Freude der Gründung einer Gewerkschaft läßt, ist unverständlich.

13. November 1996: Die Mussolini-Enkelin Alessandra kündigt ihren Austritt aus der NATIONALEN ALLIANZ an.

14. November 1996: In NEWS listet Hans-Henning Scharsach in einer "Skandal-Chronik" FP-Sager über die "guten Seiten" des Nationalsozialismus, antisemitische Sprüche und die Querverbindungen zwischen brauner Gewalt und der FPÖ auf.

Mitte November 1996: Der Opportunismus als grundsätzliche Charaktereigenschaft wird wieder einmal öffentlich vorgeführt. Der SP-Landesgeschäftsführer in der Steiermark, ein gewisser Herper, macht sich darüber Sorgen, wie er sein Produkt, die SPÖ, noch über die Rampe bringen kann. Er spricht sich für eine "Neudefinierung der Beziehung zur FPÖ" aus: *„Die FPÖ hat mittlerweile eine Größe erreicht, an der man nicht mehr vorbeikommt. Weder links noch rechts. Wir müssen damit rechnen, daß die FPÖ das nächste Mal zweitstärkste Partei sein wird und dann? Uns werden nur zwei Alternativen bleiben: Entweder wir gehen in Opposition, und das kann, wie man in Deutschland sieht, ein langer Prozeß werden, oder wir finden ein neues Verhältnis zur FPÖ.“* Vielleicht braucht Staatskanzler Haider dereinst ein paar Hospitanten aus anderen Gruppierungen für seine Bewegung? Den Herper kann er gerne haben. Jetzt schon.

15. November 1996: In Wels nennt die SJ symbolisch die Kernstock-Straße in Rosa-Jochmann-Straße um. Die Sektion II der Welser SPÖ fordert in einer Postwurfsendung: Die Ottokar-Kernstock-Straße soll weg! Damit spricht sich erstmals eine Sektion in der SPÖ dezidiert und öffentlich gegen Bregartners heißgeliebte braune Flecken aus. Bis Jahresende soll eine Kommission Lösungsempfehlungen für die Welser Flecken erarbeiten. Die SJ befürchtet "batzweiche Formulierungen".

15. November 1996: In der Linzer Kunsthochschule findet eine Diskussion über die Wehrmachtsausstellung statt. Zahlreiche alte Nazis sind anwesend und empören sich darüber, daß eine Ausstellung über die Verbrechen der Wehrmacht stattfindet. Von antifaschistischer Seite wird ihnen zwar entsprechend kontra gegeben, aber den volksdummlichen Stimmen dort und rundherum kann man entnehmen: Der Landeshauptmann hat recht, die Nazis sind in OÖ. so eine starke Gruppe, daß nur ein politischer Selbstmörder laut für die Wehrmachtsausstellung eintreten kann. Heil Hitler!

16. November 1996: Günter Traxler im STANDARD über Haiders Gewerkschaftsgründungsabsichten: *„Er sollte daher (...) ruhig seine Gewerkschaft gründen. Das ist nur ein Gang zur Vereinsbehörde, und schon kann er die Anliegen der Arbeitnehmer vertreten auf Teufel komm raus. Als Heiland der Werktätigen muß er dabei natürlich stets mehr fordern als die Kollegen vom ÖGB, seinem Aufstieg zum Schrecken der Unternehmer²⁹ steht also nichts mehr im Wege. Da er sich seit neustem in allen Belangen gern vertreten läßt, wird die FPÖ bald wohl auch einen geschäftsführenden Arbeiterführer haben. Genießer tippen auf Thomas Prinzhorn.“*

²⁹ Daß Haider tatsächlich solches tun könnte, befürchtet später (3.12.) Peter Gnam in der Kronenzeitung und kritisiert Haider deswegen.

15. November 1996: Haider verliert in 2. Instanz ein Verfahren mit dem TATBlatt. Der FP-Chef soll im Fernsehen die Behauptung widerrufen, daß das TATBlatt zu Gewaltaktionen gegen die FPÖ aufgerufen habe. Man versucht nun eine außerordentliche Revision.

17. November 1996: Finanzminister Klima weist die "Wahrheiten" Haiders über den ÖGB zurück. Er hatte behauptet, der ÖGB brauche keine Körperschafts- und Kapitalertragssteuer bezahlen.

17. November 1996: Bei den Wahlen in die Kärntner Landwirtschaftskammer wollte die FP die Mehrheit des schwarzen Bauernbundes brechen. Die FP-Bauern gewannen aber nur 0,8% auf Kosten der SP-Bauern dazu.

18. November 1996: SPÖ und Grüne treten für eine gemeinsame Reform der drei österreichischen Geheimdienste ein. Eine Staatsschutzkommission und ein Parlamentskontrollausschuß soll die "Eigendynamik" der Geheimwachtel unter Kontrolle halten.

19. November 1996: Was zu erwarten war: Der Freund der mutmaßlichen Eisenstädter Friedhofschänder, FP Geschäftsführer Karl Schweitzer tritt zurück und wird "EU-Koordinator". Rumpold kehrt nach sieben Monaten wieder auf den Posten des Bundesgeschäftsführers zurück.

21. November 1996: NEWS berichtet, daß gegen Walter Meischberger jetzt Strafanklage nach dem Finanzstrafgesetz erhoben wird.

22. November 1996: In Linz wird die Wehrmachtsausstellung eröffnet. Es ist dies der vierte Ausstellungsort in Österreich und der erste an dem es keinerlei öffentliche Subventionen gibt. ÖVP und FPÖ bemühten sich sehr, daß in der "Heimat des Führers" das Andenken an den NS-Krieg möglichst von der Wahrheit ungetrübt bleibt. Genutzt hat es nichts, die Mittel für die Ausstellung wurden aufgebracht.

Die Eröffnungsrede hält der Adjutant des Bundespräsidenten, **Hubertus Trauttenberg**. Er sagt unter anderem: *„Der deutsche Bundesminister für Verteidigung Volker Rühle sagte im November 1995 vor der Kommandeurstagung in München: "Die Wehrmacht war als Organisation des Dritten Reichs an ihrer Spitze mit Truppenteilen und mit Soldaten in Verbrechen des Nationalsozialismus verstrickt. Als Institution kann sie deshalb keine Tradition begründen." Das ist ein klares Wort, das bei uns kaum gehört wurde. (...) Mehr als 50 Jahre nach Ende des Zweiten Weltkrieges müssen wir uns fragen, ob und wie weit wir bereit sind, die heute bekannten Fakten an uns heranzulassen. Neigen wir noch immer zu Verdrängung, Verleugnung oder Aufrechnung von eigener Schuld gegen die der anderen? Die Reaktion auf die Ausstellung könnte ein Beweis dafür sein. (...) Es geht nicht nur darum, nach der historischen Wahrheit zu suchen. Es geht vielmehr darum, zu untersuchen, wieso es möglich war, daß so viele an so Entsetzlichem teilnahmen oder auch nur zusehen konnten. (...) Besonders wichtig erscheint es mir aber, nach Gründen und Methoden, nach der Verführung zu forschen, die eine Kulturnation in einen derart gewislosen Zustand wandeln konnte.“*

24. November 1996: In Rom spricht der Papst Otto Neururer und Jakob Gapp selig. Die beiden Priester waren vom NS-Regime umgebracht worden. Neururer hatte sich die Wut der Nazis zugezogen, weil er einer Frau von der Ehe mit einem geschiedenen SA-Mann abriet, Gapp war ein Geistlicher, den man heute "Arbeiterpfarrer" nennen würde, er predigte gegen das NS-Regime.

24. November 1996: Der rechtsextreme Bürgermeister von Toulon verweigert die Ehrung des jüdischen Schriftstellers Martek Halter. Die Touloner Buchmesse wird postwendend von den großen französischen Verlagen boykottiert.

Bei den Nachwahlen in der Le-Pen-Hochburg Dreux verlieren die Rechtsextremen mit 39 zu 61% gegen den Kandidaten der Regierungsparteien.

25. November 1996: Ein Zitat, daß notiert gehört. Bei einer Diskussion in Wien zum Thema "Jeder ist seines Glückes Schmied" sagt Hans Peter Martin ("Die Globalisierungsfalle"): *„Bischöfe reden wie Kommunisten, Sozialisten wie Liberale“*.

27. November 1996: Der Versuch, die Strafbestimmungen für Homosexuelle abzuschaffen, scheitern bezüglich des "Schutzalters". Vergangenes Jahr gab es wegen Beziehungen zwischen Männern über 18 und solchen von 14 - 18 immerhin 35 Anzeigen und 17 Verurteilungen.

28. November 1996: Zum albernem Leitartikel über die Wehrmachtsausstellung des OÖN-Chefredakteurs vom 23.11. erscheint überraschend der folgende kritische Leserbrief:

Abwehrreaktion

Betrifft: "Leider nur eine Provokation", Leitartikel von Hans Köppl zur Ausstellung "Verbrechen der Wehrmacht", Kunsthochschule Linz.

Hans Köppl schreibt "nur derjenige, der guten Willens ist, sich mit dem Ausstellungsobjekt unvoreinge-

nommen auseinandersetzen", könne aus der Ausstellung "wirklichen Nutzen" ziehen. Wenn für Herrn Köppl die Ausstellung "leider nur eine Provokation" darstellt und er offensichtlich keinen Nutzen daraus ziehen kann, so legt dies den Schluß nahe, daß der Autor selbst nicht zu den von ihm beschriebenen Unvoreingenommenen zu zählen ist.

Welche Gruppe will er sonst angehören? Den Ewiggestrigen samt jenen bestens mit ihnen "ausgesöhnten" Nachgeborenen, die heute schon wieder das dumme Maul weit offen - aber hoffentlich keine Zukunft haben ?

Oder den politisch ignoranten Abstinenzlern, die durch ihre Wertenthaltssamkeit de facto den Vorurteilen heutiger Nazis Vorschub leisten? Herr Köppl sind die wissenschaftlich objektivierten Fakten der verbrecherischen Aktivität der Wehrmacht im sogenannten Osten Anlaß zu einer peinlichen Abwehrreaktion, die denen Recht zu geben scheint, die diese Fakten ohnehin ungeprüft und pauschal in Abrede stellen.

HProf. Dr. Herbert Lachmayer, Linz

Die OÖNachrichten sind sonst ja recht wählerisch mit dem Abdruck kritischer Leserbriefe. Offenbar war der Standpunkt von Herrn Köppl gegen die Wehrmachtsausstellung auch innerhalb der Redaktion eher eine Einzelmeinung.

Ende November 1996: Die Fahndung nach den Briefbombenattentätern bleibt immer noch ohne Ergebnis. Das Innenministerium warnt vor neuen Anschlägen. Daß es sich bei der "Bajuwarischen Befreiungsarmee" um einen Einzeltäter handeln könnte, wird nicht mehr ausgeschlossen.

Ende November 1996: Die "rechte Hand" von FP-Klubobmann Ewald Stadler, ein gewisser Gerhard Staudinger, soll Verbindungen zum "Dichterstein Offenhausen" haben. Der Angesprochene weist die Kritik zurück, der Dichterstein-Verein habe eine Unbedenklichkeitsbestätigung des Bundeskanzlers (??).

Ende November 1996: Gegen engere Verbindungen zu Slowenien tritt der Kärntner Heimatdienst auf. Man fürchtet wieder einmal die Slowenisierung Südkärntens.

30. November 1996: Interessante Theorie im STANDARD: Otto Kronsteiner vom Institut für Slawistik in Salzburg, schreibt, der Name "Ostarrîchi" müsse nicht deutschsprachigen Ursprungs sein und daher nicht "Ostreich" bedeuten. Er könne aus dem Slawischen von "Ostrik" oder "Ostarik" kommen, was "Spitzberg" bedeute. Da "Ostarrîchi" in der Urkunde von 996 als Vulgo-Namen bezeichnet wird, spricht eine gewisse Wahrscheinlichkeit dafür, warum hätte man schließlich damals die niederösterreichische Gegend "Ostreich" nennen sollen?

30. November 1996: Ca. 1.000 schmissverzierte Bierfreunde versammeln sich in der Hofburg zum Festkommers der deutschen Burschenschaften. Der Urganer Pawkowicz von der FP hält die Festansprache, er äußert die Hoffnung, man werde die 4.000 draußen gegen diese rechtsextreme Zusammenrottung demonstrierenden Antifaschisten ("dumme Schafe" im Jargon der Burschenschaftlerherrlichkeit) auf den "rechten Weg" zurückbringen. Weitere anwesende FPÖler: Ewald Stadler, Harald Ofner, Herbert Haupt und der neuerdings als Bundesrat amtierende John Gudenus, 1995 wegen seines Gaskammer-Sagers aus dem Verkehr gezogen³⁰.

Unter den Teilnehmern der Gegendemonstration "Kein Volk, kein Reich, kein Führer" fühlen sich einige Autonome bemüßigt, ihre Kenntnisse im Steinwerfen vorzuführen, wodurch die Polizei Gründe zum Dreinhauen und die rechten Medien zum Empörtsein haben.

30. November 1996: FP-Generalsekretär Westenthaler kündigt an, die FP-Gewerkschaft könnte schon zu Ostern 1997 den Betrieb aufnehmen.

1. Dezember 1996: Volksabstimmung in der Schweiz. Mit ganz knapper Mehrheit wird die Forderung der rechtskonservativen Volkspartei nach einer Verschärfung des Asylrechtes abgelehnt.

2. Dezember 1996: PROFIL zitiert einen US-Bericht aus dem Jahre 1947, demnach sollen 1945 zahlreiche Kisten mit Gold und Valuten von der Eichmann-Gruppe auf die Blaa-Alm bei Altaussee transportiert worden sein, Söhne von Nazigrößen hätten später Grundstücke auf der Blaa-Alm erworben (schon vor 25 Jahren wurden in OÖ. diesbezügliche Vermutungen geäußert und Nachkommen von Gauleiter Eigruber als Blaa-Alm-Eigentümer genannt).

2. Dezember 1996: PROFIL erhält einen Bekennerbrief der "Bajuwarischen Befreiungsarmee". Von der

³⁰ **17. Oktober 1995:** Der F-Abgeordnete John Gudenus erklärt in einer öffentlichen Diskussion zur Ausstellung über die Verbrechen der deutschen Wehrmacht und in einem Radiointerview, die Existenz der Gaskammern in den Vernichtungslagern für ein "Dogma". Auf die Frage, ob er die Existenz von Gaskammern bezweifle, erwidert er stereotyp, er glaube alles, was dogmatisch vorgeschrieben werde.

Polizei wird der Brief als "keine gute Fälschung" eingestuft.

3.Dezember 1996: In der Türkei wurden Verbindungen zwischen den rechtsextremen "Grauen Wölfen" und der Mafia bekannt. Die türkische Vizekanzlerin Tansu Çiller stellt diese Verquickungen als patriotische Taten dar: Die "Grauen Wölfe" (jetzt "Die Idealisten") unterstützen heute die Regierung gegen die Kurden. Bekanntlich sind die "Grauen Wölfe" auch in Österreich einschlägig aktiv. Wiederholt wurde ÖVP-Kreisen eine Naheverhältnis nachgesagt.

4.Dezember 1996: In Klagenfurt wird auf das Gebäude des Zentralverbandes der Slowenischen Organisationen und der Zeitung SLOVENSKI VESTNIK ein Einbruch mit anschließendem Brandanschlag verübt. Die Polizei stellt vorerst fest, es handle sich um einen kriminellen, keinesfalls einen politischen Akt.

4.Dezember. Die Initiative WIDER DAS VERGESSEN in Graz will sich für Straßenbenennungen nach NS-Opfern einsetzen und sieht einen großen Nachholbedarf.

5.Dezember 1996: In Salzburg will man sich nicht so übel blamieren wie in OÖ.: Landesrat Raus (SP) sagt bereits jetzt die Übernahme einer Ausfallhaftung für die für 1997 geplante Ausstellung "Verbrechen der Wehrmacht" in Salzburg zu.

5.Dezember 1996: Die Polizei hält nun doch politische Motive für den Anschlag auf die Büroräume der Slowenenzentralverbandes für möglich.

6.Dezember 1996: Der Grazer Gemeinderat beschließt eine umstrittene Verordnung gegen "aggressives Betteln".

5.Dezember 1996: Der amerikanische Politologe Huntington äußert gegenüber dem STANDARD, daß ethische Säuberungen zwar unangenehme Folgen haben, aber der Zwang zum Zusammenleben von Menschen, die nicht zusammenleben wollen, noch schlimmere Folgen habe.

9.Dezember 1996: Eine neue Briefbombe ist unterwegs. Bei einer Astrologie-Firma in Wien taucht ein Brief auf, der an Lotte Ingrisch, der Stiefmutter von Innenminister Einem gerichtet war. Der oder die Briefbomber hatten diese Adresse als Absender benutzt, den Brief aber an eine nicht mehr bestehende Anschrift in Rindelberg im Waldviertel gerichtet. Bei der Untersuchung des Briefes durch die Polizei, explodiert er. Die Polizei nimmt an, daß Lotte Ingrisch deswegen das Ziel der 25. Briefbombe wurde, weil der Innenminister und seine Familie zu gut gegen Anschläge abgeschirmt sind (und Einem nur medial von der KRONENZEITUNG attackiert werden kann).

9.Dezember 1996: Vranitzky stellt klar: Mit der Haider-FPÖ gibt es keine Zusammenarbeit, vom Parteipräsidium wird dies mittels Beschluß bestätigt.

9.Dezember 1996: Heftig kritisiert wird in Graz, daß der "Alpenländische Kulturverband Südmark" von der Stadt für soziale Projekte in Rumänien Subventionen von der Stadt erhalten soll. Es wird gefordert, diese Sozialprojekte statt über diese rechtsextreme Vorfeldgruppierung über andere Trägerorganisationen zu unterstützen.

10.Dezember 1996: Der Standort des Berliner Holocaust-Denkmal am Brandenburger Tor ist fix, Baubeginn 1999.

11.Dezember 1996: Nach 575 Jahren gibt am Wiener Judenplatz wieder ein Chanukka-Fest (zur Erinnerung an die Tempelweihe in Jerusalem).

11.Dezember 1996: Die Salzburger Bürgerliste fordert eine Subvention von 500.000 Schilling für die geplante Wehrmachtsausstellung und den Ehrenschatz durch die Landesregierung.

12.Dezember 1996: Neue Drohbriefe an slowenische Medien in Kärnten. Die Polizei spricht von "Trittbrettfahrern" nach dem Brandanschlag.

12.Dezember 1996: Langsam wird es auch in Spanien für die Faschisten etwas enger. Die Polizei schließt in Barcelona die Buchhandlung "Europa", beschlagnahmt etwa 7.000 faschistische und nationalsozialistische Druckwerke und nimmt den Inhaber fest.

Mitte Dezember 1996: Nach dem versuchten Anschlag auf die sehr an Esoterik interessierten Frau Ingrisch melden sich bei der Polizei diverse Astrologen, Kartenaufschlager und Pendlers und bitten Hilfe an. Spaßig bei den Ermittlungen ist die Erkenntnis, daß der Briefbombenattentäter ein besonderes Verhältnis zur katholischen Kirche haben mußte, weil er seine Bombenbriefe immer mit Marken mit klerikalen Motive frankierte. Den Ermittlern dürfte nicht bekannt sein, daß es bis in die jüngste Zeit in Österreich normale Freimarken ohne klerikale Motive gar nicht gegeben hat.

Mitte Dezember 1996: Haider war verklagt worden, weil er wahrheitswidrig behauptet hatte, Überschüsse aus der Bauarbeiterurlaubskasse wären zwischen ÖGB und Handelskammer aufgeteilt worden. Die

Klage wird ohne Prüfung des Sachverhaltes mit der Begründung abgewiesen, es sei bei den parteipolitischen Auseinandersetzungen üblich geworden, in solchen Vorwürfen keine Beleidigungen, sondern unüberprüfbare politische Werturteile zu erblicken.

16.Dezember 1996: LH Klasnic zieht nach Kritik durch die SPÖ den Förderungsantrag für den "Alpenländischen Kulturverein Südmark" zurück.

16.Dezember 1996: Der Volksgruppenreport kritisiert die Benachteiligung am Arbeitsmarkt, vor Gericht, in Ämtern, in Bildungseinrichtungen und vor allem das mangelhafte Angebot im zweisprachigen Schulbereich. Die Situation sei durch "simples Nichtstun" der Regierung geprägt.

19.Dezember 1996: Laut Polizei hat die Fahndung in Sachen Briefbomben bisher rund 200 Millionen Schilling gekostet. Die Herstellungskosten für eine Briefbombe werden inklusive Versand auf lediglich 100 Schilling geschätzt.

19.Dezember 1996: Wieder ein Haider Interview in NEWS, zitierenswert seine Antwort auf die Frage, ob Haider mit Porsche und Grundeigentum ein Arbeiterführer sei: „Viktor Adler war ja auch ein Millionär und hat für die Arbeiter etwas gemacht. Vranitzky ist dagegen durch die Arbeiterbewegung erst zum Millionär geworden“. So leicht macht die Wirklichkeit dem Demagogen die Argumentation...

20.Dezember 1996: In Prag wird der Versöhnungsvertrag zwischen der BRD und Tschechien paraphiert. Die offizielle Unterzeichnung durch Kohl und Klaus soll im Jänner erfolgen.

21.Dezember 1996: Gerhard Marschall verfaßt in den OÖN einen Abschlußkommentar zur Wehrmachtsausstellung in Linz. Er kommt dabei zu völlig anderen Schlüssen als sein Chef, der es für opportun fand, in einem Leitartikel zur Eröffnung von einer "Provokation" zu schreiben:

Recht und gut

Als großer Erfolg geht die sogenannte "Wehrmachtsausstellung" am Sonntag zu Ende. 14.000 Menschen werden sich am Ende ein Bild von der Kehrseite der jahrzehntelang glorifizierten Wehrmacht gemacht haben.

Und all die Aufregung war umsonst. Die künstliche, die sich immer dann theatralisch aufbaut, wenn Unangenehmes vereitelt werden soll, ebenso wie die politische, die selbst auf so sensiblen Themen ihr Süppchen kocht. Weder hat es die immer und immer wieder herbeigeredete "Polarisierung" gegeben, schon gar nicht wurde beschuldigt oder verurteilt.

Diese Ausstellung hat zu Recht stattgefunden, weil eben nicht einige (wenige) vorzuschreiben haben, wieviel von der eigenen Geschichte die vielen anderen erfahren dürfen. Diese Ausstellung hat diesem Land auch gutgetan, weil sie gezeigt hat, daß die Menschen erstens hellwach und zweitens sehr wohl zur Differenzierung fähig sind.

Alle ,jene, die ihnen das nicht zugetraut haben, die stets Ruhe im Lande haben wollen und schon engagierte Diskussion als Störung empfinden, müßten. sich jetzt ein wenig genieren.

Ein gewisser Aglas belästigt in diesen Tagen die Leute durch den Versand einer Broschüre, in der vorgeliegt eine "Bilanz" über das "Für und Wider" zur Wehrmachtsausstellung gezogen werden soll. Er druckt zwar aus den oö. Zeitungen auch Leserbriefe nach, die sich für die Ausstellung aussprechen, der Rest des Textes ist aber eine wilde Apologetik auf die Hitlerwehrmacht. Wenn man mit dem Heft fertig ist, erscheint einem die Lage ganz klar: Hitler hat seine tapferen, sauberen und anständigen Soldaten notgedrungen in die weite Welt schicken müssen, dort fielen sie unter blutrünstige und grausame Partisanen, sowie die Heimatfront unter Fliegerbombenangriffe, und deshalb konnten sie ihre friedlichen und humanen Absichten leider nicht verwirklichen und mußten auch ein bißchen umsichschießen, wodurch es angeblich auch zu Opfern gekommen sein soll, was aber in Wirklichkeit bloß bolschewistische Propaganda ist, die jetzt von dem deutschen kommunistischen Landesfriedensbrecher Hannes Heer zu einer Ausstellung zusammengestellt wurde.

Vor Weihnachten 1996: In Berlin will man zum 95.Geburtstag am 27.12. eine Straße nach Marlene Dietrich benennen. Aber auch in Berlin ist es nicht anders als bei uns: Diverse Nazitrampeln rotten sich zusammen und protestieren dagegen: Die Dietrich war schließlich aus Nazideutschland geflüchtet und als Leutnant der US-Army zurückgekehrt. Das haben ihr die ehemaligen BDM-Führerinnen und ähnliches Geschmeiß nicht vergessen. Anständige Deutsche kämpften schließlich bis 8. Mai 1945 für und nicht gegen den Führer und seine Bande, Heil Hitler!

22.Dezember 1996: Die Wehrmachtsausstellung in Linz schließt ihre Pforten. 14.000 Besucher sicherten die Kostendeckung aus den Eintrittsgeldern. Die Freunde der hitlernostalgischen Elemente in der Kriegsgeneration (wie LH Pühringer und Stadtrat Dyk von der ÖVP) garantierten auch durch ihre unfreiwillige Reklame den Besuch. In den Leserbriefspalten gewisser Zeitungen toben die Ewiggestrigen noch

einige Zeit vor sich hin.

23.Dezember 1996: Familienminister Martin Bartenstein sieht die Jugend als Schlüssel für den Kampf gegen Rassismus, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und Intoleranz und will 1997, dem "Jahr gegen Rassismus", entsprechende Projekte unterstützen. Jürgen Gangoly, der Koordinator der entsprechenden Europaratskampagne, meint aber, daß Bartenstein an diesem Thema nicht interessiert sei und entsprechende Projekte finanziell aushungere.

Solange etwa Landespolitiker wie Pühringer in Oberösterreich oder Klasnic in der Steiermark im Zweifelsfall immer auf der Seite der Ewiggestrigen stehen, sollten zu diesem Thema deren Parteifreunde besser überhaupt den Schnabel halten. Das Überleben der nationalsozialistischen Ideologie bis in die Gegenwart ist hauptsächlich auf diesen Opportunismus zurückzuführen.

25.Dezember 1996: Seine Sympathie für rechtsextremistische Angelegenheiten belegt wieder einmal der Krone-Poet. Diesmal geht es nicht um das Recht auf NS-Wiederbetätigung oder ähnliches, diesmal ist er ganz weihnachtlich für den Klerikalfaschismus. Nachdem ein Neffe vom Kurt Schuschnigg eines der Opfer der Geisellaffäre in Lima war, dichtet der Herr Martinek:

*„Zum Fest wir von der lang entbehrten
Familie Schuschnigg wieder hörten.
Erinn'ung schuf der Anlaß schon.
Das "Noch ein Glück" hat Tradition.
Der Onkel Kurt - ein wack'rer Mann,
der viel für Österreich getan.
Hat es zunächst auch nichts genützt -
am Ende hat uns Gott geschützt.*

Wer wird die Schuschniggs entbehrt haben? Der Onkel Kurt hat mit seiner Diktatur Österreich seinerzeit auf das Übelste für den Nationalsozialismus sturmreif gemacht, für Österreich hat er an Positivem nicht den Dreck unterm Fingernagel geleistet. Ein echter Hohn, das "am Ende hat uns Gott geschützt": Großartig, nach hunderttausenden toten Österreichern und 55 Millionen Toten des Zweiten Weltkrieges insgesamt, wovor hat uns da ein Gott geschützt?

Zweite Dezemberhälfte 1996: Die etwaige Gründung einer eigenen FP-Gewerkschaft wird von 40% der Befragten einer Meinungsumfrage positiv beurteilt. Dies kann nur als eine ungeheure Watsche für die ÖGB-Führung gesehen werden.

1997

Jahresbeginn 1997: Was wünschen sich die Österreicher vom Neuen Jahr? Niedrige Arbeitslosenrate (76%), neue Arbeitsplätze (72%), Konjunktur (68%), sichere Pensionen (67%), keine neuen Belastungen (67%), eine handlungsfähige Regierung (66%), sicheren Schilling (62%) usw. Weniger wichtig sind den Österreichern: Beitritt zur NATO (19%), Haider als Kanzler (15%), Schüssel als Kanzler (9%), Errichtung einer "Dritten Republik" (8%).

1.Jänner 1997: Vor 100 Jahren wurde der Dichter Theodor Kramer geboren. Er war einer der wenigen jüdischen Intellektuellen, die nach 1945 wieder nach Österreich zurückkehrten. 1957 kommt er wieder nach Wien, wo er 1958 stirbt.

7.Jänner 1997: Die Schweizer Regierung erklärt sich bereit, über einen Holocaust-Fonds zu sprechen. Der Grund für den Entschluß dürfte sein, daß die Äußerung von Minister Delamuraz, die Forderung des Jüdischen Weltkongresses, einen Entschädigungsfonds mit 250 Millionen \$ zu schaffen, sei "Erpressung". Die Schweiz hatte bekanntlich während des Krieges in großen Mengen Nazigold aufgekauft.

9.Jänner 1997: Die Grünen befürchten auf einer Klausur des Parlamentsklubs im Zuge der Diskussionen über die CA-Privatisierung einen Koalitionswechsel.

9.Jänner 1997: Die Scientology-Sekte erfrecht sich in einem offenen Brief (Inserat in der INTERNATIONAL HERALD TRIBUNE) von einer Diskriminierung ihrer Organisation in Deutschland zu sprechen, die der Intoleranz der Nazis gegen die Juden entspräche. Die äußerst umtriebigen und dubiosen Geschäftspraktiken der Sekte hatte in Deutschland und anderen Ländern zu staatlichen Erhebungen geführt.

10.Jänner 1997: Professor **Franz Kain** feiert seinen **75. Geburtstag**. Das ANTIFA-INFO gratuliert!

Franz Kain wurde 1922 in Goisern geboren, arbeitete als Holzfäller, wurde zuerst von den Klerikalfaschisten, dann von den Nazis eingesperrt, danach ins Strafbataillon 999 eingezogen, nach Gefangen-

schaft in den USA arbeitete er als Journalist und Autor in Linz und Berlin, war in Linz von 1977 bis 1986 Gemeinderat der KPÖ. Sein literarisches Schaffen wurde während des "Kalten Krieges" in Österreich boykottiert, erst gegen Ende der Achtzigerjahre fand sein Schaffen die verdiente Würdigung.

Auf alle Fälle kann man über ihn das bekunden, was man über die allermeisten seiner Zeitgenossen nicht sagen kann: Im Widerstand gegen den Faschismus hat er seine Pflicht als Proletarier und Österreicher erfüllt.

Im Nachhang zur Grazer Tagung über die "braunen Flecken" legte Kain unlängst einen Beitrag vor, der sich mit den Linzer Straßenbenennungen nach NS-Opfern befaßt. Er führt dazu das Beispiel des jüdischen Industriellen Leopold Mostny aus Urfahr an, der 1942 als Hundertjähriger (!!!) im Ghetto Theresienstadt zugrunde ging. 1983, also 41 Jahre nach Mostnys Tod, wurde eine abgelegene kleine Nebenstraße in Urfahr nach Mostny benannt. Der KZ-Verband fordert nun, daß im Zuge von Umbauten in Urfahr, der Platz, wo einstens die Likörfabrik Mostnys stand, nach dem wegen seiner kommunalen Verdienste zum "Kaiserlichen Rat" ernannten Mostny benannt werde. In Linz gibt es z.Z. nur vier nach NS-Opfern benannte Verkehrsflächen.

11.Jänner 1997: STANDARD-Interview mit Haider. Er erklärt, wenn sich Klestil um eine zweite Amtsperiode bewerbe, werde die FPÖ keinen eigenen Kandidaten aufstellen. Er selber sieht sich als "logischer Nachfolger" im Amt des Bundeskanzlers. 1998 erwartet er die entsprechenden Nationalratswahlen.

11./12.Jänner 1997: Neujahrstreffen der im FPÖ überfüllten Linzer Designcenter. Der öö. FP-Obmann Achatz kritisiert, daß in Österreich mehr für Kultur ausgegeben wird als in den USA, weiters wird zuviel Geld für Flüchtlingshilfe ausgegeben. Haider sagt, die Wut des Volkes werde die große Koalition hinwegfegen. „*Wir werden diejenigen sein, die dem Sozialismus in Österreich ein Ende setzen.*“ Wobei wohl noch zu klären sein dürfte, wo in Österreich Sozialismus existiert. Wie sehr die österreichische Arbeiterbewegung herabgewirtschaftet ist, zeigt sich dadurch, daß die FP offenbar mittels militantem Antisozialismus Arbeiterstimmen einkassieren kann. Haider ist es einerlei, wer ihn dereinsten zum Kanzler machen wird: „*Mir ist völlig egal, wer mir in meiner Regierung die Unterstützung gibt, ob rot oder schwarz.*“ Gelesen hat er offenbar das Buch "*Die Globalisierungsfalle*", weil er immerhin sagt, die Globalisierung durch den Wirtschaftsliberalismus könne für ein soziales Gemeinwesen nicht gut ausgehen.

Vielleicht könnte man in den Führungsgremien der SPÖ versuchsweise auch einmal einen Blick in dieses Buch machen.

12.Jänner 1997: Die KRONENZEITUNG bringt einen Artikel "**Von Katyn bis heute**". Inhalt sinngemäß: Von Sowjetbehörden der Stalinzeit wurden zahlreiche Angehörige der deutschen Wehrmacht in Kurzprozessen zum Tode oder zu langjährigen Haftstrafen verurteilt, obwohl keine nachweisbare Schuld vorlag. Nun wird niemand bestreiten, daß das "Recht" in der Stalinzeit hauptsächlich Unrecht war. Aber deswegen sind

1. nicht die in der UdSSR verurteilten deutschen Kriegsverbrecher automatisch unschuldig und
2. die deutschen Kriegsverbrechen bedeutungslos.

Auch wenn man im Schlußsatz den um Nazistimmen hechelnden deutschen Bundeskanzler Adenauer zitiert, der 1951 süßte, der Prozentsatz der Schuldigen sei so außerordentlich klein, daß dadurch der Ehre der deutschen Wehrmacht kein Abbruch geschehe, Tatsache bleibt, daß die von den deutschen Aggressoren in der Sowjetunion verübten Kriegsverbrechen ungleich schlimmer waren als die sowjetischen. Sich damit auseinanderzusetzen, bleibt daher weiterhin ein Thema, auch wenn die KRONENZEITUNG und diverse Ewiggestrige und ihre Sippschaften anderer Meinung sind.

13.Jänner 1997: Begründung einer Asylablehnung für einen Asylwerber aus Bangladesch: Folterungen von Häftlingen seien dort landesüblich zur Erlangung von Geständnissen, daher nicht als politische Verfolgungen anzusehen.

Erste Jännerhälfte 1997: Durch die Aufmerksamkeit des Nachtwächters Christoph Meili fliegt auf, daß die SCHWEIZERISCHE BANKGESELLSCHAFT Akten über Nazigeschäfte zur Vernichtung weiterleitete. Der Nachtwächter wird entlassen.

Mitte Jänner 1997: Grotteske in Tirol. Der Innsbrucker Blasmusik-Funktionär Alois Schöpf hatte es als Geschmacklosigkeit kritisiert, daß bei der Seligsprechung der Naziopfer Gapp und Neururer im Petersdom auch ein Werk des NS-Gaumusikbeauftragten Josef Tanzer zur Aufführung gelangte. Typische Reaktion: Der Blasmusikverband will mit Schöpf nichts mehr zu tun haben. Heil Hitler!

Mitte Jänner 1997: Der Welser Bürgermeister Bregartner feiert sein Bürgermeisterjubiläum und meint, daß während seiner Amtszeit zwei besonders unangenehme Dinge passiert seien: Ein Brandunfall von Welser Magistratsbediensteten auf einer Ferienreise mit mehreren Toten und die Debatte über die "Braunen Flecken". Das paßt wieder zum Verteidiger des Hakenkreuzes, Verzeihung des "Sonnenrades"

- Antifaschismus in einem Atemzug mit einem schweren Brandunglück zu nennen.

15.Jänner 1997: In Oberwart gibt es zwei Bombendrohungen gegen Roma, eine richtete sich gegen die Roma-Siedlung, die zweite gegen das alte Krankenhaus, das vorübergehend als Ausweichquartier benutzt wird. Die behördlichen Ermittlungen führten zu keinem Ergebnis.

15.Jänner 1997: Der stellvertretende Obmann des nö. Seniorenbundes der ÖVP, ein gewisser Ebner Franz, hatte über eine jüdische Familie geäußert, so schlimm sei der Holocaust nicht gewesen, der Sohn der Familie lebe ja noch. Ihm war deswegen vom Amstettner Zeitgeschichtler Zeillinger die fachliche und moralische Qualifikation als Politiker abgesprochen worden. Ebner klagte wegen Ehrenbeleidigung, merkt aber wohl am Verhandlungstag, daß die Sache doch nicht so günstig liegt und zieht vor Beginn die Klage zurück.

18.Jänner 1997: Bundeskanzler Vranitzky gibt seinen Rücktritt bekannt. Er war sicherlich eine ambivalente Figur in der österreichischen Politik. Einerseits, durch seine Herkunft aus einer Widerstandsfamilie, ein konsequenter Antifaschist, der es sich als großes Verdienst anrechnen kann, mit der üblen österreichischen Opferlüge gebrochen zu haben, andererseits war er der Liquidator der österreichischen Arbeiterbewegung. Sein von ihm eingesetzter Nachfolger Klima ist derselbe Banker, wenn auch mit einem "volkstümlichen" Anstrich. Der Weg des bedingungslosen Kapitalismus wird fortgesetzt werden.

18.Jänner 1997: In Kopenhagen werden sieben Rechtsextremisten festgenommen, die drei als Videorecorder getarnte Briefbomben versenden wollten. Die Adressaten waren Sportler mit andersfarbigen Ehepartnern, darunter auch Tennisspieler Boris Becker.

19.Jänner 1997: Ein Extrastückl leistet sich die KRONENZEITUNG. Der staatsbekannte Rechtsextremist Otto Rosskopf, der sogar wegen Extremismus aus dem Kameradschaftsbund ausgeschlossen wurde und daher seine eigene Kameradschaft "Prinz Eugen", laut DÖW-Handbuch eine *"rechtsextreme Veteranenorganisation von geringer Bedeutung"*, gründete, erhält fast eine ganze Zeitungsseite Platz, um einen offenen Brief an Bundespräsident Klesstil zu richten, in welchem er den Dienst in der deutschen Wehrmacht auf die selbe Stufe wie den Dienst beim österreichischen Bundesheer stellt, den Überfall auf die Sowjetunion als eine Art vorbeugende Befreiung vom Stalinismus darstellt und die Aussage des Klesstil-Adjutanten Trauttenberg, ohne Wehrmacht hätte es keinen Holocaust gegeben als "ungeheuerlichen Ausspruch" bezeichnet, durch den *„das Andenken unserer Toten, Hinterbliebenen und der Nachkommenschaft in unglaublicher Weise beleidigt“* würde. Der Bundespräsident wird aufgefordert *„diesem Treiben die Schranken“* zu setzen. Wie es ohne deutscher Wehrmacht Auschwitz, Treblinka, Sobibor usw. gegeben haben könnte, erfährt der interessierte Leser allerdings nicht. Den Brief zeichnet *"Für die Kameradschaft Prinz Eugen - Hochachtungsvoll mit Kameradschaftsgruß - Dr. Otto Rosskopf, Kameradschaftsführer, Perchtoldsdorf"*

Dichand bringt später zwar einige Zitate aus einem Brief des DÖW an Klesstil zu diesem Thema, sieht aber offenbar weiterhin das Thema DEUTSCHE WEHRMACHT mit ungefähr denselben Augen wie Kamerad Rosskopf.

21.Jänner 1997: Kohl und Klaus unterzeichnen die gemeinsame Erklärung, die die Aussöhnung zwischen Tschechien und der BRD besiegeln soll. Bonn anerkennt, daß die Hitlerische Gewaltpolitik den Boden für Flucht, Vertreibung und zwangsweisen Aussiedlung der Sudetendeutschen vorbereitete, Prag bedauert, daß dabei unschuldigen Menschen Leid und Unrecht zugefügt wurde.

Zweite Jännerhälfte 1997: Grotteske um den sogenannten "Revolutionsbräuher". Laut KRONENZEITUNG sollen Sprüche wie *"Kommt Zeit, kommt Rat, kommt Attentat"* verbreitet worden sein. Die Polizei konnte keine Kleber, Aufschriften oder Flugblätter dazu feststellen. Nur wegen der Behauptung der Zeitung wurden umfangreiche Ermittlungen durchgeführt.

23.Jänner 1997: In Graz stellt Wolfgang Neugebauer (DÖW) anlässlich einer Extremismusenquete fest, daß der Rechtsextremismus bei der österreichischen Jugend nur verhältnismäßig geringe Resonanz findet. Naja, schließlich haben wir für dieses Gebiet unsere anständigen Väter und Großväter...

23.Jänner 1997: Die erste österreichische Architektin, Margarete Schütte-Lihotzky feiert ihren 100. Geburtstag. Als Widerstandskämpferin brachte sie fünf Jahre in Nazihaft zu. Als KPÖ-Mitglied wurde sie nach 1945 in Österreich als Architektin ignoriert, erst im hohen Alter erhielt sie die verdiente Anerkennung für ihre bahnbrechenden Arbeiten.

24.Jänner 1997: Auch Schweden hatte während des Krieges Nazi-Beutegold aufgekauft. Belegt sind Lieferungen von 34 Tonnen.

Die Schweiz erklärt sich nun auf Grund der aufgefliegenen Verschleierungsversuche bereit, einen Hilfsfonds einzurichten.

26.Jänner 1997: Marie Jahoda ist neunzig Jahre alt. Sie wurde berühmt durch ihre Mitarbeit an der

Studie über "Die Arbeitslosen von Marienthal". Als Sozialdemokratin jüdischer Herkunft ging sie ins Exil nach England. Nach 1945 wurde sie ein Opfer des üblen sozialdemokratischen Antisemitismus a la Schärf und Helmer. Für ihre Rückkehr bestand "kein Bedarf".

26. Jänner 1997: Der deutsche Sozialpädagoge Kurt Möller sieht im Rechtsextremismus eine "Männersache", mit der sich "richtige Männer" gegen die Emanzipation wenden.

26. Jänner 1997: Bei den Wahlen in die öö. Landwirtschaftskammer verlieren die ÖVP-Bauern und der "Allgemeine Bauernverband" je ein Mandat an die FPÖ-Bauern.

27. Jänner 1997: SP-Bildungssprecher Dieter Antoni spricht sich dafür aus, daß Schüler, die keinen Religionsunterricht besuchen, zwangsweise in einen von "Vertretern der Großkirchen" gestalteten Ethikunterricht geschickt werden sollen. Eine solche Einrichtung gab es seit der Einführung der Religionsfreiheit durch das Staatsgrundgesetzes von 1867 nur in der Zeit der klerikalfaschistischen Diktatur nach 1934. Der sozialdemokratische Abgeordnete dürfte daher von allen guten Geistern verlassen sein, wenn er sich für eine staatliche Zwangsunterweisung in christlicher Ethik ausspricht, eine derartige Wahnsinnsforderung kam bisher nicht einmal aus der Fundamentalistenecke.

Als Antifaschist hatte man bisher guten Grund zur Annahme, man müsse sich alleine mit dem Nationalsozialismus und seinen Folgeideologien auseinandersetzen, daß jetzt Elemente des Klerikalfaschismus im Wege von "Schulversuchen" zurückkommen könnten, verblüfft zuerst einmal. Wir sollten aber auch hier konsequent die Menschenrechte verteidigen: Es darf in Österreich keinen zwangsweisen christlichen Ethikunterricht für Nichtchristen geben!

27. Jänner 1997: In der Diskussion über die Eingliederung der Kunst ins Kanzleramt verdient es das Statement von Turrini im STANDARD zitiert zu werden:

„Daß man die Angelegenheiten der Kunst von der Ministerebene auf die eines Staatssekretärs zurückgestuft hat, finde ich in der Tendenz logisch, aber nicht konsequent genug. Da die neue Sozialdemokratie einen Teil ihrer politischen Inspiration ohnehin von der Kronenzeitung bezieht, sollte man die Kunstagenden gleich dorthin geben. Herr Staberl, beispielsweise, wäre der richtige Mann zur rechten Zeit. Der ist garantiert nicht jüdisch und beschäftigt sich schon seit Jahren mit uns.“

27. Jänner 1997: Haftstrafen bis zu vier Jahren gibt es für drei Skins, die vergangenes Jahr in Niederösterreich einen Schüler zu Tode getreten hatten. Die milden Strafen ergeben sich aus der Anklage, die nicht auf Totschlag, sondern auf absichtliche schwere Körperverletzung mit Todesfolge lautet.

27. Jänner 1997: Überlebende des Holocaust aus dem Baltikum fordern ebenfalls Entschädigungen. Bisher sind solche für sie nicht vorgesehen.

27. Jänner 1997: Wegen falscher Zeugenaussage wird Gerhard Endres (ein Küssel-Komplize) zu fünf Monaten bedingt verurteilt.

Zweite Jännerhälfte 1997: Slowenien verlangt die im Staatsvertrag vorgesehene Anerkennung der steirischen Slowenen als Minderheit. Die Forderung nach Anerkennung durch den steirischen Slowenenverein wurde bisher stets mit dem Hinweis abgelehnt, es gäbe keine Slowenen in der Steiermark. Jetzt will man sich damit wieder einmal befassen.

Ende Jänner 1997: Die KRONENZEITUNG setzte sich bei der Bildung der Regierung Klima durch: Einem muß das Innenressort abgeben (die KRONE verspricht dafür, ihn als Wissenschafts- und Verkehrsminister schonend zu behandeln), Scholten muß zwar nicht nach Israel auswandern, wie seinerzeit Wolf Martin vorgeschlagen hatte, aber als Minister gehen. Die unter der Regierung Vranitzky übliche Distanz zu Haider wird stark relativiert, besonders Häupl in Wien tut sich dazu unangenehm hervor.

Ende Jänner 1997: In der Schweiz tobt der Antisemitismus. Fünf Jahrzehnte konnte man sich das Nazi-Gold, das zum Teil aus jüdischem Besitz stammte, unbehelligt behalten, jetzt soll man es zurückgeben! Wirtschaftsminister Delamuraz sprach von "Lösegeld-Erpressung", der Botschafter in den USA, Jagmetti, schrieb in einem Bericht an die Regierung von einem Krieg, den die Schweiz gegen ihre Gegner in diesem Zusammenhang führen müsse.

Ende Jänner 1997: Die Ermordung des südafrikanischen Widerstandskämpfers Steve Biko wird aufgeklärt. Fünf weiße Polizisten hatten ihn 1977 zu Tode geprügelt.

31. Jänner 1997: In einem STANDARD-Interview spricht sich der neue Innenminister Schlögl für eine niedrigere Einwandererquote aus.

31. Jänner 1997: Die Kommission, die bis Jahresende die Sache mit den Welser *braunen Flecken* regeln sollte, ist bisher zu keinem Ergebnis gekommen. Der Parteiausschluß von Bürgermeister Bregartner steht daher wieder zur Diskussion. Bregartner meint nun, wenn ein Parteiverfahren gegen ihn eingeleitet werde, trete er sofort aus der SPÖ aus und kandidiere bei der Bürgermeisterwahl als unabhän-

giger Kandidat. Er erwartet auch die Austritte seiner Gesinnungsgenossen.

Ein Ausscheiden Bregartners aus der SPÖ und eine eigenständige Kandidatur würde bestimmt zu einem interessanten Wahlergebnis führen: Man könnte dann vielleicht abschätzen, wie hoch der Anteil der "Anständigen, die ihrer Gesinnung treu geblieben sind", im Österreich von heute ist. Die SPÖ wird leider dieses Experiment verhindern, indem gegen Bregartner natürlich nichts unternommen wird und die Beschlüsse des SPÖ-Parteitag weiterhin ignoriert werden.

31.Jänner 1997: Heide Schmidt distanziert sich vom Neoliberalismus, das Abschneiden aller Haltegriffe sei gefährlich. Wird die SPÖ jetzt vom LiF links überholt?

1.Februar 1997: Vor 30 Jahren wurde Bruno Kreisky zum Vorsitzenden der SPÖ gewählt.

1.Februar 1997: Die OÖN schreiben auf Seite 1: „*Seit 3.Dezember 1993 tauchten insgesamt 25 Brief- und drei Rohrbomben auf. 15 Menschen wurden zum Teil schwer verletzt, vier Roma getötet.*“ Es sind eben nicht alle gleich, manche sind Menschen, andere sind Roma...

1.Februar 1997: Die Polizei warnt vor möglichen neuen Briefbomben. Bisher wurden 50.000 Personen überprüft, 140 Hausdurchsuchungen vorgenommen, 8500 Hinweisen wurde nachgegangen. Als Belohnung sind 13,2 Millionen Schilling ausgesetzt.

1.Februar 1997: Die Medien können melden, daß sich nunmehr die Schweizer Banken bereit erklären, Zugang zu ihren Archiven zu gestatten. Trotz einer von den Alliierten seinerzeit ergangenen Warnung hatten Schweizer Banken Beutegold der Nazis in großem Umfang angekauft.

Anfang Februar 1997: FP-Geschäftsführer Rumpold mußte am 31.1.am Schwechater Flughafen seine Pistole abgeben, er wollte sie auf dem Flug nach Köln mitführen. In seiner Rechtfertigung sagt er später, das Mitführen einer Schußwaffe sei etwas ganz Normales, die Aggression gegen ihn und Haider wäre von 1989 bis 1993 am stärksten gewesen, er habe sich damals persönlich bedroht gefühlt, „*in dieser Zeit hat die Linke wirklich mobil gemacht*“.

Aber ja, wir waren ganz fickrig, sind aber leider nicht zum Schuß gekommen, weil der Rumbold immer so schwer bewaffnet war, zu blöd!

6.Februar 1997: In Stinatz wird zum 2.Jahrestag des Anschlages von 1995 eine Bombenattrappe aufgefunden.

7.Februar 1997: Das Bündnis zwischen Berlusconi und den Neofaschisten in Italien nähert sich der Auflösung. Die FORZA ITALIA des Medienkönigs stimmt für den Vorsitzenden der Ex-Kommunisten, D'Alema, als Vorsitzenden der Staatsreformkommission.

8.Februar 1997: Interview mit Bundeskanzler Klima im STANDARD. Auf die Frage "Halten Sie Jörg Haider für einen Populisten oder einen Neonazi", antwortet Klima: „*Was ist ein Populist? Das ist für mich jemand, der Stimmungen wahrnimmt und empfindet, jemand der zuhört. Im positiven Sinne verstanden, bin ich auch ein Populist.*“ Auf die Frage "Wie schaut Ihre Strategie gegen Haider aus?" folgt: „*Ich halte nichts von dem Reflex, sofort zu mauern, wenn es Mißstände gibt. Das ist zum Schaden unserer eigenen Bewegung. Man muß sich konsequent mit den Gründen der Unzufriedenheit auseinandersetzen und sich auch mit den Vorschlägen Haiders beschäftigen. Ich bin für eine unhysterische, unaufgeregte, klare und beinharte Auseinandersetzung. Ich habe meine Freunde gebeten, Schluß zu machen mit dem ununterbrochenen kostenlosen product-placement für ihn. Wenn SPÖ und ÖVP es schaffen, etwas weiterzubringen, dann wird es uns gelingen, ihn auf jene Größe zu reduzieren, wie das solchen Oppositionsparteien zukommt.*“ Nunja. Vielleicht kommt es nicht darauf an, "etwas weiterzubringen", vielleicht könnte man nachdenken, welche Vorschläge die Arbeiterbewegung selber den Unzufriedenen machen könnte. Aber das wäre wahrscheinlich nix Populistisches...

9.Februar 1997: Im 93. Lebensjahr stirbt Dr. Ludwig Soswinski, der Obmann der Lagergemeinschaft Mauthausen, nach langer, schwerer Krankheit. Er war der letzte noch Lebende des ersten Transportes von Antifaschisten ins KZ Dachau im April 1938. Soswinski war auch einer der Gründer des DOKUMENTATIONSARCHIV DES ÖSTERREICHISCHEN WIDERSTANDS, dessen Vizepräsident er bis zu seinem Tode war.

9.Februar 1997: Bei den Bürgermeisterwahlen im französischen Vitrolles siegt die Kandidatin der FRONT NATIONAL mit 52,5% der Stimmen über den bisherigen sozialistischen Bürgermeister.

10.Februar 1997: Der Welser Bürgermeister Bregartner macht eine sensationelle Entdeckung: Sein Stammtischbruder, der Fabrikant Robert Wimmer, pflegt Kontakte zu rechtsextremen Kreisen, wie es vorsichtig formuliert heißt. Und weder Bregartner, noch der SPÖ-Funktionär und Ober-STAPO Matejka haben davon was gewußt! Schließlich ist der ideologische Hintergrund dieses Wimmer in den letzten Jahren ja bloß im STERN, in der Welser Rundschau, in den Extra-Nachrichten aufgedeckt worden,

schließlich ist er ja bloß bei einer antifaschistischen Veranstaltung als Holocaustleugner aufgetreten, schließlich hat er ja bloß "Auschwitz-Lügen"-Broschüren verteilt - das hat selbstverständlich niemand wissen können, weder die STAPO, noch Bregartner! Und Bregartner macht ja auch gleich reinen Tisch und distanziert sich von diesem Wimmer, der ohnedies nur ein bißchen ein Spinner ist, wie eben alle Nazis und alle Nazi-Sympathisanten, bloß ein bißchen Spinner sind. Die Stammtischfreunde von solchen harmlosen Spinners sind natürlich ebenfalls harmlos, außerdem ahnungslos und keine Spinner.

10.Februar 1997: In einer Belangsendung im Fernsehen stellt sich Jörg Haider als Martin-Luther-King-Anhänger dar. Er nahm in den USA auf einer Gedenkfeier des Kongresses für Rassengleichheit (CORE) teil und sagte dort in einer Ansprache, er wolle die Ideen Martin Luther Kings verbreiten.

Da sind wir gespannt: "*We shall overcome*" statt "*Ausländer raus*"?

Wie man später erfahren konnte, soll Haider die Veranstaltung mit einer namhaften Spende unterstützt haben...

11.Februar 1997: Eine herrliche, wunderbare, alles aussagende Bezeichnung für eine bekannte österreichische Tageszeitung findet Günter Traxler: *Der Populistische Beobachter*

Er behandelt die Äußerungen Klimas zu Haider (siehe 8.2.) und schreibt u.a.: „*Der erfolgsorientierte Populist fragt nicht lange: Wo bleibt das Positive? Er arbeitet professionell. Das heißt, er weiß schon, bevor er noch in das Volk hineingehorcht hat, wie er es herausschallen lassen muß. Eine andere Instanz, der Klimas Respekt gehört, weil sie in bester populistischer Manier "das Ohr am Volk" hat, führt uns das mit großem Erfolg vor. Wer die Leserbriefseite unseres populistischen Beobachters studiert, muß zu der Ansicht kommen, die österreichische Bevölkerung bestünde überwiegend aus Weltkriegsteilnehmern, denen niemals irgendwelche Verbrechen der Nazis untergekommen sind, und die dementsprechend Hitlers Wehrmacht als Hort des Anstandes feiern. Populismus im positiven Sinne eben.*“

Erste Februarhälfte 1997: Der bekannte Quartalssäufer Harald Juhnke soll in Los Angeles zu einem farbigen Wachmann gesagt haben, bei Hitler wäre "so etwas vergast" worden. Juhnke kann sich nicht erinnern (volltrunken), glaubt aber nicht, daß er solche Äußerungen mache. Zuerst heißt es, die diversen Fernsehsender würden auf die weitere Mitwirkung Juhnkes verzichten, aber bald ist alles wieder vergessen. Im Rausch einen Neger vergasen zu wollen, das kann doch nicht so schlimm sein...

11.Februar 1997: Bis Ostern muß es eine Einigung mit dem ÖGB geben, sonst werde man eine eigene freiheitliche Gewerkschaft gründen, sagt der Chef der FP-Arbeitnehmervertretung, Reinhard Gaugg.

Na bitte, sollen sie doch einen freiheitlichen Gewerkschaftsring gründen.

11.Februar 1997: Das DÖW präsentiert zwei neue Kataloge: Ein Verzeichnis der DÖW-Akten zum Kriegsende 1945 und ein Verzeichnis der Materialsammlung des Journalisten Bruno Frei.

12.Februar 1997: Vor 63 Jahren begann der Aufstand der Arbeiterbewegung gegen die Faschisierung Österreichs. Außer den jährlich üblichen Kranzniederlegungen gibt es keinen Bezug mehr. Die Klassenkämpfe verliert die Arbeiterbewegung auch jetzt noch, in Österreich faktisch kampflös..

12.Februar 1997: Unterschiedliche Reaktionen löst die Ankündigung des neuen Innenminister Schlögl aus, den Ausländerzuzug erheblich zu begrenzen. Die ÖVP ist zufrieden, die Grünen und Liberalen sind kritisch, religiöse Stellen enttäuscht und den Freiheitlichen ist alles immer noch zuwenig, man verlangt weiterhin einen sofortigen Zuwanderungsstopp.

12.Februar 1997: Die Staberl-Philosophen versammeln sich zu rund 2.000 Stück wieder in Ried im Innkreis, um den Vorschlägen zur politischen Umsetzung ihrer Weltideen zu lauschen: Haider hält nämlich dort seine Aschermittwoch-Rede und sagt es der Koalitionsregierung wieder einmal so richtig hinein.

12.Februar 1997: Ex-Innenminister Einem verweigert einen Kommentar zur neuen Ausländerpolitik.

12.Februar 1997: Der Bundesvorsitzende der SJ, Robert Pichler, kritisiert den Bericht der SP-Kommission zu den *Braunen Flecken* in Wels. Diese Kommission habe in der Praxis nur aus einer Person (Ex-Minister Moritz) bestanden, es sei nie zu einer Sitzung mit den anderen in die Kommission entsandten Personen gekommen. Dr. Eiter vom Verein *Welser gegen Faschismus* bezeichnet den Bericht als haltlosen Persilschein. Als Reaktion auf Bregartners jüngste Stammtischbrüderereien fordert die SJ neuerlich den Parteiausschluß des Welser Bürgermeisters. SP-Landesgeschäftsführer Buchinger (seinerzeit wie er jung war auch ein recht konsequenter Antifaschist in der SJ) redet von "politischer Radikalität" der SJ in dieser Frage. Offenbar: Antifaschismus ist in Österreich Linksradikalismus. Rechtsextremismus wahrscheinlich der ehrenwerte Normalfall (man braucht ja nur die Nazi-Leserbriefe in der KRONENZEITUNG lesen, die ein Vierteljahr nach der Wehrmachtsausstellung immer noch regelmäßig die Meinung der Ordentlichen und Anständigen verkünden).

13.Februar 1997: Der Wahlsieg der französischen Rechtsextremisten in Vitrolles veranlaßt den rechten Flügel der Regierung, für eine Verschärfung des Ausländerrechts aufzutreten.

14.Februar 1997: Während der Debatte über die Aussöhnungserklärung mit Deutschland im Prager Parlament kommt es zu rassistischen Ausfällen der rechtsextremen Republikaner, der tschechische Vertragsunterhändler wird als Arschkriecher bezeichnet, die tschechische Regierung bestünde aus Angehörigen fremder Nationalitäten, Juden, Polen und Sudetendeutschen. Man überlegt wieder einmal ein Verbot dieser Gruppierung.

16.Februar 1997: Der große Poet verteilt pflichtgemäß eine Watsche:

In den Wind gereimt

Wenn du den „Kaisermühlen-Blues“ siehst
vom Hinterberger, und vergißt,
ob der nun noch ein Kommunist,
Opportunist oder Buddhist –
eins wird dir klar zu dieser Frist:
Was er jetzt schreibt, das ist ein Mist.

Wolf Martin

Schließlich war in der ersten Folge der neuen Staffel ein Journalist einer sehr großen Zeitung vorgekommen, der einen neuen Kolumnisten für das Blatt sucht und dazu den Chefalkoholiker der Serie anwirbt. Das muß gerächt werden!

17.Februar 1997: Als einer der wegen der Geschichte mit den gefälschten Unterschriften auf einem Antragsformular abgesägten Kärntner SP-Landtagsabgeordneten den vereinbarten Rücktritt verweigert, übertreibt FP-Funktionär Strutz die Opposition: Er bietet dem nunmehr aus der SP ausgeschlossenen Dietmar Wedenig Exil in der FPÖ an. Parteichef Haider muß ihn zurechtweisen: Die FPÖ hatte schließlich die Angelegenheit ins Rollen gebracht und kann sich nicht nachher mit den Opfern der Aufdeckung solidarisieren. Aber ein gutes Beispiel für die dumpfen Politreflexe von FPlern!

17.Februar 1997: Die FPÖ will mit der SPÖ ein "Bündnis für Arbeit" zur Ausländerrückführung schließen. Ein Teil des Arbeitslosengeldes soll für Rückführungsaktionen verwendet werden.

18.Februar 1997: Der Südtiroler Landtagsabgeordnete Christian Waldner, Gründer der Südtiroler Freiheitlichen, die ihn 1995 ausschlossen, wird von seinem Ex-Mitarbeiter Peter Paul Rainer erschossen. Die Hintergründe bleiben vorerst unklar.

19.Februar 1997: Eine blendende Idee hat der freiheitliche Landeshauptmannstellvertreter Grasser in Kärnten. Er erteilt die Weisung, Aufträge der Hoch- und Tiefbauabteilung des Landes nur noch an Firmen zu vergeben, die keine Ausländer beschäftigen. Der Staberl ist begeistert und meint, 99,9% der Österreicher (Mehrheit wie bei den Wahlen zum Obersten Sowjet) würde dies unterstützen. Das Problem dürfte bloß sein, daß es keine Baufirmen gibt, die keine Ausländer beschäftigen. Die elterliche Autofirma Grassers hatte zumindest jahrelang ebenfalls Ausländer beschäftigt. Aber mit dieser Ausländeraus-Forderung macht die FP bei den Stabelisten wieder eine Menge Dummpunkte.

Grasser muß die Weisung (die in der Folge von der KRONENZEITUNG eifertig zu einem "Diskussionsvorschlag" umgelogen wird) nach kurzer Zeit zurückziehen, da sie auch rechtlich nicht haltbar ist.

20.Februar 1997: Bei einer Podiumsdiskussion spricht Wissenschaftsminister Einem von einem immer stärkeren Wettbewerb zwischen rationaler Politikgestaltung und Gefühlsantworten. Der Erfolg der Gefühlsantworten ergebe sich durch die tiefgreifende Verunsicherung und das Gefühl der Verlassenheit der Menschen infolge der dramatischen Veränderung der Gesellschaft, die keine eindeutigen Antworten mehr zulasse. **Wozu die Frage zu stellen wäre:** Könnte nicht die Sozialdemokratie Antworten geben, die sich nicht an den Interessen des Kapitals orientieren? Wer oder was verunsichert die Menschen? Das Schicksal? Die Vorsehung? Geister und Götter? Oder haben diese dramatischen Veränderer der Gesellschaft nicht Namen und Adressen und vor allem benennbare Interessen, die sich von den allgemeinen gesellschaftlichen Interessen unterscheiden, sich diese aber bedingungslos unterwerfen. Sind nicht auch heute noch die herrschenden Ideen, die Ideen der Herrschenden? Warum fragt Einem nicht nach diesen Herrschenden, warum benennt er sie nicht? Man läßt die lieben Leute im Glauben, die Herrschenden wären der Klima und der Schüssel und dagegen scheinen wiederum der Staberl und der Haider die passenden Hilfsmittel zu sein.

20.Februar 1997: SP-Bundesgeschäftsführer Rudas ordnet für den 11.März eine Aussprache zu den Welser *Braunen Flecken* an.

20. Februar 1997: Der Eisenstädter Bischof Iby beklagt die wachsende Ausländerfeindlichkeit.

21. Februar 1997: Der Obmann des ÖTB-Turnhallen-Vereins in Wels, Alfred Schwab, stellt fest: „In keinen Grundbüchern, Statuten oder sonstigen offiziellen Dokumenten hieß unsere Halle jemals anders als "Turnhalle Wels". Die Bezeichnung "Etzold-Halle" (nach dem NS-Funktionär Moritz Etzold) ist offensichtlich eine Vulgo-Bezeichnung, die nie von uns als Eigentümern kam und daher auch nie galt.“ (Der Haleneigentümergeverein ist nicht identisch mit dem Benützerverein ÖTB-Wels) War also einer der braunen Flecke in Wels gar kein echter, sondern nur ein volkstümlicher?

22. Februar 1997: In Frankreich demonstrieren in mehreren Städten 100.000 Menschen gegen die beabsichtigten Verschlechterungen in der Ausländerpolitik.

Zweite Februarhälfte 1997: Die Witwe von Franz Jägerstätter beantragt die formelle Aufhebung des Todesurteils vom August 1943. Interessant in diesem Zusammenhang: Nach dem Untergang der Sowjetunion wurde ziemlich rasch die Möglichkeit eingerichtet, daß Personen, die von der stalinistischen Justiz verurteilt wurden, rehabilitiert werden konnten. Das Nazireich ist schon 1945 untergegangen. Warum wurden in den letzten 52 Jahren keine Schritte zur Rehabilitation von NS-Gegnern eingeleitet? Wollte man die Pflichterfüller nicht "kränken"? Ein kräftiges "Heil Hitler" der Justiz!

Zweite Februarhälfte 1997: In Bayern versucht sich die CSU auf extrem "anständig": Man tobt gegen die ab 1.3. geplante Ausstellung "Verbrechen der Wehrmacht" in München. Die Argumente von CSU-Chef Gauweiler sind identisch mit den auch in Österreich durch KRONENZEITUNG und Altnazis bekannten, Millionen von Soldaten würden verleumdet und diskriminiert. Die SÜDDEUTSCHE ZEITUNG schlägt dazu vor: Gauweiler soll in die NDP eintreten. Die NDP hat für den 1.3. eine Demonstration gegen die Ausstellung angemeldet.

24. Februar 1997: PROFIL berichtet, daß sich der nö. FPÖ-Landesrat und Neonazi-Vater Hans Jörg Schimaneck senior vom ORF abfertigen ließ.

25. Februar 1997: In der TV-Sendung REPORT befragt Josef Broukal den Kärntner FPÖ-Landeshauptmannstellvertreter Grasser zu seiner Weisung betreffend Landesaufträge nur an Firmen ohne Ausländer zu vergeben. Grasser weicht der Frage, ab wieviel Jahren Beschäftigung in Österreich ein Ausländer ein anständiger Ausländer ist, aus, worauf Broukal die Frage mehrfach laut und deutlich wiederholt. Effekt dieses Verhaltens: ORF-Chef Zeiler ruft auf Grund der FP-Protteste Broukal als Report-Präsentator ab. Der Journalist habe es an der „gebotenen Fairneß“ missen lassen. Dieser Kniefall vor den Freiheitlichen ruft Begeisterung in der KRONENZEITUNG und Proteste überall sonst hervor.

26. Februar 1997: Das Volksbegehren, eine Volksabstimmung über die Neutralität vor dem Beginn von NATO-Beitrittsverhandlungen abzuhalten, wird vom Parlament abgelehnt. Im Parlament wird das von einer dubiosen Gruppierung eingeleitete Volksbegehren von den Grünen unterstützt. Die ÖVP läßt durch Mock ausrichten, Neutralität sei kein Selbstzweck, für die SPÖ ist das Thema "nicht aktuell", für das LiF sind Änderungen unerlässlich und die FPÖ ist ja sowieso für den NATO-Beitritt.

28. Februar 1997: In Prag wird der Vorsitzende der rechtsextremen Republikaner, Miroslav Sladek, verhaftet. Am Vortag hatte das Parlament wegen seiner Äußerungen im Zusammenhang mit der deutsch-tschechischen Versöhnungserklärung die Immunität aufgehoben. Sladek hatte gesagt, man könne es nur bedauern, daß im 2. Weltkrieg zuwenig Deutsche getötet worden seien. Gegen den einschlägig vorbestraften Politiker wird nun ein Strafverfahren wegen „Aufstachelung zur rassistischen und ethnischen Unverträglichkeit“ eingeleitet werden.

1. März 1997: Das LIBERALE FORUM fordert auch für Österreich einen Gedenktag für die Opfer des Nationalsozialismus. In Deutschland hat der Bundespräsident den Tag der Befreiung des KZ Auschwitz zum Gedenktag erklärt.

Da können wir gespannt sein. Bei uns wird man dazu dann vielleicht in einer sehr bekannten Zeitung lesen, erstens habe es eigentlich keinen Nationalsozialismus gegeben, zweitens habe er überhaupt keine Opfer gefordert und drittens hätten die Täter nur ihre Pflicht erfüllt...

1. März 1997: Die NPD demonstriert in München gegen die Ausstellung "Verbrechen der Wehrmacht". 5.000 Alt- und Neonazis, darunter viele Skinheads verteidigen die "Ehre" der unbelehrbaren Hitleristen, die an der Lüge von der "sauberen" Wehrmacht festhalten wollen. Es handelt sich um die größte Nazi-Demo in der Geschichte der BRD. Gauweiler und der "Bayernkurier" sind hauptverantwortlich dafür, daß diese Zusammenrottung stattfinden kann.

SPD, Gewerkschaften und andere antifaschistische Organisationen gestaltet mit mehreren tausend Teilnehmern eine Solidaritätskundgebung für die Ausstellung. Der Münchner SPD-Oberbürgermeister Christian Ude sagt in seiner Ansprache, daß die Ausstellungsgegner durch die Verbreitung der histori-

schen Unwahrheit von der "sauberen Wehrmacht" die Opfer des Nationalsozialismus verhöhn. Die CSU ist auf der Seite der Nazis, mit einer Ausnahme: Der Stadtrat Forchheimer stimmte für die Ausstellung und nimmt an der Ausstellungseröffnung teil.

1.März 1997: Die OÖNachrichten bringen in der Wochenendausgabe eine Karikatur, die Bregartner und den ÖTB aufs Korn nimmt. Auf die Frage eines TV-Redakteurs nach den Welser BRAUNEN FLECKEN läßt man Bregartner antworten:

Zunächst möchte ich meine Gattin, meine Kinder, Enkelkinder und ganz besonders meine Freunde von Stammjoch und vom Turnerbund recht herzlich grüßen!



Womöglich werden jetzt die ÖTB-Mitglieder die OÖN nicht mehr kaufen - werden die OÖN dies überleben können? Und was macht Bregartner? Liest er jetzt die Welser Rundschau statt den OÖN? Auch nicht zu empfehlen! Dort stand schließlich eine Menge über seinen Freund Robert Wimmer, lauter Dinge, die er gar nicht gewußt hat!

2.März 1997: Kommunalwahlen in Hessen (BRD), CDU und SPD legen leicht zu, die Grünen bleiben auf ihrem Stand, die Republikaner fallen von 8,3 auf 6,6%, die FDP fällt auf 4%. In Frankfurt gelingt den Liberalen unter dem Spitzenkandidaten Ignatz Bubis (Vorsitzender des Zentralrates der Juden in Deutschland) nach 16 Jahren der Wiedereinzug ins Stadtparlament von Frankfurt am Main.

2.März 1997: In Norddeutschland wird ein Neonazi nach einem Polizistenmord festgenommen. Er steht auch im Verdacht, Mitte Februar auf einen linken Buchhändler in Berlin einen Anschlag verübt zu haben.

3.März 1997: Der bisherige Chef der STAPO in Wels, der SPÖ-Funktionär Matejka wird ab sofort zur Fremdenpolizei versetzt. Seine Stammtischfreundschaft mit dem rechtsextremen Fabrikanten Robert Wimmer wird ihm offenbar doch nicht als Verdienst angerechnet.

Interessant auch, daß die OÖN vor einigen Jahren an Robert Wimmer einen Unternehmerpreis verliehen, obwohl auch damals seine Gesinnung nicht unbekannt war.

4.März 1997: Nach der jahrelangen Hetze der KRONENZEITUNG wirft Claus Peymann das Handtuch. Er will seinen Vertrag am Burgtheater nicht mehr verlängern.

5.März 1997: Die Israelische Kultusgemeinde verleiht an Josef Broukal „*bezugnehmend auf sein couragiert geführtes Fernsehinterview mit dem stellvertretenden Landeshauptmann von Kärnten Karl-Heinz Grasser*“ die Friedrich-Torberg-Medaille. Was für eine Medaille Zeiler für die eifertige Maßregelung Broukals von der FPÖ verliehen bekommen wird, ist noch abzuwarten. Aber die gute Nachrede im ZENTRALBEOBACHTER DER ANSTÄNDIGEN war ja auch schon was Schönes.

5.März 1997: In Bad Radkersburg gibt es wieder Diskussionen über die immer noch am Rathaus angebrachten Tafeln ("*Des Führers, der uns ward, seid deutsch - bleibt einig*"). Grüne und Liberale fordern Maßnahmen.

5.März 1997: Tschechien beschließt die Verschärfung der Ausländergesetze. In den letzten fünf Jahren sind die Ausländer von 40.000 auf 200.000 gestiegen, die Ausländerkriminalität nahm zu. Die Visumpflicht wird ausgedehnt, die Aufenthaltserlaubnisse werden eingeschränkt. Man vermutet auch in Tschechien, daß die Verschärfung aus Furcht vor der Zunahme des Einflusses der rechtsextremen Republikaner erfolgt.

6.März 1997: NEWS erhält einen Brief der "Bajuwarischen Befreiungsarmee". Die Experten sind überzeugt: Er stammt nicht vom "Bombenhirn".

7.März 1997: Die SJ möchte einen österreichweiten Katalog der immer noch vorhandenen *Braunen Flecken* erstellen. Bisher wurden von SJ-Organisationen in mehreren Bundesländern Anzeigen gegen den ÖTB wegen Verstöße gegen das Abzeichengesetz (ÖTB-Hakenkreuz) erstattet. In Salzburg sind

Aktionen gegen Straßenbenennungen nach dem Nazibildhauer Thorak und dem Nazijournalisten Dalmisch geplant.

7.März 1997: Die Gedenktafel für Jägerstätter am ehemaligen Berliner Reichskriegsgericht wird nun nach Zustimmung aller befaßten deutschen Behörden angebracht.

9.März 1997: Gemeinderatswahlen in Kärnten. Die SPÖ fällt von ca. 45 auf ca. 40%, die ÖVP bleibt bei 22%, die FPÖ steigt auf 26% und bleibt damit deutlich unter den Erwartungen (bei den EU-Wahlen hatten die Freiheitlichen in Kärnten 37,3% erhalten). Grüne und das LiF bleiben unter ihren Erwartungen, die ENOTNA LISTA der Slowenen gewinnt dazu und erreicht mit 56 Mandaten einen neuen Höchststand. In Klagenfurt stürzt die SPÖ schwer ab und erhält statt 40 nur noch 30%, die FPÖ steigt von 21 auf 29%.

9.März 1997: In der BRD bemühen sich die christlichen Parteien um die Altnazis: Auch gegen die Wehrmachtsausstellung in Frankfurt (ab 13.4.) macht man mobil, eine Protestveranstaltung und eine Gegenausstellung sollen durchgeführt werden.

11.März 1997: Bisher wurden aus dem Nationalfonds für die NS-Opfer an 11.367 Personen Auszahlungen vorgenommen.

11.März 1997: Die Besprechung über die *Braunen Flecken* von Wels endet in Wien unter dem Vorsitz von Bundesgeschäftsführer Rudas und in Anwesenheit von Nationalratspräsident Heinz Fischer mit folgendem Resultat: Die Kernstockstraße wird umbenannt, das übermalte Turnerhakenkreuz muß entfernt, die Etzold-Halle darf nirgendwo mehr so genannt werden, ansonsten sind dem ÖTB die Subventionen zu streichen. Diese Subventionen wären andererseits laut Beschluß des SPÖ-Bundesparteitages durch SP-Mandatare überhaupt nicht zu gewähren gewesen. Seitens der SJ wird der Ausschlußantrag gegen Bregartner und sogar gegen Matejka, der als Welser STAPO-Chef die Kontakte des Bürgermeisters mit dem rechtsextremen Fabrikanten Robert Wimmer tolerierte, zurückgezogen.



hierzu eine STANDARD-Karikatur von Zehentmayr

12.März 1997: Der Bürgermeisterkandidat der SPÖ für die Stichwahl in Klagenfurt schaltet ein Inserat, in dem es heißt:

Ein neues Klima für Klagenfurt

Ich will die Zusammenarbeit mit allen Kräften, denen die Zukunft unserer Heimatstadt wirklich am Herzen liegt. Auch und vor allem mit den Freiheitlichen!

Sigi Metelko

Solch billiger Opportunismus ruft nicht ganz überraschend heftige innerparteiliche Kritik hervor. Metelko legt noch ein Schäufelr nach und inseriert ebenso in der Kärntner FPÖ-Zeitung, was der SPÖ auch den Hohn Haiders einträgt.

12.März 1997: In Graz begeht ein Rumäne Selbstmord durch Selbstverbrennung, weil er vom Arbeitsamt keine Arbeitsbewilligung mehr erhält. Euer Chronist kann sich noch gut an die Verbrennungskaktion des Jan Palach aus Protest gegen den Eimarsch der Sowjetarmee im Jahre 1968 in die CSSR erinnern und welches Medienecho dies damals hervorrief. Der 38jährige Stefan S. wurde hingegen nicht einmal mit vollem Namen in den Medien genannt und auch sofort "vergessen". A dead Red Indian is a

good Red Indian?

13.März 1997: NEWS bringt eine Meinungsumfrage zum Kanzlerwechsel. Klima bekommt sehr gute Werte, das Publikum erwartete einen dynamischen Wunderwuzzi und glaubt ihn in Klima gefunden zu haben. Der Haken: Die schlechtesten Werte erhält er vom "KLEINEN MANN" - also wird dort weiterhin das Hoffungsgebiet der Haiderei liegen, schließlich steht gerade Klima für die dazu gegensätzlichen Interessen der Wirtschaft.

13.März 1997: Die LINZER RUNDSCHAU berichtet auf Seite 1, daß im Kepler-Heim der Universität Linz „lauthals rechts gerülpst“ wird. Naziparolen, Deutschlandlied, Hitlerreden vom Tonband, Hetze gegen die 22 dort wohnenden farbigen Studenten („Neger raus“). Die Heimleitung will das nun unterbinden und hat einen Hetzer aus dem Heim gewiesen.

Erste Märzhälfte 1997: Es gab in den Fünfzigerjahren einen Riesenskandal in Wien als bekannt wurde, daß die Körper hingerichteter Widerstandskämpfer auch nach 1945 zum Sezieren durch Medizinstudenten verwendet wurden (der damalige Leiter der Rechtsabteilung der Wiener AK deckte die Angelegenheit auf und fand seinen hingerichteten Bruder unter den konservierten Leichen) - jetzt entschließt man sich dazu 400 Gehirne von Opfern der NS-Euthanasie in einem Ehrengrab beizusetzen. Man hatte also 52 Jahre Gehirnpräparate von ermordeten Behinderten als Schauobjekte aufgehoben. Heil Hitler, liebe Ostmark!

Erste Märzhälfte 1997: Über den Spezial-FPIer Sichrovsky heißt es immer wieder, daß er recht selten als EU-Abgeordneter im Straßburger Parlament anzutreffen sei. Jetzt will er auf EU-Kosten einen Mitarbeiter in Chicago einstellen. Zur Wiener Kultusgemeinde fällt ihm ein, diese zu "erweitern", er will eine "zweite, liberale Gemeinde" gründen, weil ihm die bestehende als Vertretung der Juden in Österreich mißfällt. Kultusgemeindepräsident Paul Groß meint sinngemäß: Soll er!

14.März 1997: Das deutsche Urteil gegen den US-Naziführer Gary Lauck (vier Jahre Haft wegen Volksverhetzung, Aufstachelung zum Rassenhaß, Verbreitung von Propagandamittel für eine verfassungswidrige Organisation) ist nach dem Urteil des deutschen Bundesgerichtshofes in Karlsruhe rechtskräftig.

14.März 1997: Die neuen Fremden Gesetze werden beschlossen. Die Drittstaatenklausel für Asylsuchende wird umgestaltet (einerseits weniger "sichere Drittstaaten", andererseits Abweisungen an der Grenze), für Gastarbeiter gibt es nach acht Jahren bessere Aufenthaltsrechte, in Österreich geborene Ausländer der zweiten Generation dürfen nicht ausgewiesen werden, der Familiennachzug wird stark eingeschränkt, Langzeitarbeitslose können ausgewiesen werden. Gegen ausländische Schwarzarbeiter sollen nicht nur die Arbeitsinspektoren, sondern auch Polizisten eingesetzt werden.

15.März 1997: Haider veranstaltet ein "Lehrlingstreffen" zwecks Unterzeichnung eines "Vertrags mit Österreich". Die Forderung ist selbstverständlich auch hier dieselbe: Ausländer raus. Einen Verbündeten dafür hätte Haider im Trauner Bürgermeister Schlögl (SPÖ), der in einer Gemeinderatsausschußsitzung mit der FPÖ für die Einschränkung der Lehrlingsförderung auf Inländer und somit gegen die Integration stimmte.

15./16.März 1997: Zum 100. Jahrestag der ersten Ausgabe von Theodor Herzls Zeitschrift ILLUSTRIERTE NEUE WELT findet in Wien ein Symposium "Jews and News" statt.

17.März 1997: Vor einiger Zeit wurde gescherzt: Man werde es bei uns noch soweit bringen, daß man Neutralität und NATO für vereinbar erklärte. Der österreichische Außenminister Schüssel tut dies nun tatsächlich! Was für ein qualifizierter Fachmann, nach Mock hielt man keine "Steigerung" für möglich und doch ist es so!

18.März 1997: In Innsbruck werden jugendliche NS-Wiederbetätigte seit 1995 statt ins Gefängnis zur Schulung gebracht. Dozent Reinhold Gärtner spricht von einer erfolgreichen Maßnahme.

18.März 1997: Peter Kreisky kündigt für den 2.4. die Gründung einer INITIATIVE FÜR EINE SOZIALISTISCHE POLITIK IN DER SPÖ an. Was sicherlich in Hinblick auf Haiders "Kleine-Männer"-Demagogie eine sehr notwendige Maßnahme ist.

18.März 1997: Scientology wollte Albanien unterwandern, um das Land zum ersten Staat nach Scientology-Werten zu machen.

20.März 1997: Der jüdische Friedhof in Klagenfurt-St.Ruprecht wird von unbekanntem Tätern geschändet.

20.März 1997: Die neue "Gehaltspyramide" für Politiker, die keine wesentlichen Veränderungen im Monatseinkommen der meisten Spitzenpolitiker bringt, gibt Haider die Gelegenheit wieder mit einem Antiprivilegien-Volksbegehren zu drohen.

21.März 1997: Im Wiener Gemeinderat schließt sich die ÖVP der FPÖ an: Österreich ist kein Einwanderungsland, auch die SP-Stadträtin Brauner (zuständig für Ausländerintegration) erklärt die *Zeit der Zuwanderung* für vorbei.

23.März 1997: In der KRONENZEITUNG ist Peter Gnam recht empört: Minister Einem will (EU-Jahr gegen den Rassismus) heuer 32 Millionen für den "Kampf gegen den Rassismus" ausgeben. Da können sich die Anständigen wieder auf eine Österreichbeschimpfung um "ihr Geld" gefaßt machen. Die Suderei darüber wiederholt sich auch an späteren Tagen.

24.März 1997: Der neue FPÖ-Fan Metelko (siehe 12.3.) hupft in den Gatsch: Beim 2. Bürgermeisterwahlgang in Klagenfurt unterliegt er dem ÖVP-Kandidaten mit 32 gegen 68%. Was jeder ein bißchen politisch denkende Mensch gehaut hat: Prostituierte Anschmeißerei wird von niemandem honoriert.

Zweite Märzhälfte 1997: Viktor Klima an die ARBEITSGEMEINSCHAFT FÜR CHRISTENTUM UND SOZIALISMUS: „*Unser gemeinsames Ideal ist eine Gesellschaft, in der jeder Mensch in Würde arbeiten und leben kann. Dazu bedarf es keiner neuen Analysen oder neuer Konzepte. Wir brauchen auch keine Utopien mehr, keine neue Weltformel*“. Welch heller Geist! Welch tiefe Gedanken! Was für ein Staatsmann und Philosoph! Und was für ein Handlanger für eine "Dritte Republik"!

25.März 1997: Verfassungsbogenbieger Khol entdeckt eine neue FPÖ. In einem STANDARD-Interview sieht er eine Annäherung der Freiheitlichen an seinen Verfassungsbogen³¹. Die FPÖ sei eine große demokratische Partei. Man spräche dort nicht mehr von der "Dritten Republik" und meide "Verwischungen" zum Nationalsozialismus.

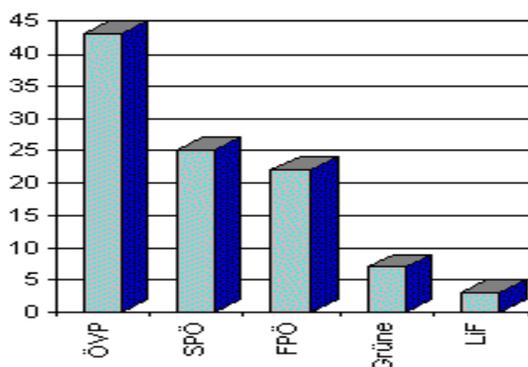
25.März 1997: Die FPÖ kündigt eine ideologisch-politische Umgestaltung an. Im Herbst soll ein neues Parteiprogramm beschlossen werden. Aus dem Programm soll die "deutsche Kultur- und Volksgemeinschaft" hinausgeschmissen werden, hineinkommen soll, daß die FPÖ christlich, sozial und demokratisch ist.

Was sagst dâ?

Die Deutschtümelei bringt keine Stimmen mehr, weil die deutsche Volks- und Kulturgemeinschaft (oder wie das genau heißt) den Österreichern einfach wurscht ist. Wegen einiger übriggebliebener seniler Nazis braucht man diese Deutschtödelei nimmer. Wenn die Grünen, die Liberalen und die Kommunisten in Österreich auch Mittelparteien wären, dann hätte Haider im Programm, die FPÖ sei eine marxistische christlich-sozial-liberale Grünpartei. Wozu aber überhaupt ein neues Programm? Niemand käme auf die Idee, daß die FPÖ sowas braucht, solange sie den Haider hat!

Oder weiß von Euch wer, WAS genau im bisherigen FP-Programm stand?

26.März 1997: Meinungsumfrage zum Wahlverhalten für die Landtagswahl in Oberösterreich im heurigen Oktober:



Gegen Ende März 1997: In der FPÖ beginnt es wegen des neuen Parteiprogramms zu rumoren. Das Programm wurde von Ewald Stadler entworfen und ruft den Ärger der Deutschnationalen ebenso hervor, wie den der Kirchenfernen, die sich an einen Fundamentalismus a la Krenn ausgeliefert sehen. In Wien sind mehr als 50% der FP-Wähler konfessionslos.

29./30./31.März 1997: Parteitag der FRONT NATIONAL in Straßburg. 50.000 Franzosen demonstrieren gegen die Rechtsextremisten. Jean-Marie Le Pen zieht wieder seine Show ab, mit Schmähungen gegen die "*niederträchtige Staatsgewalt, die Sturmtruppen der roten Hunde des Kapitalismus (?)*, die Organi-

³¹ Es wäre eine Supersache, wenn der Khol diesen Kohl mit dem Verfassungsbogen endlich erklärte - von wo nach wo schlägt die Verfassung einen Bogen?

satoren der Hexenjagd, die auf ihren Pfründen sitzenden Humanisten, die Freimaurer, die schmierigen Rap-Sänger und die selbsternannten Intellektuellen". In Österreich erntet der französische Rechtsextremisten-Chef lebhafte Zustimmung: am 1.4. in der KRONENZEITUNG beim Staberl.

31.März 1997: In Denver beginnt der Prozeß gegen den mutmaßlichen Bombenattentäter von Oklahoma, den 29jährigen Rechtsextremisten Timothy McVeigh. Er wird beschuldigt, am 18.4.1995 durch eine Autobombe 167 Menschen ermordet zu haben.

Ostern 1997: Hallo, wo bleibt die Gründung der für Ostern angekündigten FPÖ-Gewerkschaft?

März 1997: Der "Dichterstein" in Offenhausen wird von unbekannter Hand beschädigt. Die Behörden sehen weiterhin den Zusammenrottungen der rechten Kulturkameraden tatenlos zu. Obwohl dort immer wieder auch deklarierte Nazis auftraten, findet man keine "entsprechenden Vorkommnisse", um mit diesem rechtsextremen Krampf abzufahren. Heuer treffen sich die Freunde des braun-deutschen Schrifttums vom 30.4. bis zum 4.5. - die Durchführung antifaschistischer Gegenveranstaltungen ist in Planung.

Anfang April 1997: Der Polizeikommandant von St. Gallen, Paul Grüninger, der 1938 zirka 3.000 österreichischen Juden trotz entgegenstehender Weisungen die Einreise in die Schweiz ermöglichte und deswegen 1939 fristlos entlassen wurde, soll in Wien durch eine Schulbenennung geehrt werden. Eine Bezirksrätin der ÖVP (Barbara Gros) setzt sich seit 1994 dafür ein.

1.April 1997: Naziopfer wollen in den USA verschiedene Versicherungsgesellschaften klagen, weil abgeschlossene Lebensversicherungen nach 1945 mit Argumenten, die Prämien wären nicht bezahlt worden (weil der Versicherte im KZ war!), einbehalten wurden.

1.April 1997: Nachdem der israelische Ministerpräsident Nethanyahu durch seine nationalistische Siedlungspolitik die Nahostpolitik in Trümmer gelegt hat, sucht er jetzt die Partnerschaft mit den israelischen Sozialdemokraten. Laut Umfrage sind 51% der Israelis für einen Palästinenserstaat, 44% sind dagegen.

1.April 1997: Kein Aprilscherz: Die ÖVP beschuldigte die Zeitung AKIN des Kontaktes zur RAF (Rote Armee Fraktion) - AKIN stellt richtig: Kontakte bestehen zur RaF, einer verkehrspolitischen Aktionsgruppe "Radfahren am Freitag".

2.April 1997: Die FPÖ erhält nachträglich 30 Millionen Schilling Wahlkampfkostenersatz für die NRW 1995. Der Verfassungsgerichtshof hat die achtwöchige Antragsfrist vor der Wahl als verfassungswidrig aufgehoben.

2.April 1997: Der Wiener FP-Obmann Pawkowicz spricht von einer großen Verstimmung in der Wiener Parteiorganisation über Haider's neuen Kirchenkurs, der inzwischen großes Lob von Krenn erntet. „Die *Bewahrung der geistigen Grundlagen des Abendlandes erfordert ein wehrhaftes Christentum*“, heißt es unmißverständlich im Entwurf des neuen freiheitlichen Parteiprogramms.

2.April 1997: Endlich ein Politiker mit Charakter. In Graz kündigt Bürgermeister Stingl (SPÖ) an, im Jänner 1998 den Ehrenschutz über die Ausstellung "Verbrechen der Wehrmacht" zu übernehmen, obwohl zu dieser Zeit Gemeinderatswahlkampf sei. Die ÖVP lehnt ab, die Ausstellung sei "nicht um einen Dialog bemüht" - Um einen Dialog zwischen Opfern und Tätern?

2.April 1997: Auf der Gründungsversammlung der INITIATIVE FÜR EINE SOZIALISTISCHE POLITIK DER SPÖ warnt Peter Kreisky die SPÖ davor, „die bessere FPÖ sein zu wollen“.

3.April 1997: Der Vorsitzende der Bischofskonferenz, Weber, erklärt, daß die katholische Kirche keine Partei umarme und auch von keiner umarmt werden wolle. Bischof Krenn hatte gemeint, mehrere Bischöfe schätzten Haider.

3.April 1997: Ein neuer Trick zur Beibehaltung der "Kernstockstraße" in Wels ist in Planung: Die Abstimmung darüber soll geheim durchgeführt und dadurch eine Mehrheit gegen die Umbenennung erreicht werden.

4.April 1997: Der STANDARD berichtet in einem zwei Seiten langen Beitrag über die rechtsextremistischen Milizen in den USA. Paranoide Idioten, schwer bewaffnete Antisemiten (die US-Regierung sei zionistisch besetzt - "Zionist Occupied Government"), die sich als die wahren Amerikaner sehen. Heil Hitler!

4.April 1997: Endlich gibt es auch deutliche Kritik aus dem amerikanischen Außenministerium an der nationalistischen Politik der israelischen Regierung.

4.April: In der Slowakei wird kritisiert, daß das Unterrichtsministerium im November 1996 ein Geschichtsbuch mit antisemitischem Inhalt für den Unterricht zugelassen hat.

5.April 1997: Interview mit Simon Wiesenthal im STANDARD: Das geplante Memorial auf dem Judenplatz in Wien hat zwei Funktionen - Gedenken an die Opfer, Anklage der Täter. Zu Haider sagt er: *„Haider wird keine Mehrheit bekommen, aber auch Hitler hatte keine“*.

5.April 1997: In Ankara stirbt der türkische Faschistenchef ("Graue Wölfe") Alparslan Türkeş, bei den letzten Wahlen scheiterte seine Partei an der 10%-Hürde und ist nicht mehr im Parlament. Dafür wurden die islamistischen Fundamentalisten die stärkste Partei.

6.April 1997: FP-Klubobmann Stadler sagt in der TV-Pressestunde, Innenminister Schlögl setze in der Fremdenpolitik die Forderungen der FPÖ von 1993 durch. Den Sozialdemokraten empfiehlt er die Normalisierung der Beziehung zur FP, die SPÖ sollte sich entscheiden, *„ob sie sich weiter vom linken Flügel in Geiselnhaft nehmen läßt.“* Na sowas! Die Hinwendung der Freiheitlichen zum Christentum, speziell die Forderung nach einem *wehrhaften Christentum* erläutert der neue FP-Chefideologe mit den *„Gefahren des islamischen Fundamentalismus“*.

7.April 1997: In Radkersburg sollen die deutschnationalistischen Tafeln (*Der Führer, der uns ward...*), die angeblich Ende der Zwanzigerjahre angebracht wurden und sich auf die "Abwehr" der Slawen beziehen sollen, mit Hinweistafeln versehen werden, fordert die SPÖ.

8.April 1997: In einem STANDARD-Interview sagt Vranitzky u.a.: *„Der vierte Komplex war die Aufarbeitung der NS-Vergangenheit. Mit sehr beachtlichen Anstrengungen, denn gerade meine Partei hat sich ja in den vorhergehenden Perioden mit dieser Aufgabe nicht beschäftigt oder es sogar für richtig gehalten, das zu unterlassen. Ich bin davon ausgegangen, daß wir mit diesem ungeordneten Verhältnis zur Wahrheit nicht weitermachen können. Das hat mir von der ganzen Nimmerrichter-Fraktion nichts Gutes eingetragen.“*

8.April 1997: Der Leiter des Simon-Wiesenthal-Zentrums in Jerusalem, Ephraim Zuroff, äußert, daß er Daniel Goldhagen nicht zustimme, der den Holocaust dem spezifisch deutschen Antisemitismus zuschreibt. Er sagt, *„die Täter waren nicht nur gewöhnliche Deutsche und Österreicher, sondern auch gewöhnliche Kroaten, Litauer, Letten und Ukrainer.“* Zur Zeit sei Litauen der Zufluchtsort für die Kriegsverbrecher, die nach 1945 in den USA, Kanada und Australien untergetaucht waren.

9.April 1997: Am SPÖ-Parteitag in Linz schließt Viktor Klima in seiner Rede anlässlich seiner Wahl zum Parteivorsitzenden eine Koalition mit der Haider-FPÖ klar und deutlich aus. Ebenso spricht er sich gegen einen NATO-Beitritt aus.

9.April 1997: Kurt Diemann (extrem-konservativer katholischer Autor) kritisiert die FPÖ-Anbiederung an die Kirchen als *„Manöver, das es zu durchschauen und abzulehnen gilt“*. Bischof Krenn, der sich als einziger gewichtiger Kirchenfunktionär massiv für Haider einsetzt (*„Alles, was ihm gut gelingt, das soll uns freuen“*), bezeichnet die Äquidistanz der Kirche zu politischen Parteien als *„absoluten Holler“*.

9.April 1997: Der Salzburger FP-Stadtrat Mitterdorfer fordert ein rigoroses Vorgehen der Polizei gegen Punker, die sich in der Linzergasse "zusammenrotten". Die Punker seien ein unkalkulierbares Risiko und eine ästhetische Belästigung.

9.April 1997: Auf einer Wahlveranstaltung des RING FREIHEITLICHER STUDENTEN in Wien spricht FP-Klubobmann Ewald Stadler zum Thema "Linksterrorismus in Österreich". Vom Mastenanschlag in Ebergsässing vermutet er, daß dieser der FPÖ den politischen Garaus hätte machen sollen. Wie das funktionieren hätte sollen, wird allerdings nicht dargelegt.

10.April 1997: NEWS berichtet, daß die vorzeitige Haftentlassung des Neonazis Peter Binder widerrufen wurde. Das Magazin hatte nämlich aufgedeckt, daß Binder in Kontakten zur rechtsextremen HNG (Hilfsgemeinschaft nationaler Gefangener) nach wie vor seiner alten Gesinnung frönt.

10.April 1997: Der Fernsehsonderpreis der Österreichischen Volksbildung für *"Ansätze einer Interviewtechnik, die zur Norm werden sollte"* wird an Josef Broukal verliehen.

10.April 1997: Die katholischen Laienorganisationen kritisieren die FPÖ-freundliche Haltung von Bischof Krenn.

10.April 1997: Die Möglichkeiten des freiheitlichen Christentums karikiert Much in NEWS:



10. April 1997: Freda Meissner-Blau und Gerhard Oberschlick veröffentlichen eine Petition, die die Einstellung der Presseförderung für die KRONENZEITUNG fordert. Wie die KRONENZEITUNG ihre Marktmacht für die Verbreitung von Rassismus, Ausländerfeindlichkeit, Frauendiskriminierung, Sexismus und Homosexuellenfeindlichkeit mißbraucht, habe das Hearing über die Medienfreiheit in Österreich im September 1996 gezeigt.

11. April 1997: In Graz gelingt es den Ordentlichen, Anständigen, Gesinnungstreuen und ihren Helfern die geplante Ausstellung über die Verbrechen der deutschen Wehrmacht vorerst zu verhindern. Mit nicht mehr zu überbietenden Eifer sorgten die entsprechenden Funktionäre der Stadt dafür, daß alle brauchbaren städtischen Räumlichkeiten nicht für die Ausstellung zur Verfügung stehen. Ein kräftiges *Heil Hitler* der "Stadt der Volkserhebung", wie Graz seinerzeit genannt wurde.

12. April 1997: Die Grünen befürchten, daß auch in Österreich Akten aus der Nazizeit wegen "Zeitablauf" vernichtet werden könnten. Von 1.700 Kartons mit Arisierungsakten seien erst 183 wissenschaftlich ausgewertet worden.

13. April 1997: In Frankfurt am Main wird die Ausstellung über die Verbrechen der deutschen Wehrmacht eröffnet. Die CDU-Politiker bleiben auch hier der Ausstellung fern, eine Demonstration der Republikaner war verboten worden. Die Polizei verweist rund dreißig Demonstranten von der Ausstellung, fünf werden festgenommen.

14. April 1997: Im STANDARD fordert Gerfried Sperl, daß die Ausstellung über die Verbrechen der deutschen Wehrmacht in Graz permanent eingerichtet werden sollte. Bekannt wird auch, daß die gesinnungstreuen Stadtpolitiker schon 1947 eine antifaschistische Ausstellung "Niemals vergessen", die Viktor Matejka organisierte, verhindert hatten. Ein Aktenvermerk von damals hielt fest, eine Ausstellung "Niemals vergessen" sei nicht mehr zeitgemäß, man begrüßte hingegen eine Ausstellung "Endlich einmal alles vergessen" wärmstens. Die Tradition ist also ungebrochen.

April 1997: In der Steiermark feiert die Vergangenheit überhaupt Triumphe. Die Forderung der slowenischen Minderheit nach Anerkennung stößt weiterhin auf eiserne Ablehnung. Eine slowenische Minderheit gibt es in der Steiermark gar nicht und damit basta. In Soboth, ein Dorf in der Südsteiermark mit 500 Einwohnern, soll es eine solche Minderheit geben, ging durch die Medien. Der dortige Bürgermeister stellt unerschütterlich klar, in diesem Ort bekenne sich niemand zu dieser Volksgruppe, es herrsche Angst, daß irgendwas passiert, wenn einmal Slowenien der EU beitrete. Was für eine Art von Idioten mag sowas vermuten? Käme dann Soboth zu Slowenien? Reden wir doch einmal Tacheles, was die Angst betrifft: Es ist wohl eindeutig, daß Angst das öffentliche Bekenntnis zur slowenischen Volksgruppe behindert! Wo sind wir, daß sich Angehörige einer Minderheit immer noch nicht offen zu deklarieren getrauen? Ein kräftiges "Heil Hitler" dem deutschen Herrenvolk!

16. April 1997: Nach der Auffassung von Bischof Krenn bestimmt der katholische Gott die Zusammensetzung des österreichischen Parlaments. In einer Fernsehdiskussion über das niederösterreichische Kindergartengesetz, das sogar für konfessionslose Kinder die zwangsweise Unterweisung im katholischen Glauben vorsieht (und somit todsicher mit der österreichischen Verfassung und den Menschenrechten unvereinbar ist), sagt Krenn zur LiF-Obfrau Heide Schmidt, der liebe Gott werde wegen ihrer kirchenkritischen Haltung dieser Partei „nicht die Mehrheit geben“. Wozu also noch Wahlen?

Mitte April 1997: In der FPÖ wird um den früheren Dritten Nationalratspräsidenten Gerulf Stix und den Altabgeordneten Tassilo Broesigke ein "Denkerkreis" namens "GENIUS" eingerichtet. Die dort Versammelten wollen verhindern, daß aus der FPÖ eine Art CSU wird. Kritisiert wird nicht nur der vorgesehene neue christliche Kurs, sondern auch, daß „Jörg Haider nie ein Hehl daraus gemacht hat, daß er sozialdemokratischen Grundvorstellungen recht nahe steht“. Was das heißen soll, ist nicht ganz klar - vielleicht liegt

die Gemeinsamkeit darin, daß auch Haider keinen Sozialismus will?

17.April 1997: Die evangelische Kirche kritisiert Haider. Bischof Sturm sagt, es sei „eine Grotteske, wenn eine Partei auf Stimmenfang unter Christen geht“. Die Evangelischen galten früher als deutschnationalistisch und FPÖ-nahe, man will nun dieses braunlastige Etikett abbauen, nach Umfragen sind heute die evangelischen Christen linker als der Bevölkerungsdurchschnitt.

18.April 1997: Der Organisator der Wehrmachtsausstellung in Graz, Wolfgang Gulis, erklärt offiziell das Scheitern seiner Bemühungen, geeignete Ausstellungsräume zu finden. Es seien alle Subventionen verweigert worden, durch direkte und indirekte Interventionen der verantwortlichen Landes- und Stadtpolitiker von ÖVP und SPÖ seien alle geeigneten Räumlichkeiten für die Ausstellung verweigert worden. Nur SP-Bürgermeister Stingl hatte sich für die Veranstaltung ausgesprochen.

Den anderen zuständigen Politikern kann man getrost versichern: Deutsche Männer und Frauen! Der Führer wäre stolz auf Euch!

19.April 1997: Laut einer Umfrage glauben 60% der Österreicher, daß der politische Radikalismus in den letzten Jahren in Österreich zugenommen hat, 6% meinen er hat abgenommen. Zu fast Zweidrittel wird die Zunahme auf der rechten Seite des politischen Spektrums angenommen, 27% sehen dies linksseitig (wohl die Kronzeitungsleser und FP-Wähler).

20.April 1997: Wie die Zeit vergeht, Hitler wäre heute schon 108 Jahre alt. Im ostdeutschen Bundesland Brandenburg muß die Polizei mehrere öffentliche Hitlergeburtstagsfeiern verhindern, in Jena attackierten betrunkene Neonazis eine Polizeistreife, in Bayern wird in Leipheim eine Skinheadsversammlung aufgelöst, insgesamt kommt es in der BRD zu rund 200 Festnahmen. In Zürich greifen Skins protestierende Antifaschisten an, in Wien wird eine verstärkte Nachfrage nach der NATIONALZEITUNG beobachtet.

22.April 1997: Haider kündigt für den 1.Mai die Gründung einer freiheitlichen Gewerkschaft an, beschlossen soll diese Gründung am 30.4. am Bundestag des "Rings freiheitlicher Arbeitnehmer" werden.

23.April 1997: In Wien wird der 82jährige Gerhard Klinkicht geehrt, er hatte am 10.4.1945 dem Befehl, den Stephansdom in Trümmer zu schießen, nicht Folge geleistet. 52 Jahre später wurde nun eine Gedenktafel angebracht. Warum nicht früher? - so könnte man fragen. Die Antwort ist recht leicht: Der Mann hat schließlich seinerzeit seine Pflicht nicht erfüllt!

23.April 1997: Der neue FP-Programmentwurf wird etwas "entschärft", statt eines „wehrhaften Christentums“ wird jetzt ein „Christentum, das bereit ist, seine Werte zu verteidigen“ gefordert. Wenn der Haider dereinsten Kanzler sein wird, kann also damit gerechnet werden, daß man sich auch gegen ein vaterländisches Christentum wehren wird müssen.

Bischof Weber sagt zum neuen FP-Christentum, es sei was dran an der Meinung, daß die FPÖ mit einem Doppelschlag die Kirchen und die ÖVP treffen wolle, die Reaktion der katholischen Kirche sei „sicher zu schüchtern“ gewesen.

23.April 1997: In Wien findet eine Diskussionsveranstaltung "Forschung und Lehre 1938 bis 1945" statt. Fast an allen Hochschulinstitutionen gab es politische und rassistische Vertreibungen, die nach 1945 zum Großteil nicht rückgängig gemacht, ja bisher nicht einmal historisch aufgearbeitet wurden. Zitiert wird dazu eine Festschrift von 1991 (100 Jahre Ärztekammer), in der es heißt, 1939 habe großer Ärztemangel geherrscht: Infolge der Einberufung zur Wehrmacht - in Wirklichkeit war der eklatante Ärztemangel durch die Vertreibung der Juden entstanden.

24.April 1997: NEWS berichtet über eine interessante juristische Kurve: Franz Radl wurde nach seiner bedingten Haftentlassung in einem Verein, der sich für die Aufhebung des NS-Verbotsgesetzes einsetzt, als Bürohilfe eingestellt. Als ihm dies im Zuge des Verfahrens über den Nachlaß der Reststrafe vorgehalten wurde, trat er aus der Vereinigung aus. Das Gericht hält ihm zugute, Radl habe erst nach und nach gemerkt, daß der Verein rechts stehe und erläßt ihm die Strafe trotzdem.

24.April 1997: In der BRD gründen Scientologen, Evangelisten und Moslems eine Gruppe "Religionsfreiheit in Deutschland" und fordern die deutsche Regierung ultimativ auf, ihre Kampagne zur Zerstörung kleinerer Religionsgemeinschaften einzustellen.

25.April 1997: Peter Turrini kritisiert bei einer Diskussion des Bruno-Kreisky-Forums die neue Kunstlinie von Klima: Die Zeiten, in denen Kunst und Sozialdemokratie ein Stück des Weges gemeinsam gingen, seien vorbei, „zur Zeit möchte ich nicht einmal zehn Schritte dahinter gehen“.

25.April 1997: Über die Absage der Ausstellung "Verbrechen der Wehrmacht" in Graz haben sich die gesinnungstreuen Anständigen anscheinend zu früh gefreut. Die Grazer Universität stellt jetzt die notwendigen Räumlichkeiten zur Verfügung, die Ausstellung soll zum geplanten Zeitpunkt über die Bühne

gehen. So ein Pech für die immertreuen Volksgenossen!

26. April 1997: Vor 60 Jahren wird die baskische Stadt Guernica durch Bombenflugzeuge der deutschen Legion Condor, die sich auf der Seite der Faschisten am Spanischen Bürgerkrieg beteiligt, großflächig zerstört. Es handelte sich um das erste Flächenbombardement gegen Zivilisten in der Geschichte.

27. April 1997: Vor 60 Jahren starb Antonio Gramsci, er war mit Palmiro Togliatti der Gründer und der führende Theoretiker der Kommunistischen Partei Italiens, deren Generalsekretär er von 1924 bis 1927 war. Seine zahlreichen Schriften beeinflussten nicht nur die italienischen Intellektuellen, sondern auch die marxistische Theoriediskussion im Ausland. Heftige Kritik an der faschistischen Herrschaft Mussolinis führte 1926 zu seiner Verhaftung. Zu 20 Jahren Haft verurteilt, starb er nach elf Jahre im Gefängnis. Gramsci gilt heute als der wesentlichste marxistische Theoretiker des 20. Jahrhunderts.

27. April 1997: Kommunalwahlen in Italien bringen Verluste für die "Lega Nord", Gewinne für die Kommunisten und das rechte Bündnis "Pol der Freiheit" das Mitte-links-Bündnis "Ulivo" konnte seine Positionen weitgehend halten.

28. April 1997: Das Thema "Kurdenmorde" kommt auf die politische Tagesordnung in Österreich. Viele Hinweise deuten darauf, daß 1989 drei Kurdenpolitiker im Exil von persischen Agenten ermordet wurden, die dann im Zusammenwirken von österreichischen Behörden mit der iranischen Botschaft nach Teheran entweichen konnten. ÖVP-seitig ist man anderer Meinung und wehrt sich mit SPÖ-Unterstützung gegen einen parlamentarischen Untersuchungsausschuß. Mit den iranischen Islamfaschisten will man es sich nicht verderben.

28. April 1997: Die Kernstockstraße in Wels scheint ausgestanden zu sein. Der entsprechende Gemeinderatsausschuß beantragt die Umbenennung in "Thomas-Mann-Straße". Thomas Mann war in der NS-Zeit verboten und emigrierte in die USA. Es ist ein Trauerspiel: Thomas-Mann-Straßen gibt es in Österreich drei, Kernstockstraßen immer noch Dutzende. Aber Kernstock hatte ja schließlich auch zutiefst anständig gedichtet: „*das Hakenkreuz im weißen Feld, auf feuerrotem Grund, hat uns mit stolzem Mut beseelt, es schlägt in unserer Runde...*“.

29. April 1997: Daniel Cohn-Bendit weist die Behauptung Haiders zurück, er habe gesagt, die multikulturelle Gesellschaft sei gescheitert.

1. Mai 1997: In einem gestopft vollen Bierzelt am Linzer Urfahrner Markt hält Haider seine Rede zur Gründung der FPÖ-Gewerkschaft. Die neue Gewerkschaft werde für die Facharbeiter, die Leistungseliten, die Fleißigen und die Frauen da sein.

1. Mai 1997: In der BRD waren Demonstrationen der NPD verboten worden, in verschiedenen ostdeutschen Städten kommt es zu rechtsextremistischen Krawallen.

1. Mai 1997: Parlamentswahlen in England. Die langjährige Herrschaft der Konservativen wird mit einem Erdrutschsieg der Labour Party beendet, die durch das englische Mehrheitswahlssystem auch mit weniger als 50% der Stimmen eine massive absolute Mehrheit erhält, die Konservativen verlieren mehr als die Hälfte ihrer Abgeordneten.

2. Mai 1997: Unbeirrbar Treue beweisen in der Steiermark Landeshauptfrau Klasnic (ÖVP) und Landeshauptfraustellvertreter Schachner-Blazizek (SPÖ). Es werde keine Ehrenschatze und keine Subventionen für die Wehrmachtsausstellung geben. Die Ausstellung polarisiere und sei deshalb keine Plattform für die Vergangenheitsbewältigung, es würden neue Gräben aufgerissen, läßt Frau Klasnic bekanntgeben. Schade, daß die SS-Kameradschaft momentan keine Ehrenschatze benötigt, da war man seinerzeit immer recht großzügig³². Österreichische Politiker schützen ehrenhalber die SS und selbstverständlich die Hitlerwehrmacht und ihre Fans vor der Wahrheit.

Laßt uns daher eine alte Melodie anstimmen: *Die Gräben zu, die Augen dicht geschlossen, wir marschier'n in ruhig-rechtem Schritt, Kameraden, die einst Untermenschen hab'n erschossen, wirkten ja nur pflichterfüllend mit...*

Und außerdem wurden erstens die Juden und die Kommunisten von der SS umgebracht, zweitens mußte sich die Wehrmacht ja gegen den jüdischen Bolschewismus wehren und drittens sind die ganzen Geschichten über Kriegsverbrechen bloß feindliche Greuelpropaganda!

2. Mai 1997: In Graz wird das Vereinslokal des KOMMUNISTISCHEN STUDENTENVERBANDES verwüstet, mit Hakenkreuzen und der Losung "Linke Schweine" beschmiert.

³² **Anfang Mai 1992:** Landeshauptmann Krainer (ÖVP), Landeshauptmannstellvertreter Schachner-Blazizek (SPÖ) und Landtagspräsident Wegart (ÖVP) haben sich bereit erklärt, den Ehrenschatz für die 40-Jahr-Feier der 'SS-Kameradschaft IV' zu übernehmen.

3.Mai 1997: In Offenhausen und Wels veranstalten autonome Gruppen Kundgebungen gegen die "Offenhausener Kulturtage".

3.Mai 1997: Nach dem STANDARD-Politbarometer halten 87% der Österreicher die Sicherung der Arbeitsplätze für die wichtigste Aufgabe der Regierung, die in den letzten Jahren forcierten Privatisierungen werden hingegen nur von 12% für wichtig angesehen. Ein interessanter Nebenaspekt der Umfrage: Nur 11% sind für eine stärkere Beachtung christlicher Werte, 17% aber für die Zurückdrängung des kirchlichen Einflusses, unter den FP-Anhängern sind nur 8% für die christlichen Werte, ob da der Haider nicht auf das falsche Pferd gesetzt hat? Zum Wahlverhalten: 37% sind derzeit für die SPÖ, 25% für die ÖVP und 24% für Haider.

3.Mai 1997: In Berlin beginnt eine Gedenkveranstaltung. In einer 26stündigen Lesung werden die Namen der 55.696 ermordeten Berliner Juden zu Gehör gebracht.

4.Mai 1997: Befreiungsfeier in Mauthausen, statt des erkrankten Bundeskanzlers Klima spricht Innenminister Schlögl im Beisein der MinisterInnen Hostasch, Prammer und Molterer. Man werde in den nächsten Jahren darangehen, in den wichtigsten Nebenlagern von Mauthausen ebenfalls Gedenkstätten zu errichten, der Anfang soll in Ebensee und Gusen gemacht werden. Wir müßten uns schonungslos mit unserer Geschichte auseinandersetzen, die allzugerne verdrängt werde, Österreich war nicht nur ein Land der Opfer, viele Österreicher waren auch Teil der Vernichtungsmaschinerie, Mauthausen ist ein Ort der Schande, das heutige Österreich darf und wird dieses Leid nie vergessen. Der Faschismus habe seine Wurzeln stets in der Angst der Menschen vor dem sozialen Abstieg gehabt, Europa dürfe daher kein Kontinent der Geldscheine und Großkonzerne werden.

An den Befreiungsfeiern in Mauthausen und den anderen Gedenkstätten nahmen wieder Vertreter aus 44 Nationen teil.

5.Mai 1997: Im STANDARD wird aus dem dichterischen Schaffen des Hans Werner Sokop, Chef der Wiener Aufenthaltsbehörde, zitiert. Er bedichtete die österreichische Geschichte im Stile des Herrn Martinek und das geht etwa so: „A Protestant, a Jud braucht sein - no? Aufenhoits-Erlaubnisschein (anno 1665) - De Leopoidstodt haaßt jetzt so, de Judn ausse, sads doch froh (anno 1670)“.

5.Mai 1997: Im STANDARD nimmt der Mitgestalter der Wehrmachtsausstellung, Walter Manoschek, Assistenzprofessor an der Uni Wien, Stellung zu den immer noch andauernden Angriffen auf die Schau. Er weist darauf hin, daß mehr als 90% der schriftlichen Quellen von den Tätern selbst produziert wurden: Wehrmachtsdokumente, Tagebücher, Feldpostbriefe, Zeugenaussagen bei Kriegsverbrecherprozessen, er stellt fest, daß nicht der ganze Krieg dargestellt werden sollte, sondern ein bisher vernachlässigter Ausschnitt, eben der Vernichtungskrieg im Osten und Südosten. „Die Intention der Ausstellung zielt nicht auf eine Polarisierung, sondern darauf, einen öffentlichen Dialog in Gang zu setzen über ein Kapitel des Nationalsozialismus, das in Österreich und Deutschland wie kein anderes seit 1945 so wortreich beschwiegen wurde. (...) Dieser Krieg war ein Krieg, der von der Wehrmacht von Beginn an jenseits aller Kriegsgesetze geführt wurde. Das Verbrechen - die Ausrottung der Juden und die Dezimierung und Versklavung der restlichen slawischen Bevölkerung - war nicht die Ausnahme, sondern integraler Bestandteil dieses Krieges“

5.Mai 1997: In Graz wird endgültig fixiert: Die Ausstellung VERNICHTUNGSKRIEG, VERBRECHEN DER WEHRMACHT 1941 - 1944 findet von Ende November bis 11.1.98 an der Grazer Universität statt. Dazu wieder eine bezeichnende Äußerung von Landeshauptfrau Klasnic: „Das Thema ist für mich, daß mir Ausstellungen, die eigentlich Menschen begeistern und Freude bereiten und in die man gerne geht, sehr recht sind“.

6.Mai 1997: Laut Innenministerium soll in Wels Stammtischbruder Majteka von der Fremdenpolizei wieder zur STAPO zurückkehren. Als Freund vom Robert Wimmer ist der dort anscheinend auf dem richtigen Platz. Wenn schon die Welser Rechtsrechten ignoriert werden, dann sollen wenigstens die antifaschistischen Linkslinken unter einem wachsamen Auge stehen.

7.Mai 1997: Laut NEWS erlitt Haider mit seinen GeschichtlerIn wieder einmal eine gerichtliche Schlappe. Auf die Klage zweier Polizisten, die er beschuldigt hatte, eine Innenminister Einem belastende Vormerkkartei entfernt zu haben, reagiert Haider nun mit einer Entschädigung von jeweils 50.000 öS, der Übernahme der Anwaltskosten und der Verpflichtung, solche Behauptungen in Hinkunft zu unterlassen.

7.Mai 1997: Der amerikanische Bericht zum Schweizer Nazigold kommt zum Ergebnis, daß die Schweizer im 2.Weltkrieg die Bankiers der Nazis gewesen sind und dadurch zur Verlängerung des Krieges beigetragen haben, nach 1945 habe man diese Geschäftsbeziehungen geleugnet und Entschädigungen verweigert. Insgesamt hätten die Nazis Gold im heutigen Wert von rund 65 Milliarden Schilling aus den Zentralbanken besetzter Länder geraubt, davon wurden knapp 5 Milliarden in die Schweiz verschoben, zum Teil verschmolzen mit Gold, das KZ-Opfern geraubt wurde. Auch andere neutrale Staaten waren in

Goldgeschäfte mit Hitlerdeutschland verwickelt.

7.Mai 1997: Das Todesurteil gegen Franz Jägerstätter wird vom Landgericht Berlin aufgehoben, die Verurteilung sei aus politischen und religiösen Gründen erfolgt.

7.Mai 1997: Das Innenministerium läßt den im Oktober 1996 ausgestellten Reisepaß (!! für Gottfried Küssel einziehen, die weiterhin bestehenden Kontakte des VAPO-Führers zu Nazi-Kreisen gefährdeten die nationale Sicherheit. Für eine vorzeitige Haftentlassung Küssels schaut es dadurch erfreulicherweise schlecht aus.

8.Mai 1997: Am Landesgericht Wien wird die Aufhebung des Todesurteils gegen Anton Uran, einen 1943 wegen Wehrdienstverweigerung hingerichteten Kärntner Zeugen Jehovas beantragt.

9.Mai 1997: In den OBERÖSTERREICHISCHEN NACHRICHTEN schreibt Chefredakteur Köppl in seinem Leitartikel "Die Kehrseite der Neutralität": „Zweifellos war die Politik der Schweiz gegenüber vielen Flüchtlingen und Verfolgten der Hitler-Barbarei hartherzig-bürokratisch und unmenschlich-zynisch. Vielen Tausenden hat sie aber auch das Leben gerettet. Oft mit ebenso moralisch anfechtbaren Methoden.“ Was soll das heißen? Wie kann Lebensrettung moralisch anfechtbar sein? Herr Köppl gibt gerne solche Rätsel auf.

Erste Maihälfte 1997: Hysterie in Salzburg, Chaostage drohen, zu Pfingsten sollen hunderte Punker in Mozartstadt kommen, um sie zu verwüsten. Verschiedene Geschäftsleute beabsichtigen, ihre Geschäfte zuzunageln. Die FPÖ wehrt sich schon vorbeugend durch Großinserate gegen "Chaos und Anarchie". Die darauf martialisch ausgeschwärmten Polizeikräfte haben hernach aber nichts zu tun, die Ankündigung der "Chaos-Tage" war bloß ein chaotischer Gag.

11.Mai 1997: In der TV-Pressestunde bezeichnet die evangelische Superintendentin aus dem Burgenland, Gertraud Knoll, das Asylgesetz als feige.

14.Mai 1997: Ein Versuch, den deutsch-chilenischen Sektenführer Paul Schäfer ("Colonia Dignidad") festzunehmen, schlägt fehl. Schäfer war jetzt als Kinderschänder beschuldigt worden, in der Zeit der Pinochet-Diktatur sollen auf seinem Gut Oppositionelle gefoltert worden sein. Es wird vermutet, daß der Festnahmeeifer der Polizei sehr gering war.

14.-16.Mai 1997: Wahlen zur Österreichischen Hochschülerschaft, die ÖVP-nahe Aktionsgemeinschaft hält ihre 28 Mandate, die Grünen verlieren drei (jetzt zehn), der VSStÖ erreicht acht (sieben) Sitze, die Liberalen erhalten sieben (sechs), die Fachschaftslisten fünf (vier), die Freiheitlichen drei (zwei). Gleich bleiben JES und die Kommunisten mit je zwei Mandaten. Wobei als recht außergewöhnlich angemerkt werden muß, daß am Institut für Politikwissenschaft an der Uni Wien die Kommunisten (!! die weitaus stärkste Fraktion werden. Comeback für Charly Marx?

15.Mai 1997: Der deutsche Bundestag erklärt mit großer Mehrheit die Urteile der NS-Justiz gegen Deserteur, Kriegsdienstverweigerer und Wehrkraftzersetzer für Unrecht, betroffenen deutschen Staatsbürgern wird eine einmalige Entschädigung von 7500.- DM zuerkannt.

CDU/CSU ließen an die Entschließung zwei Zusätze anfügen: Die Rehabilitierung bedeute keine Abwertung der deutschen Soldaten und gelte nur, wenn die damaligen Urteile heute Unrecht wären.

Eine reife Leistung! 52 Jahre nach Kriegsende wird diese Sache schon erledigt und gleich so eindeutig und großzügig! Da werden sie prassen, die alten Wehrkraftzersetzer!

16.Mai 1997: Demonstration für die Neutralität in Linz, in den Zug vom Schillerplatz zum Landhaus reiht sich auch LH-Stellvertreter Hochmair von der SPÖ ein. Bemerkenswert: Alle Medien verschweigen diese Demonstration - samma 'leicht scho bei da NATO?

17.Mai 1997: Das Ergebnis einer Umfrage, welche Politiker zukünftig an Bedeutung gewinnen werden, sieht Klima vor Haider und Ursula Stenzel voran.

17.Mai 1997: Bei einem Brandanschlag auf ein Ausländerwohnheim in Wels wird ein Mazedonier getötet. Ein bald festgenommener tatverdächtiger Skinhead wird vorsichtshalber als "unpolitischer" Zünder präsentiert.

18./19.Mai 1997: Beim Pfingsttreffen der Sudetendeutschen Landsmannschaft wird die Aussöhnungserklärung der BRD mit Tschechien als Versuch bezeichnet „unserer Volksgruppe den Totenschein auszustellen“.

20.Mai 1997: Franz Jägerstätter, Österreichs bekanntester NS-Gegner, wäre heute 90 Jahre alt geworden, am 9.8.1943 war er wegen "Zersetzung der Wehrmacht" in Berlin hingerichtet worden. Noch heute halten ihm die pflichterfüllenden Anständigen zumindest vor, seine Familie im Stich gelassen zu haben, Straßenbenennungen sind immer noch kaum durchsetzbar. Die immerwährend charakterfesten Arsch-

löcher haben auch in der heutigen Zeit zuviel fest in ihren deutschen Händen.

In Linz wird von Bischof Aichern eine Gedenktafel für Franz Jägerstätter enthüllt. Das Verfahren seiner Seligsprechung durch die katholische Kirche nähert sich dem Abschluß. Ein entsprechender Bericht der öö. Kommission geht nach Rom.

In diesem Zusammenhang sei eine Frage wiederholt, die 1994 in einem Beitrag im ANTIFA-INFO gestellt wurde: Wann wird in Österreich Dr. Alfred Klahr (1904 - 1944), der theoretische Begründer der österreichischen Nation³³, seine entsprechende offizielle Würdigung erfahren? Klahr war KPÖ-Funktionär und jüdischer Abkunft, zu seinem 90.Geburtstag und seinem 50.Todestag herrschte Schweigen - 2004 wäre sein 100. Geburtstag, gibt es dann eine Chance, diese wahrlich exemplarische Persönlichkeit des österreichischen Antifaschismus zu ehren?

Klahr repräsentiert die drei wesentlichen Elemente des damals tatsächlich geleisteten Widerstandes: Kommunist, Jude, bekennender Österreicher! Vielleicht schafft es das offizielle Österreich im Laufe der nächsten sieben Jahren, ihm zu verzeihen, Jude und KPÖ-Mitglied gewesen zu sein, beendet diese doppelte Ausgrenzung und akzeptiert seine Rolle als "Entdecker" der österreichischen Nation?

20.Mai 1997: Der Standard-Karikaturist Zehentmayr skizziert das Dilemma des fanatischen Neutralitätshassers und NATO-Freundes Schüssel:



24.Mai 1997: Die LAGERGEMEINSCHAFT RAVENSBRÜCK besteht seit 50 Jahren. Ravensbrück war das Frauen-KZ im Dritten Reich. Von den bis zu 132.000 Inhaftierten waren rund 1.000 aus Österreich. Das bekannteste österreichische Opfer von den rund 92.000 Toten von Ravensbrück war die sozialdemokratische Politikerin Käthe Leichter. Vorsitzende der Gemeinschaft war lange Zeit Rosa Jochmann.

Zweite Maihälfte 1997: Für entsprechende Debatten sorgt der Vorschlag von Staatsoperndirektor Holderer, den Eisernen Vorhang der Oper zu übermalen. Das jetzige Gemälde auf dem Vorhang stammt von Rudolf Eisenmenger, einem bekannten Maler aus der NS-Zeit.

24.Mai 1997: Wieder eine Meinungsumfrage zum Wahlverhalten. Die SPÖ erlebt seit Klimas Machtübernahme den ersten Rückschlag: Nur noch 34% SP-Wähler, ÖVP und FPÖ liegen mit 25% gleich auf, das LiF liegt bei 9%, die Grünen können 7% erwarten. Die "Kanzlerfrage" sieht Klima mit 37% vor Haider mit 17, Schüssel mit 14, Schmidt mit 6 und Chorherr mit bescheidenen 4%.

25.Mai 1997: Innenminister Schlögl läßt uns wissen, man habe möglicherweise einen Briefbombenbriefeschreiber ausgeforscht. Ein 62jähriger Computerfachmann namens Gerhart Pawlikowsky (außerhalb von NEWS nur "P." genannt), der schon länger auf der Observationsliste der Terrorfahnder gestanden sei, steht im Verdacht, die letzten zwei Bekennerschreiben³⁴ (an PROFIL und NEWS) verfaßt zu haben.

25.Mai 1997: In Polen hatten sich die Rechtskonservativen, die Klerikalfaschisten und die Überreste der Solidarnosc heftig gegen den Entwurf der neuen Verfassung gewehrt, weil diese für ihre Intentionen zu wenig katholisch war. Die Volksabstimmung bringt aber eine deutliche Mehrheit (56,8%) für das säkularere Grundgesetz.

³³ "Zur nationalen Frage in Österreich", 1937

³⁴ **2.Dezember 1996:** PROFIL erhält einen Bekennerbrief der "Bajuwarischen Befreiungsarmee". Von der Polizei wird der Brief als "keine gute Fälschung" eingestuft. **6.März 1997:** NEWS erhält einen Brief der "Bajuwarischen Befreiungsarmee". Die Experten sind überzeugt: Er stammt nicht vom "Bombenhirn".

25.Mai 1997: Vorgezogene Parlamentswahlen in Frankreich. Im ersten Durchgang kommen die Linksparteien auf ca. 40%, die Regierungsparteien nur auf 36,5. Die rechtsextreme Nationale Front erhält 15%.

25.Mai 1997: In Lübeck (BRD) erfolgt auf eine Kirche ein Brandanschlag, die Kirchenmauern werden mit Hakenkreuzen beschmiert.

26.Mai 1997: In einem APA-Interview sagt der bekannte TV-Monologe Helmut Zilk, Caspar Einem sei ein Vertreter konservativ-reaktionärer Kreise, den man zwar zum Nachdenken und Auseinandersetzen brauche, es müsse aber dafür gesorgt werden, daß diese Kreise nicht wieder in den Führungsgremien auftauchen. *„Einem darf nicht die Partei beherrschen, er darf nicht der sein, der der Führer dieser Partei ist und der die Linie vorgibt“*. Guter Mann, dieser Zilk, hat wirklich brav und gründlich seinen Staberl, seinen Gnam und seinen Martinek gelesen!

26.Mai 1997: Seitens Israel wird eine Dichand-Reise abgesagt. Der Kronenzeitungsmiteigentümer hatte sich in Israel als Bäumeplanzer betätigen wollen und auch entsprechend gespendet. Die mit Verzögerung in Israel bekannt gewordenen Inhalte seines Blattes veranlaßten die dortigen Stellen dann aber, einstweilen auf den Besuch dankend zu verzichten.

27.Mai 1997: Der Steyrer Autor Erich Hackl erhält den Kreisky-Preis und spendet ihn einem Integrationsprojekt seiner Heimatstadt.

27.Mai 1997: Gegen die Ablehnung eines Untersuchungsausschusses zu den Kurdenmorden von 1989 reagieren die Oppositionsparteien mit einem Boykott der Parlamentsausschüsse.

27.Mai 1997: In Graz findet ein Gespräch über die Gestaltung des Beiprogramms der Wehrmachtsausstellung statt. Anwesend sind SPÖ, Widerstandskämpfer und Vertreter der Soldatenverbände. ÖVP und FPÖ nehmen nicht teil. Man kommt überein, verschiedene Begleitprogramme auszuarbeiten.

28.Mai 1997: Das "Outing" von Heinrich Harrer zieht durch die Medien. Der bekannte Tibet-Forscher und Freund des Dalai Lama hatte gänzlich "vergessen", daß er Mitglied der NSDAP und der SS gewesen war. Sofort krebsten seine Verteidiger durch die Leserbriefspalten: Harrer habe sicherlich keine Verbrechen begangen, wozu halte man ihm seine Vergangenheit vor.

Interessant, daß diese Leute nie zu verstehen scheinen, worum es geht: Harrer hat seine NSDAP- und SS-Mitgliedschaft verschwiegen und solange die eindeutigen Beweise dafür nicht vorlagen, bestritten. Weil er die Tatsachen jetzt nicht mehr abstreiten kann, wird er sofort zum armen Opfer. Offenbar gilt es auch 1997 als Normalfall, ein Nazi gewesen zu sein, und als abnormal, NSDAP-Mitgliedschaften überhaupt zu erwähnen. Im 19. Jahrhundert hatte jeder Steirer seinen Kropf, im 20. Jahrhundert jeder Ostmärker sein NSDAP-Parteibuch! Karascho?

28.Mai 1997: NEWS bringt Details zum des Briefbombenbekennerbriefschreibens verdächtigen Gerhart Pawlikowsky. Außer der Bekanntgabe des vollständigen Namens des Herrn P. enthält der Artikel nichts Wesentliches oder Sensationelles. Interessant ist lediglich, daß die Justiz bisher keine Vernehmung des Verdächtigen durchgeführt hat und er auch nicht observiert wird.

30./31.Mai 1997: Überaus witzig gebärdet sich ein Musiker der Berliner Oper bei einem Gastspiel in Tel Aviv. Schwer angesoffen läßt er seiner treudeutschen Natur freien Auslauf und unterschreibt eine Hotelrechnung mit "Adolf Hitler" und erklärt dem staunenden Personal, Hitler werde die Zeche begleichen. Der Musiker wird fristlos entlassen.

Ende Mai 1997: Ein bißchen modernisierter Klerikalfaschismus gefällig? Immer weniger Menschen gehören einer christlichen Kirche an, immer mehr Schüler melden sich vom Religionsunterricht ab. Besonders in Wien. Da muß was geschehen! Die ÖVP macht sich daher für einen "Ethikunterricht" stark, den die Schüler zwangsweise besuchen müßten, die keiner Religionsgemeinschaft angehören oder an keinem Religionsunterricht teilnehmen wollen. Nun ist sicherlich nichts dagegen einzuwenden, Kindern und Jugendlichen einen Unterricht anzubieten, der ihnen in der Lebensvorbereitung hilft. Aber wenn schon, dann nicht durch einen zwangsweisen "Ethikunterricht", der 1. unverschämterweise unterstellt, Konfessionslose hätten keine Ethik und 2. die Möglichkeit eröffnet, religiöse Verkündigungen als "Ethikunterricht" getarnt unter die Leute zu bringen. Der ÖSTERREICHISCHEN FREIDENKERBUND schlägt schon seit längerer Zeit eine sachliche Lösung vor: Freiwilligen säkularen Lebenskundeunterricht für Interessierte.

Mai 1997: Eine neue "Idee" hat die FPÖ, in Wels und Gmunden initiiert sie private Sicherheitsdienste, die für "Recht und Ordnung" sorgen sollten. Es wäre mehr als angebracht, wenn die anderen politischen Parteien, dieser Polizeianmaßung der FPÖ schleunigst in die Parade führen!

Mai/Juni 1997: Die UNO beabsichtigt in Wien ihr Gremium gegen den Rassismus zu placieren. Eine treffliche Idee, die Stadt, in der Hitler seine entscheidenden Formungen erfahren hat, die Stadt, die im-

mer noch einen der widerlichsten Antisemiten durch Straßenbenennungen ehrt (Lueger), in der die größte Zeitung heftig empört darüber ist, daß staatliche Mittel gegen den Rassismus eingesetzt werden, zum Sitz des UN-Büros des Antirassismus zu machen. Dem neuen UNO-Generalsekretär ist ein gewisser Sinn für Humor nicht abzusprechen, aber schließlich ist der ja selber so ein dreckiger Neger...

1.Juni 1997: In der TV-Pressesendung kritisiert Innenminister Schlögl, daß die Justiz Gerhart Pawlowsky bisher noch nicht vernommen hat. In der abendlichen Diskussionssendung "ZUR SACHE" ergeht sich der FP-Vertreter wieder in kryptischen Behauptungen über falsche Spuren im Briefbombenterror, der Verdächtige "P." schickt ein Fax, daß er am Montag endlich vernommen zu werden wünscht.

1.Juni 1997: Zweiter Durchgang bei den französischen Parlamentswahlen, die Linksoption erringt die absolute Mehrheit, die rechtsextreme Nationale Front bringt nur einen Kandidaten durch. Für die Situation in der EU wäre jetzt noch ein Regierungswechsel in Deutschland notwendig. Dann könnte es sein, daß das kapitalistische Schlaraffenland Europa für die Konzernherrschaft doch nicht mehr der Lustgarten bliebe, der er heute ist. Wenn die Linksparteien dann nicht überall den Faschismus heraufbeschwören wollen, müßten sie zwangsläufig eine etwas freundlichere Politik für die Unselbständigen machen als es jetzt geschieht!

2.Juni 1997: Timothy McVeigh wird schuldig gesprochen, den Bombenanschlag in Oklahoma ³⁵ verübt zu haben. Präsident Clinton spricht von einem bedeutenden und längst überfälligen Tag.

3.Juni 1997: Berufswendehals Josef Cap, Leiter der SPÖ-Zukunftswerkstätte, kritisiert seinen Clubobmann Kostelka, weil dieser gegen einen NATO-Beitritt ist. Eigentlich könnte der Herr Zukunftswerker und ehemalige Friedensfreund ja auch auf die Idee kommen, daß nach dem Ende des Warschauer Paktes auch die NATO überflüssig ist.

4.Juni 1997: Der Herr P. wird während seiner Einvernahme über das Thema "Bekennerbriefe" verhaftet. Vorgeworfene Delikte: Gefährliche Drohung und Landzwang. Letzteres ist eine strafbare Handlung bei der die Bevölkerung oder Teile davon durch diverse Drohungen in Furcht oder Unruhe versetzt werden. Angeblich wurde diese Bestimmung im Strafgesetzbuch bisher noch nie angewandt.

5.Juni 1997: Ministerialrat Günter Rehak, ehemals VSStÖ-Funktionär und inzwischen auf dem Weg nach rechts ziemlich weit vorangekommen, sagt bei einer Einvernahme zur Briefbombensache aus, das DÖW sei mit der Bajuwarischen Befreiungsarmee identisch. Fast zu vermuten, daß ihn dieser Schwachsinn noch einiges kosten wird...

5.Juni 1997: Im Parlament sagt Justizminister Michalek, daß man im Falle des Dr. Heinrich Gross um die Beschaffung aller Unterlagen bemüht sei. Das DÖW hatte gegen Gross im März Anzeige wegen des Verdachtes der Teilnahme an der NS-Euthanasie erstattet, in jahrzehntelanger Tradition versuchte die Wiener Staatsanwaltschaft das übliche: Zurücklegen der Anzeige. Heute geht das aber nimmer so leicht, der Justizminister ordnete weitere Ermittlungen an.

6.Juni 1997: Im US-Bundesstaat Alabama wird ein Ku-Klux-Klan-Aktivist hingerichtet, er hatte 1981 einen Farbigen ermordet, um die Macht der weißen Rassisten zu demonstrieren.

6.Juni 1997: Die deutschen Scientologen protestieren: Ihre Sekte wird wegen des Verdachtes der Verfassungswidrigkeit unter Beobachtung durch den Verfassungsschutz gestellt.

7.Juni 1997: Zilk, der Mann, der die Wahrheit kennt und sie seit Jahrzehnten, keinerlei Widerspruch auch nur wahrnehmend, überall verkündet, rügt im STANDARD einen "gewissen Herrn" Doron Rabinovici, der sich negativ über die geplante und abgesagte Dichandreise nach Israel geäußert hat. Schließlich geht das einfach nicht, daß der Zilk in der KRONENZEITUNG schreibt und trotzdem irgendwer dieses Blatt nicht liebt.

In derselben Ausgabe beschäftigt sich Günter Traxler mit dem Vorschlag, Franz Olah zum Ehrenbürger von Wien zu ernennen und meint „*Als politischer Charakter repräsentiert Franz Olah so ziemlich alles, was diese Republik glücklicherweise überwunden hat oder noch überwinden müßte. Daß ausgerechnet in einer Zeit, wo alles nach demokratischer Transparenz, politischer Sauberkeit und persönlicher Integrität ruft, ausgerechnet er Ehrenbürger der Stadt Wien werden soll. Kein Witz ist natürlich (Hilfe, nicht schon wieder!), daß die "Krone" ihren Ombudsmann mit diesem Anliegen zu Bürgermeister Häupl schickt.*“

Erste Junihälfte 1997: Auf Anordnung der türkischen Militärs zeigt das dortige Fernsehen einen Film

³⁵ **18.April 1995:** Eine Autobombe explodiert in Oklahoma City vor einem öffentlichen Gebäude und fordert 168 Todesopfer. Zuerst wird vermutet, es habe sich um einen Anschlag arabischer Terroristen gehandelt, dann werden jedoch sehr rasch Täter aus amerikanischen Rechtsextremistenkreisen ermittelt.

über Schüler einer Koran-Schule, die eine Büste des Staatsgründers Kemal Atatürk bespucken und bei Allah schwören, ihr Leben für den Krieg gegen Atatürks Atheismus (gemeint ist die von diesem durchgesetzte Trennung von Staat und Religion) einzusetzen. Der Trend zu einer Art Islamfaschismus sollte daher auch von uns nicht unterschätzt werden.

7.Juni 1997: Ein ehemaliger italienischer UNO-Soldat bestätigt vor einem Militärgericht die Gerüchte über Vergewaltigungen, Folterungen und Morde durch italienische Einheiten beim Somalia-Einsatz von 1993, eine Wochenzeitung publiziert einschlägiges Fotomaterial.

8.Juni 1997: In Innsbruck wird ein Denkmal an die Opfer der "Reichskristallnacht" von 1938 eingeweiht. Die vier Todesopfer der Pogrome bedeuteten auf die Größe der jüdischen Gemeinde umgerechnet, den höchsten Blutzoll dieses Tages im gesamten "Großdeutschen Reich". Das Denkmal geht auf eine Schülerinitiative zurück.

9.Juni 1997: Die Grünen kritisieren das neue Integrationspaket als "Rassismus per Gesetz", außerdem wird vermutet, daß durch die neuen Bestimmungen das Schlepperunwesen weiter zunehmen werde.

10.Juni 1997: Peter Pilz nimmt an einer Expertenanhörung des US-Kongresses zum Thema Staatsterrorismus teil und äußert dort, kein anderes Land habe so offensichtlich versucht, die Mörder straffrei nach Teheran zurückzuschicken.

11.Juni 1997: Die Koalition beschließt das Ausländerintegrationspaket gegen die Stimmen der Opposition. Den Freiheitlichen ist es natürlich zuwenig ausländerfeindlich, die "Nullzuwanderung" wird gefordert. Für Grüne und LiF ist es zu restriktiv. Asylanträge werden hinkünftig an der Grenze abgewiesen, wenn sie offensichtlich keine Erfolgsaussichten haben.

12.Juni 1997: Wildempörte ÖVPler und FPÖler toben gegen Peter Pilz wegen dessen Äußerungen in den USA bezüglich der Kurdenmorde von 1989. Wie seinerzeit im Falle Waldheim spricht man wieder vom "Nestbeschmutzer". Ein Nestbeschmutzer ist in Österreich bekanntlich nicht der, der ins Nest schießt, sondern der, der auf den Dreck hinweist.

12.Juni 1997: NEWS meint, das Briefbombenrätsel gelöst zu haben. An der Spitze einer fünf Personen starken Gruppe stehe der nach Spanien geflüchtete rechtskräftig verurteilte Neonazi Gerd Honsik, ein 75jähriger Jurist aus Niederösterreich und ein 73jähriger Historiker aus der Steiermark seien weitere Bandenmitglieder. Rehak wird als Bekennerschreiberschreiber vermutet. Seitens des Innenministeriums spricht man von "reiner Spekulation".

13.Juni 1997: Im STANDARD versucht der ehemalige Chefredakteur der JERUSALEM POST, Ari Rath, Helmut Zilk über die Angelegenheit der abgesagten Dichand-Reise nach Israel aufzuklären. Es kann vermutet werden, daß dies ein vergebliches Unterfangen ist. Eine lautere Wahrheit als die vom Zilk gibt es schließlich nicht. Was nicht heißen soll, daß Zilk nicht im Sinne des Antifaschismus auch seine Verdienste hat.

In derselben Nummer gibt's der Zilk dem Traxler (siehe 7.6.): Olah verdiene sich die Wiener Ehrenbürgerschaft, durch seine tollkühne Haltung 1950 habe er einer ganzen Generation ein Schicksal a la DDR erspart.

Man stelle sich vor: 1950 wollte Stalin in der sowjetischen Besatzungszone in Österreich mittels eines "kommunistischen Putsches" eine "Österreichische Demokratische Republik" errichten, aber der Olah hat in Zusammenarbeit mit dem CIA ein paar Bauarbeiter mit Holzprügeln bewaffnet und - flutsch - war nicht nur der Streik gegen das 4. Lohn-Preis-Abkommen niedergeknüppelt, sondern auch Stalin besiegt. So stellt sich zumindest der alte Helmut vor, wie der kleine Franzl Weltgeschichte gemacht haben soll.

13.Juni 1997: In Denver wird der Rechtsextremist Timothy McVeigh wegen des Sprengstoffanschlages von Oklahoma vom April 1995, der 168 Tote forderte, zum Tode verurteilt.

13.Juni 1997: Der Leiter der Justizanstalt Stein gibt seine Bereitschaft bekannt, mittels Arbeitseinsatzes von Steiner Häftlingen den Kremser Judenfriedhof instandzuhalten.

Mitte Juni 1997: Die grüne Abgeordnete Stoisits fordert die Einrichtung einer Anlaufstelle für NS-Opfer, wo diese kostenlos beraten und Verbindungen zu den zuständigen Behörden hergestellt werden. Eine Enquete fordert die Quantifizierung der wirtschaftlichen Schäden für NS-Opfer. Von den Nazis sei alles genau festgehalten worden, im Staatsarchiv liegen massenhaft unbearbeitete Unterlagen auf.

Mitte Juni 1997: Die FPÖ fordert die Wiederholung des Prozesses gegen Schimanek junior: Zwei der Geschworenen seien möglicherweise entfernt mit den Opfern verwandt gewesen, will man herausgefunden haben.

Mitte Juni 1997: Als in der BRD ein verdächtiger Rechtsextremer im Zusammenhang mit dem Brandanschlag auf eine Kirche in Lübeck festgenommen wird, folgt sofort ein weiterer Anschlag auf eine Kir-

che in Husum.

Mitte Juni 1997: In Frankreich setzt sich der Nationalistenführer Le Pen gegenüber seinem Vize durch: Man werde kein Bündnis mit den anderen Rechtsparteien anstreben und den Alleingang fortsetzen.

17.Juni 1997: SOS-Mitmensch fordert die öö. Landesregierung auf, sich von den rassistischen Tendenzen des "Arbeitskreises Fremdenrecht" zu distanzieren.

17.Juni 1997: Der Salzburger Zeithistoriker Gerhard Botz sagt auf einer Enquete der Grünen zum Thema Arisierung, Österreich sei nach dem "Anschluß" das Experimentierfeld für neue Formen der Judenverfolgung geworden, die dann in ganz Deutschland übernommen wurden.

17.Juni 1997: Haider stellt nach einem Gespräch mit Klestil fest, daß dieser seine Rolle in Sachen Kurdenmorde „*sehr positiv erhellt*“ habe. Aus Berlin heißt es, daß es vermutlich nicht zu den Berliner Morden gekommen wäre, wenn man die Wiener Mörder nicht habe laufen lassen.

18.Juni 1997: Pawlikowsky wird aus der U-Haft entlassen, die Staatsanwaltschaft meldet Berufung an. In der Haftprüfungsverhandlung wird entschieden, es bestünde Tatverdacht zu zwei Bekenner schreiben der Briefbombenserie, mangels neuer Erkenntnisse, lägen aber keine Gründe für eine Haftverlängerung vor.

18.Juni 1997: „*Die österreichische Minderheitenpolitik ist voller Defizite. Wir sind mit einer bewußten Assimilationspolitik konfrontiert*“, sagt der Leiter des österreichischen Volksgruppenzentrums, Marjan Pipp in Straßburg vor EU-Parlamentariern. Die Präsentation des vorjährigen Volksgruppenberichtes sei von den Großkoalitionären verhindert worden, deshalb wende man sich an das EU-Parlament.

18.Juni 1997: Zur Wehrmachtsausstellung in Graz wird der steirische ÖGB-Vorsitzende Walter Pöschl den Ehrenschatz übernehmen. Bisher hat sich von den Landespolitikern nur SP-Landtagsklubchef Flecker dazu bereit erklärt. Die anderen Politiker fürchten sich offensichtlich entweder immer noch vor dem Einfluß des Nationalsozialismus oder sie besitzen selber Sympathien in diese Richtung. Eigentlich sollte man annehmen, daß 52 Jahre nach Hitlers Ende antifaschistisches Verhalten österreichischer Politiker allgemein wäre. Da dem nicht so ist, erlauben wir uns allen entsprechenden Figuren ein kräftiges "Heil Hitler" zu verabreichen.

Zweite Junihälfte 1997: Einstweilen soll es laut Innenminister doch noch nichts werden mit der Rückkehr vom Welser Stammtischbruder Matejka auf seinen alten Stapo-Posten.

18.Juni 1997: Interessanter Leserbrief von Ruth Bekkermann im STANDARD zur Zilks Engagement für Dichands Israelreise. Sie schreibt u.a.: „*Den redlichen Intellektuellen Dr. Zilk muß man auszulegen wissen. Schreibt er doch: "Die Krone ist keine antisemitische Zeitung, so wenig wie der Standard ein zionistisches Blatt ist, nur weil Herr Rabinovici darin zu lesen steht." Wenn nun der Standard kein "zionistisches" (sic! Warum nicht "jüdisches"? Bisselr feig, Herr Doktor?) Blatt ist, obwohl ein Jude darin schreibt, dann ist die Krone laut Zilk kein antisemitisches Blatt, obwohl Antisemiten darin schreiben.*“ Der Zilk zieht es vor, nunmehr dazu zu schweigen.

19.Juni 1997: Vom 27.6. bis 21.9. finanziert die FPÖ in Gmunden den schon mehrfach angekündigten privaten nächtlichen Wachdienst. Es sollen damit Ruhestörer, Blumenbeet-Schänder, Randalierer, Autozerkratzer und Gästeanpöbler abgeschreckt werden. Laut Auskunft der Sicherheitsbehörden herrscht in der Traunseestadt keine Bedrohung der Sicherheit. Aber nachdem heuer Wahlen sind, versucht man offenbar mittels Privatpolizisten (die selbstverständlich keinerlei Rechtsbefugnisse haben und auch nur das dürfen, was jeder andere Bürger auch darf: Die echte Polizei rufen) das Stück "Gmunden darf nicht Chicago werden" zu spielen.

19.Juni 1997: NEWS berichtet, daß der nach Spanien geflüchtete Neonazi Gerd Honsik auch dort untergetaucht ist. Seit einigen Wochen würde er von den Ermittlern als geistiger Urheber der Briefbombenserie verdächtigt. Neue Erkenntnisse zum Anschlag von Oberwart: Die Insassen zweier Autos sollen die Bombe dort aufgestellt haben, dadurch dürfte die Vermutung, die Briefbombenserie sei das Produkt eines Einzeltäters, überholt sein, man rechnet nunmehr mit mindestens vier Tätern. Der Anschlag in Stintz hätte sich gegen die grüne Abgeordnete Stoisits gerichtet, die neben einer Ortseinfahrt und einem Altglascontainer wohnt. Durch Ortsunkundigkeit der Bombendeponierer wurde die in Form eines Selbstschußapparates gebaute Bombe neben einem anderen Container abgelegt und von einem Müllarbeiter glücklicherweise so aufgehoben, daß ihn die Schußvorrichtung nicht voll traf.

20.Juni 1997: Zu den Greueln italienischer Soldaten in Somalia werden weitere Details bekannt, eine involvierte Eliteeinheit soll den Neofaschisten nahestehen, auch die 1993 in Somalia stationierten Einheiten aus den USA, aus Kanada und Belgien sollen an Greueln gegenüber der einheimischen Bevölkerung beteiligt gewesen sein.

20.Juni 1997: Wie gut Peter Sichrovsky schon die Staberlsprache beherrscht, zeigt folgendes Zitat aus

einem Text von ihm im STANDARD: „In keinem Land in Europa finanziert sich ein Staat derart frech und ungeniert seine Staatskünstler mit dem Auftrag, die Macht im Staat politisch und moralisch zu stabilisieren. Und sie spielten mit, die lieben Künstler. Sie ließen sich bezahlen und lieferten die bestellte Ware je nach Bestellung ab.“ Gut daß der Haider wenigstens einen anständigen Privatkünstler in seinen Reihen hat!

21.Juni 1997: Im STANDARD schreibt die SPÖ-Abgeordnete Elisabeth Pittermann-Höcker zu Zilks Ausfällen u.a.: „War mein Widerwillen über die andernorts placierten Rundumschläge und Beleidigungen gegen Caspar Einem und den Klubobmann der SPÖ schon übergroß, packte mich zusätzliches Entsetzen, als ich im Standard der vor Häme strotzenden Angriffe gegen Günter Traxler, vor allem aber gegen den "gewissen Herrn" Mag. Doron Rabinovici ansichtig wurde. Die philosemitische Maske des Herrn Dr. Zilk ist ab. Ich begrüße die Diskussion und das Austragen von Meinungsverschiedenheiten zwischen Juden und Nichtjuden, jedoch ohne Untergriffe. Antisemitismus zu verharmlosen oder mit Ressentiments zu arbeiten, ist entlarvend. Als Mensch, als Bürgerin dieses Landes und dieser Stadt und als sozialdemokratische Abgeordnete bin ich zutiefst über die Schreibweise des Altbürgermeisters betroffen, und drücke Herrn Rabinovici und allen Menschen, für die die Erweckung antisemitischer Gefühle ein Greuel ist, mein Bedauern, meine Betroffenheit und meine tiefste Beschämung aus, daß sie von einem ehemaligen Amtsträger der Sozialdemokratie in dieser erschreckenden Art gekränkt, beleidigt und geängstigt wurden.“

Zilk hat anscheinend aus lauter Begeisterung über sich selber jedes Maß der Selbsteinschätzung verloren. Aber bei aller Kritik bleiben ihm ja noch massenhaft die Anhänger aus dem Lager der "Anständigen"....

Zweite Junihälfte 1997: Ganz im FP-Stil schreibt die Kronenzeitung Geschichtchen zusammen: das Attentat von Oberwart sei von "Linken" inszeniert worden. Ein Zeuge habe Gregor Thaler (einer der beiden Toten des mißglückten Ebergassingener Strommastenanschlags) in der Nähe von Stinatz gesehen, als dort ein Sprengfalle deponiert wurde. Allerdings hat dieser Zeuge seine Beobachtung zirka 80km entfernt von Stinatz gemacht.

20.Juni 1997: Vom Landesgericht Wien wird das Urteil gegen Anton Uran, der als "Zeuge Jehovas" wegen Wehrkraftzersetzung 1943 zum Tode verurteilt worden war, auf Antrag seines Bruders aufgehoben. Obwohl schon seit 1945 in Österreich die Möglichkeit der formellen Aufhebung von NS-Urteilen besteht, ist dies der erste Fall, in dem ein solches Aufhebungsverfahren durchgeführt wurde. Nationalratspräsident Fischer äußert, daß alle NS-Unrechtsurteile pauschal aufgehoben werden sollten.

23.Juni 1997: Die Äußerung von Verteidigungsminister Fasslabend in Prag, das österreichische Bundesheer würde sich schon heute so verhalten, als ob Österreich NATO-Mitglied sei, veranlassen SP-Klubobmann Kostelka zur Feststellung, dies sei gegen die Rechtslage und die Verfassung. Fasslabend sagt, er habe ja bloß gemeint, das Bundesheer sei ausrüstungsmäßig NATO-kompatibel. Aber was! Er hat ja recht, das Bundesheerverhalten ist doch unter der Hand schon seit den Fünfzigerjahren wie das eines NATO-Heeres.

24.Juni 1997: Die Umbenennung der Innsbrucker Kernstockstraße wird mit 24 gegen 16 Stimmen abgelehnt. ÖVP, FPÖ und die Liste "Für Innsbruck" sind der Meinung, Kernstock sei kein Nazi gewesen, weil er schon 1928 gestorben sei. Wahrscheinlich war auch der Horst Wessel keiner, weil der war 1930 auch schon tot.

25.Juni 1997: Gegen der Journalisten Wolfgang Purtscheller wird ein internationaler Haftbefehl erlassen. Wegen der bekannten Geschehnisse im Kirchwegger-Haus³⁶ will man ihm jetzt das Delikt "Widerstand gegen die Staatsgewalt" anhängen, das Verfahren gegen die beteiligten Polizisten wurde längst eingestellt.

26.Juni 1997: An der Innsbrucker Universitätsklinik wird ein Denkmal für die Tiroler NS-Euthanasie-Opfer errichtet. Dokumentiert sind 502 Fälle von Morden an Behinderten.

28./29.Juni 1997: In der norddeutschen Stadt Lübeck wird neuerlich ein Brandanschlag auf eine Kirche verübt, das Gebäude wird mit Hakenkreuzen und den Drohungen gegen den Pastor Günter Harig beschmiert. Harig hat sich für von der Abschiebung bedrohte Flüchtlingsfamilien eingesetzt. Zu einer der früheren Anschläge gegen Kirchen in Lübeck hat inzwischen ein Gärtnerlehrling ein Geständnis abge-

³⁶ **22.September 1994:** Die Fremdenpolizei sucht im Ernst-Kirchwegger-Haus in Wien-Favoriten nach abzuschiebenden Ausländern. Dabei wird der bekannte antifaschistische Journalist Wolfgang Purtscheller von der Polizei erheblich mißhandelt und muß mit Seitenbandriß ins Spital eingeliefert werden, nachdem ihm zuerst im Wachzimmer ärztliche Hilfe und die Verständigung seines Anwaltes verweigert worden war. Die Polizei beschlagnahmt auch seine journalistischen Unterlagen und verweigert die Herausgabe.

legt.

Gegen Ende Juni 1997: In Villach war 1994 vom Gemeinderat die Errichtung eines Mahnmals für die NS-Opfer beschlossen worden. Ein überparteilicher Verein mit dem Namen "Erinnern" hatte sich dafür eingesetzt und die Vorarbeiten in Form der Ermittlung der Namen der NS-Opfer erledigt. Die Stadt will jetzt aber ein gedenktafelloses allgemein-unverbindliches Denkmal hinstellen, die Namen der Opfer sollen verschwiegen werden. Die SP-Kulturreferentin Monika Kirchler-Kohl meint nämlich, man könne heute gar nicht mehr feststellen, warum die Leute damals hingerichtet worden seien.

Wenn ein Hendlieb dabei war, ist ihm ja womöglich gar kein Unrecht geschehen. Das ist Österreich im Jahre 1997, Heil Hitler!

Ende Juni 1997: Aus freigegebenen amerikanischen Geheimdienstakten geht hervor, daß man anfangs der Sechzigerjahre der Mafia 150.000 \$ für die Ermordung Fidel Castros geboten hatte. Die Mafia lehnte die Bezahlung ab und bot die kostenlose Ermordung an. Obwohl die Interessen der US-Regierung, der US-Wirtschaft und der organisierten Kriminalität auf der gleichen Ebene lagen: Fidel Castro lebt immer noch!

30.Juni 1997: In der deutschen Zeitschrift FOCUS und im STANDARD wird berichtet, daß Außenminister Schüssel den deutschen Bundesbankchef vor Journalisten als "richtige Sau" bezeichnet habe. Obwohl mehrere Zeugen eidesstattliche Versicherungen abgeben, daß sie diese Äußerung Schüssels gehört haben, streitet der VP-Chef alles ab. Die Angelegenheit ist deswegen interessant, weil die KRONENZEITUNG dem Außenminister massive Schützenhilfe gibt und eine Verschwörungsgeschichte dazu erdichtet: Österreichische Journalisten hätten im Wege der deutschen Presse ein Komplott gegen Schüssel inszeniert. Dem Außenminister ist es nicht zu blöd, dieses Geschichtchen später sogar im Parlament zu wiederholen.

Anfang Juli 1997: Zum Thema Slowenen in der Steiermark: In der südsteirischen Gemeinde Glanz findet eine Veranstaltung dazu statt. Die grüne Abgeordnete Edith Zitz verläßt diese, als ihr mitgeteilt wird, daß sie „beim Hitler vergast“ worden wäre. Weiterhin rätselt man darüber, ob es in der Steiermark überhaupt Slowenen gibt, schließlich zeigten sich ja keine. Ob da vielleicht ein Zusammenhang zwischen "Vergasen" und dem Bekenntnis zu einer Minderheitenvolksgruppe besteht? Was kommt jetzt in der Chronik? Klar, ein lautstarkes "Heil Hitler!" für die anständigen Steirer!

1.Juli 1997: Endgültig abgebrochen wird der Prozeß gegen Emil Lachout, dem Erfinder des "Lachout-Dokuments". Der Angeklagte ist laut mehrerer psychiatrischer Gutachten nicht verhandlungsfähig. Das Verfahren wegen Lachouts Behauptung, es habe in Mauthausen keine Gaskammer gegeben, lief seit 1988. Das "Lachout-Dokument" war ein frei erfundenes Rundschreiben eines 1948 nicht existenten "Militärpolizeilichen Dienstes".

1.Juli 1997: Laut Urteil des Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte ist die Bezeichnung "Trottel" für Haider anlässlich einer "provokanten Rede" des FP-Chefs zulässig. Der Journalist Gerhard Oberschlick erreichte diese Erkenntnis auf europäischer Ebene nach Verurteilungen in Österreich.

2./3.Juli 1997: In Gmunden wird von unbekanntem Tätern der jüdische Friedhof verwüstet. Die Stapo weiß sofort, daß es sich um einen Lausbubenstreich und keinen politischen Anschlag handeln dürfte. Ist ja völlig klar, Nazis und Antisemiten gibt es unbezweifelbar in ganz Österreich überhaupt keine nie nicht.

3.Juli 1997: Als letztklassig und gefährlich bezeichnet der grüne Bundessprecher Chorherr das Bundesheerplakat, auf dem ein Bild vom Bevorstehenden Zusammenprall verschiedener Kulturen gemalt wird.

4.Juli 1997: Unter dem Titel "Annäherung an Mauthausen" stellen Lehrer in Linz einen Unterrichtsbehelf für den Umgang mit der Gedenkstätte vor. Der oö. Landesschulratspräsident Riedl bezeichnet den Arbeitsbehelf als "Beitrag wider die Ästhetisierung einer Gedenkstätte", „denkmalgepflegte Anlagen und Baracken können nicht mehr bezeugen, was geschah, wenn die Verknüpfung zwischen Zeitzeugen, Dokumenten und authentischen Orten ausbleibt.“

4.Juli 1997: Auf Antrag der ÖVP erhielt der Regisseur und ehemalige Welser VP-Stadtrat Andreas Gruber für seinen neuen Film eine Subvention der Stadt Wels. Empörung bei der FPÖ, Helmuth Josseck titulierte Gruber als "Volksschädling und Stadtschädling".

Dafür, daß der Herr Josseck den Sprachschatz des Führers noch so gut beherrscht: Ein gepflegtes: Heil Hitler!

6.Juli 1997: Bei den Wahlen in Albanien erreicht die Linke die Zweidrittelmehrheit. Die zurückgetretene bürgerliche Regierung hatte bekanntlich die Einführung des kapitalistischen Reichtums für alle mittels Pyramidenspielen unterstützt.

7.Juli 1997: Innenminister Schlögl sagt bei einer Veranstaltung in Innsbruck zu, Schikanen beim Vollzug des Integrationspaketes für Ausländer zu vermeiden.

7.Juli 1997: Die Kärntner Slowenen urgieren die Erfüllung des Staatsvertrages, von bis zu 800 zweisprachigen Ortstafeln sind bisher nur 91 aufgestellt worden.

7.Juli 1997: Ab Herbst soll die Staatspolizei doch noch reformiert werden.

8.Juli 1997: Vom Gemeinderat der Kärntner Gemeinde Ferlach wird mehrheitlich die Einrichtung eines zweisprachigen Kindergartens abgelehnt, obwohl 49 Anmeldungen (zwei Kindergartengruppen) dafür vorliegen.

10.Juli 1997: Das Parlament beschließt trotz aller Kritik und aller geäußelter Bedenken die Einführung von Lauschangriff und Rasterfahndung.

11.Juli 1997: Karl Heinrich Waggerl wäre hundert Jahre alt. Daher gibt es eine Sondermarke der Post. Schließlich hat der Schriftsteller ja zu Lebzeiten im Fernsehen immer so herzige Weihnachtsgeschichten gelesen. Daß er 1938 einer der allereifrigsten Nazibejubler unter den Schriftstellern war, spielt natürlich keine Rolle.

Ganz dumme Frage: Hat es zu Jura Soyfers 75. Geburtstag 1987 oder zu seinem 50. Todestag 1988 eine Sondermarke gegeben? Aber wer weiß, vielleicht gibt die Dritte Republik im Jahre 2012 zum hundertsten Geburtstag dieses linksextremen Saujuden eine Marke heraus?

14.Juli 1997: ÖVP-Obmann Schüssel trimmt seine Partei unbarmherzig auf NATO-Kurs, in einem Positionspapier dazu heißt es „*Österreich soll der neuen NATO, der politischen Friedens- und Stabilitätsgemeinschaft unserer Partner, beitreten, . Österreich soll auch der WEU, der Verteidigungskomponente der EU, als vollberechtigtes Mitglied beitreten*“. Auch Klestil ist für einen NATO-Beitritt, kritisch äußern sich Minister Einem und Grün-Obmann Chorherr.

Mitte Juli 1997: Den passenden Verlag für seine ach so lustigen und geistreichen rechten Reime findet der Herr Martinek. Der Leopold-Stocker-Verlag veröffentlicht die "stärksten Sprüche" von Wolf Martin. Der Verlag kommt mehrfach im Rechtsextremismushandbuch des DÖW vor. So ein Zufall!

Mitte Juli 1997: In Nürnberg soll der Rüstungsfabrikant Diehl die Ehrenbürgerschaft erhalten. Er hatte in der NS-Zeit in seinem Betrieb mittels einer Außenstelle des KZ-Lagers Flossenbürg Zwangsarbeit betrieben.

16.Juli 1997: Die Aktion "Watch out" präsentiert rassistische Blüten aus österreichischen Schulbüchern.

17.Juli 1997: Wieder finden die Freiheitlichen eine gesellschaftspolitische Nische, die für den Rechtspopulismus nutzbar ist: Der Vorsitzende in spe der nunmehr im Herbst zu errichtenden FPÖ-Gewerkschaft, Reinhard Gaugg, sieht die neue Organisation „*in der Tradition eines Victor Adler*“! Der ÖGB sei „*ohnmächtig, regierungstreu, ein zahnloser Tiger*“. Es wird dem ÖGB wohl nicht ausbleiben, irgendwann seine Toleranzhaltung gegenüber der Großen Koalition einer kritischen Überlegung zu unterziehen.

Juli 1997: Vom Haider hört man nix. Er ist wieder in Havard und studiert. Diesmal lernt er in einem fünfwöchigen Kurs die "Erstellung öffentlicher Budgets". Wenn er 1999 Kanzler wird, dann kann er alles und Österreich ist gerettet!

20.Juli 1997: Der KURIER berichtet, daß der ÖVP-Sicherheitssprecher Paul Kiss mit der Scientology-Sekte sympathisiere. Dies bringt ihm nicht nur heftige Kritik aus den anderen Parteien, sondern auch von seinen Parteifreunden ein. Die Scientologen versuchen ja schon seit längerem, Mitglieder und Anhänger im Staatsapparat zu installieren.

Zweite Julihälfte 1997: Eine vernünftige Entscheidung der öö. Sozialdemokraten: Gegen einen NATO-Beitritt und für die Beibehaltung der Neutralität will man im Wahlkampf für die Landtagswahl im Oktober auftreten.

22.Juli 1997: Bundeskanzler Klima begrüßt in Wien rund hundert Auslandsösterreicher jüdischer Abkunft. In seiner ersten Erklärung vor Opfern der NS-Diktatur bekennt der Kanzler, daß es zu lange gedauert habe, bis wir uns der Vergangenheit gestellt hätten, es sei verdrängt worden, daß es auch keine Kollektiventschuldigung gebe. Er spricht sich gegen das von der "Aufbaugeneration" ³⁷ gewünschte Zie-

³⁷ wenn Euer Chronist das Wort "Aufbaugeneration" schon hört! Das war doch größtenteils dieselbe Generation, die 1938 so begeistert "Sieg Heil" gebrüllt hat. Der "Aufbau" bestand erst einmal darin, die selbstverschuldeten Schäden zu sanieren!

hen von Schlußstrichen aus. Als erster nach 1945 geborener Kanzler der 2.Republik verspricht er, „*daß meine Generation und vor allem die meiner Kinder es ablehnt, mit den Opfern auch die Vergangenheit zu begraben.*“ Lieb gesagt, aber in Österreich ist diese Vergangenheit immer noch massiv präsent, man denke bloß an das einschlägige Getrommel der alten Nazis und ihrer Freunde gegen die Wehrmachtsausstellung!

22.Juli 1997: In Italien wird der SS-Offizier Priebke in einem zweiten Verfahren ³⁸ zu fünfzehn Jahren Haft verurteilt. Der Verurteilte könnte trotzdem bald auf freiem Fuß sein: Das Militärgericht gewährte ihm einen Strafnachlaß von zehn Jahren, die U-Haft belief sich auf dreieinhalb Jahre, wegen guter Führung und seines Alters (83) könnte dem SSler auch der Strafrest von eineinhalb Jahren erlassen werden.

23.Juli 1997: Verschiedene Zeitungen in aller Welt bringen mehrseitige Inserate der Schweizer Banken zur Suche nach Berechtigten zu sogenannten "nachrichtenlosen Konten", also Konten von verschollenen NS-Opfern. Die Prüfung der Namensangaben bringt aber wieder massive Kritik an den Schweizer Banken. Zum Teil sind die Angaben derart allgemein gehalten, daß sie Veröffentlichung sinnlos ist (man suche z.B. einen Kontoinhaber, über den nur die Angabe "F. Auberger" vorhanden ist), zum Teil handelt es sich um Kontos, die erst lange nach dem Krieg angelegt wurden. Einer der gesuchten Kontoinhaber ist etwa die Firma F.A. Brockhaus, klar, daß das ein NS-Opfer ist und man die Firma nur mittels Suchinserat finden kann, oder? Es soll sogar eine Reihe von Nazi-Funktionären unter den gesuchten Kontoinhabern sein.

24.Juli 1997: Der SJ-Vorsitzende von Niederösterreich, Andreas Kollross, kündigt eine Kampagne zur Abschaffung aller Kernstockstraßen in Niederösterreich an. Der 1928 verstorbene Kernstock fiel im Ersten Weltkrieg als rabiater Hurrapatriot auf, in den Zwanzigerjahren schenkte er seine Zuneigung dem aufkommenden Nationalsozialismus und dichtete für die Nazis das "Hakenkreuzlied". In seinem Gesamtwerk (aus dem übrigens nach wie vor absolut nichts am Buchmarkt angeboten wird, nicht einmal rechtsextremistische Verlage drucken Kernstockschund!) hat sich der Schreiberling als Wegbereiter des Rechtsextremismus erwiesen. Nun sollte als erstes die Kernstockgasse in Wiener Neustadt umbenannt werden.

25.Juli 1997: In Ried im Innkreis randalieren 13 Skinheads in einem türkischen Lokal, sie werden ausgeforscht und angezeigt.

Zweite Julihälfte 1997: Der neue Leiter des GEDENKDIENTES macht sich Sorgen um die weitere Finanzierung. Mit 1.8. werden 25 neue Gedenkdiener entsandt, für die die Kosten nur rund zur Hälfte gesichert sind.

26.Juli 1997: Der Vorsitzende des JÜDISCHEN WELTKONGRESSES, Edgar Bronfman, fordert den Vatikan auf, seine Rolle als Fluchthelfer für Nazikriegsverbrecher zu untersuchen. Bekanntlich hatte der österreichische Bischof Hudal, ein fanatischer Anhänger des Nationalsozialismus, 1945 im Vatikan zusammen mit anderen katholischen Funktionären zahlreiche hohe Nazis und SS-Angehörige verstecken lassen und sie mit falschen Papieren versorgt.

28.Juli 1997: In der BRD setzt sich der niedersächsische Ministerpräsident Gerhard Schröder (SPD) für die rasche Abschiebung straffällig gewordener Ausländer ein. Wer das Gastrecht mißbrauche, könne es nicht länger in Anspruch nehmen, stimmt ihm auch Parteichef Lafontaine zu.

30.Juli 1997: Mit dem marxistischen Wirtschaftswissenschaftler Jürgen Kuczynski stirbt in Berlin 92jährig einer der letzten "jüdischen Bolschewisten". Während der DDR-Zeiten war er ein "linientreuer Dissident", der seine Schwierigkeiten mit den Parteidogmatikern hatte. Nach dem Ende des sogenannten "realen Sozialismus" vertrat er die Ansicht, daß die Widersprüche des Kapitalismus systemimmanent unlösbar bleiben werden. In einer seiner letzten Veröffentlichungen schrieb er: „*Man muß sich endlich darüber klar werden, daß der Kapitalismus in seine Endkrise getreten ist, und daß Konjunkturaussagen, wie seit eh und je mit Recht üblich, unmöglich geworden sind.*“

30.Juli 1997: Eine Journalondersendung in Ö1 berichtet über den Widerstandskampf in Kärnten. Als Resümee der Sendung muß man feststellen: in Kärnten hat der Nationalsozialismus gesiegt, der Widerstandskampf gilt dort heute noch fast allgemein als Hochverrat. Kärnten ist und bleibt Hitlers treuester Gau, auch 1997. Daher den entsprechenden dortigen Volksgenossen ein immertreues Heil Hitler!

³⁸ **1.August 1996:** Im Prozeß gegen den SS-Offizier Erich Priebke in Rom erfolgt zwar ein Schuldspruch wegen der Beteiligung an den Massenmorden in den Ardeatinischen Höllen am 24.3.1944, aber es wird "nur" auf mehrfachen Mord erkannt, was inzwischen der Verjährung anheimfällt. Es kommt wegen dieses gefinkelten Urteils zu entsprechenden Protestaktionen, Deutschland verlangt die Auslieferung, Priebke bleibt vorerst in Haft.

31. Juli 1997: NEWS bringt ein Interview mit Haider. Die Modernisierung Österreichs finde ohne ÖVP, Grüne und Liberale statt, „für mich ist es überhaupt kein Problem, einen sozialdemokratischen Partner zu haben. Ich muß ihm nur weniger Sozialismus beibringen“ (noch weniger? Das wird schwer werden!).

Anfang August 1997: In Innsbruck veranstaltet der deutschnationale Studentengesangsverein SKALDEN eine Diskussion über den neuen christlichen FPÖ-Kurs. FP-Klubobmann Stadler, der Erfinder des freiheitlichen Christentums, wird heftig kritisiert. Es ginge um „Ehre, Freiheit, Vaterland“ und nicht um „Armut, Keuschheit, Gehorsam“, wird die ideologische Differenz auf den Punkt gebracht.

Anfang August 1997: Nach einer Umfrage im Auftrag des STANDARD sind 54% der Österreicher für eine Regierungsbeteiligung der FPÖ. Haider wird zugebilligt, Privilegien abzubauen und Mißbrauch und Verschwendung von Steuergeldern zu verhindern.

1. August 1997: Filmregisseur Andreas Gruber klagt den FP-Josseck wegen dessen Äußerung, Gruber sei ein "Volksschädling". In der Klage wird hingewiesen, daß das Wort "Volksschädling" ein Begriff aus der NS-Justiz ist und "Volksschädlinge" häufig zum Tode verurteilt wurden (siehe Beitrag "Erdäpfelkäfer" in dieser Nummer).

Anfang August 1997: In Italien beschließt die Justizkommission des Senates, den §513 des italienischen Verfahrensrechtes abzuändern. Dieser Paragraph hatte es ermöglicht, Kronzeugenaussagen von Ex-Mafiosis „dem Untersuchungsrichter ins Ohr zu flüstern“ und diese dann dem Gericht vorzulegen. Die Verurteilungen von Mitgliedern krimineller Vereinigungen griffen um sich, sogar bestechliche Richter der Berufungsinstanzen wurden auf diese Weise aus dem Verkehr gezogen, politische Parteien wie die Christdemokraten und Sozialisten zerbrachen daran. Also höchste Zeit, diese für die Mafia und ihre staatlichen Helfershelfer so betrübliche Methode wieder abzuschaffen.

4. August 1997: Der italienische Schatzminister übergibt dem Vorsitzenden der jüdischen Gemeinden in Italien fünf Kisten mit Wertgegenständen, die als Naziraubgut 1945 in Klagenfurt beschlagnahmt worden waren und im römischen Schatzamt verschwanden.

6. August 1997: In erster Instanz wird FP-Funktionär Meischberger wegen "Anstiftung zur Steuerhinterziehung" als Berater des Fußballers Peter Stöger zu einer hohen Geldstrafe verurteilt. Walter Meischberger verdächtigt nach dem Urteil den Richter intellektuell überfordert oder politisch beauftragt gewesen zu sein, er spricht von "Politjustiz". Nicht nur aus den anderen Parteien, sondern auch von seiner Parteifreundin Partik-Pable gibt es Zurückweisungen dieser Äußerungen.

8. August 1997: Auch Parteichef Haider findet die Schimpfkanonade Meischbergers über das Erstinstanzurteil als unangebracht, er meint, er habe volles Vertrauen in die Justiz, die Entscheidung über Meischbergers politische Zukunft falle nach dem rechtskräftigen Urteil. Was heißt: Wenn Meischberger im Instanzenzug verurteilt bleibt, ist er aus dem Politgeschäft draußen.

9. August 1997: Probleme haben die israelischen Einwanderungsbehörden: Bis zu 40% der Einwanderer aus der GUS seien gar keine Juden.

9. August 1997: Dänemark dichtet seine Grenzen zu Deutschland ab, es gibt immer mehr illegale Grenzübertritte.

11. August 1997: In Bozen wird Peter Paul Rainer wegen Mordes am Gründer und ehemaligen Obmann der Freiheitlichen Partei Südtirols, Christian Waldner, zu 22 Jahren Haft verurteilt, was von den dortigen Freiheitlichen kritisiert wird.

Erste Augushälfte 1997: Aus den USA nach Österreich übergeschwappt ist die militante Antiabtreibungsbewegung. Man zieht betend von Klinik zu Klinik und belästigt Frauen, die das gesetzlich garantierte Recht auf Schwangerschaftsunterbrechung in Anspruch nehmen. In diesem Zusammenhang tauchen auch rechtsextreme Parolen auf: Schwangerschaftsabbruchende Ärzte seien mehrheitlich Juden, durch Schwangerschaftsabbrüche blieben nur die Ausländerkinder übrig.

12. August 1997: Der deutsche Inlandsgeheimdienst schätzt die Anzahl der gewalttätigen Rechtsextremisten auf 6.500. Man plädiert dafür, gegen Skinheads keine Bewährungsstrafen, sondern kurze Freiheitsstrafen zu verhängen, nach Rückgängen in den Jahren 1995 und 1996 steigen die rechtsextremen Gewalttaten heuer wieder an.

13. August 1997: NR-Präsident Fischer (SPÖ) sagt, die Avancen Haiders gegenüber der SPÖ seien ohne jede Bedeutung.

13. August 1997: In der BRD sollen künftig verurteilte Rechtsextremisten nicht mehr zur Bundeswehr einrücken dürfen. In der letzten Zeit hat es mehrmals Ausschreitungen rechtsextremer Bundeswehrangehöriger gegeben.

14./15.August 1997: Aus Hinterglemm reist eine Gruppe von 70 orthodoxen italienischen Juden ab. Im Hotel "Sonnberg" war die Wirtin der Meinung, die Zubereitung der koscheren Kost sei eine Zumutung und „den jungen Italienern hätte eine ordentliche Kost sicher auch besser geschmeckt, aber ich durfte ihnen ja nichts geben, die Aufpasser haben alles unterbunden.“ In den italienischen Medien wird berichtet, daß der Wirt im alkoholisierten Zustand die Gäste verbal und sogar tödlich attackiert haben soll.

Man sieht: Dem österreichischen Fremdenverkehr geht es offenbar immer noch zu gut. Juden raus!

Erste Augushälfte 1997: In einem Interview mit TÄGLICH ALLES stellte Haider folgende Forderungen auf: Abschaffung der Notstandshilfe, wer länger als sechs Monate arbeitslos ist, hat Pech gehabt, statt der Pflichtkrankenversicherung solle eine Krankenversicherungspflicht eingeführt werden, wer dabei unterversichert sei, hat auch Pech gehabt. Eine Steuerreform solle die „vollständige Entsteuerung der Unternehmervgewinne“, die als Investitionen in den Betrieben blieben, bringen, der Spitzensteuersatz soll um zwei weitere Prozent gesenkt werden, Lohnnebenkosten wie Familienlastenausgleichfonds oder Wohnbauförderungsbeitrag sollten abgeschafft werden. Für alle Arbeitnehmer sollte eine „allgemeine Veranlagung“ eingeführt werden, was wohl hauptsächlich die Abschaffung der Sonderbehandlung von Sonderzahlungen (Urlaubs- und Weihnachtsgeld, Abfertigungen) bedeutete.

Das Frappierende dazu: Keine Partei findet es für nötig, diese Haider-Vorstellungen entsprechend aufzuplatten! Warum macht man nicht deutlich, was diese Forderungen Haiders für den von ihm angeblich vertretenen "kleinen Mann" bedeuten? Hat man in den anderen Parteizentralen vielleicht sogar ähnliche Absichten?

Erste Augushälfte 1997: Nach einem Fernsehbericht über Kanada bricht unter den tschechischen Roma eine Auswandererwelle aus. Flüge nach Kanada sind auf Wochen ausgebucht.

Mitte August 1997: Die deutsche Bundesregierung hat bisher die osteuropäischen NS-Opfer durch Globalzahlungen an Rußland, die Ukraine und Polen zu entschädigen versucht, Opfer in den anderen Oststaaten fordern jetzt ebenfalls Entschädigungen.

16./17.August 1997: Zum 10. Todestag von Vizehitler Rudolf Heß beabsichtigten verschiedene NS-Organisationen in der BRD Aufmärsche zu veranstalten. Die Polizei ist heuer auf der Wacht und kann die Zusammenrottungen meist rasch auflösen. Rund 300 Nazis werden festgenommen. In Halle an der Saale kommt es zu Auseinandersetzungen zwischen Neonazis und Antifaschisten, wobei die Polizei auch Antifaschisten festnimmt. Einige rechtsextreme Gruppierungen versuchen nach Dänemark auszuweichen, auch dort werden Festnahmen getätigt.

17.August 1997: In den Morgenstunden zerlegt ein "KOMMANDO Z.A.L.A." die Gedenkstätte der deutschen Wehrmacht und der SS am Kärntner Ulrichsberg. Auf dieser Lokalität findet bekanntlich jeweils im Oktober ein offiziell als "Heimkehrertreffen" bezeichnete Zusammenkunft statt, die sich vor allem durch die Teilnahme einer großen Zahl alter und neuer Nazis "auszeichnet". Immer wieder traten auch Politiker der Regierungsparteien dort in Erscheinung. Haider hat dort auch eines seiner berühmtesten "Stückerln" geliefert ³⁹.

³⁹ **14.Dezember 1995:** Der ARD strahlt ein Amateurvideo aus, welches am Vorabend des berüchtigten Ulrichsberg-Treffens gedreht wurde. Es zeigt Haider bei einer Rede vor SSlern aus verschiedenen Ländern, darunter waren auch wegen Kriegsverbrechen verurteilte. Originalton: „...ich freue mich, daß es in dieser Welt einfach noch anständige Menschen gibt, die einen Charakter haben, die auch bei größtem Gegenwind zu ihrer Überzeugung stehen und ihrer Überzeugung bis heute treu geblieben sind.“ Und schließlich: „Ein Volk, das seine Vorfahren nicht in Ehren hält, ist sowieso zum Untergang verurteilt.“ Man werde noch beweisen, daß „wir nicht umzubringen sind und daß sich Anständigkeit in unserer Welt allemal durchsetzt, auch wenn wir momentan vielleicht nicht mehrheitsfähig sind. Aber wir sind geistig den anderen überlegen.“ Dem Anschein nach waren also **alle** Versammelten derselben Überzeugung (welcher wohl?). Der österreichische Verteidigungsminister Faslabend ehrte die Anständigen und Überzeugungstreuen dann am nächsten Tag.

21.Dezember 1995: Laut NEWS gehörten zu den *Anständigen* und *Überzeugungstreuen*, die am ersten Oktober-Weekend bei der Ulrichsbergfeier und in deren Umfeld anwesend waren, u.a.: Peter Timm, Mitglied der berüchtigten SS-Brigade "Dirlewanger", der in seinem Heimatland wegen Kriegsverbrechen gesuchte Däne Sören Kam, der belgische SSler Moreau, Otto Kumm, der letzte Kommandant von Hitlers Leibstandarte und die Tochter von SS-Führer Heinrich Himmler.

5.- 6.Oktober 1996: Am Ulrichsberg in Kärnten treffen sich die Pflichterfüller und die alten Nazis zu ihrer Nostalgiezusammenkunft. Als *"Elite vom Dritten Reich"* bezeichnet ein Teilnehmer die Anwesenden. Das Bundesheer stellt trotzdem eine Ehrenwache, die vor den Gedenktafeln der ausländischen SS-Verbände aufzieht. Welch fanatisches Nazipublikum dort ist, merkt LH-Stvtr. Grasser von der FPÖ als er den Kameraden erzählt, er habe die Wehrmachtsausstellung in Klagenfurt besucht. Bevor er noch seine heftige Distanzierung von der Ausstellung äußern kann, wird er schon niedergebuhnt und -gepiffen.

In einem Bekennerschreiben heißt es u.a. *„Wir haben die Gedenkstätte Ulrichsberg angegriffen, um zu zeigen, daß die Geschichte uns gelehrt hat, unser Wissen als Pflicht zu verstehen. Als Pflicht, die Augen offen zu halten und geschehenes Unrecht konsequent zu bekämpfen.“* (Siehe in diesem Zusammenhang auch Z 30.Juli).

Dem ANTIFA-INFO entfließen keine Tränen, weil ein Heiligtum derjenigen in Brüche ging, die seinerzeit für den Führer und das Herrenvolk zur Eroberung von Lebensraum in die Welt hinausgezogen sind.

Mit der notwendigen Ernsthaftigkeit sei allerdings festgestellt, daß wir das Delikt der boshaften Sachbeschädigung weder begrüßen noch guthießen.

Die FPÖ lobt eine Ergreiferprämie von 100.000 Schilling aus.

17.August 1997: Jörg Haider als Gast bei ZUR SACHE SPECIAL. Er wehrt sich gegen die "alten Hüte". Was er früher gesagt hat, ist ihm nimmer recht (der ehemalige CDU-Vorsitzende Barzel hält ihm seine "Sager" vor), jetzt sieht er die FPÖ als die PLO von Österreich.

18.August 1997: In Hamburg wird eine Fotoausstellung mit Produkten von Leni Riefenstahl eröffnet. Die Fotografin und Filmerin Riefenstahl hatte durch ihre Tätigkeit als sehr begabte Propagandafilmdreherin für die Nazis ewigen Unruhm erlangt.

18.August 1997: Der Innsbrucker Politologe Anton Pelinka schlägt vor, die Gedächtnisstätte am Ulrichsberg so wiederherzustellen, daß sie von Wehrmacht und SS nicht mehr vereinnahmt werden könne.

18.August 1997: Die argentinische Regierung erklärt ihre Absicht, für jedes Opfer der militärfaschistischen Diktatur eine Entschädigung von etwa 2,9 Millionen Schilling zu zahlen. Bis 30.000 Menschen sollen in dieser Zeit verschwunden sein.

19.August 1997: Der ehemalige Linzer FPÖ-Gemeinderat Horst Six will nicht nur bei den Gemeinderats-, sondern auch bei den Landtagswahlen mit einer eigenen Liste antreten.

19.August 1997: Bezeichnend für Österreich: Als bekannt wird, daß der Name des Ulrichsbergdemoliertrupps, "ZALA", sich möglicherweise vom Partisanennamen einer ehemaligen Widerstandskämpferin herleitet, ergibt sich als wesentliche Auswirkung: Die inzwischen 74jährige Johanna S. fürchtet sich.

19.August 1997: Einem Antrag von Andreas Gruber auf Filmförderung durch das Land steht die FPÖ ablehnend gegenüber. Schließlich war man ja schon in Wels gegen eine Volksschädlingsförderung.

19.August 1997: Der Göttinger Historiker Christopher Kopper beschäftigt sich seit einiger Zeit mit der Rolle der deutschen Banken bei der "Arisierung". Er stellt dabei fest, daß die Banken in der "Ostmark" und im Sudetenland besonders brutal vorgegangen seien.

20.August 1997: Die Ulrichsberggemeinschaft erklärt überraschend die Absicht, KZ- und Partisanenverbände zur Teilnahme an der Gedenkfeier am 5.Oktober einzuladen.

Die Partisanenorganisationen sind bereit, die Teilnahme zu überdenken, man wolle aber nicht als Feigenblatt fungieren. Professor Peter Gstettner vom MAUTHAUSEN AKTIV Klagenfurt verlangt einen grundsätzlichen Bewußtseinswandel: *„Solange dort oben Faschismus und Heimattreue gleichgesetzt wird, kann es keine Verständigung geben.“*

20.August 1997: Schwere parteiinterne Auseinandersetzungen über das neue FP-Programm werden bekannt. An der FP-Programmdebatte seien Krenns Europabeauftragter Romig, FP-Oberchrist Gudenus und das Mitglied des Engelswerks (katholische Sekte im Dunstkreis von Bischof Krenn) Robert Prantner beteiligt, kritisiert der Wiener Abgeordnete Rüdiger Stix und wird dafür von Klubobmann Stadler gerügt.

20.August 1997: In Wien eröffnet die amerikanischen ANTI-DEFAMATION-LEAGUE (Anti-Verleumdungs-Liga) ihr erstes europäisches Büro. Es soll sich vor allem mit dem Antisemitismus in Osteuropa auseinandersetzen. Wir sind uns sicher: Es wird auch direkt in Wien Arbeit geben!

21.August 1997: Ein interessantes Zitat aus NEWS: Alfred Worm schreibt in einem Beitrag über den laufenden Rechtsstreit zwischen der BRD und der KPÖ über das Vermögen der Firma Novum: *„Fini Steindling (Geschäftsführerin von KPÖ-Firmen) wurde (nach einem für die KPÖ positiven Urteil) von der KPÖ (und von ihr nahestehenden Kreisen der jüdischen Wiener Gemeinde) als Genie stürmisch gefeiert.“*

Damit ist der einschlägig interessierte Leser voll informiert: Das Vermögen der KPÖ, ein Werk jüdischer Gerissenheit! Danke, Herr Worm, für diese (Selbst)entlarvung.

21.August 1997: Die FPÖ-Absicht, ein Volksbegehren über die Euro-Einführung zu initiieren, stößt bei den anderen Parteien auf Kritik.

23. August 1997: Die OÖN berichten, daß der Altwarenhändler Will ⁴⁰ mit einer eigenen Liste zur Linzer Gemeinderatswahl antreten will.

22./23./24. August 1997: Die Attacke gegen die Ulrichsberger Wehrmächts- und SS-Gedenkstätte wird von der Polizei mit einer Aktion vom April gegen den Offenhausner "Dichterstein" in Zusammenhang gebracht.

Der Vorschlag, eine gemeinsame Feier zu gestalten, wird unterschiedlich aufgenommen. Spitzenfunktionäre der Ulrichsberggemeinschaft sind dafür, die "Basis" ist dagegen. Der KZ-Verband kann sich eine gemeinsame Gedenkfeier nur ohne SS vorstellen. Janko Messner, der bekannte slowenische Autor sagt: *„Zwei Danksagungstafeln müßten genügen. Eine für die Landeseinheit Kärntens und eine andere für die slowenisch- und deutschsprachigen Antifaschisten, die gemeinsam gegen den Naziterror kämpften.“*

25. August 1997: Innenminister Schlögl nennt die Grundzüge für die zukünftige Integrationspolitik: Keine Neuzuwanderung, Senkung der Quote auf unter 10.000, Bundesbetreuung nur für schutzbedürftige Bosnienflüchtlinge.

25. August 1997: Der Haftbefehl gegen den antifaschistischen Journalisten Wolfgang Purtscheller wird aufgehoben (siehe 25. Juni).

26. August 1997: Der Welscher FPÖ-Gemeinderat Josseck läßt durch seinen Anwalt eine Ehrenerklärung und Entschuldigung abgeben, nach dieser Erklärung schätzt Josseck den Filmemacher Andreas Gruber jetzt plötzlich. Gruber zieht daraufhin seine Ehrenbeleidigungsklage wegen des "Volksschädlings" zurück (siehe 1. August).

26. August 1997: Die Stapo sucht nach den Ulrichsberg-Verwüstern mit Fotos von Personen aus dem „linken universitären Eck“.

27. August 1997: Die Bilderfahndung der Stapo wird zum "Irrtum" erklärt. Öffentlich aufgelegte Fotos von Personen aus der "linken Ecke" der Uni Klagenfurt werden plötzlich zu einem "Mißverständnis". Der Polizeidirektor von Klagenfurt soll sich seinen Stapo-Chef deswegen zur Brust genommen haben.

27. August 1997: An der Grenze zwischen Kärnten und Italien wird ein illegaler rumänischer Grenzgänger von der Gendarmerie niedergeschossen und schwer verletzt.

KPÖ-Vorsitzender Baier sagt (in Anspielung auf die vor kurzem erfolgte Verurteilung des letzten DDR-Staatschefs Egon Krenz wegen der Schüsse auf Flüchtlinge an der DDR-Grenze), er werde Innenminister Schlögl, Außenminister Schüssel und Bundeskanzler Klima wegen versuchten Totschlags anzeigen.

27. August 1997: In Oberpullendorf tritt ein ÖVP-Funktionär, der Mitglied der Scientology-Sekte ist, von seinen Ämtern zurück und aus der Partei aus.

27. August 1997: NATO-Fan Number One Wolfgang Schüssel setzt sich in Alpbach wieder vehement für einen NATO-Beitritt ein, die NATO sei die einzige voll funktionsfähige Sicherheits- und Verteidigungsorganisation.

27. August 1997: Bisher hat die Basler Meldestelle für nachrichtenlose Schweizer Konten 6.000 Anrufe erhalten. Nach den bisherigen Ergebnissen sind die meisten Namen auf der Liste nicht von jüdischen NS-Opfern, sondern von Kleinkunden, die aus Steuergründen einst Konten in der Schweiz eröffneten.

28. August 1997: Die vereinsbehördliche Anmeldung der geplanten FPÖ-Gewerkschaft wird vorerst nicht genehmigt. Die Bezeichnung "Freie Gewerkschaft Österreichs" könnte mit dem (sozialdemokratischen) "Bund Freier Gewerkschaften" verwechselt werden. Die FPÖ ist natürlich empört und spricht von einem "Verbot".

29. August 1997: Auf der FPÖ-Welle will die Linzer ÖVP schwimmen.. In Stadtteilen mit hohem Ausländeranteil sei die Unsicherheit der Bevölkerung besonders groß, meint Vizebürgermeister Blöchl. Wahrscheinlich wird es nichts helfen, daß die Polizei bezüglich Straftaten keinen Unterschied zwischen

⁴⁰ Aus ANTIFA-INFO Nr. 66 (Okt. 1995): Die Freiheitlichen säubern - Vor 10 Jahren schrieb das Antifa-Info über den Altwarenhändler Will: *„Mit NS-Relikten verdient er sich auf dem Flohmarkt eine goldene Nase, obwohl die vom Magistrat (Linz) ausgegeben Richtlinien dies untersagen (..) Sein Flohmarktstand ist meist gesäumt von jugendlichen Landser-Lesern, Heldentodes-Fans und ewiggestrigen Erinnerungsschwelgern, die ihn kräftig in Schutz nehmen, wenn Will von empörten Flohmarktbesuchern kritisiert wird.“* Die Linzer Rundschau vom 14.9.95 berichtet, daß die Freiheitlichen ihren "besten Werber" (50 Neumitglieder) wegen rechtsextremer Äußerungen ausgeschlossen hätten, den im Altwarenhandel seiner Gattin beschäftigten Josef W. - Wir trauen uns jede Wette einzugehen, daß dieser **W.** mit ganzem Namen **Will** heißt!

Österreichern und ansässigen Ausländern sieht. Kriminaltouristen haben aber sicherlich keinen Einfluß auf die Sicherheitsverhältnisse in Stadtteilen mit niedrigem oder hohem Ausländeranteil.

29.August 1997: Der Grazer Bürgermeister Stingl schließt es aus, nach den Gemeinderatswahlen 1998 die FPÖ als "Bürgermeistermacher" zu brauchen. Als Zeichen der Lernfähigkeit für die "Stadt der Volkserhebung" (Bezeichnung für Graz in der NS-Zeit) will Stingl bis 2000 eine neue Synagoge errichten lassen. Graz soll eine Modellstadt für Toleranz und interkulturellen Dialog werden.

29.August 1997: Caspar Einem erhält die Ehrenmedaille des INTERNATIONALEN MAUTHAUSEN-KOMITEES für sein langjähriges Engagement gegen Rassismus und Intoleranz und besonders für sein Eintreten für die Opfer des Nationalsozialismus.

30.August 1997: Meinungsumfrage-Ergebnis zum Verhältnis der Österreicher zur FPÖ. 28% finden die FPÖ zu ausländerfeindlich (also empfinden 72% dies nicht!), ebenso viele meinen, die FPÖ spiele mit der Angst der Leute, für noch weniger, nämlich für 26% ist die FPÖ zu national, bzw. zu rechtsorientiert, für 25% ist Haider ein Grund, die FPÖ nicht zu wählen, 20% sagen, die FPÖ richte sich nach dem Wind und betreibe eine unfaire Politik mit Skandalgeschichten. Von 7% werden die Annäherungsversuche an die Kirche kritisiert.

Also steht im politischen Bewußtsein der Bevölkerungsmehrheit einem Kanzler Haider offenbar fast nichts mehr im Wege.

Ende August/Anfang September 1997: Wie man mittels Massenmedien erfolgreich eine unglaubliche weltweite Massenhysterie erzeugen kann, wird anlässlich des tödlichen Unfalls der Exgattin des britischen Kronprinzen und ihres Liebhabers vorgeführt. Es erfüllt einem mit Gruseln, wenn man bedenkt, wie leicht die Menschen an Hand eines Einzelereignisses auf Übereinstimmung gedrillt werden können. Hunderte Millionen, vielleicht sogar Milliarden marschierten im Gleichschritt. Diesmal zwar nur in einer Art von Trauermarsch, aber man würde bei anderen Inszenierungen die Leute auch für andere Dinge marschieren lassen können. Grauenhaft.

1.September 1997: In Graz stellen ZEUGEN JEHOVAS eine symbolische KZ-Baracke auf, um die Verfolgung ihrer Anhänger durch den Nationalsozialismus zu dokumentieren. Über 90% der damaligen Mitglieder wurden NS-Opfer, 142 davon ermordet.

Als Anmerkung: Die katholische Kirche pflegt heute das Andenken an ihren Märtyrer Franz Jägerstätter und betont die Ablehnung des Nationalsozialismus. Im Vergleich zu den Opferzahlen der ZEUGEN JEHOVAS kann man dies nur als Heuchelei sehen. Tatsächlich hat damals der Linzer Bischof Gföllner zum Antisemitismus aufgefordert (Hirtenbrief von 1933), die Bischöfe haben mit "Heil Hitler" zum "JA" bei der "Volksabstimmung" über den "Anschluß" aufgerufen, Widerstand, wie ihn Jägerstätter geleistet hat, war absolut unerwünscht, die Gegnerschaft zum Nationalsozialismus beschränkte sich auf eine Abwehr des Entzuges von kirchlichen Vorrechten, politisch oder in Bezug auf Menschenrechte blieb man völlig stumm, nach Kriegsende verhalf der österreichische Bischof Hudal im Vatikan vielen NS-Kriegsverbrechern zur Flucht.

1.September 1997: Die FPÖ will in Deutschkreutz (Burgenland) zum Schutze gegen illegale Grenzgänger eine Bürgerwehr gründen, weil immer mehr Gendarmeriedienstposten eingespart würden. Zwar ist nicht bekannt, daß Deutschkreutz durch illegale Grenzgänger attackiert würde, aber im Burgenland sind im Oktober Gemeinderatswahlen.

2.September 1997: Haider spricht sich gegen eine Neugestaltung der Ulrichsberg-Feier aus. Auch der Obmann des Kärntner Abwehrkämpferbundes ist dieser Meinung. Er sagt: „*Widerstand und Einsatz für Volk und Heimat, das geht überhaupt nicht zusammen*“. Man muß ihm 100%ig recht geben. Antifaschistischer Widerstand und Einsatz für das Hitlervolk und die Naziheimat, das geht wirklich nicht zusammen, Heil Hitler!

3.September 1997: Der Kärntner Obmann der sozialdemokratischen Freiheitskämpfer, Hans Pawlik sagt zu den Ulrichsbergfeiern: „*Am Anfang waren am Ulrichsberg im Sinne der Gründer alle vereint. Ehemalige Wehrmachtssoldaten, Kriegsoffer, Widerstandskämpfer, KZ-Opfer. Dann hat aber die (SS-)Kameradschaft IV das ganze umgedreht und die umstrittenen Krumpendorf-Treffen rund um den Ulrichsberg organisiert. Da konnten wir dann nicht mehr mit.*“

Anfang September 1997: Die SOZIALISTISCHE JUGEND richtet eine Hotline für BRAUNE FLECKEN ein. Braune Straßennamen und braune Denkmäler sollen katalogisiert werden.

Anfang September 1997: Wie aus Stasi-Akten der DDR hervorgeht, hat man sich dort auch intensiv mit der Kriegsvorgangeneit Waldheims befaßt. Das Ergebnis der DDR-Ermittlungen: „*Daß Waldheim umfangreiche Kenntnis über die Unternehmen der Heeresgruppe E zur Bekämpfung der jugoslawischen Partisanen und der griechischen Widerstandsbewegung, zur Entwaffnung von italienischen Truppen und*

über die Ermordung einer Vielzahl italienischer Offiziere und Mannschaften durch deutsche Einheiten in Griechenland im Herbst 1943 sowie über die Erschießung von griechischen Sühnegefangenen oder Geiseln im Falle der Tötung oder Verwundung eines deutschen Wehrmachtangehörigen hatte, kann dokumentarisch belegt werden.“ Waldheim hatte sich bekanntlich an gar nichts mehr erinnern können. In seinen Angaben zu seiner Kriegslaufbahn fehlte sein Aufenthalt auf dem Balkan völlig.

5. September 1997: Ein neuer Entwurf des FP-Programms wird vorgestellt. Den Deutschnationalismus bringt man gefinkelt unter. Man schreibt, daß sieben Volksgruppen in Österreich bestehen, eine davon ist die deutsche Volksgruppe, die Mehrheit der Österreicher gehört der deutschen Volksgruppe an.

Andererseits wird aber erstmals in einem FP-Programm festgehalten, daß Österreich durch den „Willen zur Eigenständigkeit und Zusammengehörigkeit“ existiert, angeführt werden das kulturelle Erbe und die historischen Leistungen Österreichs, indirekt kann das wohl als Bekenntnis zur österreichischen Nation⁴¹ verstanden werden. Vaterlandsliebe wird auch gefordert, besonders wird eine „mutwillige Herabsetzung Österreichs“ abgelehnt. Ob der Haider in der Lage sein wird, diesen Programmpunkt fallweise zu beachten? Was ist aus der österreichischen Nation als "Mißgeburt" geworden?

9. September 1997: Das Anti-Euro-Volksbegehren der FPÖ wird für die Zeit 24.11. bis 1.12. zur Eintragung aufgelegt.

9. September 1997: Aus der Ausländerstatistik: In der österreichischen Schülerschaft sind 107.000 Ausländerkinder, das sind 9,2%. Rund die Hälfte stammt von Eltern aus dem ehemaligen Jugoslawien, ein Drittel von türkischen Eltern ab.

Erste Septemberhälfte 1997: Die Kärntner FPÖ will im nächsten Wahlkampf eine Liste der Kärntner Freimaurer veröffentlichen.. Schon Adolf Hitler hat in "Mein Kampf" die Freimaurerei als "jüdisches Instrument" entlarvt. Volksgenossen, seid wachsam!

10. September 1997: Das bayrische Innenministerium erwägt das Verbot der türkischen islamfaschistischen Organisation "Verband islamischer Vereine und Gemeinden".

11. September 1997: Hannes Swoboda, SPÖ-Delegations-Chef im EU-Parlament, schließt eine SP-Zustimmung zu einem NATO-Beitritt aus - für diese Legislaturperiode.

13. September 1997: Haider eröffnet im Linzer Designcenter den Wahlkampf der FPÖ in Oberösterreich. Hauptprogrammpunkt: Ausländer raus! Ankündigung für 1999: Machtantritt der freiheitlichen Politik der Anständigkeit.

Erste Septemberhälfte 1997: Das Buch des ehemaligen CIA-Agenten John Mapother über Waldheim und die amerikanische Watch-List-Entscheidung wird zwar lautstark als Rehabilitierung Waldheims reklamiert und auszugsweise in der KRONENZEITUNG vorabgedruckt, inhaltlich gibt es aber nichts Neues. Nach wie vor ändert sich nichts daran, daß Waldheim seine Tätigkeit am Balkan zu verschweigen versuchte.

14. September 1997: Bei den Parlamentswahlen in Norwegen verlieren die Sozialdemokraten zwei ihrer 67 Sitze, die bürgerlichen Parteien verteilen die Mandate unter sich neu, die rechtspopulistische "Fortschrittspartei" gewinnt 15 Sitze dazu (jetzt 25) und wird damit zweitstärkste Partei.

14. September 1997: Das SUNDAY TIMES MAGAZINE bringt einen siebenseitigen Bericht über die in der Wiener Kinderklinik "Am Spiegelgrund" in der NS-Zeit ermordeten behinderten Kinder und die Tätigkeit des Psychiaters Heinrich Gross, gegen den 81jährigen Gross ermittelt auf Weisung von Justizminister Michalek die Wiener Staatsanwaltschaft weiterhin.

15. September 1997: Die Generalsekretärin der Lagergemeinschaft Auschwitz, Dagmar Ostermann, wird mit dem Goldenen Verdienstzeichen der Republik Österreich ausgezeichnet.

15. September 1997: Der Innsbrucker Bürgermeister Herwig van Staa und die ÖVP wollen die umstrittene "Dornenkrone", eine Aluminiumplastik, die 1984 von Südtiroler Schützen beim Umzug "175 Jahre Tiroler Freiheitskampf" mitgetragen wurde, gegenüber der Innsbrucker Hofburg aufstellen.

15. September 1997: Der öö. Landeshauptmann Pühringer sagt, die FPÖ lüge im Wahlkampf bewußt die Wähler an.

Mitte September 1997: Der Gesetzentwurf des Verteidigungsministeriums über die Tätigkeit der Bundesheergeheimdienste, die z.Z. in einem rechtlich überhaupt nicht geregelten Rahmen agieren, sieht für

⁴¹ "Politische Gemeinschaft als staatstragende Kraft mit einem gemeinsamen Territorium, gemeinsamen Wirtschaftsleben, politisch und kultureller Eigenständigkeit, geschichtlicher Tradition und Willen zur Zusammengehörigkeit", so lautet die Definition von "Nation", die das ANTIFA-INFO gerne verwendet

diese Dienste unglaubliche Eingriffsrechte vor. Auf Grund der massiven Kritik wird der Entwurf von Fasslabend zu einer "Diskussionsgrundlage" umdeklariert.

Mitte September 1997: Zu keinem Ergebnis führen Versuche in Graz, über die geplante Wehrmachtsausstellung zu diskutieren, die alten Kämpfer der Hitlerarmee haben nach ihrer Meinung nichts zu bewältigen.

16. September 1997: Aus Südtirol kommen ablehnende Stimmen zur geplanten Innsbrucker Dornenkronenaufstellung. Sowohl Landeshauptmann Durnwalder als auch SVP-Chef Brugger meinen, daß diese Aktion nicht zum friedlichen Zusammenleben der Volksgruppen beitrage, die Krone könne zum Sammelplatz für rechtsextreme Gruppen werden.

18. September 1997: Der Schauspieler Leon Askin feiert in Wien seinen 90. Geburtstag. Er war 1938 von den Nazis vertrieben worden und machte in Hollywood Filmkarriere. 1994 kehrte er nach Österreich zurück und ist immer noch in seinem Beruf aktiv.

18. September 1997: Erstinstanzliches Urteil im Verfahren Pfeifenberger gegen Pfeifer. Im JAHRBUCH FÜR POLITISCHE ERNEUERUNG 1995, herausgegeben vom FREIHEITLICHEN BILDUNGSWERK hatte der Münchner Politikwissenschaftsprofessor Werner Pfeifenberger u.a. folgendes von sich gegeben:

Immer mehr Proletarier fielen vom internationalistischen Sozialismus ab und liefen zum Nationalsozialismus über - eine unerhörte ideologische Kränkung, die das Volk den Internationalisten zufügte. Es sollte diese seine Dreistigkeit nach dem Zweiten Weltkrieg als 'Kollektivschuld' bitter zu büßen haben. (..)

Dieser Krieg brach nicht im September 1939 aus und endete nicht im Mai 1945. Er ist viel älter und wird als allgegenwärtiger Nachkriegskrieg bis zum heutigen Tag ausgetragen, mit anderen Mitteln, auf anderer Ebene, aber nicht weniger haßerfüllt und nicht weniger verderblich als vor einem halben Jahrhundert.“

Der Wiener Journalist Karl Pfeifer schrieb dazu in einem Artikel in der Zeitung der Israelitischen Kultusgemeinde, Pfeifenberger habe die alte Nazi-Mär von der jüdischen Weltverschwörung wieder aufgewärmt. Pfeifenberger klagte und verlor. Karl Pfeifer hat laut Gerichtsurteil den Wahrheitsbeweis erbracht. Pfeifenberger hat inzwischen seinen Universitätsposten verloren.

18. September 1997: Anfrage der Liberalen an Innenminister Schlögl über die mit Akkordzuschlägen erstellten Abweisungsbescheide von Asylansuchen.

18. September 1997: Vertagt wird ein Prozeß gegen Ministerialrat Günter Rehak wegen übler Nachrede. Er will den Wahrheitsbeweis dafür antreten, daß das DÖW hinter der BAJUWARISCHEN BEFREIUNGSMILITÄR steckt.

20. September 1997: Bundespräsident Klestil bei einer Übernahmefeier neuer Bundesheeroffiziere: „Das Bundesheer ist die wichtigste Schule der Demokratie.“ Wer hätte das gedacht? Und diesen Klestil will man ernsthaft ohne Gegenkandidaten lassen?

21. September 1997: Anlässlich seines Österreichsbesuches sagt der israelische Premier Netanyahu bei einem Besuch im ehemaligen KZ Mauthausen: „Wir werden den Mördern niemals vergeben und wir werden nie den Preis vergessen, den unser Volk zahlen mußte, während die Welt tatenlos zuschaute.“

21. September 1997: Bürgerschaftswahl in Hamburg. Die SPD fällt um 4,2% auf 36,2, die CDU steigt von 25,1 auf 30,7%, die Grünen erreichen 13,9, die FDP bleibt mit 3,5% weiterhin draußen, um nur 0,1% scheidet die rechtsextreme DEUTSCHE VOLKSUNION an der 5%-Klausel.

21. September 1997: Bei den Parlamentswahlen in Polen überholen die Rechtsparteien, die diesmal verbündet in einer "Wahlaktion" antreten, das "Bündnis der demokratischen Linken".

21. September 1997: Wahlen auch in Serbien. Stärkste Einzelfraktion wird die Partei des Rechtsextremisten Šešelj, der auch einer der beiden Kandidaten für die Stichwahl des Präsidenten wird.

Zweite Septemberhälfte 1997: Da von (fast) allen Seiten massive Kritik an der beabsichtigten Innsbrucker Dornenkronenaufstellung kommt, verschiebt Bürgermeister van Staa die Aktion.

23. September 1997: Die steirische Landesregierung wird das Rahmenprogramm der Wehrmachtsausstellung nun doch unterstützen. Dazu haben sich die sozialdemokratischen Regierungsmitglieder in ihren Ressorts durchgerungen. Ehrenschatze verweigern sie weiterhin.

24. September 1997: In einem ganzseitigen Inserat in der öö. Ausgabe der KRONENZEITUNG bringt die FPÖ die ÖVP in Zusammenhang mit dem österreichischen Ausstellungskataloges der Biennale in Venedig, der offenbar im FP-Sinn ganz schlimme Dinge enthält. Die VP reagiert mit einer Klage, da sie mit

dem Katalog nichts zu tun hat.

24. September 1997: Die Salzburger SPÖ ist von einem freiheitlichen "Datenklau" betroffen. Während eines Ausfalls der Computerzugriffssicherung dringen freiheitliche Hacker in die SP-Daten ein und kopieren vertrauliche Unterlagen, die sie an die Medien weitergeben.

25. September 1997: NEWS berichtet, daß der Grieskirchner FPÖ-Bezirksparteiobmann und Landtagsabgeordneter Karl Wimleitner nachgepreßte GESTAPO-Dienstmarken weitergab.

25. September 1997: Amerikanische Dokumente werden bekannt, die beweisen, daß das FBI anfangs der Siebzigerjahre gegen John Lennon wegen "gefährlicher Antikriegsaktivitäten" ermittelt hat. Nachdem das FBI in den Fünfzigerjahren sogar gegen Bill Haley ermittelte, nur weil er gemeinsam mit farbigen Rock'n'rollern auftrat, wäre es ohnedies geradezu eine Sensation gewesen, hätte man Lennon nicht bespitzelt.

25. September 1997: Von verschiedener Seite wird der Rassismus in den österreichischen Schulen kritisiert. Lehrer äußerten sich diskriminierend, Kindern ausländischer Eltern werde in den Pausen die Benutzung ihrer Muttersprache verboten, getrennte Klos für In- und Ausländer würden gefordert, Mitschüler attackierten sie verbal und körperlich.

25. September 1997: Haider über seine Pläne: Das Hauptziel sei es, 1999 Bundeskanzler zu werden, aber auch der Posten des Kärntner Landeshauptmannes sei eine Option.

26. September 1997: In einem ausführlichen Interview im STANDARD erklärt der deutsche Wirtschaftshistoriker Willi A. Boelcke, die Schweiz sei unter dem Schutz Hitlers gestanden und habe durch ihre Neutralitätswidrigen Geschäfte mit den Nazis erheblich zur Verlängerung des Krieges beigetragen.

29. September 1997: Die Israelitische Kultusgemeinde untersagt dem ÖSTERREICHISCHEN LESBEN- UND SCHWULENFORUM die Abhaltung des Jahreskongresses in der schon gebuchten ehemaligen Synagoge in St. Pölten, was auch innerhalb der Gemeinde Befremden hervorruft.

30. September 1997: Am Ulrichsberg werden 10.000 Teilnehmer erwartet, der Programmablauf soll gestrafft werden, die Festansprache wird der Kärntner Militärkommandant Gerhard Ebner halten. Kameradschaftsbundobmann Gallob kritisiert die angesagte Teilnahme von Landeshauptmannstellvertreter Ausserwinkler (SPÖ), der mit dem Kärntner Slowenen und Literaten Andrej Kokot, einem NS-Opfer, auftreten will.

Vorwahlzeit in OÖ 1997: Die FPÖ zieht mit Haider von Marktplatz zu Marktplatz und Bierzelt zu Bierzelt. Die Berichte über die Auftritte zeigen, daß selbst die Primitivität volksdümmlischer Musikveranstaltungen noch zu übertreffen ist. Geschichtchen über 27fach vorbestraften Ausländer, denen die Sozialhilfe ins Gefängnis überwiesen würde, ergötzen das Publikum. Auf den Straßen verteilt man blaue Kornblumen, blaue Kornblumen waren ein Zeichen der illegalen NSDAP. Auf den Plakaten sieht man meistens Achatz UND Haider. Achatz, der aussieht als hätte ihn der Deix gezeichnet, wirkte wohl alleine mehr abschreckend als anziehend auf die Wähler. In Zeitungsanzeigen werden die Vorurteile geschürt: Schulklassen mit fast nur Ausländern werden "geoutet". In den OÖN erscheint dazu dann ein Leserbrief. Die Mutter des "einzigen Inländerkindes" in einer Klasse mit "lauter Ausländerkindern" stellt fest: Lediglich zwei der "Ausländerkinder" hätten Sprachprobleme, alle anderen seien hier geboren und beherrschten die deutsche Sprache.

1. Oktober 1997: Das Gesetz über die Rasterfahndung tritt in Kraft. Die erste Anwendung soll der Fahndung nach den Briefbombenattentätern dienen.

1. Oktober 1997: Eine treffende Glosse von Hans Rauscher im STANDARD:

„Derzeit zieht Jörg Haider im oö. Wahlkampf herum und sagt, die Regierung solle doch statt der Schubhaft-Container am Flughafen Schwechat gleich »ein ordentliches Flugzeug« kaufen, um die Schubhäftlinge im Pendelverkehr außer Landes zu bringen. Das Wort gefällt ihm offenbar. Ein Anklang von politischer Programmatik. Vor zwei Jahren in Krumpendorf nannte er unverbesserliche SSler »ordentliche Leute«, und seine »ordentliche Beschäftigungspolitik im Dritten Reich« ist noch unvergessen.

Wer, wie Haider, eine österreichische Fünfziger-Jahre-Erziehung genossen hat, in dessen Prägephase hat das Wort »ordentlich« mit Sicherheit eine größere Rolle gespielt. Grüß ordentlich. Sitz ordentlich. Oder aber: Du kriegst gleich eine Ordentliche.

Manche haben sich von dieser Erziehung befreit, viele haben sie auch verinnerlicht. Warum Haider den Begriff »ordentlich« so gerne verwendet? Vielleicht wegen seiner österreichisch-doppeldeutigen Signalfunktion: Er eignet sich für brave Angepaßtheit - und für Drohung.“

1. Oktober 1997: In der Ortschaft Gralla bei Leibnitz an der steirisch-slowenischen Grenze rufen abends

zwei Frauen die Gendarmerie, weil sie sich von einem Autofahrer verfolgt fühlen. Zwei Gendarmen wollen den Lenker kontrollieren. Dieser steigt aus und bringt dabei eine Bombe zur Explosion, die ihm beide Hände abreißt. Der Autofahrer flüchtet, nach Abgabe mehrerer Warnschüsse wird er festgenommen. Es handelt sich um den 48jährigen Vermessungstechniker Franz Fuchs. Eine sofort veranlaßte Hausdurchsuchung im Elternhaus des Franz Fuchs, wo dieser zwei ständig versperrte Zimmer bewohnt, fördert erste Spuren zutage, die auf die BAJUWARISCHE BEFREIUNGSMILITÄR und die Bombenserie hinweisen.

2.Oktober 1997: Die FPÖ beantragte eine Sondersitzung des Nationalratsrates zwecks einer DRINGLICHEN ANFRAGE. Haider fragt dringlich an und verschwindet, ohne die Antworten abzuwarten, wieder in Richtung Wahlkampf in Oberösterreich.

2.Oktober 1997: In der Wohnung des Franz Fuchs in Gralla wird ein Vorrat an Sprengmitteln gefunden. Die Behörden sind noch vorsichtig mit der Beurteilung des Falles.

3.Oktober 1997: Die ÖVP bringt im Nationalrat einen Antrag ein, der österreichischen Beamten die Mitgliedschaft in bestimmten Sekten verbieten soll.

3.Oktober 1997: Immer noch nicht ausgestanden ist die Klage des Innsbrucker Finanzrechtlers Doralt gegen Haider wegen übler Nachrede, der FP-Chef ist bisher dem Urteil, einen Widerruf im Fernsehen zu veröffentlichen, nicht nachgekommen.

4./5.Oktober 1997: Über den Tatverdächtigen Fuchs werden Einzelheiten bekannt, arbeitsloser Mess-techniker, vor 20 Jahren verunglückte Liaison mit Slowenin, die ihn verlassen und bestohlen haben soll, öffentlichkeitsscheuer Einzelgänger, es gilt nun als sicher, daß er mit den österreichischen Bombenserien etwas zu tun hat, er gibt schließlich auch zu, "Mitglied" der BAJUWARISCHEN BEFREIUNGSMILITÄR zu sein, will aber nur Handlangerdienste verrichtet haben.

5.Oktober 1997: Die heurige Ulrichsbergfeier wird von massiven Polizeieinheiten abgeschirmt. Deshalb und weil die Augen der Öffentlichkeit besonders auf die heurige "Heimkehrer"-Feier gerichtet sind, bleiben offen nazistische Gesinnungskundgebungen aus. Nur verhalten gibt es Kritik an der Anwesenheit von Ausserwinkler und dem slowenischen Dichter Andrej Kokot. Auch mit dem Hauptredner, dem Kärntner Militärkommandanten Ebner hat man keine besondere Freude, sagt er doch, daß „*der Nationalsozialismus mit seinem menschenverachtenden Tun der auslösende Faktor dieses Opferganges war.*“ Sowas sagt man schließlich nicht vor Leuten, die seinerzeit den "Opfergang" ja bewußt für den Nationalsozialismus angetreten haben.

Die PRESSE und die KRONENZEITUNG sind auf Seite dieser wohlgerateten Ulrichsberger: Beide Blätter bringen in diesen Tagen einen Artikel des ehemaligen FP-Chefideologen Andreas Mölzer. Nach diesem Beitrag sind die alten Nazis vom Ulrichsberg natürlich lauter Biedermänner, die dort bloß ihrer gefallener Kameraden gedenken wollen. Und das werden sie ja noch tun dürfen. Den Antifaschisten wird unterstellt, sie würden nicht ruhen, bis das letzte Kriegerdenkmal geschleift sei.

Soll man also das Recht der Nationalsozialisten auf ungestörtes, unkritisierendes ehrendes Gedenken an ihre Helden sichern, die seinerzeit ja bloß den Untermenschen ein bißchen Lebensraum abnehmen wollten?

5.Oktober 1997: Landtags- und Gemeinderatswahlen in Oberösterreich. Die ÖVP hatte rund 150 Millionen Schilling in einen Wahlkampf des Pühringer-Peppi-Personenkultes gepulvert und dadurch den Verlust auf 2,5% und ein Mandat beschränken können. Die SPÖ verlor mehr als erwartet (minus 4,4% und drei Mandate), die FPÖ gewann 2,9% und ein Mandat hinzu, blieb aber glücklicherweise unter den Befürchtungen. Die Grünen ziehen mit 5,8% und drei Sitzen in den Landtag ein. Die nicht mehr kandidierenden VGÖ helfen diesem Sprung über die 4%-Hürde, an der alle anderen wahlwerbenden Gruppen scheitern. Bei den GRW überholen die Freiheitlichen in den Statutarstädten die ÖVP. In Wels interessant: Die SPÖ verliert schwer (40,4 statt 49,2%), aber SP-Bürgermeisterkandidat Bregartner wird mit 57,1% souverän zum Bürgermeister gewählt. Seine Haltung in Sachen "Braune Flecken" bringt ihm massenhaft Stimmen aus dem Lager der Verteidiger der "Braunen Flecken". GRW-gesamt: ÖVP 41,7 (43,2), SP 34,1 (36,8), FP 18,9 (15,2), Grüne 1,8 (0,6), LiF und Bürgerlisten 3,4 (2,5) Prozent.

5.Oktober 1997: Gemeinderatswahlen im Burgenland, SPÖ und ÖVP verlieren leicht, die FPÖ gewinnt das Verlorene dazu.

5.Oktober 1997: In der KRONENZEITUNG verkündet Marga Swoboda über den des Bombenterrors verdächtigen Franz Fuchs: „*Kein politisches Motiv, nur der Irrsinn eines schwer gestörten Einzelgängers.*“ Auch der Generaldirektor für Öffentliche Sicherheit, Michael Sika, meint, der Fall ginge „*nicht ins Politische hinein.*“ Also kein Fremdenhaß, kein Minderheitenhaß, die Bomben wurden wahrscheinlich gebastelt, damit es schön laut knallt.

Schließlich gibt es ja in Österreich auch keine fremdenhassende Partei, keinen fremdenhassenden Parteiführer, keine fremdenhassenden Boulevardzeitungen, keine fremdenhassenden Stammtischkraakeeler. Ebenso fanden sich in den bajuwarischen Bekennerbriefen keine Zusammenhänge mit auch anderweitig verkündeten und weit verbreiteten politischen Ansichten. Oder?

Könnte es nicht so sein: Die einen reden, was das Volk denkt (oder denken soll), die anderen schreiben, was das Volk denkt (oder denken soll), und einer tut, nachdem er verschiedenes gehört und gelesen hat, was er zu tun für erforderlich hält?

5. Oktober 1997: FP-Sicherheitssprecherin Helene Partik-Pablé fordert eine Entschuldigung der Behörden bei „*jenen hundert Österreichern*“, bei denen Hausdurchsuchungen im Zuge der Ermittlungen in Sachen BAJUWARISCHE BEFREIUNGSMILITÄR vorgenommen worden waren. Nur weil sie das freiheitliche Magazin AULA abonniert hätten, seien unbescholtene Bürger verdächtigt worden.

In einem der Bekennerbriefe der BBA hatte es beispielsweise geheißen: „*Kurios sind vor allem die Anschuldigungen gegen den 'Philosophen' Radl, der sich (ähnlich wie Haider) einbildet, daß man unsere gefestigte Tschuschendiktatur mit demokratischen, zumindest aber gewaltfreien Mitteln zu Fall bringen kann.*“ Solche Gedankengänge sind für einen unbescholtenen AULA-Abonnenten gänzlich undenkbar...

FP-Generalsekretär Westenthaler verlangt Entschuldigungen auch von der SPÖ und den Grünen, da man die FPÖ in den Bomben-Dunstkreis zu rücken versucht habe, es sei jetzt klar, woher der Terrorwind wehe, weil der Vater des Verhafteten SPÖ-Gemeinderat gewesen sei.

5. Oktober 1997: Die Präsidentenwahlen in Serbien bringen dem Rechtsextremisten Šešelj die meisten Stimmen, da aber die notwendige Wahlbeteiligung von 50% nicht erreicht wird, bleibt die Wahl vorerst folgenlos.

5. Oktober und danach 1997: Der ehemalige Innenminister Einem wird attackiert, er hätte das Täterprofil des Briefbombenbauers geheim gehalten und die Ermittlungen behindert. Ist ja auch klar, ohne Einem wäre dem Fuchs die eigene Bombe in den eigenen Händen schon viel früher explodiert.

6. Oktober 1997: Die berüchtigte Tiroler Dornenkrone ist immer noch auf der Suche nach einem Abstellplatz. Jetzt stellt sich außerdem folgendes heraus: Ein ehemaliger Südtirolterrorist, wegen Teilnahme an Bombenanschlägen mit Toten in Italien in Abwesenheit zu lebenslanger Haft verurteilt, war Mitfinanzier der Dornenkrone und hat sich bei der Schenkung an die Tiroler Schützen vertraglich absichern lassen, daß die Krone in Innsbruck aufzustellen ist. Letzthin war dafür das Stift Stams im Gespräch.

6. Oktober 1997: Die Ermittlungen im Fall Fuchs gehen weiter, der Verdächtige bezeichnet sich selbst als Auftragstäter, schweigt aber zu seinen (angeblichen) Komplizen. In der Öffentlichkeit bilden sich zwei Gruppen, die einen halten es für ausgeschlossen oder schwer vorstellbar, daß Fuchs alleine alle Tätigkeiten im Zusammenhang mit Bomben und Bekennerbriefen ausgeführt habe, die anderen sehen ihn als Einzeltäter.

Interessant, daß häufig von den Vertretern der Einzeltäter-Theorie auch die Theorie vom "unpolitischen Psychopathen" verfochten wird. All die hunderttausenden Ausländerhasser, die ähnlich denken, wie es Fuchs getan haben könnte, sind wahrscheinlich dafür, daß Franz Fuchs kein Gesinnungsgenosse, sondern bloß irgendein Absonderling ist. Schließlich will man ja weiterhin, die "Ausländer-raus"-Gesinnung vertreten, ohne deswegen als Bombensympathisant zu gelten. So bedichtet etwa der Herr Martinek in der KRONENZEITUNG den Fuchs immer wieder als Nichtrechten. Na, warum wohl?

7. Oktober 1997: Das Bundesheer soll als Ersatz für den wohl voreilig demontierten "Eisernen Vorhang" bis mindestens 2000 an der burgenländisch-ungarischen Grenze stationiert bleiben.

7. Oktober 1997: Im Kärntner Landtag stimmt die FPÖ überraschend der Reform der Politikerbezüge doch noch zu.

8. Oktober 1997: In Frankreich wird der Prozeß gegen Maurice Papon eröffnet. Der heute 87jährige ehemalige Minister steht im Verdacht, während der NS-Zeit als Beamter des Kollaborateur-Regime Pétains an Judendeportationen mitgewirkt zu haben. Bisher hatte man sich auch in Frankreich erfolgreich vor einer detaillierten Aufarbeitung der Vergangenheit gedrückt.

8. Oktober 1997: FP-Klubchef Stadler in Parlament zum Fall Fuchs: „*Ein Genosse war es!*“ (wohl wieder in Bezug auf den Umstand, daß der Vater von Fuchs eine Zeit SP-Gemeinderat war).

Ein Genosse war es? Jawoll, ein Volksgenosse!

8. Oktober 1997: Die Polizeiermittlungen bringen immer wieder Spuren, die auf die Mitwirkung von Fuchs an der Bombenserie weisen. Schaltpläne, Bombenbeschreibungen, Bekennerschreibenentwürfe, Sprengstoffanalysen usw. Fuchs bezeichnet sich selber weiterhin als bloßes Mitglied in der BBA, von den Medien einmal als Mitglied Nr. 3 in der Steiermark, dann wieder als Mitglied von Kampftrupp Nr. 3

wiedergegeben. Verschiedentlich tauchen von diversen rechtsextremen Idioten versandte Briefbombenattrappen auf, Empfänger sind u.a. der Linzer Bürgermeister Dobusch und Bundeskanzler Klima.

8.Oktober 1997: Die Vorarlberger Illwerke weigern sich weiterhin, ihre Archive über die Ausbeutung von Zwangsarbeitern während der NS-Zeit zugänglich zu machen.

8.Oktober und danach 1997: FPÖ-Spaß: Haider tobt, weil der Kärntner Fraktionsobmann Strutz seine Mannen zur Zustimmung zum Bezügegesetz vergatterte. Schließlich hat der Bewegungsführer einen Höchstbezug von 60.000.- S für Politiker festgelegt. Strutz versucht sich zuerst zu verteidigen, gibt dann seinen Rücktritt als Fraktionsobmann und seinen Auszug aus dem Landtag bekannt. Da verzeiht ihm sein Chef und beläßt ihn im Amt: Die Kärntner FPÖ scheint keine personelle Alternative zu besitzen.

9.Oktober 1997: Haiders Schwester Ursula Haubner soll in OÖ. den 2. FPÖ-Landesrat-Sitz erhalten.

9.Oktober 1997: Slowenische Aktivisten legen vor dem Klagenfurter Landhaus 142 zweisprachige Ortstafeln ab, die seit dem nationalsozialistischen Ortstafelsturm von 1972 nicht mehr wiederaufgestellt wurden.

9.Oktober 1997: In einem NEWS-Interview setzt sich Bischof Krenn vehement für eine Verstärkung des politischen Einflusses der katholischen Kirche ein. Ist ihm die (christliche) ÖVP zu wirkungslos oder hat er Sehnsucht nach der Zeit, wo die "katholischen Werte" den Staat beherrschten (1934 - 1938)?

10.Oktober 1997: Die Öffnung der Konten des Franz Fuchs zeigen, daß er trotz seiner Arbeitslosigkeit nicht mittellos war: Er besaß rund eine Million Schilling.

Oktober 1997: Die Österreich-Ausgabe der JUNGEN FREIHEIT wird eingestellt, dafür bringen die Leute um den ehemaligen FPÖ-Ideologen Mölzer die Wochenzeitschrift "ZUR ZEIT" heraus. Die Schrift soll die brachliegende rechte Intelligenz stimulieren.

10.Oktober 1997: Im Parlament sagt Verteidigungsminister Fasslabend, das Bundesheer agiere jetzt schon so, als sei der NATO-Beitritt fix ins Auge gefaßt, um beim Beitritt „keine umfangreichen Änderungen“ vornehmen zu müssen. Der grüne Friedenssprecher stellt dazu fest, daß sich der Verteidigungsminister offenbar „nicht mehr an die Vollziehung der Bundesverfassung gebunden“ fühle. Diese Einstellung reiche für eine Ministeranklage.

11.Oktober 1997: Im Bildungshaus Puchberg findet das Symposium "SOS Rassismus - Argumente gegen Vorurteile" im Rahmen des "Europäischen Jahres gegen Rassismus" in Zusammenarbeit von der INITIATIVE WELSER GEGEN FASCHISMUS, der Arbeiterkammer, dem Bildungshaus Puchberg, dem MAUTHAUSEN AKTIV und PAX CHRISTI statt. Dr. Aichleitner (Bildungshaus Puchberg), Dr. Eiter (Welser gegen Faschismus), Dr. Kalliauer (AK) begrüßen die Teilnehmer. Die Einleitung hält Maria Loley, Flüchtlingshelferin aus Poysdorf. Sie berichtet über ihre Tätigkeit zur Hilfe für Kriegsflüchtlinge und über den rechtsextremen Terror, dem sie ständig ausgesetzt ist. Offenbar war die ihr zugesandte Briefbombe lediglich der Höhepunkt in einer Flut von Drohungen und Bedrohungen durch die österreichische Facho-Szene.

Die Themenreferate von Dr. Seidler (Biologische Argumente gegen Rassismus), Dr. Ardelt (Historische Argumente gegen Rassismus) und Hans-Henning Scharsach (Aktuelle politische Argumente gegen Rassismus) werden von den Anwesenden mit Interesse aufgenommen, die anschließende Diskussion zeigte auf, daß der Rassismus in Österreich alles andere als ausgestorben ist.

11./12.Oktober 1997: Für eine Beibehaltung der österreichischen Neutralität und eine aktive Friedenspolitik spricht sich der BUNDESVERBAND ÖSTERREICHISCHER WIDERSTANDSKÄMPFER UND OPFER DES FASCHISMUS (KZ-Verband) auf seiner Generalversammlung aus.

12.Oktober 1997: Der Herr Strudl schreibt in der KRONENZEITUNG: „Es hat si rausg'stellt, daß weder Rechte no Linke hinter den Briefbombenanschlägen stehn. A herbe Enttäuschung für beide Seiten!“

Wo steht dann der Tatverdächtige? Der verdächtig ist, mit einer Bombe vier Romas ermordet zu haben, vor der slowenischen Mittelschule in Klagenfurt eine Bombe deponiert zu haben, einer Reihe von als "Inländerfeinde" denunzierten Menschen Briefbomben geschickt zu haben, z.B. in einem Bekennerschreiben Briefbombenopfern geraten zu haben, sich „an der Schulter ihrer Tschuschenhäuptlinge Kles-til, Vranitzky, Busek, Mock, Löschnak, Klima, Lacina, Scholten (offensichtlich ein asiatischer Jude mit deutschem Namen), Michalek, Hesoun, Dohnal, Verzetnitsch, Petrowitsch, Stoitsits, Zilk, Weingartner (dunkelhäutig, wahrscheinlich Zigeuner), Krainer u.s.f. ausweinen!“ **Steht Fuchs somit in der politischen Mitte oder ist er wenigstens ein Liberaler?**

13.Oktober 1997: Zur Grazer Ausstellung über die Verbrechen der Wehrmacht (1.12.97 bis 11.1.98) liegt ein umfangreiches Programmheft vor.

13.Oktober 1997: FP-Klubobmann Stadler macht sich wieder einmal lächerlich. Er will eine Anfrage an die Unterrichtsministerin richten, weil ein Englischlehrer des Gymnasiums Feldkirch seine Schüler fragte, Should be poems like this one be censored: „*To masturbate is human, to fuck divine*“ - Ist ja klar, seinerzeit, hätte es sowas nicht gegeben!

14.Oktober 1997: Die Schweiz gibt bekannt, daß weitere inhaberlose Konten mit umgerechnet rund 50 Millionen Schilling Guthaben aufgefunden wurden. Ende Oktober sollen weitere Suchlisten veröffentlicht werden.

Mitte Oktober 1997: Allgemeines Toben unter den Konservativen. Dario Fo erhält den Nobelpreis für Literatur, der Fo, der sich immer über das Wahre, Schöne und Gute, Religion und Gott lustig gemacht hat!

Mitte Oktober 1997: In Frankreich sollen einige der von der konservativen Regierung eingeführten Verschärfungen des Ausländersrechtes von der jetzigen sozialistischen Regierung zurückgenommen werden, so soll die Staatsbürgerschaft von in Frankreich geborenen Personen bei Eintritt der Volljährigkeit wieder automatisch verliehen werden.

Mitte Oktober 1997: Wem gehören die Rechte von Hitlers "Mein Kampf"? Ein schwedischer Verleger hatte es für notwendig befunden, eine schwedische Ausgabe zu veröffentlichen. Das Gericht stellt jetzt fest: Das Buch ist einzuziehen, die Rechte sind im Eigentum Bayerns, das 1945 den gesamten Besitz Hitlers eingezogen hat.

16.Oktober 1997: NEWS hatte ja ziemliches Pech mit der Festnahme des Franz Fuchs an einem Mittwoch, so konnte man erst am 9.10. ausführlicher berichten, auch da gab es nicht viel Neues, das nicht unter der Woche schon in den Tageszeitungen gestanden wäre. Am 16.10. ist man in der Lage, aus den Erhebungsprotokollen zu zitieren. Gefunden hat man bei Fuchs: Fünf Rohrbomben, drei davon in der Bauart der Bomben von Oberwart und Stinatz, ein Fläschchen mit 90%igem Nitroglyzerin, das mit höchster Wahrscheinlichkeit mit dem Briefbombensprengstoff ident ist, ein Kilo Nitrozellulose, wie bei den Rohrbomben verwendet, Silberfulminat als Initialsprengstoff, Auslösedrähte für Briefbomben, Lackdrahtisolierungen, Schaltpläne der Briefbombenserie Nr.5, drei Entwürfe eines Bekennerbriefes, den Verschlüsselungscode zum Bekennerbrief vom Oktober 1996. Die Briefbombenopfer waren nahezu alle in Fernsehsendungen aufgetreten, speziell in der Minderheitensendung "Heimat, fremde Heimat".

Nicht in dieses Schema passen nur zwei Briefe: Der Brief an die "Arbeitsgemeinschaft Ausländerbeschäftigung" der Bundeswirtschaftskammer, diese kam nie in den Medien vor, war aber, trotz mehrfacher Übersiedlung, immer mit der richtigen Adresse auf der Empfängerliste des Neonazi-Pamphlets "Halt", und der Brief an den Obmann des Kulturvereins der steirischen Slowenen, Wolfgang Gombocz.

16.Oktober 1997: Simon Wiesenthal wird der Professorentitel verliehen. Seine Arbeit an der Vergangenheit ist ein Grundstein für die Zukunft unserer Republik, sagt der Wiener Kulturstadtrat Peter Marboe.

16.Oktober 1997: In Vorarlberg gibt es Meinungsverschiedenheiten in der FPÖ: Man will auch hier einer neuen Politikerbezugsregelung (Landeshauptmann erhält 190.000.- im Monat) gegen die Haider-Richtlinien (Höchstbezug 60.000 S) zustimmen.

17.Oktober 1997: Mit einem bei Fuchs in einem Schuppen gefundenen 22bändigen alten Lexikon will man jetzt die Frage des Historikerwissens des Verdächtigen klären. Die Bücher weisen zahlreiche handschriftliche Vermerke zu einschlägigen Stichwörtern auf. Zu Behauptung von Fuchs, er sei nur "ein kleines Rädchen" der BBA gewesen, meinen die Ermittler, daß kleine Rädchen keine Bomben, Schaltpläne und Sprengmittel lagerten.

18.Oktober 1997: Während abgedruckte antifaschistische Leserbriefe in den OÖN Raritäten sind, hat man durchaus Platz für folgendes: *Der Antifa-Sprecher, Herr Eiter, hat sich an dem vom indischen Buddhismus stammenden "Arier Heilszeichen" gestoßen (strittiges Führerkreuz in der Welser ÖTB-Halle): Ich machte im Frühjahr eine Studienreise durch Persien und man wird dort heute noch ständig mit NS-Symbolik ähnlichen Zeichen konfrontiert. Mein Vorschlag: Um auch in anderen Ländern ja keine faschistische Ideen aufkommen zu lassen, ein dringendes Ansuchen an die Machthaber in Teheran stellen, alle Sonnenräder und der NS-Symbolik ähnliche Gebilde aus der Zeit der Meder (700 v. Chr.), der Achämeniden, der Parther, der Sassaniden usw. unverzüglich entfernen zu lassen. Irene Meiringer, Ampflwang*

Ist ja auch klar, der ÖTB hat seinerzeit das "Sonnenrad" nicht benutzt, weil dieses Zeichen von "völkisch-antisemitischen" Organisationen als "Sinnbild der Ariertums"⁴² verwendet wurde, sondern wegen

⁴² laut Brockhaus, Lexikon in 4 Bänden, Hitlerzeit-ausgabe 1937, 2. Band, Seite 325

der alten Meder, Achämeniden, Parther und Sassaniden.

18.Oktober 1997: Der Generaldirektor für Öffentliche Sicherheit, Michael Sika äußert, daß es zwar Indizien für den Bombenbau durch Fuchs gebe, aber noch keine endgültigen Beweise.

Herbst 1997: Immer mehr nazistisches Material ergißt sich über die Computernetze. Wer will "Mein Kampf"?, wer braucht Hitlerbilder?, Auschwitzlüge?, Jüdische Weltverschwörung?, Freimaurer?, Ritualmorde?, OSTARA-Artikel von Lanz von Liebenfels?, alles was sich rassistische Vollidioten und gemeingefährliche Psychopathen ausdenken können, man findet es im Netz und kann es downloaden. Was hilft das NSDAP-Verbot in Deutschland, was das Verbotsgesetz in Österreich, wenn z.B. in den USA der Nationalsozialismus völlig frei agieren darf?

Beginn 2.Oktoberhälfte 1997: In einer Rede anlässlich der Verleihung des Friedenspreises des deutschen Buchhandels an den türkischen Autor Yasar Kemal kritisiert Günter Grass die deutsche Regierung, weil sie die Kurdenpolitik der türkischen Regierung einschließlich von Waffenlieferungen unterstützt. *„Wir wurden und sind Mittäter (..) Ich schäme mich meines zum bloßen Wirtschaftsstandort verkommene Landes, dessen Regierung todbringenden Handel zuläßt und zudem den verfolgten Kurden das Recht auf Asyl verweigert“.* Diverse CDU-CSU-Politiker heulen auf und beschimpfen Grass massiv.

18.Oktober 1997: In einem STANDARD-Interview sagt Hans Riehl, ehemaliger Chefredakteur der Münchener Boulevardzeitung **tz**, daß die Kronenzeitungskolumnen keine deutsche Zeitung drucken würde, weil diese niemand lesen würde, bei den Reimen von Wolf Martin ziehe es ihm oft die Schuhe aus. Nicht nur ihm...

19.Oktober 1997: So geschlossen steht sonst keine Partei hinter dem Parteiführer: Beim Kärntner FPÖ-Landesparteitag wird Haider mit den Stimmen von 292 der 293 Delegierten als Landesobmann bestätigt.

20.Oktober 1997: Ein Handschuh, der beim Briefbombenverdächtigen Franz Fuchs sichergestellt wurde, soll zahlreiche Spuren aufweisen: Spuren von Briefbombenmaterial, Handschuhabdruck auf einem Bekennerbrief.

20.Oktober 1997: Die britische Regierung überlegt, für tschechische Bürger wieder die Visumpflicht einzuführen, da in der letzten Zeit hunderte tschechische Roma versuchten, in England Asyl zu bekommen.

20.Oktober 1997: In Wien wird nach der im September 1943 hingerichteten kommunistischen Widerstandskämpferin Grete Jost ein Park benannt.

23.Oktober 1997: Ein deutscher Fernsehsender strahlt wieder ein Bundeswehr-Video mit rechtsextremen Szenen aus. Es ist das zweite einschlägige Video, das von Soldaten einer Gebirgsjägerinheit unter der Beteiligung von Offizieren gedreht wurde.

Zweite Oktoberhälfte 1997: Gerhard Roth charakterisiert den Briefbombenverdächtigen: *„Die ganz gewöhnliche, österreichische Paranoia des kleinen Mannes, die Ausländer-Aversion, die üblichen Verschwörungstheorien - aberwitzig in das Groteske vergrößert.“* Wie zutreffend diese Beschreibung ist, bestätigt sich alleine z.B. in den nicht endend wollenden Versuchen der KRONENZEITUNG, Fuchs als apolitischen Psychopathen ohne ideologischen Hintergrund zu beschreiben.

24.Oktober 1997: Der Salzburger Landtag spricht dem FP-Landesrat Schnell das Mißtrauen aus und entfernt ihn damit aus der Landesregierung.

24.Oktober 1997: Veenenbos-Karikatur im STANDARD zum neuen Haider-Buch ("Befreite Zukunft jenseits von links und rechts").



Zur Erinnerung: In der KRONENZEITUNG und in anderen einschlägigen Kreisen wird der Briefbombenverdächtige Franz Fuchs gerne als "jenseits von links und rechts" gesehen (12.10. der HERR STRUDL z.B.: *Es hat si rausg'stellt, daß weder Rechte no Linke hinter den Briefbombenanschlägen stehen*).

Zweite Oktoberhälfte 1997: In Polen hetzen extremkatholische Kreise gegen die geplante Besetzung des Außenministerpostens mit Bronislaw Geremek, weil dieser jüdischer Abkunft ist. RADIO MARYJA verkündet: „*Sieben Ministerien für die (rechtsliberale) Freiheitsunion! Das ist der siebenarmige jüdische Leuchter*“. Auch der Beichtvater von Walesa, ein gewisser Jankowski predigt, man könne keine jüdischen Minister akzeptieren.

27.Oktober 1997: Professor Franz Kain erliegt einem schweren Leiden. Im Leben hatte er sich nicht unterkriegen lassen. 1945 wurde Österreich für sehr viele seiner Bürger nicht befreit, sondern das Großdeutsche Reich besiegt, Kain war einer aus der kleinen, radikalen Minderheit gewesen, die nicht "Heil Hitler!" gebrüllt hatte, die nicht pflichterfüllend für Führer, Volk und Vaterland in fremde Länder eingefallen war. Er wurde von den Nazis eingesperrt und in die berüchtigte Strafddivision 999 gesteckt, wo er allerdings "den Mündungsschoner nicht vom Gewehr genommen hat", wie ein Leidensgenosse berichtete. Die KPÖ war nach dem Ende der Hitlerei zwar wieder eine legale Partei, sie war sogar eine der drei Parteien, die die Zweite Republik gründeten. In der gesellschaftlichen Praxis erfolgte aber bald die Rehabilitierung der Naziparteigenossen, die Antifaschisten jedweder Art blieben verdächtige Außenseiter, die man, wenn sie zudem Mitglieder der KPÖ waren und blieben, ausgrenzte. Der Journalist und Schriftsteller Kain hatte daher im Österreich der unbewältigten Nazivergangenheit kaum eine Chance für seine literarische Tätigkeit. In der DDR erschienen sporadisch einzelne Werke, freilich war auch dort österreichische Literatur nicht unbedingt das Spezialgebiet der Verlage. Von Österreichs Literaturbetrieb blieb Franz Kain ausgeschlossen.

Franz Kain, Chefredakteur der öö. kommunistischen Tageszeitung NEUE ZEIT, dann auch Vertreter der KPÖ im Linzer Gemeinderat, mußte seine Pensionierung abwarten, bis man sich endlich entschloß, ihm seine politische Position nachzusehen und sein literarisches Schaffen anzuerkennen. Der Professorentitel, der Landesliteraturpreis (1994), eine Sondernummer der öö. Literaturzeitschrift Die Rampe, Deklaration des "Weg zum Ödensee" als "Buch des Jahres" (1996), öffentliche Ehrungen und Würdigungen zum 70. und 75. Geburtstag, zahlreiche Auftritte im Rundfunk und vor allem die Veröffentlichung seiner Bücher durch einen österreichischen Verlag (Bibliothek der Provinz) stellten sich in den letzten Jahren ein.

Das Antifa-Info durfte hin und wieder journalistische Texte von Franz Kain abdrucken, letztmals geschah dies im Herbst 1996 mit dem Bericht über die Enthüllung der Gedenktafel zu Ehren von Professor Peter Kammerstätter. Damals war Professor Kain schon schwer von seiner Krankheit gezeichnet und wirkte recht verdrossen, nicht nur infolge von Schmerz und Schwäche, wohl auch, weil es absehbar war, daß er seine literarischen Pläne nur noch in einem geringen Umfang umsetzen wird können. Er beschäftigte sich unter anderem mit dem Gedanken, seine Tagebücher für eine Edition vorzubereiten. Im Frühjahr des heurigen Jahres, etwa auf der Befreiungsfeier in Mauthausen, machte er einen deutlich erhaltenen Eindruck, anlässlich des Konrad-Deubler-Symposiums in Bad Goisern im Juni schien er wieder der Alte zu sein. Zwar noch hustend, aber mit der gewohnten Energie füllte er mit seiner sonoren Stimme wieder den Saal. Auch beim Auftritt als Zeitzeuge im Rahmen der neuen Autorenreihe von Margret Cerny war wieder der "alte" Kain zu sehen und zu hören. Überraschend für uns alle daher sein plötzlicher Tod nur einige Tage später.

27. Oktober 1997: Ergebnis einer MARKET-Umfrage zu verschiedenen Politiker-Profilpunkten:

Glaubwürdigkeit:

1. Viktor Klima, 38%
2. Jörg Haider, 26% (!!!)
3. Thomas Klestil, 23%
4. Heide Schmidt, 19%
5. Franz Vranitzky, 18%
6. Wolfgang Schüssel, 16%

Klare Positionen:

1. Jörg Haider, 56% (!!!)
2. Viktor Klima, 51%
3. Wolfgang Schüssel, 28%
4. Heide Schmidt, 27%
5. Franz Vranitzky, 27%
6. Thomas Klestil, 26%

Gutes Gespür für die Sorgen der Österreicher:

1. Viktor Klima, 45% (!!)
2. Jörg Haider, 40%
3. Thomas Klestil, 29%
4. Franz Vranitzky, 24%
5. Heide Schmidt, 22%

Medienwirksamkeit:

1. Viktor Klima, 36%
2. Thomas Klestil, 21%
3. Jörg Haider, 18%
4. Josef Pühringer, 18% (!!)
5. Karl Schlögl, 16%

Diese Ergebnisse sind vor allem eine Widerspiegelung des politischen Desinteresses in der Bevölkerung. Ein Haider, der G'schichterln erzählt (beispielsweise: Einem als Drogenverdächtiger), der ständig Standpunkte und Themenschwerpunkte wechselt, gilt als glaubwürdiger Politiker mit klaren Positionen, einem Bundeskanzler, der immer wieder das Gespür für den "Kleinen Mann" missen läßt, wird ein solches bestätigt, ein Landespolitiker, der 150 Millionen Schilling in einem Landtagswahlkampf verpulvert, wird Medienwirksamkeit bestätigt, wahrscheinlich weil er von jedem Stadelator grinste. Die in Medienauftritten extrem patscherten Grünen belegen in den obigen Bewertungen als Bestplätze die Nummern 8, 7, 8 und sind im Gegenstand "Medienwirksamkeit" mit niemandem unter den ersten zehn Plätzen.

27. Oktober 1997: Grün-Chef Chorherr kündigt seinen Rücktritt an, sein Versuch, die Partei noch weiter nach rechts ins liberale Lager zu schwenken, scheiterte am Widerspruch der Parteibasis.

27. Oktober und danach 1997: Die ehemalige Frauenministerin Helga Konrad will in der Steiermark einen Posten als "Kultursonderbeauftragte" erhalten. Den Posten gibt es gar nicht, er soll eigens für die Exministerin und jetzige Nationalratsabgeordnete der SPÖ eingerichtet werden. Es ist einfach unfaisbar, mit welcher Ignoranz die Regierungsparteien unbeirrbar an ihren eigenen Sesseln sägen. Bei so extremer Instinktlosigkeit, Uneinsichtigkeit und Unbelehrbarkeit werden wir notgedrungen einen Bundeskanzler Haider erhalten. Während der Masse der Bevölkerung Sparmaßnahmen aufdiktiert werden, sieht man in den oberen politischen Bereichen gar nix dabei, einen 58.000.- Schilling-Job zu erfinden, weil ja auch eine tüchtige Kurzzeitministerin versorgt sein will. Wenn dann die Mitglieder die Parteibücher wegschmeißen, kommt die große Verwunderung. Wahrscheinlich sollen sie halt Kuchen essen, die Werktätigen, wenn der Brotkorb immer höher gehängt wird. Vorschlag für die SPÖ: Jeder Mandatar, jede Mandatarin soll in den Parlamentsferien am Fließband, im Magazin, an der Supermarktkasse, am Bildschirm ein paar Wochen zum österreichischen Nettodurchschnittsbezug arbeiten und davon leben, damit diese Schoittls wieder gneisen, wofür man ihnen eigentlich monatlich 100.000 Schilling in den Arsch bläst!

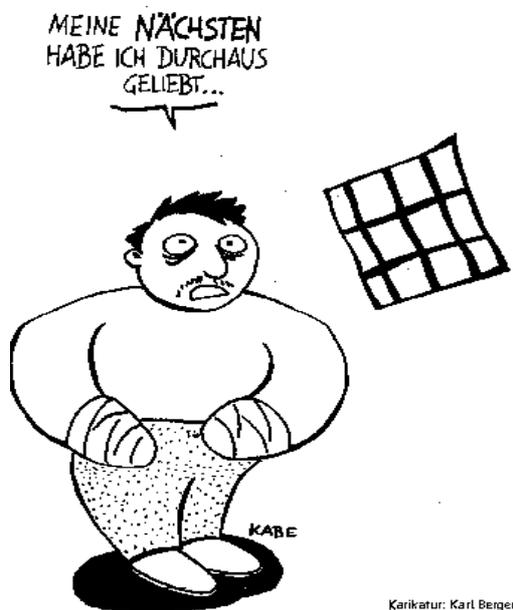
Zweite Oktoberhälfte 1997: Neonazis solidarisieren sich mit Franz Fuchs. „Die BBA in Kriegsgefangenschaft!“, heißt es auf einer entsprechenden e-mail. Es gibt auch persönlich adressierte hakenkreuzverzierte Fan-Post für den gänzlich unpolitische Einzelpsychotheten. Wie das wohl kommt?

30. Oktober 1997: In Rom beginnt ein innerkirchliches Kolloquium über den Antisemitismus. In Bezug darauf wird von jüdischen Organisationen gefordert, daß der Vatikan endlich seine Archive über die Nazizeit öffnen soll. Bekanntlich gab es ja 1945 eine Fluchtorganisation für NS-Kriegsverbrecher, die sich auf ranghohe Komplizen im Vatikan stützen konnte.

30. Oktober 1997: Die FP eröffnet in Linz ihren Programmparteitag. Nachdem es in der Vorbereitung

heftige Diskussionen über den neu-erfundenen christlichen Charakter der FPÖ gegeben hatte, kratzt Haider diese Kurve jetzt in der Eröffnungsrede so: Martin Luther sei ein Revolutionär gewesen, „an dem wir uns ein Beispiel nehmen können“. Den Revolutionär Luther, den können die FPÖler gerne haben. Seine wichtigste gesellschaftspolitische Schrift war schließlich sein konterrevolutionäres "Wider die räuberischen und mörderischen Rotten der Bauern".

Oktober 1997: Das neue Haider-Programm, betreffend den "Nächsten" und die Nächstenliebe wurde von vielen Leuten beachtet.



Karikatur: Karl Berger

31. Oktober 1997: Verabschiedung von Franz Kain. Am Linzer Urnenfriedhof versammeln sich nicht nur seine Genossinnen und Genossen aus der KPÖ, man sieht auch viele "Achtundsechziger", den Linzer Stadtrat Dyk von der ÖVP, den Goiserer Bürgermeister Winterauer u.a.

Franz Muhri hält einen bewegenden Nachruf, nach ihm sprechen ein Gefährte Kains aus der Zeit im Strafbataillon und der Autor Erich Hackl.

1. November 1997: Nazistische Ausschreitungen in Salzburg. „Zum Gedenken an die Deserteure, ermordet von der SS“, steht auf einen Kranz, den Salzburger (SJ, Bürgerliste, Mozarteum) vor dem Kriegerdenkmal am Kommunalfriedhof niederlegen. Fanatische Altnazis und SS-Veteranen beginnen daraufhin zu randalieren, die Polizei schreitet dagegen nicht ein, sammelt aber die Judensterne, die sich die Kranzniederleger angesteckt haben, ein. Auf der Gedenkkundgebung der SS spielt die Magistratsmusik. Wegen die Kranzniederlegung am 1.1.96⁴³ sind immer noch Verwaltungsstrafverfahren wegen Störung der Ordnung anhängig.

Was sagen wir dazu? Ein kräftiges *Heil Hitler!* den Kameraden und ihren Mitmarschierern im Geiste, der Führer und seine Getreuen lassen sich in Salzburg auch 52 Jahre nach Kriegsende nicht unterkriegen!

1. November 1997: Die KRONENZEITUNG schwärmt anlässlich Allerheiligen wieder von der "lauter-Opfer-Theorie": „Millionen Soldaten ließen in den Schlachten der Weltkriege ihr Leben. Männer, die nie eine Wahl hatten. Sie wurden gezwungen, ihre Familien zu verlassen, Uniformen anzuziehen und an die Front zu fahren.“ Also gab es niemals Kriegsfreiwillige, keine SERBIEN-MUSS-STERBIEN-JEDER-SCHUSS-EIN-RUSS'-JEDER-STOSS-EIN-FRANZOS'-Fanatiker im I. Weltkrieg, keine Hitlerbejubler, Nazi-Fanatiker, SS-Freiwillige und arische Großdeutschlandhelden im II. Weltkrieg.

Brav, bieder und ahnungslos saßen alle daheim bei Weib und Kind. Plötzlich aus heiterem Himmel, völlig ohne ihr Zutun war da ein Krieg und sie mußten an die Front fahren...

2. November 1997: In Rom geht die katholische Expertenkonferenz zum Antisemitismus zu Ende. Ein Kirchendokument soll dazu erstellt werden. Der Papst bezeichnet den Antisemitismus als „absolut verdamnungswürdig“, er hebt hervor, daß Jesus Jude gewesen sei.

⁴³ **1. November 1996:** Am Salzburger Kommunalfriedhof gibt es wie jedes Jahr die Heldenehrung durch die Veteranenverbände von Wehrmacht und SS. Heuer wird eine Gegenaktion, bei der vier kurz vor Kriegsende erschossene Deserteure geehrt werden sollten, von der Polizei verhindert.

Dazu ließe sich sagen, daß dies im Bezug auf die historischen Untaten des Christentums selbst eine antisemitische Äußerung ist. Oder kann etwa ein historisch gar nicht gesicherter jüdischer Prediger namens Jesus für Kreuzzüge, Hexenverbrennung, Ketzermorde und unbarmherziger Knechtung von Völkern in aller Welt verantwortlich gemacht werden? Ist der Jude Jesus der Schuldtragende an der Gegenreformation, an Franco, Dollfuß und Salazar? Dafür kann er, ob Jude oder nicht, doch nichts!

Dabei wäre es theologisch interessant: Wenn dieser Jesus tatsächlich Jude und Sohn eines Gottes war: Ist dann der Gott auch Jude? Oder war Jesus nur "Mischling ersten Grades"? Und wenn Gottvater Jude war (was er nach dem "Alten Testament" wohl oder übel gewesen sein müßte), warum hat er dann nicht lauter Juden geschaffen? Oder: Wenn wir alle von Adam und Eva abstammen, wieso stammen wir dann nicht ausnahmslos aus den zwölf Stämmen Israels? Tja, das Christentum als Denksportaufgabe wäre eine unterhaltsame Angelegenheit!

2. November 1997: Schimanek senior hofft, daß sein Schimanek junior, der wegen Wiederbetätigung für die NSDAP zur Zeit eine achtjährige Haftstrafe verbüßt, bald begnadigt werden könnte, weil er wegen medialer Vorverurteilung und dem zeitlichen Zusammenhang mit den Oberwarther Bombenmorden eine zu hohe Strafe erhalten hätte. Nunja: Solange ein Nazi einsitzt, kann er sich nicht nazistisch betätigen (Staberl sagte das sinngemäß so: so lange ein Einbrecher sitzt, kann er nicht einbrechen; wo er recht hat, hat er recht, der Nimmerrichter).

3. November 1997: Am Schwechater Flughafen sind seit 26 Tagen fünf Inder, die ohne Visum über Amsterdam nach Wien einreisen wollten, im Transitraum eingesperrt. Die Holländer verweigern die Rückreise, die Österreicher die Einreise. Erst als der Fall in den Medien bekannt wird, kümmert man sich um die Männer.

Anfang November 1997: In Schweden wird bekannt, daß Nazi-Gruppen in den Dreißigerjahren dort Daten über rund 20.000 schwedische Juden gesammelt hatten. Bei einem Sieg Hitlerdeutschlands hätte man problemlos entsprechende Deportationslisten erstellen können.

4. November 1997: SP-Bundesgeschäftsführer Rudas gibt zum in Arbeit befindlichen SPÖ-Programm-entwurf bekannt: *„Der klassische Gegensatz zwischen Arbeit und Kapital ist verschwunden. Heute geht es darum, die Auswüchse des Großkapitals, das nur mehr an shareholder value (= Interessen der Aktionäre) interessiert ist, zu bekämpfen. Das simple Feindbild des Unternehmers existiert so nicht mehr.“*

Verblüfft wundert man sich, daß Herr Rudas bei so viel Intelligenz nicht schon alle Nobel-Preise errungen hat. Daß die Unternehmer als "simples Feindbild" nicht mehr existieren, hängt das nicht mit der Kapitalkonzentration zusammen? Und weil letztlich nur noch die Vertreter des Großkapitals (nicht dessen "Auswüchse!") aufgeigen und unser Sein bestimmen, deshalb soll der klassische Gegensatz zwischen Arbeit und Kapital verschwunden sein? Klar und logisch: Der Gegensatz ist verschwunden, weil **die Arbeit gänzlich dem Kapital untergeordnet** wurde. Aber das hat Rudas vermutlich nicht gemeint.

Wenn wundert es bei derartigen gesellschaftsanalytischen geistigen Glanzleistungen eines SP-Geschäftsführers, wenn die Arbeiterklasse sogar den Jörg Haider für einen Arbeiterführer hält und bei den Wahlen weniger SPÖ-Aktien kauft?

Es sind die Rudase, die in ihrer unbeirrbaren Kapitalismusapologetik die Menschen nach rechts treiben. Zusammen mit dem völligen Desinteresse der Grünen an der arbeitenden nichtakademischen Bevölkerung ergibt sich zwangsläufig und fast schon unvermeidbar die Wendung ins Rechte und Rechtsextreme. Die Arbeiterbewegung ist verschwunden, Populismus und Demagogie von rechts: das bleibt.

5./6./7./8. November 1997: Ein Lehrstück darüber, wovor sich der endsiegige Kapitalismus immer noch wirklich fürchtet, liefern die österreichischen Medien zum Ergebnis der Personalvertretungswahlen der Eisenbahner: Die Sozialdemokraten bleiben zwar mit 82,6% die weitaus stärkste Fraktion, der LINKSBLOCK wird mit 6,5% (vorher 3,9) jedoch die zweitstärkste Fraktion und zieht in den Personalausschuß Ost und den Zentralausschuß ein und verdoppelt fast die Dienststellenmandate. Die Medien schweigen dazu eisern. Wenn der Haider Proteststimmen von politischen Einfaltspinseln abstaubt, wenn Dohr die Regierung am Nasenring vorführt, das gibt Schlagzeilen, ein Signal nach links wird jedoch einvernehmlich zugeschwiegen, das könnte schließlich für den kapitalistischen Konsens, wenn schon nicht gefährlich, so zumindest erheblich lästig werden...

10. November 1997: Ergebnis einer Meinungsumfrage in Kärnten. Stärkste Partei wäre z.Z. die FPÖ mit 41%, zweite die SPÖ (29%), an dritter Stelle läge die ÖVP (24%), das LiF könnte mit 4% rechnen, für die Grünen blieben nur 2%.

Wenn sich die anderen Parteien entsprechende Mühe geben (das heißt, einfach so weitermachen wie bisher), dann geht sich so ein Ergebnis für 1999 sogar auf Bundesebene aus.

10. November 1997: Aus Schweden ist zu erfahren, daß auch die schwedischen Regierung intensive antisemitische Datensammlung betrieb: 1939 wurden alle ausländischen Juden registriert.

10. November 1997: In Wels hatte ein 17jähriger einen "Sandler" zu Tode getreten, wohl aus Renommiersucht. Er erhält dafür eine Haftstrafe von zwei Jahren, davon vier Monate unbedingt. Das Gericht bezeichnet die Strafe als "exemplarisch". Es ist also "exemplarisch", für einen Totgetretenen glatt enorme vier Monate zu sitzen?

10. November 1997: Am Parteitag der israelischen Likud-Partei kommt es zu heftigen Mißfallensäußerungen gegen den extrem rechtslastigen Premier Nethanyahu, allerdings geht es dabei um keine politischen Fragen, sondern um das parteiinterne Vorwahlsystem. Außenpolitisch kommt die israelische Regierung verstärkt unter den Druck der USA, die die nationalistische Siedlungspolitik ablehnen.

11. November 1997: Das ö. ORF-Landesstudio berichtet über die Verwendung Che Guevaras als Werbemittel der Firma Fischer-Ski ("Che im Schnee"). Für den Profit wird auch ein militanter Antiimperialist verwurstet. Was hätte Che mit dieser Werbeidee gemacht? Die Erfinder aufgehängt, mit dem Kopf nach unten?

12. November 1997: Heide Schmidt sagt in ihrer Funktion als Bundespräsidentenskandidaten der Liberalen, sie würde Jörg Haider nicht mit der Regierungsbildung beauftragen, auch wenn die FPÖ die stimmenstärkste Partei wäre. In der Folge kann man in der KRONENZEITUNG dazu wutschnaubende Leserbriefe finden.

13. November 1997: In Frankreich wird bekannt, daß die *Nationale Front Le Pens* einen 3.000 Mann starken paramilitärischen Ordnungsdienst aufgezogen hat, der Schießübungen veranstaltet und u.a. Daten über mißliebige Journalisten sammelt.

14. November 1997: In Wildon (Bezirk Leibnitz, Stmk.) tritt die gesamte Ortsgruppe der FPÖ aus der Partei aus. Man ist mit den „*diktatorischen Verhältnissen*“ in der Bundes- und Landes-FP nicht einverstanden.

Mitte November 1997: In Leibnitz wollen die ZEUGEN JEHOVAS (wie in Graz und verschiedenen Bezirkshauptstädten) eine symbolische KZ-Baracke aufstellen, um auf die Verfolgung der damals "ernste Bibelforscher" genannten Anhänger durch das NS-Regime hinzuweisen. Der Stadtrat von Leibnitz verbat zuerst die Aufstellung, weil sie nicht ins Ambiente des Hauptplatzes passe, es ginge auch nicht an, daß eine Sekte mit so einer Ausstellung eine Werbekampagne mache. Durch medialen Druck kommt die geplante Ausstellung doch noch zustande. Wie man sich vielleicht erinnert, wurde Leibnitz schon vor einiger Zeit "berühmt" weil man sich lange beharrlich weigerte, eine Ehrenbürgerschaft für Adolf Hitler⁴⁴ aufzuheben.

16. November 1997: Bei einer Gedenkveranstaltung in Lackenbach erinnert Bundeskanzler Klima an die Verfolgung der Roma und Sinti im Nationalsozialismus. In Lackenbach errichteten die Nazis ein "Zigeuner-KZ". Der für die Zigeunerverfolgung verantwortliche Tobias Portschy wurde 1951 zu 15 Jahren Haft verurteilt, er saß jedoch nur zwei Jahre ab.

16. November 1997: Bei den Bürgermeisterwahlen in Italien verteidigt das Regierungsbündnis seine Positionen gegen die Rechtsopposition.

17. November 1997: Ein islamfaschistischer Terroranschlag in Luxor in Ägypten fordert 67 Tote, überwiegend Schweizer Touristen. Die Ausbreitung des fundamentalistischen Terrors steht sicherlich auch im Zusammenhang mit dem Zusammenbruch des Realsozialismus. Die seinerzeitigen, als "nationale Befreiungsbewegungen" bezeichneten, Linksgruppierungen sind verschwunden, dafür finden rechtsextreme religiös verbrämte Organisationen verstärkt Zulauf.

18. November 1997: Was soll mit den Kärntner Ulrichsbergfeiern geschehen? Ein Expertengipfel will die "blinden Flecken" der Kärntner Landesgeschichte aufarbeiten.

In anderen Gegenden heißen solche "blinde Flecken" üblicherweise "braune Flecken" - in Kärnten sind allerdings braune Flecken wegen der allgemeinen Hintergrundfarbe im Lande noch schwerer auszumachen als im übrigen Österreich.

⁴⁴ **10. Februar 1995:** Bisher hatte sich die steirische Gemeinde Leibnitz geweigert, die Ehrenbürgerschaft für Adolf Hitler aufzuheben, man erklärte sie kurzerhand für durch Hitlers Tod automatisch erloschen (was natürlich Quatsch ist, eine Ehrenbürgerschaft ist eine Auszeichnung wie eine Ordensverleihung). Nun wird auf Antrag eines SP-Gemeinderates diese Ehrenbürgerschaft endlich aberkannt.

19. November 1997: Diskussion in der politischen Akademie der ÖVP über den politischen Katholizismus (*Fluch oder Segen*, lautete die Frage, die sich alleine mit der Erinnerung an die Zeit des Klerikalfaschismus von selbst beantwortet). FP-Klubobmann Stadler meint dazu, er könne sich Bischof Krenn als freiheitlichen Abgeordneten vorstellen. Wir auch!

20. November 1997: Die katholische Kirche will auf Initiative von Erzbischof Schönborn am Wiener Judenplatz eine Gedenktafel zum mittelalterlichen Judenpogrom mit erzwungenem Massenselbstmord und 200 Verbrennungen (1420/21) anbringen. Darin soll der Satz stehen: „*Heute wird sich die Christenheit ihrer Mitschuld an den Judenverfolgungen immer deutlicher bewußt und erkennt ihr Versagen*“. So ein Ausmaß an Lüge und Heuchelei schnürt einen die Kehle zu: Mitschuld und Versagen? Schuld am Mord! - das wären die angemessenen Worte der heutigen Vertreter der damaligen Täter! Auf wessen Initiative und wessen politisch-ideologischer Verantwortung gab es schließlich die mittelalterlichen Pogrome? Demnächst wird man möglicherweise salbungsvoll verkünden, daß die katholische Kirche den Hexenprozessen nicht entschieden genug entgegengetreten sei und sich leider zuwenig gegen die Inquisition engagiert habe.

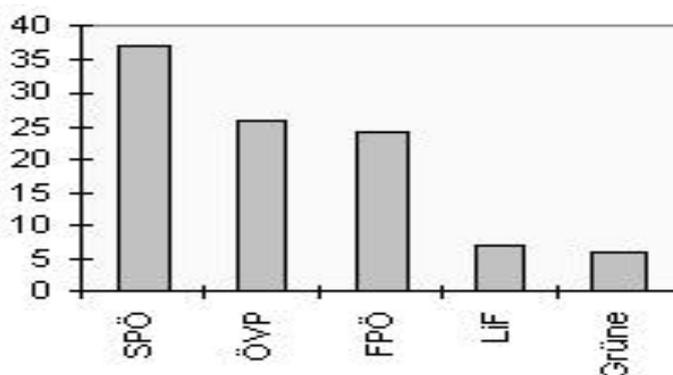
20. November 1997: Nachdem die Episode mit der Bewegung mit dem Zeichen "F" mangels Erfolges aufgegeben wurde, will man in der FPÖ jetzt wenigstens ein neues Logo unter die Leute bringen:

FPO

21. November 1997: In Wien-Penzing werden bei Bauarbeiten zehn Skelette ausgegraben. Spuren von Kopfschüssen und Kalkablagerungen über den Toten lassen vermuten, daß es sich um ungarische Juden einer nahegelegenen KZ-Außenstelle handelte, die 1945 ermordet worden sind.

23. November 1997: Die geschäftsführende FP-Obfrau Riess-Plasser schließt ihre Kandidatur für die Bundespräsidentenwahl aus.

24. November 1997: Ergebnis einer aktuellen Meinungsumfrage zum Wahlverhalten, nach längerer Zeit ist die ÖVP wieder vor der FPÖ, die momentan ein gewisses Tief durchzumachen scheint, weil zur Zeit keine griffigen Themen aufliegen.



24. November 1997: Haider bringt Peter Sichrovsky als freiheitlichen Kandidaten für die Bundespräsidentenwahl ins Spiel.

24. November und danach 1997: In Oberwart beginnt ein Großeinsatz der Gendarmerie. Der bombenverdächtige Franz Fuchs hat ausgesagt, die Oberwarter Bombe (vier Tote Roma) sei eine Zeitbombe gewesen, es wäre nicht Absicht gewesen, jemanden zu verletzen. Die Ermittler suchen daher nach einer Knopfzelle, die einen Zeitauslöser gespeist haben soll. Es dürfte aber eher zu vermuten sein, daß sich Fuchs mit dieser Aussage vor einer Mordanklage bewahren will. Bei der Suche wird tatsächlich eine Knopfzelle gefunden, ob die allerdings mit der Bombe in Verbindung stehen könnte, muß überprüft werden, eine Zelle wird sich schließlich bald wo finden lassen.

24. November 1997: In Wien werden 22 Mikrofilme aufgefunden, die sich mit der Geschichte des Goldbestandes Hitlerdeutschlands nach 1945 befassen. Ein Österreicher namens Herbert Herzog hatte dazu in Fünfzigerjahren intensive Nachforschungen angestellt. Der STANDARD berichtet ab 29.11. in einer längeren Serie darüber.

25. November 1997: Simon Wiesenthal fordert, daß ein Gemäldezyklus zur "Korneuburger Hostienlegende" aus dem Korneuburger Stadtmuseum entfernt werde. In der Art eines Comicstrips erzählt die Gemäldeerei aus dem 17. Jahrhundert wie Juden eine Hostie stehlen und "martern" und dafür von den anständigen Christen verbrannt werden. Legenden über jüdische Hostienschändungen waren genauso

verbreitet wie über jüdische Ritualmorde. Es wäre wohl nicht zuviel verlangt, heute die christliche Hetzpropaganda dazu aus dem Verkehr zu ziehen.

26. November 1997: Nach Klestil, Heide Schmidt und dem Kandidaten Lugner, meldet sich ein weiterer BP-Kandidat: Karl Nowak, Generalsekretär der "Neutralen Österreichs". Diese Gruppierung steht ziemlich weit rechts, auch der Nowak fiel schon durch entsprechende Meldungen auf.

Es ist zutiefst erbärmlich, daß sich eine obskure Kleingruppe als Neutralitätsbewahrer profilieren kann (Volksbegehren mit 358.000 Unterschriften!!): Da die SPÖ nicht wirklich für die Neutralität ist und die Grünen es einfach nicht zusammenbringen, solche Themen mit der entsprechenden Zielstrebigkeit für sich zu vereinnahmen, kann ein anderer "der Nowak sein".

27. November 1997: Die Staatspolizei führt im Umkreis des seinerzeitigen VAPO-Gauleiters Günter Reinthaller ⁴⁵ in Salzburg und Oberösterreich eine Reihe von Hausdurchsuchungen durch, bei denen einschlägige Druckschriften und andere Materialien beschlagnahmt werden. Zielobjekt der Ermittlungen ist auch der aus Deutschland ausgewiesene Karl Polacek, gegen den seit vier Jahren Ermittlungen laufen, die nach Angaben des Grünabgeordneten Öllinger vom Rieder Staatsanwalt Heinrich S., einem Burschenschaftler, verschleppt werden.

27. November 1997: Mit großem Aufwand wird in Gralla ein Lokalausgang mit Franz Fuchs über den Ablauf seiner Festnahme abgehalten. Fuchs erklärt, daß er mit der Bombenexplosion, die ihm die Hände abriß, nicht die Gendarmen verletzen oder töten, sondern Selbstmord begehen wollte.

Zu den Ermittlungen im Falle Fuchs gibt es kaum wesentliche Neuigkeiten. Fuchs bezeichnet sich weiterhin als ein Mitglied der Bajuwarischen Befreiungsarmee, das nur untergeordnete Tätigkeiten ausführte. Die Ermittler kommen immer mehr zur Überzeugung, daß Fuchs alleine gehandelt hat. Was ja schließlich (trotz der äußerst intensiven Bemühungen beispielsweise der KRONENZEITUNG) nicht dazu führt, daß Fuchs nicht dem rechtsextremen Spektrum zuzurechnen wäre.

28. November 1997: In Nürnberg weigert sich die CSU weiterhin die "Florian-Seidl-Straße" umzubenennen. Schon seit einiger Zeit bemühen sich Bürgerinitiativen um eine Straßenneubenenennung, weil Florian Seidl ein literarischer Propagandist der NS-Ideologie gegen Behinderte gewesen war.

Zweite Novemberhälfte 1997: Der Plan, die Ausstellung "Verbrechen der Wehrmacht" auch in Graz, der "Stadt der Bewegung" zu zeigen, ruft dort nicht unerwartet einige Bewegung hervor. Der Kameradschaftsbund stellt, wie gehabt, die Behauptung auf, die Ausstellung würde alle Wehrmachtssoldaten als "Mörder" darstellen, um dann leidenschaftlich dagegen zu protestieren. Die steierische Landesregierung ist (wie die oberösterreichische) auf der Seite der "Anständigen, die ihrer Gesinnung treu geblieben sind" und verweigert Subventionen, Ehrenschilder und die Teilnahme an der Eröffnung. Ach was muß es heute noch für Millionen Nazis in Österreich geben, daß man soviel Angst vor antifaschistischen "Fehlritten" haben kann.

Diese feigen Politiker sind entweder selbst Gesinnungsfreunde des rechtsextremen Gesocks oder sie vermuten tatsächlich, daß die große Mehrheit der Bevölkerung immer noch so NS-nahe eingestellt ist, daß eine Auseinandersetzung mit der damaligen Zeit auch nach 52 Jahren ein absolutes Tabuthema ist. Wenn man aber immer vor Auseinandersetzungen darüber kneift, wird dieser Zustand wohl wirklich so bleiben.

Als Eröffnungsredner steht der ehemalige polnische Außenminister und frühere Botschafter in Wien, Wladyslaw Bartoszewski, zur Verfügung. Im Vorfeld stellt er schon klar: „*Es war kein Heldentum, Hitler zu dienen*“.

Die übliche Hetzerrolle spielt, wie nicht anders möglich, die KRONENZEITUNG. Die KLEINE ZEITUNG traute sich ihrer Samstagausgabe vom 30.11. mit einer ausführlichen Sonderbeilage zur Wehrmachtausstellung auszustatten, die nicht nazi-apologetisch war. Die Steiermark-Ausgabe der Krone geifert: Die Soldaten seien in den Krieg gezogen, um Stalins Zugriff auf Deutschland und Österreich zu verhindern. Damit scheint alles gerechtfertigt zu sein. Daß der Überfall Nazideutschlands auf die Sowjetunion letztlich den (vorübergehenden) Zugriff Stalins auch auf die Steiermark ermöglichte, fällt den Schreibern anscheinend gar nicht auf. Ebenso wenig fällt ihnen auf, daß auch sämtliche Untaten, die 1945 von Rotarmisten gegen die Zivilbevölkerung Nazideutschlands verübten, keine wie auch immer geartete Begründung für die Verbrechen der Wehrmacht gewesen sein können. Der imperialistische Eroberungskrieg Hitlers samt allen Verbrechen, das war anscheinend bloß Heimatverteidigung, wer etwas anderes sagt, den trifft die volle Verachtung der heimat- und gesinnungstreuen Burschen von der KRONENZEITUNG!

⁴⁵ **5. Juli 1993:** Urteile in Salzburg, wegen Verstöße gegen das NS-Verbotsgesetz werden Günther Reinthaler zu vier Jahren und Jürgen Liphay zu 18 Monaten unbedingter Haft verurteilt. »*Diesen Umtrieben wurde zuwenig Augenmerk geschenkt. Es ist an der Zeit, das ernst zu nehmen.*«, sagt Richter Eckehart Ziesel.

1. Dezember 1997: Helga Konrad legt (außer dem Nationalratsmandat) all ihre Parteifunktionen zurück und ist eingeschlappt. Man versucht die Verhinderung der Schaffung eines 58.000-Schilling-Postens für sie als antifeministische Aktion darzustellen. Politisch unbelehrbar bis zum Finale. Ganz ungeschoren kommt der zweite Hauptschuldige davon: Schachner-Blazizek, der steirische SP-Landesvorsitzende hätte diese ganze Sache schon im Keim verhindern müssen, statt sich zuerst für den Versorgungsposten zu engagieren und die Konrad nachher alleine im Regen stehen zu lassen. DAS ist der Gesichtspunkt, der die Frauen wirklich auf die Palme bringen müßte!

1. Dezember 1997: Das Anti-EURO-Volksbegehren der FPÖ erweist sich mit bloß 254.077 Unterschriften als ziemlicher Flop. Haider konnte Dreiviertel seiner Anhänger nicht ins Eintragungslokal bewegen.

2. Dezember 1997: In Graz wird die Ausstellung "Verbrechen der Wehrmacht" eröffnet. Als einziger steirischer Spitzenpolitiker aus den Regierungsparteien traut sich der Grazer Bürgermeister Alfred Stingl hin. Er präsentiert das Gegenteil der Feigheitsliga. Schließlich gibt es demnächst Gemeinderatswahlen in Graz und er stellt sich ungeachtet einer Rücksichtnahme auf die Nazi-Wähler der Angelegenheit!

Die Verbindung zur anderen österreichischen Gegenwart stellt ein Flugblattverteiler her: „*Warum werden unschuldige Deutsche in Israel zum Tode verurteilt? Warum bestimmen mehr oder minder amerikanische Schnapsjuden, wer bei uns Bundespräsident sein darf*“, verkündet ein Friedrich Felzman. Der "unschuldige Deutsche" muß wohl Adolf Eichmann gewesen sein und die amerikanischen "Schnapsjuden" kamen 1986 und später auch häufig in bekannten österreichischen Zeitungen vor.

2. Dezember 1997: Ries-Plasser zum Resultat des FP-Schilling-Volksbegehrens. Viele hätten im Geist mitunterschrieben. Kommt einem das irgendwie vom Ausdruck her bekannt vor? „...*marschieren im Geist in unseren Reihen mit*“, hieß es seinerzeit in einem bekannten Lied⁴⁶. Haider sagt zu diesem Gegenstand gar nichts, er kann sich wegen anderer wichtiger Termine nicht mit dem Volksbegehren befassen. Na sowas!

3. Dezember 1997: Die Kärntner FPÖ sieht sich von slowenischer Agitation bedroht. Die geplante nicht-kommerzielle zweisprachige Privatradiostation sei ein politischer Propagandasender.

3. Dezember 1997: Bei einer Sitzung des parlamentarischen Stapo-Kontrollausschusses gibt es Abhöralarm. Die Stapo hatte Funkimpulse aufgefangen und sucht nach Abhörwanzen, aber ohne Ergebnis.

4. Dezember 1997: Man hat es bisher nur im Scherz gesagt: Haider werde noch zum Verteidiger der österreichischen Neutralität werden. Jetzt ist es wirklich so weit. Der Politiker mit den klaren Positionen attackiert Verteidigungsminister Fasslabend, weil dieser das Abkommen mit der NATO nicht vollständig vorgelegt habe, z.B. über Inspektionen von Bundesheer-Einheiten durch die NATO, das bedeute Neutralitätsbruch.

Haider hat damit sicherlich recht. Was wieder die Frage aufwirft, ob die Grünen in dieser Frage schlafen oder auch schon den Umstieg auf den NATO-Beitritt vorbereiten. Man kann politisch nicht so dumm sein, ein Thema, das die Bevölkerung bewegt wie kaum ein anderes, so sehr zu ignorieren, daß es dem Haider sogar bei völlig entgegengesetztem Standpunkt in den Schoß fällt. Die Erhaltung der österreichischen Neutralität, das ist ein Thema, von dem alleine die Grünen bis 1999 problemlos prima leben könnten, wenn sie wollten. Diese Trautmäntzer wollen aber allem Anschein nach nicht.

4. Dezember 1997: Die Liga für Menschenrechte kritisiert das neue Asyl- und Fremdenengesetz. Der Präsident der Liga, Walter Schuppich, tadelt auch Lauschangriff und Rasterfahndung. Die Menschenrechtspolitik Österreichs sei ein „*wesentlicher Faktor der außenpolitischen Visitenkarte Österreichs*“, sagt sein Stellvertreter Walter Neisser.

5. Dezember 1997: Keine grün-rote Einigung für einen gemeinsamen Kandidaturvorschlag für die Bundespräsidentenwahl. Die Grünen wollten Eva Rossmann, die SJ und die SP-Frauen Erika Pluhar. Die Grünen wollen sich weiterhin bemühen.

5. Dezember 1997: Neue Vorsitzende von "SOS Mitmensch" soll die Schriftstellerin Christine Nöstlinger werden.

5. Dezember 1997: Vertreter des geplanten Kärntner Volksgruppenradios wehren sich gegen die FP-Attacken. Der Geschäftsführer des Senders ist Mitglied der Kooperative LONGO MAI. Diese Gruppierung steht offenbar immer noch im Geruch des Linksextremismus, dabei hat sie sich schon den Achtzigerjahren, beispielsweise durch eine Wahlempfehlung für die SPÖ, deutlich staatstragend verhalten.

6. Dezember 1997: In Bosnien-Herzegowina, so berichtet der STANDARD, beginnt man sich medial mit den "Kriegsverbrechen der eigenen Seite" auseinanderzusetzen. Eine äußerst erstaunliche Sache, wenn

⁴⁶ Das ANTIFA-INFO verlost unter den Einsendern, die uns mitteilen, wie dieses Lied hieß, Buchpreise!

bedenkt, daß dies im Gebiet des ehemaligen NS-Regimes heute immer noch sehr schwierig ist. Man sollte vielleicht den Dichand diesbezüglich einmal nach Bosnien auf Schulung schicken.

6.Dezember 1997: Die Carl-von-Ossietsky-Medaille geht heuer an die Gestalter der Ausstellung "Verbrechen der Wehrmacht". Wahrhaft würdige Preisträger! Es gruselt einen zutiefst, wenn man sieht, wie sehr eine solche Ausstellung heute noch ein Problem ist und wie sehr sich die Gestalter gegen den Ungeist von damals wehren müssen. Das ANTIFA-INFO gratuliert jedenfalls herzlich!

5.Dezember 1997: In Klagenfurt sagt der zuständige FPÖ-Stadtrat Gassner eine Teilnahme der Stadt an einem Symposium des Musil-Instituts ab. Begründung: Bei der Eröffnung des Musil-Hauses, das auch als Kärntner Literaturarchiv dienen soll, habe Florian Lipus seine Festrede zum Teil auf Slowenisch gehalten. Tschusch, red' deutsch!

6.Dezember 1997: In der BRD wird bekannt: der berüchtigte, mehrmals zu Haftstrafen⁴⁷ verurteilte, Neonazi Manfred Roeder 1995 vor der Hamburger Führungsakademie der Bundeswehr einen Vortrag hielt. Roeder wird angeblich auch heute ständig vom Verfassungsschutz beobachtet. Für eine von ihm gegründete Initiative (ein "Deutsch-russisches Gemeinschaftswerk"), Wolgadeutsche im Raume Königsberg anzusiedeln, erhielt er auch Materialien (Fahrzeuge) der Bundeswehr.

6.Dezember 1997: Der hessische FDP-Funktionär Heiner Kappel gibt den Austritt aus seiner Partei bekannt und will eine "Offensive für Deutschland" gründen, mit einer "gewissen Assoziation" zu Haiders FPÖ.

Erste Dezemberhälfte 1997: Der Welser Bürgermeister Bregartner hat zwar seinerzeit eine Vereinbarung unterschrieben, die ihn im Punkt 7 verpflichtete, daß „*öffentliche Einrichtungen der Stadt Wels*“ keine Geschäftsverbindungen mit Personen, die rechtsextremere Aktivitäten verdächtig sind, haben dürften. Trotzdem will er als Messepräsident weiterhin an Ludwig Reinthaler für Flohmarktveranstaltungen vermieten. Reinthaler⁴⁸ sei schließlich nicht verurteilt worden, daher gebe es keine Beweise. SJ-Vorsitzender Pichler spricht von „*einer Verhöhnung eines Parteibeschlusses*“.

Bregartner hatte zwar mit der anbefohlenen Entfernung der "Braunen Flecken" eine parteiinterne Niederlage einstecken müssen, bei den Bürgermeisterwahlen erreichte er aber eine triumphale Mehrheit. Schließlich haben ihn auch die *anständigen Gesinnungstreuen* gewählt und die waren in Wels ja nie eine kleine Minderheit.

12.Dezember 1997: Der deutsche Bundestag setzt einen Untersuchungsausschuß ein, der sich mit den verschiedenen rechtsextremistischen Vorfällen in der Bundeswehr auseinandersetzen soll.

13.Dezember 1997: Haider meint, er müsse nicht unbedingt Kanzler werden, es sei ihm gelungen, die FPÖ als politische Kraft zu etablieren, was seine primäre Aufgabe gewesen wäre.

14.Dezember 1997: Die Grünen wählen Professor Alexander van der Bellen zum neuen Parteichef, zwar auch kein Linker, aber doch kein Rechtsliberaler wie seine Vorgänger.

16.Dezember 1997: Exbundeskanzler Franz Vranitzky erhält den "Raoul Wallenberg Award 1997" der Stiftung "Endowment for Democracy in Eastern Europe" (Stiftung für Demokratie in Osteuropa) für seine Bemühungen um die Holocaust-Opfer.

16.Dezember 1997: Auch in Tschechien gibt es noch altes Erbe: Karlovy Vary aberkennt Adolf Hitler und Sudetenführer Henlein die Ehrenbürgerschaft. Vom damaligen Karlsbad waren diese Bürgerschaften 1938/39 nach dem Eintritt des Sudetenlandes ins Großdeutsche Reich verliehen worden.

17.Dezember 1997: Noch was Neues zum Fall Roeder: Der Neonazi hatte im Wege der "Gesellschaft für biologische Anthropologie, Eugenik und Verhaltensforschung" umgerechnet rund 1,6 Millionen Schilling an EU-Fördergeldern für seine Landwirtschaft in Schweden erhalten.

⁴⁷ 1982 dreizehn Jahre Haft wegen Rädelsführerschaft, Bildung einer terroristischen Vereinigung und Anstiftung zu 7 Brand- und Sprengstoffanschlägen.

⁴⁸ 31.August 1996: Als Bundespräsident Klestil den Landeplatz für seinen Hubschrauberanflug zur Welser Messe vom vorerst geplanten ÖTB-Platz wegverlegen läßt, ist der Fahrshullehrer Ludwig Reinthaler zutiefst empört. Er übergibt Klestil einen Brief, in welchem es u.a. heißt, wenn Klestil in Wels nicht vor der ÖTB-Halle landen wolle, dann soll er in Wien bleiben und auf seiner Löffler landen.

21.September 1996: Ludwig Reinthaler, Erfinder eines "Dokumentationsarchives des Welser Widerstandes", Verteidiger der braunen Flecke, Verbreiter rassistischer Flugblätter, Kampfgefährte vom Porno-Huemer und Kandidat der "Neutralen" für die EU-Wahl, schickt an Dr. Neugebauer vom DÖW einen Strick und der Aufforderung „*Beiliegend ein kleines Geschenk für Sie! Wenn Sie wirklich das Beste für die Republik wollen, wie Sie immer vorgeben, dann benutzen Sie es!*“

17.Dezember 1997: Haider beweist es, österreichische Polizeidaten sind nicht geheim. Zur Belegung des Umstandes, daß Aufenthaltsverbote in die Fahndungsdateien zum Teil mit erheblichen Verzögerungen eingegeben würden, legt er ausgedrucktes Datenmaterial vor, das ihm, wie er selber sagt, zugespielt wurde. Er spricht davon, daß er wegen Datenschutzverletzung Anzeige gegen "unbekannt" erstatten wolle.

18.Dezember 1997: FP-Klubobmann Stadler fragt empört bei Minister Einem an, warum dem Theologen Robert Prantner die Prüfungsvollmacht an der katholisch-theologischen Universität Wien entzogen wurde. Die Uni Wien erklärt, daß der Entzug vom Fakultätskollegium mit Zweidrittelmehrheit wegen der fehlenden wissenschaftlich-theologischen Qualifikation erfolgte. Prantner war jüngst durch die Aufwärmung der dummen Tiroler Ritualmordlegende vom "Anderl von Rinn"⁴⁹ aufgefallen, das DÖW hat gegen ihn wegen antijüdischer Ausfälle Anzeige erstattet. Prantner ist der religiöse Berater von Stadler, er hatte auch bei der Umgestaltung der FPÖ in eine christliche Partei seine Finger im Spiel⁵⁰.

18.Dezember 1997: NEWS über den fleißigen Haider: 1997 gab es 39 Plenarsitzungen des Nationalrates, zehnmal entschuldigte sich Haider, von den restlichen 29 besuchte er nicht einmal ein Viertel. Haider ist Vizevorsitzender des außenpolitischen Ausschusses und war auf keiner einzigen Ausschusssitzung anwesend.

19.Dezember 1997: In der BRD geht es flott weiter: laut SPIEGEL wurde 1996 in Bosnien von deutschen Soldaten der SFOR-Truppe ein nazistisches Video gedreht, rechtsextremistische Gesänge seien dort an der Tagesordnung gewesen. Das österreichische Verteidigungsministerium hatte uns wissen lassen, so was gäbe es in Österreich nicht. Es wurde jedoch zu erwähnen vergessen, daß es gänzlich ohne Problem ist, wenn ein Magenheimer⁵¹ und ein Apfelknab vom Büro für Wehrpolitik als "Privatpersonen" rechtsextreme Ansichten vertreten. NEWS weiß auch über eine ganze Reihe von rechtsextremistischen Vorfällen im Bundesheer zu berichten, die anscheinend vom Ministerium ebenfalls nicht zur Kenntnis genommen werden.

21.Dezember 1997: In einem ORF-Interview sagt der Klagenfurter FP-Stadtrat Gassner, er habe Angst nach Slowenien zu fahren, weil dort immer noch die Partisanengesetze aus dem Jahre 1945 herrschten, Besucher aus Österreich seien vogelfrei. Soll er doch einmal testweise hinunterfahren, der Gassner, vielleicht wird er tatsächlich aufgehängt? Ohne Scherz: Den Freiheitlichen paßt die gemeinsame Bewerbung Kärntnens, Sloweniens und Friaul-Julisch-Venetiens um die Olympischen Spiele 2006 nicht mehr, man versucht sich jetzt vom gemeinsamen Beschluß dazu zu absentieren.

22.Dezember 1997: In Klagenfurt wird von einem aufmerksamen Postbeamten eine Briefbombeattrappe an Jörg Haider abgefangen. Als Absender wird später ein psychisch kranker Oberösterreicher ausgeforscht.

22.Dezember 1997: Als die Identität von Haiders mutmaßlichem Datenklauer ermittelt wird (ein FPÖ-Polizist aus Salzburg), ist plötzlich von einer Anzeige durch Haider (siehe 17.12.) keine Rede mehr. Der arme Polizist habe aus einem „entschuldbaren Notstand“ gehandelt, läßt man uns wissen.

22.Dezember 1997: Zilk im SPIEGEL (und nachher natürlich als Nachdruck in der KRONE): In Österreich hätte ein Gutteil der Medien jahrelang in Sachen Bombenanschlägen vehement „die politische (also rechtsradikale) Dimension des Falles als alleinigen Schlüssel zur Lösung propagiert“, der mutmaßliche Täter sei aber ein Eigenbrötler, der nicht im Neonaziumfeld lebe.

Ist es dann nur ein Zufall, daß der Verdächtige in seinen Bekennerschreiben rechtsextremistisch argu-

⁴⁹ Der Haller Arzt Hippolyt Guarinoni schuf im Jahre 1619 in Anlehnung an die Ritualmordlegende um Simon von Tritent für seine Diözese (damals Brixen) ein analoges Beispiel für ein "Opfer des jüdischen Christenhasses". Der Name "Andreas" ist eine Erfindung, die Jahreszahl des angeblichen Mordes erschien Guarinoni "im Traum". Bis zum Ende des 18. Jahrhunderts entstanden im deutschen Sprachraum über 150 ähnliche Legenden. Die "Opfer" sind fast ausschließlich Knaben unter zehn Jahren. Während die Kulte um die anderen Ritualmordlegenden längst erloschen sind, blieb in Tirol die "Anderl"-Verehrung bis in die Gegenwart erhalten.

Erst 1994 wurde der Kult von Bischof Stecher kirchenrechtlich verboten. Bis heute halten aber Gruppen des katholischen Fundamentalismus daran fest.

⁵⁰ 20.August 1997: Schwere parteiinterne Auseinandersetzungen über das neue FP-Programm werden bekannt. An der FP-Programmdebatte seien Krenns Europabeauftragter Romig, FP-Oberchrist Gudenus und das Mitglied des Engelswerks (katholische Sekte im Dunstkreis von Bischof Krenn) Robert Prantner beteiligt, kritisiert der Wiener Abgeordnete Rüdiger Stix und wird dafür von Klubobmann Stadler gerügt.

⁵¹ 27.Mai 1996: Von W.Neugebauer, W.Lasek, B.Bailer (DÖW) und W.Manuschek wird festgestellt, daß „sowohl die von Magenheimer vertretene Präventivschlagthese als auch die Leugnung oder Verharmlosung der deutschen Kriegsschuld zu Standardthemen rechtsextremer und revisionistischer Geschichtsfälschungen“ zählen.

mentiert? Aus welchem Grund versucht Zilk die Wesensverwandtschaft der Gesinnung des Franz Fuchs zu einem gewissen Bewegungsführer und gewissen Massenblättern zu vertuschen? Sind in Österreich alle Rechten und Rechtsextremen vorsichtshalber unpolitische Eigenbrötler? Eurem Chronisten kommt dies sehr bekannt vor! Bevor durch die seinerzeitige Entscheidung des Verfassungsgerichtshofes⁵² ein Verbot der offen nazistischen Organisationen (NDP, ANR usw.) erzwungen wurde, galten in denselben Kreisen, die jetzt so fanatisch Franz Fuchs als einzelgängerischen Psychopathen ohne politisch einordbare Weltanschauung darstellen, praktisch alle Neonazis als harmlose einzelne Spinner, Uniformfetischisten, Militariasammler usw.

Dezember 1997: Von der Uni Linz wird zur Zeit ein Schulungsprogramm für den außergerichtlichen Tatausgleich für jugendliche Neonazi-Mitläufer ausgearbeitet. Ab März 1998 soll es für diesen Täterkreis möglich sein, anstelle einer Strafe einen zwölfstündigen zeitgeschichtlichen Fortbildungskurs zugewiesen zu erhalten, wie der Linzer Zeitgeschichtler Reinhard Kannonier vor Weihnachten informiert.

23.Dezember 1997: Die Einvernahmen von Franz Fuchs werden vorläufig abgeschlossen. Der mutmaßliche Bombenattentäter bleibt weiterhin der einzige "Bajuware".

23.Dezember 1997: Haider mutmaßlicher Datenklauer bei der Salzburger Polizei, ein bei der freiheitlichen Gewerkschaftsfraktion AUF tätiger Revierinspektor, wird vom Dienst suspendiert. Er soll einen Kollegen angestiftet haben, diese Datenabfragen durchzuführen.

23.Dezember 1997: NEWS sprach mit Haider, die Zeitschrift fragte ihn auch, ob er nicht wegen seiner Idee, Bundespräsident und Bundeskanzler in eine Funktion zusammenzulegen, bei der Bundespräsidentenwahl kandidieren wolle. Haider schließt eine solche Vorgangsweise nicht aus, der Parteivorstand werde zu befinden haben.

24.Dezember 1997: Dem Wiener Leopold-Museum wird von den NEW YORK TIMES vorgeworfen, sich Schiele-Werke aus jüdischem Besitz angeeignet zu haben.

27./28.Dezember 1997: An Italiens Küste strandet ein Frachter mit über 800 kurdischen Flüchtlingen an Bord, was zu westeuropaweiter Hysterie führt als der italienische Innenminister erklärt, das kurdische Volk würde in der Türkei verfolgt, man werde daher Asyl gewähren. In Österreich und Deutschland schwört man auf das Dichtmachen der Grenzen und attackiert Italien.

28.Dezember 1997: Nächtens wird das Volksheim in Stadl Paura mit Hakenkreuzen beschmiert.

29.Dezember 1997: Haider unterstützt vorsichtig seinen Europa-Abgeordneten Sichrovsky, der den Ausschluß des französischen Rechtsextremisten Le Pen aus dem EU-Parlament gefordert hatte. Im selben Mittagsjournal meint Haider, sein persönlicher Wunsch sei es, Landeshauptmann von Kärnten zu werden.

29.Dezember 1997 und davor: Schüssel sieht die Kosten eines NATO-Beitrittes bei nur 700 Millionen Schilling pro Jahr, was vom Verteidigungsministerium umgehend dementiert wird. Von ÖVP-Seite wird das NATO-Thema am Kochen gehalten, geradeso als ob Österreich jetzt einer größeren Bedrohung ausgesetzt sei als während des KALTEN KRIEGES.

31.Dezember 1997: Der grüne Klubobmann im steirischen Landtag, Martin Wabl, kündigt seine Kandidatur für die Bundespräsidentenwahl an, was ihm die Schelte seiner Partei einbringt. Schließlich ist es ja auch eine Ungehörigkeit, wenn es einen Bewerber links vom Klestil gibt.

31.Dezember 1997: Das EU-Jahr gegen den Rassismus ist zu Ende. Ab 1998 soll der 21.März jeweils als Tag gegen den Rassismus begangen werden. Im ganzen EU-Raum wurden 176 Projekte mit insgesamt zehn Millionen "Euros" gefördert. In Wien soll ein Rassismus-Beobachtungsbüro eingerichtet werden.

Dezember 1997: Zum Jahresende ein paar Genußzitate aus der Zeitung des KÄRNTNER HEIMATDIENSTES, einer Organisation, die auf immerdar treu zu ihrer Gesinnung steht: *„Das Europa der Zukunft soll ein Europa ohne politische Grenzen in den Köpfen sein, heißt die Parole der Multikultis. "Ewiggestrig", wer Staats- und Landesgrenzen noch eine Bedeutung beimißt. Sind wir Kärntner Heimat-treuen, wir österreichischen Patrioten, somit auf dem falschen Dampfer, wenn wir unter Heimat und Vaterland noch exakt eingrenzbar Gebiete verstehen, die es gegen Zugriff von außen notfalls auch noch zu verteidigen gilt? (..) Wo man mit Blut die Grenze schrieb (..) Ist das Vermächtnis des Kärntner Abwehrkampfes und der Volksabstimmung 1920 reif für die Müllhalde der Geschichte? (..) Wir haben kein recht auf Heimat mehr, denn es droht ein hemmungsloser Ausverkauf von Grund und Boden (..) Den*

⁵² Dieser entschied 1986: Der §3 des NS-Verbotsgesetzes enthält ein "unmittelbar wirksames, von jedem Staatsorgan im Rahmen seines Wirkungsbereiches zu beachtendes Verbot".

EU-Ausländern muß dann auch noch das Kommunalwahlrecht gewährt werden. Wir werden dann unsere Heimat mit den zugewanderten Fremden teilen müssen!“ Besonders ärgert man sich über die Südtiroler: „Skandalöse Südtiroler Schützenhilfe für privilegierte Slowenen (..) 1,2 Millionen Schilling aus Südtirol für großzügig konzipiertes slowenisches Kulturhaus in Bleiburg - Unglaubliche Fehlinformation in der Südtiroler Tageszeitung "Dolomiten" über angeblich stark benachteiligte Kärntner Slowenen (..) Mit solchen Aktionen wird sich Südtirol die traditionell starke Sympathie der Deutschkärntner für Südtiroler Anliegen wohl endgültig verscherzen.“ Was wird man dagegen tun können? 1999 gibt es Landtagswahlen und hat nicht Jörg Haider gesagt, er wäre so gerne Landeshauptmann?